



Determinanten des Wahlverhaltens: Von Cleavages zu gesellschaftlichen Wertorientierungen

2

Die Wahlforschung als solche hat verschiedene Gesichter. Sie beschäftigt sich mit den Fragen, aus welchen Gründen und wie Individuen wählen, welche Kontexte Wahlverhalten beeinflussen und wie stabil Individuen in ihrem Wahlverhalten sind (Roth 2008, S. 12). Sie versucht Prognosen über die Kurz- oder Langlebigkeit von Wahlentscheidungen aufzustellen, stellt Querverbindungen zu anderen Forschungsbereichen her und ist demnach als „multidisziplinär“ (Schultze 2021, S. 976) zu verstehen. Die Wahlforschung untersucht nicht nur das Wahlverhalten von Individuen für Spitzenpolitiker, sondern auch die Beziehung zu Parteien und den für sie relevanten gesellschaftlichen Trägergruppen, also ihren Wählern und potenziell erreichbaren Wählergruppen (Schoen 2014; Schoen und Weins 2014).

Insbesondere der letztgenannte Aspekt hat einen vielfältigen Einfluss darauf, ob und wie sich ein Parteiensystem verändert. Der Systematisierungsversuch der Wahlforschung besteht demnach ganz essenziell darin, dass nicht nur die Elektorate jener Parteien, die als relevante Untersuchungsgröße ausgemacht werden, sondern auch Veränderungen auf Ebene der Gesamtwählerschaft und der Nichtwähler einer Untersuchung unterzogen werden. Dabei zeigt sich beispielhaft, dass unter den Wählern spezifischer Parteien immer weniger Individuen zu finden sind, die einem für die Partei ursprünglich relevanten Klientel entsprechen (Poguntke 2005; Dalton 2012).

Dies kann einerseits bedeuten, dass die entsprechende gesellschaftliche Trägergruppe immer weiter schwindet beziehungsweise kleiner wird. Andererseits kann daraus auch abgeleitet werden, dass es einer Partei nicht länger gelingt, für sie vormals wichtige Wählergruppen zu erreichen. Der Verdienst der Wahlforschung besteht darin, diese Entwicklungen nicht nur zu beschreiben und analytisch einordnen zu können, sondern auch darin, mögliche neue Wählerpotenziale zu

identifizieren und Muster in potenziell neuen Elektoraten abzubilden. Klar ist aber, dass sich die Wählerschaften von Parteien, zumindest in freien und fairen Wahlen, zu einem gewissen Anteil immer neu zusammensetzen. Die Wählerschaft einer Partei kann nur schwerlich identisch zu der Wählerschaft dieser Partei bei einer vorangegangenen Wahl sein. Wohl aber können Schnittmengen bestehen oder gar Muster, die sich über längere Zeiträume entwickeln. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn die Rede von Parteiensystemen ist, die über einen längeren Zeitverlauf in sich stabil sind – auch von der Konfiguration der dafür relevanten Parteien.

Um zu erforschen, weshalb durch Veränderungen und Entwicklungen des bundesdeutschen Parteiensystems zuletzt vermehrt der Eindruck entsteht, diese politische Stabilität könnte fragiler werden, erscheint es zunächst notwendig, die historischen Wurzeln eben dieses Parteiensystems herauszuarbeiten. In Abschnitt 2.1 wird dafür zunächst der Cleavage-Ansatz und seine Bedeutung für die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems erläutert. Anschließend wird in Abschnitt 2.2 ausführlich dargestellt, ob und inwiefern diese Cleavages das Wahlverhalten und damit auch das Parteiensystem strukturiert haben, aber auch an welche Grenzen dieser Ansatz durch die Entstehung der Grünen 1980 stößt. Im darauffolgenden Abschnitt 2.3 wird erläutert, wie Werte und ein sich vollziehender Wertewandel mit der Entstehung der Partei Die Grünen historisch verknüpft sind und wie dieser die Parteieugründung erst möglich machte. Zusätzlich wird ein weiterer Ansatz vorgestellt, das so genannte Michigan-Modell, welches neben der Cleavage-Theorie zu den wichtigsten Ansätzen der Wahlforschung gehört. Im anschließenden Abschnitt 2.4 werden gesellschaftliche Wertorientierungen und die dazugehörigen individuellen Wirkungsmechanismen auf das Wahlverhalten erläutert und ihre Bedeutung für die Wähler und Parteien des Parteiensystems der Bundesrepublik eingeordnet. In diesem Kapitel werden auf Basis der theoretisch-konzeptionellen Überlegungen die für die vorliegende Arbeit zentralen Hypothesen hergeleitet.

2.1 Der Cleavage-Ansatz und die historischen Wurzeln des bundesdeutschen Parteiensystems

Einer der zentralsten Erklärungsansätze zur Ausdifferenzierung von Parteiensystemen in Westeuropa geht auf die so genannte Cleavage-Theorie von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan aus dem Jahr 1967 zurück. In der Einleitung zu dem von ihnen herausgegebenen Werk *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* führen die Autoren sodann einige Faktoren an, die

die Entstehung und dauerhafte Etablierung von Parteien innerhalb unterschiedlicher institutioneller Settings begünstigen konnten. Lipset und Rokkan vertreten dabei den Standpunkt, dass Parteien sich nicht bei jeder Wahl der Bevölkerung von neuem vorstellen (müssen), sondern auf ihre eigene parteipolitische Historie verweisen können, aus der die Bürger spezifische alternierende Politikangebote ableiten können (Lipset und Rokkan 1967, S. 2).

Parteien erfüllen der Cleavage-Theorie nach als Akteure im politischen System ihre Funktion dahingehend, als dass sie konfligierende Interessen in das politische System übersetzen, Interessen dafür bündeln und darauf basierende Forderungen artikulieren, die Ausdruck der Bedürfnisse jener Bevölkerungsteile sind, die sie zu vertreten gedenken (Lipset und Rokkan 1967, S. 5). Zu diesem Zweck beschreiben die Autoren die historischen und gesellschaftlichen Ursprünge, die zur Entstehung entsprechender Konfliktlinien beigetragen haben. So benennen sie die Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie, Staat und Kirche, Land und Stadt sowie Kapital und Arbeit als ursächlich für die Ausdifferenzierung westeuropäischer Parteiensysteme. Während die Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie sowie Staat und Kirche als direkte Produkte der nationalen Revolution verstanden werden, handelt es sich bei den Konflikten zwischen Land und Stadt sowie Kapital und Arbeit um Folgen der industriellen Revolution (vgl. Tabelle 2.1).

Tabelle 2.1 Cleavages nach Lipset und Rokkan

Cleavages	Kritische Phase	Themenfelder
Zentrum vs. Peripherie	Reformation vs. Gegenreformation: 16.–17. Jahrhundert	Nationale vs. Supranationale Religion; Nationale Sprache vs. Latein
Staat vs. Kirche	Nationale Revolution: ab 1789	Säkulare vs. Kirchlich-religiöse Kontrolle über das Bildungssystem
Land vs. Stadt	Industrielle Revolution: 19. Jahrhundert	Tarife für Agrarprodukte; Kontrolle vs. Freiheit für industrielle Gewerbebetriebe
Kapital vs. Arbeit	Russische Revolution: ab 1917	Integration in das nationale politische System vs. Engagement in der internationalen revolutionären Bewegung

Quelle: Eigene Darstellung und Übersetzung, basierend auf Lipset und Rokkan 1967, S. 47

Die Entstehung der ersten Konfliktlinie, jener zwischen Zentrum und Peripherie, verorten Lipset und Rokkan in die Zeit der Reformation und Gegenreformation des 16. und 17. Jahrhunderts. Diese ist als Ausdruck der konfligierenden Interessen zu verstehen, die sich um die Frage der Staatsbildung entfaltet. Dabei entstanden Konflikte vor allem um die Deutungshoheit der künftigen nationalen Kultur, welche anhand „sprachlicher, konfessioneller oder ethnischer Kriterien“ (Kriesi 2007, S. 218) ausgefochten wurden. Antagonistisch gegenüber standen sich insbesondere „auf nationale Vereinheitlichung ausgerichtete Eliten [und] partikularistische Bestrebungen in (z. B. ethnische[n]) Regionalkulturen“ (S. Pickel 2018, S. 37). Gleichzeitig sind auch hier schon die Kirchen, insbesondere die katholische Kirche, dahingehend von Bedeutung, als dass diese die Bildung von Nationalstaaten aufgrund ihrer eigenen transnationalen Ausrichtung in Frage stellen (Kriesi 2007, S. 218) und durch die Nationalstaatenbildung einen schwindenden Einfluss ihrer selbst befürchten. In Folge dieser Konfliktlinie entstehen sodann Parteien, die sich über eine gemeinsame sprachliche oder ethnische Basis definieren und abgrenzen.

Mit Beginn der Französischen Revolution im Jahr 1789 entbrennt ein weiterer Konflikt, der die Parteiensysteme Westeuropas auch über 200 Jahre später noch prägen wird, der Konflikt zwischen Kirche und Staat. Hier stoßen die Interessen derer, die einen französischen Nationalstaat neu zu formen versuchen, auf eine wehrhafte katholische Kirche, die ihre bisherigen Privilegien zu verteidigen versucht (Kriesi 2007, S. 220). Dabei gibt es nicht nur gewalttätige Auseinandersetzungen über die Frage des Kircheneigentums und der Finanzierung religiöser Aktivitäten, sondern insbesondere auch darüber, ob und inwiefern die Kirche einen Einfluss auf gesellschaftliche Werte und Normbildung nehmen darf. Der zentrale Konflikt entbrennt schließlich um den Einfluss auf den Bildungsapparat (Lipset und Rokkan 1967, S. 15). In diesem Kontext berufen sich die Kirchen auf ihren Anspruch, den Menschen im *richtigen Glauben* erziehen zu wollen (Kriesi 2007, S. 220), wie dies in den vergangenen Jahrhunderten der Fall gewesen sei (Lipset und Rokkan 1967, S. 15). Im Zentrum und im Süden Europas formieren sich die Kirchen zu einem Konfliktpol, dem eine radikal-laizistische und nicht selten nationalistisch geprägte Bewegung gegenübersteht. Vor allem die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht, die den staatlichen Einfluss auf die Bildung von Kindern gewährleisten soll, wird seitens christlicher Autoritäten immens kritisiert. Es kommt in Folge zur Gründung christlicher und katholischer Parteien, die den kirchlichen Anspruch zu verteidigen gedenken (Kriesi 2007, S. 221).

Als Folge der industriellen Revolution ab dem 19. Jahrhundert vollzieht sich ein spektakuläres Wachstum des Welthandels und der industriellen Produktion. Dies führt zu zunehmenden Spannungen zwischen der ländlichen Bevölkerung,

den Primärerzeugern diverser Güter auf der einen Seite und Händlern und Unternehmen in den Städten auf der anderen Seite (Lipset und Rokkan 1967, S. 19). Ländliche Agrarinteressen stehen zu diesem Zeitpunkt konträr und unversöhnlich zu wirtschaftlichen Interessen der Städte (Schmitt-Beck 2007, S. 252). Es kommt zu einem Konflikt über die Ausgestaltung von Preisen für Agrarprodukte sowie über die Freiheit industriell Gewerbetreibender. Basierend auf dieser Konfliktlinie entstehen in der Folge an einigen Orten, an der Seite des Bürgertums, einerseits liberale Parteien und andererseits, auf der Seite der Landbevölkerung, konservative Agrarparteien (Lipset und Rokkan 1967, S. 19; S. Pickel 2018, S. 38). In den meisten Ländern kommt es jedoch nicht zu Gründungen solcher Parteien, da dies, wie beispielsweise in Deutschland, durch Vertreter des liberalen Bürgertums und Großgrundbesitzer auf dem Land verhindert wird (Mielke 2001). An diesem Beispiel ist eine Grundidee von Lipset und Rokkan dahingehend zu skizzieren, als dass diese davon ausgehen, ein Cleavage werde nicht automatisch in ein Parteiensystem übersetzt oder durch Parteineugründungen definiert (Lipset und Rokkan 1967, S. 26). Obgleich diese Konfliktlinie für das 19. Jahrhundert eine hohe politische Relevanz besessen hat (Kriesi 2007, S. 221), wurde seine parteipolitische Institutionalisierung durch bereits existierende Akteure zumeist erfolgreich verhindert.

Als vierte Konfliktlinie machen Lipset und Rokkan schließlich die Konfliktstruktur zwischen Kapital und Arbeit aus. Bereits in der frühen Phase der Industrialisierung entstehen Parteien der Arbeiterklasse. Die steigende Anzahl von Lohnempfängern, unabhängig ob in Forst- oder Großlandwirtschaft, sind zu diesem Zeitpunkt unzufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen. Viele dieser Arbeiter fühlen sich sozial und kulturell von ihren Arbeitgebern entfremdet. Erschwerend kommt das Gefühl der Perspektivlosigkeit hinzu, die sich aus der Undurchlässigkeit gesellschaftlicher Schichten mangels fehlender sozialer Aufstiegsmöglichkeiten ergibt (Lipset und Rokkan 1967, S. 21). In manchen Ländern, unter anderem Deutschland, wird dieser Konflikt in Folge noch weiter durch repressive Gesetze zur Verfolgung von Gewerkschaftern und Sozialisten verschärft, die sich als Vertreter der Arbeiter etablieren. Nach der russischen Revolution von 1917 verstärkt sich diese gesellschaftliche Spaltung nur noch weiter, sehen sich Teile der Arbeiterklasse, vertreten durch die kommunistische Bewegung, in einem Kampf gegen die herrschende politische Ordnung motiviert (Lipset und Rokkan 1967, S. 22). Schlussendlich gehen aus diesem Konflikt kommunistische, sozialistische und auch sozialdemokratische Parteien hervor.

Alle Konfliktdimensionen eint, dass sich ein Protest gegen etablierte politische Eliten sowie kulturelle Werte und Standards formierte, die von Teilen der Bevölkerung nicht länger hingenommen wurden (Lipset und Rokkan 1967, S. 23).

Grundlegend ist aber, dass sich so vor allem zwei essenzielle Konfliktlinien identifizieren lassen: Während sich die Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie sowie Staat und Kirche als eher kulturell einordnen lassen, handelt es sich bei den Konflikten zwischen Stadt und Land sowie Kapital und Arbeit um ökonomisch definierte Interessengegensätze (Rokkan 1980, S. 121). Darauf basierend bilden sich Parteiensysteme gemäß der Typologie nach Lipset und Rokkan anhand von zwei grundlegenden Dimensionen ab. Zu nennen ist hier einerseits eine territoriale Dimension zwischen Zentrum und Peripherie, aber auch eine funktionale Dimension zwischen Wirtschaft und Kultur. Auf der peripheren Seite der territorialen Dimension stehen der Stadt-Land-Konflikt sowie die ethnisch-sprachliche Spaltung, während auf der zentralistischen Seite die Konflikte zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen Staat und Kirche zu verorten sind. Entlang der funktionalen Dimension spannt sich die Teilung zwischen kulturellen und wirtschaftlichen Interessen. Auf der Seite wirtschaftlicher Interessen entzündet sich der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, aber auch jener zwischen Stadt und Land. Hier geht es also primär um gesellschaftliche Teilhabe, welche durch ökonomische Determinanten bedingt ist. Zentral sind demnach Verteilungskonflikte, welche für die kulturelle Differenzierung per se erstmal nicht relevant sind. Hier stehen die Konflikte zwischen Staat und Kirche sowie die ethnisch-sprachliche Teilung im Mittelpunkt. Diese sind primär auf die konkrete wertbasierte Ausgestaltung der Gesellschaft ausgerichtet. Zentral sind dabei Fragen, ob und inwiefern ein kirchlicher Einfluss auf die Kultur- und Normbildung einer Gesellschaft vorhanden sein soll und inwiefern ethnisch-sprachliche Minderheiten Teilhabe an und in einer Gesellschaft erfahren dürfen (vgl. Abbildung 2.1).

Es ist essenziell, dass die Etablierung einer Partei entlang dieser Konfliktdimensionen keineswegs als Selbstläufer eingeordnet werden darf. Notwendig für die Entstehung neuer Parteien ist, dass es zu einem spezifischen Zeitpunkt zu einer Allianz „zwischen einer sozialen Gruppierung bzw. ihren Repräsentanten und einer politischen Partei“ (Pappi 2002, S. 102) kommen muss.

Diese Idee steht klar in der Tradition der mikrosoziologischen Perspektive, die Lazarsfeld et al. 1944 in ihrer Studie *The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign* dargelegt haben. Zentraler Befund der Untersuchung ist unter anderem, dass die Wahlteilnahme als eine Art Gruppen-erfahrung wahrgenommen und beschrieben werden muss, in der „people who work or live or play together are likely to vote for the same candidates“ (Lazarsfeld et al. 1944, S. 137). Individuen, die unter den gleichen externen Konditionen leben, entwickeln demnach ähnliche Bedürfnisse und Interessen. Dies führt in der Tendenz dazu, dass sie die Welt und ihre Lebensumstände auf die gleiche Weise beurteilen und sehen, was wiederum dazu führt, dass sie aus ihrer Perspektive

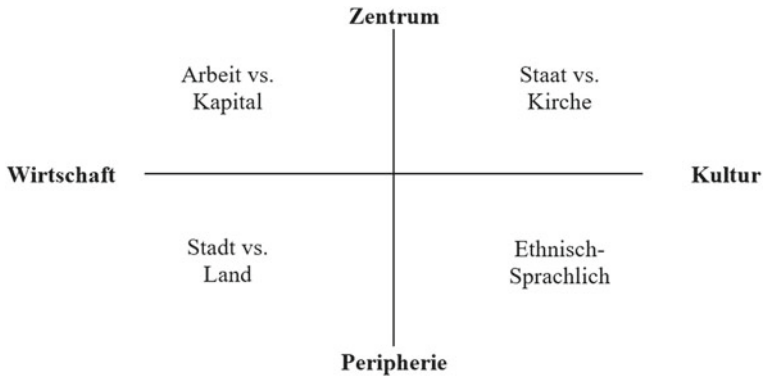


Abbildung 2.1 Territoriale und funktionale Dimension der Cleavages. (Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Rokkan 1980, S. 121; Pappi 2002, S. 103; S. Pickel 2018, S. 39)

und ihren Erfahrungen ähnliche Interpretationen der sozialen Wirklichkeit ableiten (Lazarsfeld et al. 1944, S. 148). Der wohl bekannteste Befund der Studie ist jedoch: „a person thinks, politically, as he is, socially. Social characteristics determine political preference“ (Lazarsfeld et al. 1944, S. 27). Demnach werden die politische Ausrichtung, die Wertvorstellungen und die Wertorientierungen eines Individuums maßgeblich durch dessen Position in der Sozialstruktur prädeterminiert. An eben derselben Stelle setzen auch die Überlegungen von Lipset und Rokkans hinsichtlich ihres makrosoziologischen Modells der Cleavage-Theorie an.

Mit Blick auf Deutschland ließ sich eine solche auf sozialen Charakteristika beruhende Allianz zwischen der *Deutschen Zentrumspartei* (Zentrum) und den Katholiken einerseits und zwischen der Sozialdemokratie und den Arbeitern andererseits (Pappi 2002, S. 102) durchaus konstatieren. Demnach hat sich die territoriale Dimension als weniger konstitutiv erwiesen als die funktionale Differenzierung von Lipset und Rokkan. Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital wurde durch die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in das Parteiensystem übersetzt, während sich die Zentrumspartei als Vertreterin kirchlicher Interessen im Konflikt zwischen Staat und Kirche etablieren konnte. Prägende Faktoren waren folglich ökonomischer und auch kultureller Natur, die im Grundkonzept der Cleavage-Theorie schon angelegt sind. Essenziell ist hier, dass diese Konflikte auf stark ausgeprägten kollektiven sozialen Identitäten beruhten. Der Konflikt zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, aber

auch zwischen Säkularen und Verteidigern der Kirche, beruht zu diesem Zeitpunkt auf einer immensen Solidarität untereinander, die sich auf mehr als die bloße sozialstrukturelle Zuordnung zu einer spezifischen Gruppe stützt (Hooghe und Marks 2018, S. 111). Geteilt wird dabei die Sicht und Einschätzung auf gesellschaftliche und politische Entwicklungen ebenso wie, dass entsprechende Wertorientierungen innerhalb dieser Gruppierungen dominieren.

Eine weitere verbindende Komponente zwischen der Cleavage-Theorie und dem Ansatz von Lazarsfeld und Kollegen ist jene, dass in beiden Fällen nicht die ursprüngliche Idee war, einen neuen Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten zu finden (Schoen 2014, S. 171). Dennoch hat sich der Ansatz von Lipset und Rokkan in der empirischen Wahlforschung explizit zur Erklärung von Wahlverhalten, welches auf in der Gesellschaft bestehenden Konfliktlinien beruht, schlussendlich als ein möglicher Erklärungsfaktor durchgesetzt (Schoen 2009, S. 203). Dies liegt auch darin begründet, dass entsprechende Muster gesellschaftlicher Polarisierung, die im weiteren Verlauf noch näher erläutert werden, durch ihn erklärt werden konnten und auch heute teilweise noch erklärt werden können.

Im Gegensatz zu Lazarsfeld et al. sind Lipset und Rokkan bei der Beschreibung ihres Konzepts eine konkrete Definition schuldig geblieben, was ein Cleavage ihrem Verständnis nach, abgesehen von einer Art Konfliktlinie innerhalb der Gesellschaft, eigentlich ist (Magin et al. 2009, S. 234). In der Tat hat sich bis heute keine einzige kohärente Definition durchgesetzt, die definiert, was unter dem Begriff *Cleavage* nun eigentlich zu verstehen ist (Römmele 1999, S. 4, zitiert nach Niedermayer 2009, S. 30). Demnach gilt es zunächst diesen sehr zentralen Begriff näher zu klären, da ein Parteiensystem und das darauf basierende Wahlverhalten nur nachvollzogen werden kann, wenn dessen Konfliktlinien auch hinreichend verstanden werden (Schmidt 2007, S. 99).

Als Cleavage wird eine Konfliktlinie oder Spaltung von Mitgliedern einer Gesellschaft verstanden (Rae und Taylor 1970, S. 1). Angelehnt an das Cleavage-Konzept von Lipset und Rokkan (1967), müssen Cleavages jedoch als auf eine territoriale Einheit begrenzt angesehen werden. Sie manifestieren sich nicht ausschließlich innerhalb spezifischer nationaler Territorien, die jeweils eine eigene nationale Entwicklungsgeschichte haben. Jedoch weisen territoriale Eingrenzungen oftmals eine gewisse Pfadabhängigkeit für die Entstehung bestimmter Parteien auf. So gibt es Cleavages, in Abhängigkeit der nationalen Beschaffenheit eines Landes, die sich mancherorts in einer Gesellschaft herausbildeten, in anderen wiederum nicht (Niedermayer 2009, S. 31).

In den meisten wissenschaftlichen Veröffentlichungen wird jedoch insbesondere „eine [über] längere Zeit stabile, konflikthafte und institutionalisierte

gesellschaftliche Spaltungslinie“ (Niedermayer 2009, S. 30) als Definitionsversuch angeführt, obgleich die Form der Institutionalisierung nicht klar definiert ist. In den meisten dieser definitorischen Annäherungen ist aber die Institutionalisierung in Form von Parteien gemeint. Pappi schlägt in diesem Kontext vor, dass unter einem Cleavage „ein dauerhafter politischer Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat“ (1977, S. 195) verstanden werden müsse. Neben der sozialstrukturellen Verankerung spielt aber auch eine politisch-ideologische Identitätsbildung eine Rolle. Dort entsteht durch die parteipolitische Institutionalisierung eine Wechselwirkung zwischen der gesellschaftlichen Sozialstruktur, der Interessenvertretung durch parteipolitische Eliten und der Ausdifferenzierung des Parteiensystems (Eith 2008, S. 26–27). Demnach bringen „aus struktureller, makrosoziologischer Perspektive (...) Parteiensysteme die institutionalisierten Konflikte eines Gemeinwesens zum Ausdruck“ (Eith 2008, S. 25).

Von immenser Bedeutung ist folglich, dass die gesellschaftliche Konfliktlinie auch in politischer Unterstützung beispielsweise in Form von einer Stimmabgabe für eine Partei zum Ausdruck gebracht wird (Elff 2018, S. 143). Dafür besteht aber die Notwendigkeit, dass „die Angehörigen der widerstreitenden Gruppen eine oder mehrere Parteien als Verbündete gewinnen können und sich ein Gefüge opponierender politischer Interessenvertretung in einem (...) Parteiensystem entwickelt“ (S. Pickel 2018, S. 34). Dafür notwendig ist, dass entsprechende Parteien die gesellschaftspolitischen Interessen und Wertvorstellungen ihrer Anhänger widerspiegeln, da sie andernfalls nicht als deren Verbündete wahrgenommen werden.

Dalton (2018, S. 11) wiederum verwendet den Cleavage-Begriff anders als Lipset und Rokkan oder andere Forscher. Er nutzt ihn, um eine Reihe von Werten oder Weltansichten zu identifizieren, die in politischen Issues¹ ausgedrückt werden. Er betont dabei, dass Cleavages vermehrt auf gemeinsamen politischen Werten denn auf Gruppenzugehörigkeiten beruhen, die wiederum weniger institutionalisiert und fluider in gegenwärtigen Gesellschaften geworden sind. Zwar unterscheidet sich Daltons Definition insofern von der Lipsets und Rokkans, als dass er mit seinem Ansatz eine Verankerung in der Sozialstruktur negiert, gleichwohl Werte und Wertorientierungen immer als Teilaspekt jener Sozial- und Schicksalsgemeinschaften mitgedacht werden, die im Cleavage-Begriff auch bei letztgenannten subsumiert werden.

Aus diesen verschiedenen Ansätzen lassen sich fünf grundlegende Komponenten ableiten, die für die Konstituierung eines Cleavages notwendig sind: 1. Eine

¹ Gemeint sind hiermit Sachthemen oder spezifische politische Inhalte.

sozialstrukturelle Basis, die sich beispielsweise in der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Schicht, Klasse oder Religion ausdrückt, 2. eine kollektive Identität, die sich aus dieser sozialstrukturellen Basis ableitet, 3. eine institutionelle Manifestation im Sinne einer Parteibildung (Bornschieer 2009, S. 2), wobei es hier 4. nicht zu einer einseitigen parteipolitischen Institutionalisierung kommen darf. Diese parteipolitische Institutionalisierung wiederum muss 5. „eine gemeinsame Ideologie mit den Vertretern der die Konfliktlinie repräsentierenden sozialen Gruppen aufweisen“ (S. Pickel 2018, S. 52).

Der makro-soziologische Ansatz in Form der Cleavage-Theorie geht davon aus, dass die parteipolitische Institutionalisierung notwendigerweise aus Sicht der gesellschaftlichen Sphäre gedacht werden muss, die wiederum auf die politische Sphäre wirkt. Diese ist dabei als ein Spiegel der Werte und Interessen der Gesellschaft zu deuten. In der politischen Sphäre sind demnach Akteure anzutreffen, die die Interessen von spezifischen Bevölkerungsteilen aggregieren und artikulieren können, aber nicht notwendigerweise müssen. Um von einem Cleavage sprechen zu können, ist die Repräsentation solcher Interessen aber von zentraler Bedeutung (Lipset und Rokkan 1967, S. 5). Lipset und Rokkan vertreten den Ansatz, dass es sich um eine primär einseitige Einflussnahme auf das Politische handelt, wenngleich politische Akteure entsprechende Anforderungen und Wünsche auch ignorieren können. Dafür besteht auf der gesellschaftlichen Sphäre die Möglichkeit der Sanktion, indem die Zustimmung bei Wahlen entzogen oder auch die Option der parteipolitischen Neugründung erwogen werden kann (vgl. Abbildung 2.2).

Zentral ist hier jedoch, dass politische Eliten durch gesellschaftliche Segmente unterstützt werden müssen, beispielsweise durch eine Stimmabgabe bei Wahlen. Bei dieser Form politischer Unterstützung liegt entsprechend keine wechselseitige Beziehung vor. Wie eingangs erwähnt, muss aus dieser Perspektive die Unterstützung in Form von Wahlverhalten als Gruppenverhalten, nicht als individuelle Entscheidung gedacht werden (Berelson et al. 1954, S. 321) wie auch schon die Studie von Lazarsfeld et al. (1944) zeigt. Die Cleavage-Theorie verfolgt hier den Ansatz, dass einige Bevölkerungsgruppen ein homogenes Wahlverhalten aufweisen (Schoen 2014, S. 185). Treffen beispielsweise Individuen in ihrem privaten und beruflichen Kontext nur auf andere Individuen, die sich der gleichen Gruppe mit kollektiver sozialer Identität zuordnen, so steigt die Wahrscheinlichkeit immens an, dass eine Loyalität für jene Partei entwickelt wird, die die Interessen dieser Gruppe in der politischen Sphäre vertritt (Schoen 2014, S. 174). Dabei darf selbstredend die Prägung durch das Elternhaus in Form einer politischen Primärsozialisation nicht außer Acht gelassen werden

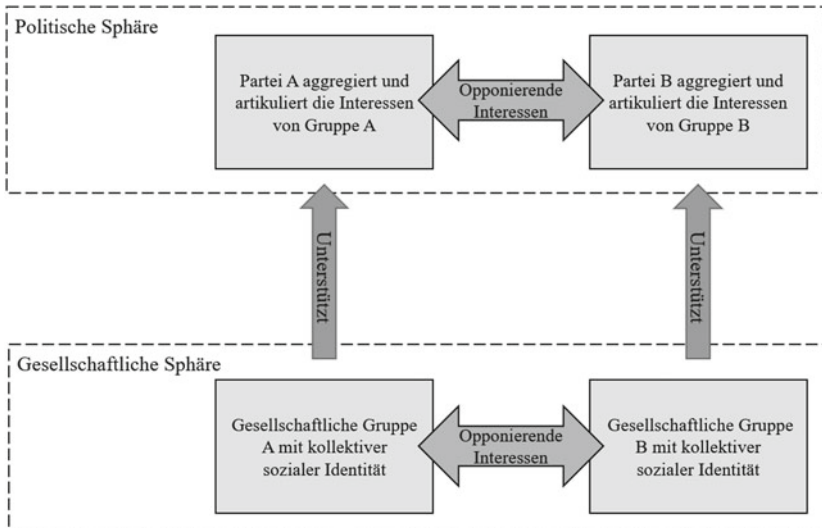


Abbildung 2.2 Deterministischer Ansatz der Cleavage-Theorie. (Quelle: Eigene Darstellung)

(Schoen 2014, S. 177). Demnach determiniert die Zugehörigkeit zu einer spezifischen sozialen Gruppe das Wahlverhalten gegenüber einer spezifischen Partei, beispielsweise die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse, das Wahlverhalten für eine sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Partei.

Schwieriger gestaltet sich diese Einordnung aber, wenn Individuen zu „mehreren, teilweise auch entgegengesetzten sozialen Kräftefeldern, die auf den einzelnen wirken“ (Roth 2008, S. 31) zugehörig sind. Diese auch als *cross-pressures* bezeichneten Einflussfaktoren auf das politische (Wahl-)Verhalten (Lazarsfeld et al. 1944, S. 53; Schoen 2014, S. 179) können zu einem Rückgang an politischem Interesse oder gar der Wahlenthaltung bei Betroffenen führen (Roth 2008, S. 31), da diese in Abwägung ihrer Wertvorstellungen keine Entscheidung für oder gegen eine entsprechende Partei treffen mögen. Ein gängiges Beispiel stellen hier katholische Arbeiter dar, die einerseits durch ihre religiöse Zugehörigkeit für eine christliche oder christdemokratische Partei votieren müssten, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse jedoch auch durch ihr Arbeitsumfeld beeinflusst werden, welches tendenziell eher Sozialdemokraten, Sozialisten oder Kommunisten wählt. Diese Konflikte werden als solche jedoch nur dann im Sinne eines

Cleavages relevant, wenn es eine gesellschaftliche Gruppe gibt, die der Arbeiterklasse kontradiktorisch gegenüberstehende Interessen hat, welche gleichermaßen in das Parteiensystem, in Form einer Partei übersetzt werden. Parteien mobilisieren entlang dieser Konfliktlinien ihre Wähler und es kommt zum politischen Wettbewerb mit klar besetzten Extrempositionen (Bernauer et al. 2018, S. 277).

Dieser soziale Determinismus ist allerdings nicht unumstritten. Im so genannten Parteien-Dominanz-Modell entfaltet sich ein Kontrast zum Lipset-Rokkan'schen Ansatz. Parteien wirken hiernach durch politische Prozesse an der Ausgestaltung von Konfliktlinien mit: Sie schaffen, transformieren, vertiefen oder diffundieren spezifische kulturelle und ökonomische Konflikte (Torcal und Mainwaring 2003, S. 59). Diese Interpretation beschäftigt sich anders als der makro-soziologische Ansatz dezidiert mit Transformationsgesellschaften. Dabei soll die Neuentstehung von Parteien in postautoritären Gesellschaften (S. Pickel 2018, S. 55) erklärt werden. Torcal und Mainwaring (2003) können dies in der Anwendung für den Fall Chile ebenso bestätigen wie beispielsweise S. Pickel (2018a, S. 574) für Ungarn. Für weite Teile Westeuropas kann dieser Ansatz jedoch nicht übernommen werden, da die Parteiensysteme der 1960er mit wenigen, aber signifikanten Unterschieden in den weitesten Teilen den Cleavage-Strukturen der 1920er entsprechen (Lipset und Rokkan 1967, S. 50). Demnach setzt allenfalls ein gradueller Wandel der Parteiensysteme nach dem verheerenden Unglück des zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ein, nicht jedoch ein vollständiger Bruch mit den Traditionen aus der Vorkriegszeit. So haben die Parteien in der Nachkriegsphase zwar eindeutig die Transformation in eine demokratische Gesellschaft begleitet und unterstützt, es findet aber keine dezidierte Loslösung von vormals existierenden Strukturen statt.

Eine Art Mittelweg stellt das Interdependenz-Modell von Sartori (1968) dar. In diesem kritisiert er, dass im Cleavage-Ansatz zu stark aus der Perspektive der von der Sozialstruktur ausgehenden Effekte argumentiert werde. Diese dürften nicht als *Einbahnstraße* verstanden werden, die ausschließlich seitens der Gesellschaft auf die politische Sphäre wirken (Schmitt 2001, S. 624). Besonders kritisch äußert sich Sartori über die Ausführungen Lipsets und Rokkans, da bei der Übersetzung von gesellschaftlichen Konflikten in die politische Sphäre die Rolle der *Übersetzer*, also die der Parteien, zu wenig Aufmerksamkeit erfahre (Sartori 1968, S. 20). Von hoher Relevanz ist aber, dass es demnach zu einer gegenseitigen Beeinflussung seitens politischer und gesellschaftlicher Sphäre kommt, also einem interdependenten Verhältnis (Schmitt 1987, S. 11; Schmitt 2001, S. 625). So diskutiert Sartori am Beispiel des Klassenkonflikts wie folgt: „It is not the ‘objective’ class (class conditions) that creates the party, but the party that creates the ‘subjective’ class (class consciousness). (...) The party is not a ‘consequence’ of the

class. Rather, and before, it is the class that receives the identity from the party“ (Sartori 1968, S. 15). Die Parteien nehmen hier also eine weitaus identitätsstiftendere Funktion ein als von Lipset und Rokkan (1967) beschrieben. Tatsächlich wurde diese aber von ihnen schon in Ansätzen diskutiert. Gleichwohl zeigt sich, dass durch den Cleavage-Ansatz zuallererst die Bestrebung verfolgt wurde, „eine historisch fundierte Begründung dafür [zu] liefern, weshalb Mitglieder einiger sozialer Großgruppen bestimmte Parteien präferieren“ (Schoen 2014, S. 186). In der Tat zeigt sich, dass „Lipset und Rokkan eine korrekte Rekonstruktion der Entwicklungsgeschichte westeuropäischer Partei[en]systeme liefern, so daß man an sie auch bei der Analyse heutiger Partei[en]systeme anknüpfen kann“ (Pappi 1977, S. 197).

Der Cleavage-Ansatz ist in seiner Darstellung nicht ohne Fehler, worauf auch durch Sartori (1968) hingewiesen wird. So kann mit Hilfe der Cleavage-Theorie zwar stabiles Wahlverhalten sozialer Gruppen, jedoch nur begrenzt ein Wechselwahlverhalten erklärt werden (Schoen 2014, S. 186). Selbstredend versuchen Parteien ihr Angebot anzupassen, um auf dem „Wählermarkt“ (Korte 2013, S. 35) ihre Stimmenzahl zu maximieren. Dennoch kann die Frage danach, ob und in welchem Umfang ein interdependentes Verhältnis zwischen Parteien und Wählern besteht oder ob ausschließlich Wähler auf Parteien einwirken, an dieser Stelle nicht geklärt werden. Jedoch ist dies auch kein Bestandteil der Fragestellung der vorliegenden Arbeit. Der Cleavage-Ansatz als solcher hat sich jedoch seit seinem Erscheinen zu einem integralen Bestandteil der Wahlforschung entwickelt. Das Interdependenz-Modell oder das Parteien-Dominanz-Modell hingegen werden im Rahmen der Entstehung von Parteiensystemen und dem darauf basierenden Wahlverhalten nicht diskutiert (Roth 2008; Falter und Schoen 2014). Da die Ausdifferenzierung vom spezifischen Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland von elementarer Bedeutung für die vorliegende Arbeit ist und mit Hilfe des Cleavage-Ansatzes gut beschrieben werden kann, ist nun zunächst wichtig, einen Blick auf die historischen Entwicklungsstränge deutscher Parteien zu werfen.

Das Cleavage-Konzept von Lipset und Rokkan geht von einer immens hohen Pfadabhängigkeit aus, gemäß dem die historische Perspektive von großer Bedeutung ist, um die heutigen Parteiensysteme Westeuropas in ihrer Vielfalt zu verstehen. Insbesondere der Blick auf das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland offenbart in Teilen eine nicht unwesentliche Kontinuität, die bereits in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/1849 ihren Ursprung findet. Gemessen am heutigen Verständnis sind die damals gebildeten Gruppierungen nicht als Parteien zu verstehen, da sie zwar als Vertreter einer jeweils bestimmenden Weltanschauung, nicht jedoch als Interessenvertreter agierten. Dies liegt

unter anderem an einer eher systemischen Komponente, da ihnen die Mitwirkung in der Exekutive verwehrt blieb (Alemann 2010, S. 15–16; Jesse 2013, S. 687). Dennoch wurden Parteien zumeist aus Opposition gegen einen „monarchischen Absolutismus“ (Hennis 1998, S. 14) gegründet. Die meisten der infolgedessen entstandenen Parteien, bildeten im Groben die sozialen Gruppen ab, denen sie entstammten: die Liberalen als Vertreter des Bürgertums, die Konservativen als Vertreter des Adels und die Sozialisten als Vertreter der Arbeiterschaft. Einzig die Zentrumsparterie war dadurch gekennzeichnet, dass ihre Vertreter aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen entstammten (Jesse 2013, S. 689). Das Zentrum selbst sah sich „für Arbeiter, Handwerker, Mittelstand und Unternehmer, Adelige, Bürokratie und Klerus [als] die Partei der Wahl – wenn man katholisch war“ (Alemann 2010, S. 31). Bereits in der Frankfurter Paulskirche hatte das katholische Milieu Versuche unternommen, den staatlichen Einfluss auf das Bildungssystem abzuwehren (Alemann 2010, S. 30). Es handelt sich hierbei um einen Konflikt, der auch noch hundert Jahre später bei Neugründung der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielt.

Im Jahr 1871, ein Jahr nach Gründung des Zentrums, setzte schließlich der *Kulturkampf* ein, in dem die Katholiken bald als *Reichsfeinde* gebrandmarkt wurden (Beyme 2010, S. 147; Gabriel und Westle 2012, S. 163). Dadurch sollte der kirchliche Einfluss auf die Gesellschaft unterbunden werden – ein Vorhaben, welches politisch nicht folgenlos blieb:

„Die direkten Auswirkungen dieser Gesetze waren spektakulär. So wurden 300 Ordensniederlassungen mit fast 4.000 Mitgliedern aufgelöst, fünf Bischöfe wurden inhaftiert, sechs abgesetzt und ins Exil getrieben. Anfang der [18]80er Jahre waren über ein Viertel der katholischen Pfarreien verwaist“ (Hofmann 1993, S. 101, zitiert nach Alemann 2010, S. 32).

Neben einem hohen Organisationsgrad konnten die Katholiken in dieser Zeit einen hohen Grad an identitätsstiftenden Elementen vorweisen. Religion und Katholizismus standen zu dieser Zeit noch viel zentraler in der Lebenswelt der Menschen (Zolleis 2008, S. 43). Diese identitätsstiftenden Elemente wurden durch den Bismarck'schen Kulturkampf und die dadurch begründete Repression weiter verstärkt, weshalb das Zentrum schlussendlich als zentrale politische Interessenvertretung angesehen wurde, die durch die Katholiken immens unterstützt wurde (Gabriel und Westle 2012, S. 149). Im Gegenzug forderte das Zentrum später in Teilen eine besondere Berücksichtigung von Katholiken bei der Vergabe von öffentlichen Ämtern ein (Weber 2017, S. 21). Der Kulturkampf hatte weitreichende Folgen für die Entwicklung und Entstehung christlich geprägter

Parteien in Deutschland. Es wird heute angezweifelt, ob ohne diesen eine katholische Partei oder gar eine überkonfessionelle Partei wie die CDU/CSU nach dem Zweiten Weltkrieg hätte entstehen können (Alemann 2010, S. 32; Zolleis und Schmid 2013, S. 417).

Neben dem religiösen Interessenkonflikt wird stets ein weiterer genannt, der auf das deutsche Parteiensystem weitreichende Folgen entwickeln sollte: der Klassenkonflikt beziehungsweise der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital (Schmitt 2001, S. 623). Die aus diesem Konflikt entstandenen Sozialisten und Sozialdemokraten forderten ein vollends anderes Politik- und Gesellschaftsmodell, das notfalls durch eine Revolution herbeigeführt werden sollte (Alemann 2010, S. 34). Mit Gründung des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* (ADAV) wurde schließlich im Jahr 1863 der erste Grundstein zur parteipolitischen Institutionalisierung des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit gelegt. Die im Jahr 1869 gegründete *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* (SDAP) fusionierte im Jahr 1875 mit dem ADAV und nannte sich fortan *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands* (SAP), die wiederum 1891 den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) annahm (Alemann 2010, S. 34–35). In die Zeit zwischen 1878 und 1890 fallen eben auch die so genannten Sozialistengesetze („Gesetz gegen die gemeingefährlichen Umtriebe der Sozialdemokraten“) (Alemann 2010, S. 35), welche als Grundlage zur Unterdrückung der Sozialdemokratie dienten. Ähnlich wie bei den Katholiken führte die Verfolgung auch hier eher zur Verstärkung einer gemeinsamen Identität unter der Arbeiterschaft. Auch die Sozialisten und Sozialdemokraten boten eine Weltanschauung an, die als identitätsstiftendes Merkmal fungierte – und explizit in Konkurrenz zum katholisch geprägten Weltbild stand (Alemann 2010, S. 33; Jesse 2013, S. 692). In der Summe waren es bei beiden entsprechenden Repressionen ausgesetzten Gruppen vor allem gemeinsame Werte, die zu einer gegenseitigen Loyalität und einem Zusammenhalt führten.

Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik verlief – zumindest gemessen am Parteiensystem – ohne große Umstürze. Die grundlegenden vier Strömungen, bestehend aus Sozialisten, Konservativen, Liberalen und politischem Katholizismus blieben ebenso bestehen wie die meisten Führungseliten in ihren Funktionen verblieben (Alemann 2010, S. 38). In der Weimarer Republik sammelten sich Vertreter konservativ-nationaler Gesellschaftsideale in großen Teilen in der *Deutschnationalen Volkspartei* (DNVP), während liberale Interessen in zwei Parteien eine Heimat fanden. Zu nennen ist hier zum einen die *Deutsche Demokratische Partei* (DDP) sowie die *Deutsche Volkspartei* (DVP). Während erstere eine linksliberale politische Ausrichtung verfolgte, war die DVP eher als nationalliberale Partei ausgerichtet. Als Kontinuität erwies sich das Fortbestehen

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der katholischen Zentrumspartei (Jesse 2013, S. 703). Insbesondere das „Zentrum konnte ohne große programmatisch-politische Abstriche aus dem Kaiserreich in die Weimarer Republik wechseln“ (Alemann 2010, S. 40). Zusätzlich wurde das Parteienspektrum durch die systemfeindliche *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) und ab 1920 durch die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* (NSDAP) erweitert (Jesse 2013, S. 702). Die Weimarer Republik sollte 15 Jahre überdauern, bis von der NSDAP und ihrem Vorsitzenden Adolf Hitler eine Diktatur installiert werden würde, in der sämtliche andere Parteien verboten wurden und die schließlich im Zweiten Weltkrieg mündete.

1949 wird die Bundesrepublik Deutschland als Staat neu gegründet, wodurch es zu einer Neukonfiguration des Parteiensystems kommt. Die linken Parteien, SPD und KPD, knüpfen an die bereits bestehende Tradition aus der Weimarer Republik an. Die bürgerlichen Parteien erfahren hingegen eine neue Ausdifferenzierung. Erstmals formieren sich die Liberalen in einer neu gegründeten Partei, der Freien Demokratischen Partei (FDP). Die bisherige Trennlinie zwischen der vormals bestehenden nationalliberalen DVP und der sozialliberalen DDP soll so überwunden werden (Decker und Best 2015, S. 205).

Zusätzlich werden mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union (CSU) erstmals überkonfessionelle Parteien gegründet, die das Zentrum als Vertreterin primär katholischer Interessen ablösen (Jesse 2013, S. 706; Jesse 2018, S. 825). Dem Zentrum war es bis zur Selbstauflösung im Jahr 1933 gelungen, immense Teile der Katholiken im Deutschen Reich als Wähler an sich zu binden. Genau aus diesem Grund sollte es aber auch nie bedeutende Erfolge jenseits des eigenen Milieus verbuchen können (Pappi 1985, S. 264). Dennoch entfaltet der Konflikt zwischen Kirchenwürden und staatlichen Autoritäten auch weiterhin eine immense Wirkung (Pappi 1985, S. 265). Zwar etabliert sich die CDU nach dem zweiten Weltkrieg als überkonfessionelle Sammlungsbewegung, sie ist jedoch zu diesem Zeitpunkt und weit darüber hinaus durch den politischen Katholizismus geprägt (Handwerker 2019, S. 132). Dies hat auch damit zu tun, dass sie durch die katholische Kirche in ihrem Aufbau maßgeblich unterstützt wurde (Handwerker 2019, S. 134), gleichwohl sich diese Unterstützung auch auf die evangelische Kirche erstreckte (Abromeit und Stoiber 2006, S. 186). Ähnlich verhält es sich mit der CSU. Das Zentrum wiederum, welches sich mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls neu konstituiert, kann an frühere Wahlergebnisse nie mehr anknüpfen und wird, auch bedingt durch eine beginnende Säkularisierung, politisch irrelevant. Inhaltliche Differenzen zwischen Protestanten und Katholiken sind politisch nicht länger tragfähig, weshalb dem Zentrum

zusätzlich seine Existenzgrundlage entzogen wird (Rudzio 2015, S. 115). Die Gründung einer überkonfessionellen Partei führt in Deutschland so dazu, dass die inter-religiöse Konfliktlinie schneller überwunden werden kann, während sie in anderen gemischt-konfessionellen Ländern viel stärkere Dynamiken entfaltet (Dalton 1996, S. 321; Beyme 2010, S. 148; Alemann 2010, S. 54). Zudem führen weitere Gründe dazu, dass zwischen 1953 und 1961 agrarische sowie andere kleinere Parteien und Gruppierungen weitestgehend in CDU und CSU aufgehen (Beyme 2010, S. 148–149).

Die FDP hingegen etabliert sich dezidiert als antiklerikale Partei, die den kirchlichen Einfluss weitestgehend einzudämmen versucht (Handwerker 2019, S. 134). Neben dem Umstand, dass sich mit der FDP erstmals eine gesamtliberale Partei gründete, die eine seit dem Kaiserreich andauernde Spaltung liberaler Parteien überwindet, „verdankte sie [ihren Erfolg] vor allem ihrer laizistischen Orientierung. Als kirchferner Gegenpol zur Union konnte die FDP auf eine distinkte, allerdings soziodemographisch im Rückgang begriffene protestantisch-mittelständische Wählerschaft abzielen“ (Decker und Best 2015, S. 205–206). Zudem versteht es die Partei, sich wie andere Parteien im (mitte-)rechten Spektrum als dezidiert antisozialistisch zu positionieren (Alemann 2010, S. 57; Decker und Best 2015, S. 205).

In ihrer antisozialistischen Haltung steht die FDP nicht allein dar, sondern steht Seite-an-Seite mit den christdemokratischen Parteien CDU und CSU. Konträr dazu stehen SPD und die KPD, letztere zumindest bis zu ihrem Verbot im Jahr 1956. Beide Parteien knüpfen mit Gründung der Bundesrepublik nahezu nahtlos an ihre Tradition aus der Weimarer Republik an. Der Klassenkonflikt, repräsentiert durch Arbeiter, Sozialdemokraten und Gewerkschaften auf der einen Seite und den bürgerlichen Parteien CDU/CSU und FDP auf der anderen Seite, stellt die zweite Konfliktlinie dar, die für das Parteiensystem der frühen Bundesrepublik weiterhin immens relevant ist (Nachtwey und Spier 2007, S. 21; Hunsicker et al. 2013, S. 35; Rudzio 2015, S. 112).

Für Nachkriegsdeutschland können demnach zwei zentrale Konfliktlinien ausgemacht werden, die das Parteiensystem definieren: eine konfessionelle und eine sozio-ökonomische (Schmitt-Beck 2014a, S. 180). Die gleichzeitige Spiegelung des Konfessionskonflikts und des Klassenkonflikts im Parteiensystem findet insbesondere in den Ländern Anklang, in denen sowohl katholische als auch protestantische und säkulare Gesellschaftsteile vorhanden sind. Zu nennen sind hier beispielhaft Österreich, Deutschland sowie die Schweiz (Kitschelt und McGann 1997, S. 133–134). Dabei steht Deutschland in einer Reihe mit vielen weiteren Staaten Westeuropas, in denen sich eine ähnliche Konfliktstruktur herausbildet. Das religiöse beziehungsweise konfessionelle und das sozio-ökonomische

Cleavage sind dabei die zentralen Konfliktlinien (Gabriel und Westle 2012, S. 149).

Gerade das deutsche Parteiensystem wird in den Folgejahren durch eine Konsolidierung auf wenige Parteien zusammenschrumpfen, die sich entlang dieser zwei Konfliktlinien bis Ende der 1970er organisieren und ihre dominante Position im Parteiensystem ausbauen (Lijphart 1990, S. 255; Rudzio 2015, S. 108). Der Klassenkonflikt steht stellvertretend für einen ökonomischen Konflikt und staatliche Regulationsmechanismen (Dalton 1996, S. 321). Die relevanten Themen sind beispielsweise Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Inflation oder die Steuerpolitik (Dalton 1996, S. 322). Während ökonomisch konservativ orientierte Menschen mehr die Eigenverantwortung des Individuums betonen und nur eine eingeschränkte Handlungsfreiheit der Regierung favorisieren, engagieren sich ökonomisch links orientierte Parteien und Individuen mehr für eine egalitäre Gesellschaft. Dazu sollen der Regierung weitreichende Regulationsmechanismen ermöglicht und insbesondere der Eingriff und Einfluss auf die Wirtschaft geltend gemacht werden (Dalton 1996, S. 321). CDU/CSU und FDP positionieren sich auf dieser sozial-ökonomischen Konfliktdimension eher konservativ bis liberal, während die SPD stärkere Eingriffe des Staates in die Wirtschaft ebenso fordert wie eine grundlegende ökonomische Umverteilung. Auf der sich in eine religiöse Konfliktdimension wandelnden Konfliktstruktur stehen CDU und CSU auf der Seite der Kirchen und religiös orientierten Institutionen, für die sie mehr gesellschaftliche Mitspracherechte beanspruchen, während SPD und FDP diese religiösen Einflüsse zurückzudrängen versuchen (Rudzio 2015, S. 119).

Hier lässt sich zunächst feststellen, dass für die Bundesrepublik Deutschland jene fünf zentralen Komponenten, welche für die Konstituierung eines Cleavares notwendig sind, als gegeben erachtet werden können. Seit dem Kaiserreich konnte sich entlang einer sozial-ökonomischen und einer religiösen Konfliktlinie eine sozialstrukturelle Basis entwickeln, die sich eben, wie zuvor definiert, in der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse oder dem (politischen) Katholizismus manifestierte. Auf dieser Basis und dazugehörigen Vereinen sowie weiteren Organisationen konnte sich schließlich eine kollektive Identität bilden. Diese wurde durch die Bismarck'schen Repressionen in Form des Kulturkampfes oder der Sozialistengesetze nur weiter verstärkt. Die Parteibildung, zunächst in Form von SPD und Zentrum, verlief dazu parallel. Ohne diese repressiven Maßnahmen wäre die Gründung entsprechender Parteien auf lange Sicht zwar auch möglich gewesen, jedoch ist nicht zu bestimmen, ob diese langfristig erfolgreich gewesen wäre. Die parteipolitische Institutionalisierung verläuft entlang beider Konfliktachsen, wobei sich nicht alle Parteien nur an je einem Pol sammeln. Es kommt hier ganz klar zu einer ideologischen Polarisierung, in der die Parteien, angefangen

im Kaiserreich, bis Ende der 1970er als Vertreter jener sozialen Gruppen zu identifizieren sind, die sie zu repräsentieren gedenken. Im Mittelpunkt stehen dabei gemeinsame Weltanschauungen und Werte. Dies gilt für die Seite der Elektorate ebenso sehr wie für die parteipolitisch institutionalisierten Seite.

Im Zentrum dieser Allianzen zwischen Parteien und gesellschaftlichen Segmenten steht insbesondere, dass diese sich schlussendlich durch politische Unterstützung zeigen. Gemeint ist hier vor allem das Wahlverhalten, welches als eines der zentralsten Formen konventioneller Partizipation gilt, durch welche zugleich derartige Allianzen auch sichtbar werden. Eine Stabilität solcher langfristig angelegten Wähler-Parteien-Allianzen ist insofern aus parteilicher Sicht wünschenswert, da sie eine stetige Ressource für die Rekrutierung loyaler Wähler darstellt. Aus diesem Grund soll im Folgenden erläutert werden, inwiefern eine Unterstützung entlang sozialer Konfliktlinien, oder auch *Cleavage Voting*, tatsächlich existiert oder existierte und an welche Grenzen es auch stößt, die sich durch die Entstehung und Etablierung der Grünen und deren parteipolitischer Etablierung zeigen.

2.2 Cleavages und Wahlverhalten

Dass das konfessionelle und das sozio-ökonomische Cleavage maßgeblich für die Entstehung und die Wahl von Parteien in der Nachkriegszeit identifiziert wurden, konnte auch die deutsche Wahlforschung feststellen (Schmitt-Beck 2011a, S. 7). Der Erklärungsbeitrag für das Wahlverhalten nimmt im Zeitverlauf jedoch immer weiter ab. Dieser ist, basierend auf der Zugehörigkeit zu den relevanten Cleavage-Gruppen, Ende der 1980er Jahre nur noch sehr gering (Arzheimer und Schoen 2007, S. 91). Dies ist insofern relevant, als dass insbesondere Katholiken und Sozialisten über einen langen Verlauf hinweg die zwei größten nicht-totalitären sozialen Gruppen waren. Dies erfolgte insbesondere darüber, dass Mitglieder dieser Gruppen in sozialen und wirtschaftlichen Gruppierungen mit entsprechender Parteinähe eingebunden waren und ihnen so ein Leben möglich war, in dem sie sich ausschließlich in diesen sozialen Gefügen bewegen konnten (Lipset 1959a, S. 94). Dies ist von besonderer Bedeutung, da

„früh etablierte politische Parteiloyalitäten, die durch die Parteiorganisationen und institutionelle Verbindungen verstärkt wurden, hoch resistent gegen Veränderungen sind. Die Wähler tendieren dazu, die in ihrem Milieu vorherrschenden Parteien zu wählen, die möglicherweise bereits sogar ihre Eltern oder Großeltern unterstützten“ (Inglehart 1983, S. 140).

Wie in Abschnitt 2.1 dargelegt, konnten sich Christdemokraten und Sozialdemokraten bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland auf damals schon lange bestehende soziale Gruppen stützen. Weil die SPD schon im Kaiserreich als Repräsentantin der Arbeiterbewegung wahrgenommen wurde (Nachtwey und Spier 2007, S. 13) und dieses Bild auch in der Weimarer Republik aufrecht erhalten blieb, konnte die Partei hier schnell anknüpfen. Ganz grundsätzlich können die Gründungen von Christ- und Sozialdemokraten als Ausdruck von Gruppenkonflikten verstanden werden, die „eine Jahrhunderte weit zurückreichende Geschichte (...) reflektierten“ (Schmitt-Beck 2011a, S. 2). Mitglieder sozialer Großgruppen galten dabei lange als natürliche Wählerressource für Sozial- und Christdemokraten (Schoen und Zettl 2012, S. 151), gleichwohl die strukturelle Zugehörigkeit zu jenen Gruppen an Prägungskraft für das Wahlverhalten zuletzt eingebüßt hat (Hennis 1998, S. 83). Um diese Entwicklung zu verstehen, ist ein genauerer Blick auf die Veränderungen des bundesdeutschen Parteiensystems und den dahinterstehenden strukturellen Transformationen notwendig. Die relevanten sozialen Großgruppen waren und sind in Teilen bis heute Katholiken und Arbeiter. Insbesondere Arbeiter, die zugleich Gewerkschaftsmitglieder sind, aber auch regelmäßig in die Kirche gehende Katholiken stellen hier über einen langen Zeitverlauf eine zentrale Wählerressource für SPD und CDU/CSU dar (vgl. Tabelle 2.2).

Tabelle 2.2 Konfliktlinien und ihre Verankerung in der Sozialstruktur

Konfliktlinie	Sozialstruktur	Gruppe
Sozio-Ökonomisch	Arbeiter	Gewerkschaftsmitglieder
Konfessionell-Religiös	Katholiken	Regelmäßige Kirchgänger

Quelle: Eigene Darstellung mit geringfügigen Veränderungen, basierend auf Weßels 2000, S. 136

Zwar gründeten sich CDU und CSU als dezidiert überkonfessionelle Parteien, fanden und finden aber bis heute bei Katholiken den meisten Anklang, verglichen zu Protestanten, Angehörigen anderer Glaubensrichtungen oder Konfessionslosen. Seit den 1970ern vollzieht sich hier jedoch eine fortwährende Angleichung (Walter et al. 2014, S. 175).

Für die FDP stellt sich die Situation anders dar. Sie besitzt weder eine vergleichbare sozialstrukturelle Verankerung wie SPD oder CDU/CSU, noch kann sie sich auf Vorfeldorganisationen wie Gewerkschaften oder Kirchen stützen, die Wähler aktiv für sie mobilisieren. So sind zunächst einzig eine höhere formelle Bildung, ein überdurchschnittliches Einkommen sowie die Zugehörigkeit zum

Mittelstand kennzeichnend für die FDP-Wählerschaft (Vorländer 2013a, S. 502). Dies verändert sich jedoch immer wieder gravierend. Die Partei hat in ihrer Geschichte einen stetigen Wandel der Sozialstruktur sowohl ihrer Mitglieder als auch ihrer Wähler erlebt. Meist war dies an spezifische Regierungsbündnisse gebunden, in der manche Wählerschichten erschlossen werden konnten oder die durch eine Regierungsbeteiligung wieder von der Partei entfremdet wurden. Beispielhaft dafür „stieg der Anteil der Beamten und Angestellten [in der FDP-Wählerschaft] von 34 Prozent im Jahr 1953 auf 66 Prozent im Jahr 1972“ (Dittberner 1987, S. 101). Bis zur Jahrtausendwende machen Angestellte und Beamte weiterhin 56 Prozent der FDP-Wähler aus. Zielgruppe der FDP bleibt aber zu diesem Zeitpunkt der Mittelstand in Form von freien Berufen, Handwerkern sowie kleinen und mittelständischen Unternehmern (Pickel 2000, S. 285–287).

Cleavage-Strukturen sind heute zwar weiterhin verhaltensprägend, jedoch weniger intensiv oder bedeutsam als dies noch bis in die 1970er und 1980er Jahre der Fall war (Gluchowski et al. 2002, S. 203). So gibt es keine Hinweise, dass traditionelle gesellschaftliche Konfliktlinien gänzlich verschwunden sind. In Westdeutschland spielen Indikatoren wie die Klassen- oder Konfessionszugehörigkeit weiterhin eine Rolle beim Wahlverhalten, in Ostdeutschland ist dies zumindest für die Konfessionszugehörigkeit zu attestieren (Elff und Roßteutscher 2011, S. 119). Essenziell ist dabei aber, dass die Größe spezifischer Gruppen keinen Einfluss auf die Existenz von Konfliktlinien hat (Elff und Roßteutscher 2011, S. 109) – im positiven wie im negativen. Dies bedeutet mit anderen Worten, dass auch ihr Einfluss auf die Politik geringer wird, wenn die für gesellschaftliche Konfliktlinien relevanten Gruppen schrumpfen (Arzheimer und Schoen 2007, S. 91). Keinen Abbruch tut dies aber dem Umstand, dass Individuen, die sich einer Gruppe zuordnen und mit dieser identifizieren, welche von den klassischen Cleavage-Strukturen erfasst werden, gleichbleibend oder gar verstärkt in ihrem Wahlverhalten beeinflusst werden. Dieser Effekt einer so genannten *Kondensierung* konnte für die Bundesrepublik Deutschland und das Cleavage zwischen Kirche und Staat bestätigt werden (S. Pickel 2018, S. 593).

Parteien müssen aufgrund dieses strukturellen Wandels stets versuchen, neue Gruppen innerhalb der Gesamtwählerschaft anzusprechen. Für diesen Wandel sind vor allem weitreichende strukturelle Veränderungen verantwortlich. Gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Modernisierungsprozesse führen in westlichen Gesellschaften nicht nur zu einem Rückgang der allgemeinen Religiosität und Konfessionszugehörigkeit, sondern in einem viel stärkeren Ausmaß zu einem Rückgang des Anteils der Arbeiter in einer Gesellschaft. Bedingt wird

dies durch eine Verschiebung der Wirtschaftssektoren bis hin zum Dienstleistungssektor (Dalton 1984a, S. 106; Winkler 2010, S. 218; Elff und Roßteutscher 2011, S. 108). Die Kernwählerschaft der SPD verändert sich allein dadurch, dass die Zahl der Arbeiter zwischen 1953 und 1998 in den alten Bundesländern um mehr als zwei Millionen Personen sinkt. Gemessen an der Gesamtwählerschaft verringert sich ihr Anteil somit von 36 auf 20 Prozent (Weßels 2000, S. 146). Zwischen 1950 und 1995 und damit im fast gleichen Zeitraum steigt der Anteil der Menschen, die in den alten Bundesländern im Dienstleistungssektor beruflich tätig sind, von 33,2 auf 63 Prozent (Gluchowski et al. 2002, S. 186).

Das Wahlverhalten nach Klassenzugehörigkeit zu Gunsten der SPD war unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg von immenser konstitutiver Bedeutung. Besonders das Verbot der KPD im Jahr 1956 führt dazu, dass vormals diese Partei wählende Arbeiter bei der Bundestagswahl 1957 zur SPD überlaufen (Spier und Alemann 2013, S. 457). Stimmen in Spitzenzeiten zwei Drittel der Arbeiter für die SPD und unter denen, die gewerkschaftlich organisiert sind und demnach der Kerngruppe der SPD-Wähler zugehören, sogar drei Viertel der Wähler (Schoen und Zettl 2012, S. 152), so hat es von diesem Wahlverhalten mittlerweile eine Abkehr gegeben. Klassenbasiertes Wahlverhalten nimmt in den meisten westlichen Demokratien schon seit geraumer Zeit ab (Dalton et al. 1984, S. 16). In Deutschland beginnt diese Phase in den 1960er Jahren (Spier und Alemann 2013, S. 458) und setzt sich auch weiterhin fort (Schoen und Zettl 2012, S. 158).

War demnach das so genannte *Class Voting* für die Entstehung westlicher demokratischer Parteiensysteme essenziell, wurden Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten als Repräsentanten industrieller Arbeiter und ihrer Klasse wahrgenommen (Elff 2007, S. 277), so fällt dies jedoch mehr und mehr als wahlentscheidender Grund weg (Dalton und Wattenberg 1993, S. 199). Für die Bundestagswahlen 1994 bis 2002 lässt sich für Westdeutschland bestätigen, dass die subjektive Schichtzuschreibung in ihrer Erklärungskraft auf das Wahlverhalten sogar höher ist als dies beim objektiven Status, beispielsweise durch die berufliche Verortung, der Fall ist. Für die Wahl der SPD ist aber die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ein deutlich stärkerer Prädiktor (Arzheimer und Schoen 2007, S. 96–97). Bei der Bundestagswahl 2017 wurde die SPD unter Arbeitern mit 23 Prozent allerdings nur noch die zweitstärkste Partei, nach den Unionsparteien, die von 29 Prozent der Arbeiter gewählt wurden. 18 Prozent der Arbeiter wählten die AfD und machten sie zur drittstärksten Partei innerhalb der Arbeiterschaft, zehn Prozent der Arbeiter votierten für die Linke (Jung et al. 2019, S. 42).

Es würde hier jedoch zu kurz greifen, einzig und allein die Verschiebung der Wirtschaftssektoren als Grund zu benennen, weshalb die SPD nicht mehr innerhalb der Arbeiterschaft reüssieren kann. Dabei spielt zum einen natürlich die

Repräsentation von Werten eine Rolle, die zu einem späteren Punkt noch einmal ausführlicher behandelt wird (siehe Abschnitt 2.4), insbesondere aber auch das gesamte politische Konfliktfeld, welches sich maßgeblich verändert hat. Angefangen damit, dass sich die SPD 1959 mit ihrem Godesberger Programm vom Marxismus und den vormals revolutionären Aspekten ihres Programms verabschiedet (Dalton 1984a, S. 106). Damit öffnet sich die Partei explizit für neue Wählerschichten und gibt in Folge auch ihren alleinigen Vertretungsanspruch für die Arbeiterschaft auf – wenn auch vermutlich nicht bewusst intendiert. Im gleichen Zug kommt es zu einer Abnahme klassenbasierten Wählens, weil konservative Parteien ganz im Allgemeinen, aber auch die deutschen Christdemokraten im Besonderen, eine soziale Wohlfahrtsstaatspolitik nicht nur akzeptieren, sondern auch in Teilen adaptieren oder in ihrem Sinne transformieren (Dalton 1988, S. 159).

Auf struktureller Seite spielen vor allem das Wirtschaftswunder ab den 1950er Jahren und das allgemein steigende Bildungsniveau eine immense Rolle. Zum einen führt das Wirtschaftswachstum zum von Ulrich Beck als „Fahrstuhl-Effekt“ (Beck 2016, S. 122) beschriebenen Phänomen. Demnach führt die allgemeine ökonomische Prosperität, die alle Gesellschaftsschichten erfasst, zu einer abnehmenden Wahrnehmung bestehender Klassenunterschiede, wodurch diese ihre „lebensweltliche Identität“ (Beck 2016, S. 158) verlieren. Beck meint damit ganz grundsätzlich die sinkende Relevanz „der Klassenzugehörigkeit für die politischen Konfliktstrukturen“ (Müller 1998, S. 249). Zugehörige der so genannten Arbeiterklasse fühlen sich demnach fortan immer öfter als der von einem zunehmenden Wohlstand betroffenen Mittelschicht zugehörig (Goldthorpe et al. 1967, S. 12), die sich sodann von staatlichen Umverteilungsmaßnahmen betroffen sieht und diese abwehren will (Görl 2007, S. 19). Auf diese Art werden Parteien oder auch Gewerkschaften vielmehr „zu Konservatoren einer sozialen Wirklichkeit, die es immer weniger gibt“ (Beck 2016, S. 158).

Mit steigendem Bildungsniveau und einem gleichzeitigen Wirtschaftswachstum wird ferner die soziale und geographische Mobilität erhöht, was weitreichende Folgen hat. Konkret kommt es „zu einer Erosion ehemals fest gefügter sozialer Milieus (...), das Gruppenbewusstsein [wird] geschwächt und die Einhaltung der Gruppennorm, für eine bestimmte Partei zu stimmen, unterhöhlt“ (Arzheimer und Schoen 2007, S. 91). Obwohl der Klassenkonflikt nicht dieselbe Stabilität aufweist wie die religiöse Konfliktlinie (Pappi 1979, S. 473), betrifft dies auch das katholische Milieu. Im Rahmen der gesellschaftlichen Modernisierung werden nicht nur die Einstellungen gegenüber Autoritäten, spezifische Geschlechterbilder oder sexuelle Normen überdacht (Inglehart und Baker 2000,

S. 21), vielmehr werden auch traditionelle Quellen der Legitimation politisch-gesellschaftlicher Ordnungen hinterfragt (Eisenstadt 2000, S. 5), die daraufhin ihrerseits an Einfluss einbüßen. Die fortwährende Säkularisierung hat in industrialisierten Gesellschaften zu einer Abschwächung der Allianz zwischen Katholiken und christlichen Parteien geführt (Norris und Inglehart 2011, S. 211). Gleichwohl muss konstatiert werden, dass die Säkularisierung ganz grundsätzlich als eine Tendenz zu verstehen ist, die insbesondere in wirtschaftlich prosperierenden Gesellschaften aktuell ist, jedoch auch jederzeit reversibel verlaufen kann (Norris und Inglehart 2011, S. 5).

Waren es konservative Parteien, die mit ihrer Akzeptanz und Adaption wohlfahrtsstaatlicher Modelle den sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien ihrerseits eine Grundlage für ihre politische Arbeit entzogen, so verfährt die SPD in der Bundesrepublik Deutschland in ähnlichem Maße auch mit den Christdemokraten. Im Zuge der 1960er Jahre nehmen die Sozialdemokraten Abstand von dezidiert anti-religiösen Positionen, woraufhin die katholische Kirche ihrerseits reagiert. Eine Reihe von politischen Verhandlungen zwischen Repräsentanten der SPD und der Kirche führen dazu, dass beginnend mit den Bundestagswahlen von 1969 Abstand genommen wird vom traditionellen Kirchenzeremoniell, an Wahlsonntagen in den Messen zur Wahl von CDU und CSU aufzurufen (Dalton 1988, S. 163). Dem vorangegangen war das zweite Vatikanische Konzil in welchem die katholische Kirche beschloss, nicht länger Wahlempfehlungen an ihre Gläubigen aussprechen zu wollen (Elff und Roßteutscher 2017a, S. 15; Roßteutscher 2011, S. 113). Die CDU ihrerseits öffnet sich mit ihrem Berliner Programm von 1968 explizit auch für Menschen, die nicht des christlichen Glaubens sind (Handwerker 2019, S. 133).

Gleichzeitig kommt es seit den 1950ern zu einer Erosion der Kirchgängerschaft. Diese ist insofern politisch relevant, als dass regelmäßige Kirchgänger die loyalste Wählerschaft der Christdemokraten sind (Elff und Roßteutscher 2017a, S. 29). Gehen 1953 noch 60 Prozent der Katholiken regelmäßig zum Gottesdienst, so sind es im Jahr 1990 nur noch 26 Prozent. Bei den Protestanten sinkt der Anteil im gleichen Zeitverlauf von 19 auf 7 Prozent (Gluchowski et al. 2002, S. 187). Gleichzeitig hat sich der Umfang der durchschnittlichen Kirchbesuche immer weiter verringert. Zwischen 1980 und 1998 sank dieser in der westdeutschen Bevölkerung von 18 auf 12 Kirchbesuche im Jahr (Pollack und Pickel 1999, S. 474). Zudem sinkt der Anteil katholischer Kirchgänger in der Gesamtwählerschaft von rund sieben Millionen in den 1960er Jahren auf etwas über drei Millionen im Jahr 1998 ab (Weßels 2000, S. 148). Zusätzlich hat die Konfessionszugehörigkeit als Katholik bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2005 nur bei der Bundestagswahl 2002, hier auch nur in Westdeutschland, einen signifikanten

Einfluss auf das Wahlverhalten (Arzheimer und Schoen 2007, S. 102). Die vorher klar bestehende Verbindung von Konfession und Wahlverhalten hat sich folglich deutlich abgeschwächt (Jacobs 2000, S. 144).

Diese sich vollziehenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, die eine Loslösung des Wahlverhaltens von soziostrukturellen Kontextbedingungen hervorrufen, werden auch unter dem Begriff der *Individualisierung* subsumiert (Beck 2001, S. 3). Individualisierung meint in diesem Kontext die Loslösung von zuvor geltenden Normen und Gruppenloyalitäten. Dadurch entstehen neue Lebensmodi, welche vormals stark durch den Staat oder religiöse Einflüsse beschränkt oder in Teilen auch reguliert wurden (Beck und Beck-Gernsheim 2002, S. 2). So kommt es zwangsläufig zur Auflösung traditioneller Milieus, wovon neben der Arbeiterschaft insbesondere auch die Religion und die Kirche betroffen sind (Pollack und Pickel 1999, S. 465). Dadurch verlieren „soziale Gruppen (...) ihre Kohäsion, ihren inneren Zusammenhalt“ (Korte und Fröhlich 2009, S. 166). Dabei greifen „Individualisierung und Milieuerosion (...) Hand in Hand, wobei der Wandel der Sozialstruktur und der postindustrielle Wandel beide Prozesse induzieren“ (Wiesendahl 2006a, S. 75). Das allgemein steigende Bildungsniveau hat die Menschen nicht nur von Parteien entfremdet, sondern auch von ihnen unabhängiger gemacht (Weßels et al. 2014, S. 4). Individuen können sich durch die gestiegene Mobilität „einer wachsenden Zahl verschiedener sich teilweise widersprechender und auch wandelnder Kategorien“ (Schnell und Kohler 1995, S. 635) zugehörig fühlen. Galt vormals *von der Wiege bis zur Bahre* als eine Art Leitspruch, der die Zugehörigkeit zu einer spezifischen sozialen Gruppe und das dazugehörige Wahlverhalten als prädestiniert sah, haben die hier beschriebenen Prozesse zur Erosion traditioneller Milieus geführt. Damit verbunden ist in diesem Fall auch die Auflösung von Gruppenbindungen (Gluchowski et al. 2002, S. 188). Gelten in der Sozialstruktur verankerte Cleavages als relativ stabile Muster der Polarisierung (Inglehart 1984, S. 25), so zeigt ihre Erosion, dass soziale Gruppen innerhalb der Gesellschaft für neue politische Ideen offen sind und auch die Adaption neuer Themen oder ideologischer Komponenten in Erwägung ziehen (Dalton et al. 1984, S. 21). Die direkte Folge daraus ist eine zunehmende und fortwährende Wählerheterogenität (Weßels et al. 2014, S. 7).

Abbildung 2.3 zeigt den eindeutigen Bedeutungsverlust sozialer Gruppen innerhalb der Wählerschaften von CDU/CDU und SPD. Besonders letztere ist davon sehr betroffen. Wählten 1972 noch rund 70 Prozent der Arbeiter die SPD, hat sich dieser Wert bis 2017 um zwei Drittel auf 23 Prozent verringert. „Das heutige Elektorat der SPD weist kaum noch das soziodemographische Profil ihrer traditionellen Zielgruppen auf (...), in der Berufsstruktur gibt es keine nennenswerten Schwerpunkte mehr“ (Spier und Alemann 2013, S. 458). Auch die

katholische Wählerschaft unter den CDU/CSU-Wählern hat sich deutlich verringert, jedoch nicht in einem solch erheblichen Ausmaß, wie dies bei den Arbeitern in der SPD-Wählerschaft zu beobachten ist.

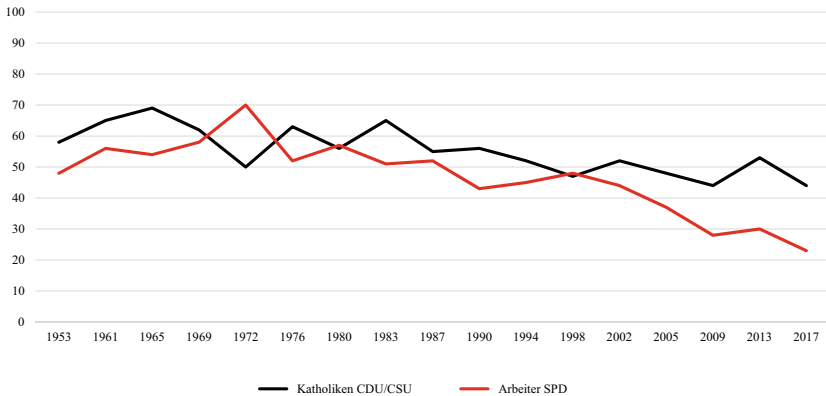


Abbildung 2.3 Katholiken und Arbeiter in den Wählerschaften von CDU/CSU und SPD. (Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Schindler 1999, S. 233–234; Deutscher Bundestag 2017, S. 1–9. Daten bis einschließlich 1987 entstammen Schindler 1999, die Daten von 1990 bis 2017 sind Deutscher Bundestag 2017 entnommen. Für 1957 wurden keine Daten ausgewiesen)

Nichtsdestotrotz ist festzustellen, dass die „engen Verbindungen zwischen Parteien und Wählern, die Teil gesellschaftlicher Massenorganisationen wie Kirchen und Gewerkschaften sind, (...) fragiler [werden]“ (Elff und Roßteutscher 2011, S. 107). Wurden diese bis in die 1980er Jahre kaum hinterfragt (Gluchowski et al. 2002, S. 183–184), so sind seitdem enorme gesellschaftliche Veränderungen zu beobachten. Diese haben eine Auflösung sozialer Gefüge und Zugehörigkeitsgefühle weiter gefördert, wodurch die Gesellschaft einerseits pluralistischer, andererseits aber auch fragmentierter geworden ist (Korte et al. 2012, S. 57).

Zwar bleiben Einflüsse von Konfessions- und Klassenzugehörigkeit auf das Wahlverhalten weiterhin bestehen, jedoch bei weitem nicht mehr in dem Ausmaß wie dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist (Evans 2017, S. 185). Das stetig steigende Bildungsniveau sowie der technische und wissenschaftliche Fortschritt begünstigen auch weiterhin fortschreitende Säkularisierungsprozesse (Elff und Roßteutscher 2011, S. 108). Gleichzeitig werden Arbeiter in der Summe immer weniger, sodass die ursprünglich *natürliche* Ressource potenziell soziodemokratischer Wähler immer stärker schwindet. Auch aus diesem Grund

konstatiert Ulrich Beck, dass wir „trotz fortbestehender und neu entstehender Ungleichheiten heute in der Bundesrepublik bereits in Verhältnissen jenseits der Klassengesellschaft [leben], in denen das Bild der Klassengesellschaft nur noch mangels einer Alternative am Leben erhalten wird“ (Beck 2016, S. 121).

Wenn Cleavages so zu deuten sind, dass diese in relativ beständigen, gesellschaftlich abgrenzbaren und objektiv identifizierbaren Gruppen innerhalb einer Gesellschaft verwurzelt sind (Knutsen und Scarbrough 1995, S. 494), hätte dies für das Wahlverhalten weitreichende Konsequenzen. Demnach wäre zu erwarten, dass mit einem sinkenden Anteil von Arbeitern der Untergang der Sozialdemokratie ebenso besiegelt wäre wie ein Untergang der Christdemokratie bei sinkendem Katholiken-Anteil in der Gesellschaft (Pappi 1979, S. 472). Zudem lässt dieser Ansatz außer Acht, dass mit dem Verschwinden sozialer Gruppen nicht automatisch ein Bedeutungsverlust jener Werte einhergeht, die das Gruppenbewusstsein in diesen prägen und geprägt haben (Bértoa 2014, S. 17).

Die Abnahme der Bedeutung klassischer sozialer Konfliktlinien führt allerdings nicht automatisch zu einer Veränderung oder gar vollständigen Neu-Konfiguration des Parteiensystems (Dalton 1984a, S. 107). Klar ist jedoch, dass sich seit den 1960er Jahren ein immenser gesellschaftlicher Wandel vollzieht, welcher auch die parteipolitische Sphäre und die ihr inhärente politische Konfliktstruktur westlicher Nationen erfasst hat (Inglehart 1983, S. 139). Dies hat insbesondere dahingehend eine enorme Bedeutung, wenn für die ersten Jahrzehnte nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, aber auch grundsätzlich für die meisten westlichen Demokratien die Annahme galt, dass sich der parteipolitische Wettbewerb anhand einer Links-Rechts-Achse ausdifferenziert. Um jene Veränderungen zu beschreiben, die sich im Rahmen eines Wertewandels seit den 1960ern vollzogen, ist zunächst ein kurzer Blick auf diese Achse und die dazugehörigen Implikationen notwendig.

Die Idee, dass sich Politik in einem Spannungsfeld zwischen Reichen und Armen befindet, geht bereits auf Platon zurück. Es ist aber schließlich Marx, der diesen Gedanken in die Moderne übersetzt und ihnen wieder zu politischer Aktualität verhilft. Grundlage dafür bildet eine politische Polarisierung zwischen *links* und *rechts* (Inglehart und Flanagan 1987, S. 1296). Wofür diese Begriffe im Einzelnen stehen, wurde hier schon einmal in aller Kürze erläutert, soll nun aber noch einmal aufgegriffen werden. Die klassische Links-Rechts-Dimension basierte und basiert vor allem auf der Frage, ob und inwiefern die Politik in ökonomischen Fragen intervenieren und beispielsweise durch Umverteilungsmaßnahmen aktiv in das Marktgeschehen eingreifen soll (Norris und Inglehart 2019, S. 50). Der Ursprungsgedanke dieses Konzeptes geht maßgeblich auf Anthony Downs zurück

(Downs 1957a, S. 116). Er vertritt die Ansicht, Parteien aller Gesellschaften könnten auf einem Links-Rechts-Kontinuum verortet werden. Ausgehend von dieser Position, könnten Parteien demnach ihre Positionen nach links oder eben nach rechts verschieben (Downs 1957b, S. 142). Wie in den Ausführungen zur Entstehung der Cleavages angeführt, gelten staatliche Eingriffe in das wirtschaftliche Geschehen als *links*, wohingegen eher wirtschaftsliberale Positionen als *rechts* verstanden werden (Roßteutscher und Scherer 2013a, S. 68). Folglich gilt, dass je mehr Staatseingriffe eine Partei in die Wirtschaft befürwortet, desto linker verortet Downs sie auf diesem Links-Rechts-Kontinuum (Pappi 1983, S. 422). Auf Individualniveau zeigt sich, dass eine solche Selbstbeschreibung als *links* beispielsweise mit der Bekämpfung von Einkommensungleichheit stark korreliert (Inglehart 1984, S. 40).

Zwar ist es oft so, dass Wähler nicht eindeutig benennen können, was unter einem *linken* oder einem *rechten* politischen Grundverständnis zu verstehen ist, gleichwohl sie sich zumeist einem der beiden Lager oder einer eher mittigen Position zuordnen können. Parteien, die von Individuen als ihnen nahe stehend eingestuft werden, erscheinen folglich auch deutlich attraktiver als Parteien, denen gegenüber eine räumliche Distanz empfunden wird (Schmitt-Beck 2019, S. 183). Die Links-Rechts-Skala dient daher einerseits als Identifikationsmerkmal, welches Individuen eine Orientierung im politischen Konfliktraum erleichtert (Westle 2012, S. 257). Aus diesem Grund wird diese Skala auch als eine Art *super issue* bezeichnet, da der identitätsstiftende Moment von besonderer Bedeutung ist (Scherer 2011, S. 26). Andererseits entsteht so eine Grundlage für die wissenschaftliche Perspektive, um Einstellungsdistanzen oder ideologische Polarisierung zu messen (Huber 1989, S. 600).

Für das Verständnis der Links-Rechts-Skala ist hervorzuheben, dass es sich um einen Ansatz handelt, der eine Positionierung zwischen zwei Extremen ermöglicht (Fuhse 2004, S. 210). Mag eine solche eindimensionale Beschreibung für manche Parteiensysteme, insbesondere jene mit einem Mehrheitswahlrecht, als zutreffend gelten, so ist dies für die meisten Parteiensysteme nur schwerlich oder gar nicht aufrecht zu erhalten (Stokes 1963, S. 370). Mit neu entstehenden Konfliktthemen wird eine Verortung entlang dieser singulären Konfliktdimension schwieriger (Inglehart 1984, S. 31), wenn nicht sogar inadäquat für eine Beschreibung des politischen Raums (Dalton 1984a, S. 113). Insbesondere seit Mitte der 1980er Jahre wurde diese Frage stärker in das Zentrum politischer Debatten gerückt, insbesondere auch vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion und sozialistischer Satellitenstaaten (Mouffe 2018, S. 107). Von einem Bedeutungsverlust des Downs'schen Links-Rechts-Konflikts kann jedoch

keine Rede sein. Vielmehr wurde dieser in andere Konfliktdimensionen übertragen, wodurch dieser vielschichtiger geworden ist (Kitschelt und Hellemans 1990, S. 214). So gibt es zumindest im alltäglichen Politikverständnis sehr klar definierte Bedeutungshorizonte dessen, welche Einstellung oder Wertvorstellung als rechts oder links zu deuten ist. Somit wird durch die Entstehung neuer Konfliktdimensionen der Bedeutungsgehalt der originären Links-Rechts-Konfliktachse höher und zugleich komplexer, allerdings wird die ursprüngliche Bedeutung keineswegs ersetzt, sondern eher in neue Gegebenheiten übersetzt (Magin et al. 2009, S. 235). Es existieren demnach wohl elaborierte Vorstellungen dessen, wie kulturelle oder sozialstaatliche Konfliktthemen in diese Konfliktdimension zu integrieren sind.

Besonders betont werden muss, dass Downs originäres Verständnis der ökonomischen Links-Rechts-Dimension dem eines Wertekonfliktes entspricht (Otjes 2016, S. 582; Niedermayer 2009, S. 37), entlang dessen Parteien und Individuen sich gegenseitig und einander verorten. Der Orientierung an diesen Werten räumt Downs in seiner konzeptionellen Darstellung einen hohen Stellenwert ein. In der direkten Anwendung auf das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland hat sich die Deutung durchgesetzt, dass insbesondere eine sozio-ökonomische sowie eine konfessionell-religiöse Konfliktlinie für seine Entstehung konstitutiv waren. Vor allem für die sozio-ökonomische Konfliktlinie hat sich eine sehr klare Beschreibung dessen, was dort unter einer linken oder einer rechten Orientierung zu verstehen ist, durchgesetzt. Diese wurde hier auch schon beschrieben. In diesem Verständnis vertritt die Sozialdemokratie sozio-ökonomisch linke Positionen und eine entsprechende Wertorientierung, während Christdemokraten und Liberale primär eine sozio-ökonomisch besitzstandswahrende und zugleich sozio-ökonomisch rechte Positionen vertreten.

Geblichen ist aus den Überlegungen Downs' das Element zur Beschreibung zwei-dimensionaler Konfliktstrukturen. Demnach spricht man von einer Links-Rechts-Verortung insbesondere dann, wenn es um die Beschreibung einer horizontalen Konfliktachse geht. Der konfessionell-religiöse Konflikt, der in den meisten westeuropäischen Staaten wirkungsvoll auf die Ausdifferenzierung des Parteiensystems einwirkte und einwirkt, wird zumeist als vertikal verlaufende Dimension ergänzt. Dem folgend sind die Christdemokraten am konfessionell-religiösen Pol zu verorten, wohingegen Liberale und Sozialdemokraten am säkularen Pol lokalisiert sind. Somit ergeben sich zunächst drei Kombinationen. Die FDP ist als sozio-ökonomisch rechte und säkulare Partei zu deuten, während CDU und CSU zwar auch sozio-ökonomisch rechts verortet sind, sich von der FDP aber anhand ihrer Zuordnung zum konfessionell-religiösen Pol unterscheiden. Gemessen an diesem Modell stellt die SPD hingegen vorläufig den

Antipoden zu CDU und CSU dar, da sie einerseits säkular orientiert ist, andererseits als sozio-ökonomische Kraft links der Mitte zu verorten ist (Siaroff 2000, S. 272). Für ihre Wähler ergeben sich folglich, je nach der eigenen Ausrichtung, verschiedene Kombinationsmöglichkeiten entlang dieser beiden Konfliktlinien (vgl. Abbildung 2.4).



Abbildung 2.4 Ausdifferenzierung des deutschen Parteiensystems bis in die 1970er Jahre. (Quelle: Eigene Darstellung)

Eingangs wurde bereits die von Lipset und Rokkan gemachte Beobachtung beschrieben, dass die Parteiensysteme westeuropäischer Staaten in den 1960ern im weitesten Sinne den Konfliktstrukturen der 1920er entsprachen. Die daraus entstandene *freezing Hypothese* attestiert, dass die gesamtgesellschaftlichen Konflikte und die darin ausgetragenen Wertvorstellungen konserviert wurden oder eingefroren waren. Diese Hypothese wurde in Folge immer wieder zurückgewiesen. So vertritt beispielhaft Mair die Ansicht, keine Gesellschaft könne je *eingefroren* sein oder war je *eingefroren* (Mair 2001, S. 30). Viele sich vollziehende Veränderungen sind demnach eher gradueller Natur und können zunächst nicht direkt beobachtet werden. Auf diesem Ansatz beruht dann auch das vielfach zitierte Werk Ronald Ingleharts, der so genannten *Silent Revolution*. Eine der wichtigsten Beschreibungen Ingleharts direkt zu Anfang seines Werkes ist, dass es in westlichen Gesellschaften einen Wertewandel gegeben hat, der sich insbesondere dadurch auszeichnet, dass die Betonung auf materiellem Wohlbefinden und physischer Sicherheit verschoben wurde, zu Gunsten einer stärkeren Betonung eines qualitativ lebenswerteren Daseins (Inglehart 1977, S. 3). Dieser von Inglehart beobachtete Wertewandel hat sich demnach kleinschrittig und sozusagen *still* vollzogen.

Um Ingelahrts Ansatz zu verstehen, muss zunächst geklärt werden, was unter einem solchen Wertewandel zu verstehen ist. Im Folgenden soll deshalb einerseits eine Klärung des Wertebegriffs vorgenommen werden, um anschließend die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse zu erfassen, die von Inglehart und weiteren Autoren beschrieben wurden. Dazu gehört unter anderem auch die Entstehung grüner oder grün-alternativer Parteien. Diese sollen dann in der theoretischen Debatte eingeordnet und zugleich abgegrenzt werden. Dafür ist es notwendig zu erläutern, aus welchen Gründen es sich bei der Gründung grüner Parteien nicht um das Produkt der Entstehung eines neuen Cleavages handelt. Schließlich sollen die hier angeführten Ideen und Konzepte im *Trichter der Wahlentscheidung* verortet werden, welcher darauffolgend als eine modellhafte Grundlage der vorliegenden Ausarbeitung dient.

2.3 Werte und Wertewandel

In welchem Verhältnis Werte und der Wertewandel zueinander stehen, soll im Folgenden erläutert werden. Dafür wird im Abschnitt 2.3.1 zunächst erklärt, inwiefern Wertorientierungen aus Werten abgeleitet werden, beziehungsweise wie Werte über diese erst sichtbar werden. Dazu gehört unter anderem auch eine Erklärung, weshalb gesellschaftliche Wertorientierungen als Sonderfall unter den Wertorientierungen zu verstehen sind. In diesem Kontext werden schlussendlich Einstellungen analytisch von diesen Begriffen – gemeint sind hiermit Werte und Wertorientierungen – abgegrenzt. In Abschnitt 2.3.2 wird dann beschrieben, welche Art von Wertewandel sich in der Bundesrepublik seit den 1970ern vollzogen hat und was Ronald Ingleharts wegweisendes Werk *The Silent Revolution* in diesem Kontext beigetragen hat. Ausgehend von diesen Ausführungen wird in Abschnitt 2.3.3 eine Bewertung vorgenommen, die zur Einordnung dessen dient, weshalb die Grünen als ein Produkt des Wertewandels verstanden werden können oder gar verstanden werden müssen. Hinzukommend wird in diesem Kapitel auch mit dem *Trichter der Wahlentscheidung* ein Modell vorgestellt, welches die hier beschriebenen theoretisch-konzeptionellen Überlegungen durch eine pfadabhängige Darstellung noch einmal nachvollziehbarer machen und verdeutlichen. Mit dem Abschnitt 2.3.4 wird schließlich das so genannte Michigan-Modell aufgegriffen, bei dem es sich um ein zentrales Modell der Wahlforschung handelt und welches ebenso Bestandteil des Trichters jener Faktoren ist, mit Hilfe derer individuelle Wahlentscheidungen erklärt werden können.

2.3.1 Werte, Wertorientierungen und Einstellungen

Wenn der Versuch einer Definition von Werten vorgenommen wird, so wird zumeist Clyde Kluckhohns Definition von Beginn der 1950er Jahre bemüht, die da lautet: „A value is a conception, explicit or implicit, distinctive of an individual or characteristic of a group of the desirable which influences the selection from available modes, means, and ends of action“ (Kluckhohn 1951, S. 395). Gemäß dieser Definition sind Werte in unterschiedliche Bestandteile zu zerlegen und unter unterschiedlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Essenziell ist zunächst, dass diese nicht direkt sichtbar oder direkt zu beobachten sind. Dies stellt insbesondere für deren Messung oder Erfassung ein Problem dar, die im Verlauf weiter aufgegriffen wird. Weiterhin gelten Individuen und Kollektive beziehungsweise soziale Gruppen als Träger von Werten. Dies ist insofern relevant, als dass die von einem Kollektiv getragenen Werte ihren Beitrag zu einer kollektiven Identität leisten (Thome 2014, S. 43), welche in der Cleavage-Definition bereits verankert ist. Von zentraler Bedeutung ist aber insbesondere die Konzeption einer wünschenswerten Gesellschaft oder einer erstrebenswerten Zielvorstellung, die von vorneherein im Wertebegriff angelegt ist. Dadurch wird das Handeln von Individuen und Kollektiven maßgeblich beeinflusst, hat also eine direkte Auswirkung auf beispielsweise das Wahlverhalten, den materiellen Konsum oder aber soziale Interaktionen (Mohamad-Klotzbach 2016, S. 558). Van Deths und Scarbroughs Vorschläge zur Konzeptualisierung von Werten sind diesbezüglich mit denen Kluckhohns deckungsgleich, da sie auch die nicht direkt mögliche Beobachtung von Werten ebenso erfassen wie die ihnen inhärente Vorstellung einer wünschenswerten Gesellschaft. Eine wichtige Ergänzung ist aber, dass sie Werte als zentrale (moralische) Grundüberzeugungen bezeichnen (van Deth und Scarbrough 1995, S. 28). Werte können sich demnach auf sämtliche Bereiche menschlichen Lebens und Verhaltens beziehen und dort Einfluss nehmen, werden sie doch als handlungsanleitendes Motiv betrachtet (Arzheimer und Klein 2000, S. 363; Klages 1984, S. 10).

Eine wichtige Abgrenzung ist dahingehend zu machen, dass Werte nur dann als handlungsanleitender Maßstab wirken, wenn nicht biologische Triebe oder Zwänge als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden (Klages 1984, S. 9–10). Ferner müssen Werte nicht zwangsläufig bewusst verankert sein beziehungsweise wahrgenommen werden, sondern können gleichwohl auch eine unbewusste Wirkung entfalten (Abels 2007, S. 15; Klages 1984, S. 10). Sie werden deshalb eher grundsätzlich als allgemeine Leitvorstellungen (Rattinger 2009, S. 184), als Kompass, der grundsätzliche Vorstellungen beinhaltet (Frey et al. 2016, S. 2) oder auch Leitlinien verstanden (Klages und Kmiecik 1979, S. 14), die eine

Erwartungshaltung von Individuen oder Kollektiven zusammenfassen (Keele und Wolak 2006, S. 674). Diese Erwartungshaltung definiert sich darüber, dass darunter „situationsübergreifende Ziele“ (Frey et al. 2016, S. 9) subsumiert werden, die erst die Bewertung spezifischer Situationen oder Objekte ermöglichen (Friedrichs 1968, S. 112). Diese situationsübergreifenden Ziele rekurrieren auf das Bild einer umfassenderen gesellschaftlichen Konzeption, die durch Werte definiert wird. Es kommt jedoch zu keiner ideologischen Aufladung oder einer dezidierten Sollens-Erwartung (Beckers 2018, S. 507). Dies grenzt sie auch von Normen ab, die als situationsbezogen (Frey et al. 2016, S. 2) und als eine äußere soziale Kontrolle zu verstehen sind, wohingegen Werte und eine Orientierung an ihnen einer inneren sozialen Kontrolle unterliegen (Reichhardt 1979, S. 25). Sie sind jene Konstrukte, die zum Ausdruck bringen, was für Individuen wichtig ist. Basierend auf den aus individueller Sicht wünschenswerten Zielvorstellungen können Ideen, Konzepte, Menschen oder Ereignisse als wertvoll oder relevant erachtet werden (Schwartz 2016, S. 63). Werte sind demnach „die oberste Instanz zur Entscheidung über Handlungsprobleme“ (Meulemann 1998, S. 16) und müssen verstanden werden als „Mechanismen der sozialen Integration“ (Meulemann 1996, S. 48). Bei dieser sozialen Integration handelt es sich aber primär um eine „spezifisch soziologische Perspektive“ (Meulemann 1996, S. 49). Nichtsdestotrotz ist gerade aus Sicht der politischen Soziologie, die sich unter anderem auch mit der Erklärung von Wahlverhalten beschäftigt, dieser Aspekt der sozialen Integration in Form der Integration in die Wählerschaft einer Partei nicht zu unterschätzen. Verschiedenen Werten werden dabei unterschiedliche Gewichte beigemessen (Schwartz 2016, S. 63–64), die insbesondere dann ersichtlich werden, wenn Individuen mit verschiedenen konkreten Zielvorstellungen konfrontiert werden, anhand derer sie ihre persönliche Präferenz zum Ausdruck bringen können oder müssen (Lupton et al. 2017, S. 502). Sie sind also das entscheidende Kriterium bei der Abwägung und Entscheidung zwischen verschiedenen Handlungsoptionen (Parsons et al. 1951, S. 11–12).

Bei der Abgrenzung von Werten und Wertorientierungen besteht ein essenzielles Problem darin, dass beide Begriffe in der Fachliteratur nicht kohärent verwendet werden, weshalb es zu begrifflichen Inkonsistenzen kommt (Elff 2005, S. 310). Dies führt sogar so weit, dass der genaue Bedeutungsgehalt von Wertorientierungen weiterhin nicht abschließend geklärt ist (Arzheimer und Rudi 2007, S. 168), gleiches gilt aber auch für den Werte-Begriff (Klages 2008, S. 24). Während in der psychologischen Forschung Wertorientierungen durchaus unter dem Werte-Begriff subsumiert werden, ist die Soziologie diesem Umstand als Fachdisziplin deutlich kritischer gegenüber eingestellt (Klages 2008, S. 26). Der

Soziologe Helmut Klages, der seinerseits immense Forschungsbestrebungen in diesem Bereich verfolgt hat, hält in diesem Kontext aber fest:

„Für einen disziplinspezifisch sozialisierten Normalsoziologen ist ein Werteforscher, der sich empirisch mit den Wertorientierungen der Individuen beschäftigt, ohne auf den sogenannten kulturellen Überbau der Gesellschaft Bezug zu nehmen und nach dem Institutionalierungs- und Allgemeinverbindlichkeitsgrad von Werten zu fragen, eo ipso ein psychologieverdächtiger Abweichler (wobei im Augenblick die Frage offengelassen sei, ob Soziologen immer genau wissen, womit sich Psychologen beschäftigen)“ (Klages 2008, S. 26).

Während in der Soziologie zumeist eine sehr enge und sehr spezifische Definition des Wertbegriffs vorgenommen wird, gibt es mit Klages durchaus auch Soziologen, die für eine durch Offenheit und Unbestimmtheit charakterisierte Auslegung plädieren, durch die auch interdisziplinäre Herangehensweisen möglich werden (Klages 1998, S. 107). Es gibt demnach hinreichende Gründe, eine soziologische Kritik der analytischen Begrifflichkeiten aufzugreifen, jedoch keine Notwendigkeit, sich diese dann zu eigen zu machen.

Wenn sodann der Begriff der Wertorientierungen näher erörtert wird, kann darunter die individuelle „Neigung verstanden werden, sich an bestimmten Werten zu orientieren“ (Elff 2005, S. 313). Wertorientierungen werden dementsprechend primär durch die Abgrenzung und Gegenüberstellungen verschiedener Werte sichtbar. Ein tiefergehender Ansatzpunkt ist, dass eine Wertorientierung jene Werte umfasst, die von Individuen oder Kollektiven internalisiert wurden. Aus diesen internalisierten Vorstellungen einer wünschenswerten Gesellschaft leiten Individuen und Kollektive Verbindlichkeiten für das eigene Leben ab (Klein 2014, S. 565; Hillmann 2001, S. 17; Gabriel 1986, S. 43). Auch hier ist der Akt einer bewussten Orientierung zentrales Kriterium, welches eine Wertorientierung von einem Wert als solches abgrenzt. Werte, die für eine Gesellschaft als konstitutiv angesehen werden, werden so für Mitglieder eben dieser zum Sinnbild einer wünschenswerten Gesellschaft (Parsons 1968, S. 136).

Zentral ist hierbei aber die Unterscheidung zwischen individuell-persönlichen Werten und gesellschaftlichen Wertorientierungen, die Vorstellungen für eine ganze Gesellschaft umfassen und um- beziehungsweise beschreiben (Arzheimer und Rudi 2007, S. 168). Gesellschaftliche Wertorientierungen sind bei manchen Autoren wiederum als eine Art begriffliche Spezifikation zu verstehen, bei der die Gesellschaft und die darin inkludierten sozialen Strukturen und Praktiken zentral sind und einer Beurteilung unterzogen werden (Bürklin und Klein 1998, S. 140; Pappi und Laumann 1974, S. 158–159). Lechleiter (2016, S. 27) hält jedoch eine gleichbedeutende Verwendung des Werte- und des Wertorientierungsbegriffs

für wenig zielführend, da Werte eher als abstrakte Konstrukte zu verstehen sind, während Wertorientierungen wiederum einen konkreten Handlungsbezug inhärent haben. Damit steht er zwar im Einklang mit Kluckhohn (1951), obgleich eine solche Unterscheidung von anderen Werteforschern nicht vorgenommen wird (Lechleiter 2016, S. 26). Diese sehen die deckungsgleiche Verwendung der beiden Begriffe als unproblematisch an, da die Differenzierung von Wertorientierungen zu Einstellungen von zentralerer Bedeutung ist (G. Pickel 2018, S. 960). Vor allem jene Wissenschaftler, die sich der Erforschung von Werten und Wahlverhalten widmen, verstehen unter gesellschaftlichen Wertorientierungen primär jene Werte, die für das Wahlverhalten als Leitmotiv herangezogen werden (Klein 2014, S. 575–576; Pappi und Laumann 1974, S. 157). Da in der vorliegenden Arbeit die Untersuchung gesellschaftlicher Wertorientierungen und deren Einfluss auf das Wahlverhalten vorgenommen werden soll, soll der vorgestellten begrifflichen Auslegung gefolgt werden. Die Unterscheidung von Wertorientierungen und Werten gestaltet sich dagegen als problematischer, da diese Begriffe in einer Vielzahl der vorliegenden Fachliteratur eine gleichbedeutende Verwendung finden. Insbesondere die englischsprachige Literatur sieht keine spezifische Unterscheidung zwischen diesen Begriffen vor. Im Folgenden werden die Begriffe daher, sofern nicht dezidiert darauf hingewiesen wird, aus Gründen der Praktikabilität gleichbedeutend verwendet, gemeint ist aber stets die Wertorientierung.

Eine wichtige Einschränkung ist hier insofern zu machen, als dass Werte eher als abstrakte Konstrukte zu verstehen sind, die allgemein nur über Wertorientierungen erfasst werden können (Arzheimer 2005, S. 285–286), obgleich die konkrete Erfassung Teil einer eher methodischen Diskussion ist, die im späteren Verlauf in Abschnitt 3.2.1 noch einmal aufgegriffen wird. Aus theoretischer Sicht ist für diese Ausarbeitung aber die Annahme und Internalisierung von Werten – also Wertorientierungen – priorisiert, da diese erst einen direkten Einfluss auf Handlungsentscheidungen entfalten (Scheuer 2016, S. 417) und erst bei spezifischen Handlungsalternativen sichtbar werden (Pappi und Laumann 1974, S. 162). Wertorientierungen werden demnach nur durch die Konfrontation von Zielkonflikten sichtbar (Roßteutscher 2013, S. 936), in denen Individuen eine Abwägung und Entscheidungen zwischen diesen treffen müssen (Mohamad-Klotzbach 2016, S. 558). Da sie als für das Wahlverhalten relevante Wertorientierungen zu verstehen sind, sind gesellschaftliche Wertorientierungen demnach als ein Sonderfall von Wertorientierungen zu bezeichnen, zumal dadurch doch ein sehr konkreter Handlungsbezug ersichtlich wird. Gemeint ist hiermit der Wahlakt als solcher, der durch Wertorientierungen essenziell, in Abwägung verschiedener Zielkonflikte und entsprechender Orientierungspunkte, beeinflusst wird. Zentral ist in diesem Kontext der Verweis darauf, dass gesellschaftliche Wertorientierungen auch jene

Parameter sind, an denen sich die Entwicklung von Parteiensystemen wie dem der Bundesrepublik Deutschland analytisch erfassen lässt.

Damit unterscheiden sich Werte und Wertorientierungen essenziell von Einstellungen, die „nur eine faktisch positive, negative oder indifferente Haltung gegenüber spezifischen Objekten“ (Thome 2019, S. 57) ausdrücken, ausgehend von der Perspektive eines Individuums, nicht eines Kollektivs. Zu verstehen sind unter diesen spezifischen Objekten sowohl Orte als auch Personen oder Sachfragen, die dann einer evaluativen Handlung ausgesetzt werden (Knutsen 2018a, S. 343; Ajzen 2005, S. 3). An dieser Stelle wird wiederum auch klarer, dass Einstellungen keine normative Konzeption einer wünschenswerten Gesellschaft (Kluckhohn 1951, S. 423) innewohnt, welche für Werte, Wertorientierungen und vor allem gesellschaftliche Wertorientierungen konstitutiv ist (Thome 2019, S. 51). Aus dieser Vorstellung einer wünschenswerten Gesellschaft sind Motivationen abzuleiten, „wohingegen Einstellungen nur über Werte motivationale Komponenten enthalten können“ (Köthemann 2014, S. 15). So lässt sich aus einer singulären Einstellung kein grundlegendes Werteverständnis rekonstruieren.

Ein zentraler Unterschied zwischen Wertorientierungen und Einstellungen besteht insofern, als dass Individuen und Kollektive Träger einiger weniger relevanter Werte sind (Roßteutscher 2013, S. 936), die dann eine Vielzahl an Einstellungen „zu ‚größeren Strukturen‘ (...), zu einem ‚integrierenden System‘“ (Kmieciak 1976, S. 153) zusammenfügen. Diese spezifischen Einstellungen werden erst aus Wertorientierungen abgeleitet (Rokeach 1973, S. 18; Klages 1984, S. 10). Wertorientierungen und Werte sind Einstellungen demnach als Determinanten vorgelagert (Mays und Hambauer 2019, S. 346; Rokeach 1973, S. 24). Wertorientierungen beeinflussen Einstellungen, wenn auch nicht ausschließlich, so doch in einem nicht unerheblichen Ausmaß. Allerdings sind Wertorientierungen oft nur über Indikatoren messbar, die in Form von Einstellungsvariablen operationalisiert oder konstruiert werden (Meulemann 1998, S. 14). Es darf an dieser Stelle aber nicht angenommen werden, dass sich aus Wertorientierungen automatisch Einstellungen ableiten lassen. Dafür notwendig ist zunächst die Anerkennung von spezifischen Werten als Orientierungspunkt, also eine Adaption in den eigenen individuellen Wertekanon (Elff 2005, S. 313). Ebenso wie im Fall von Einstellungen müssen Individuen nicht alle Werte für sich adaptieren und daraus für sich eine Wertorientierung entwickeln. Werte sind nicht als eine konkrete Handlungsanweisung zu verstehen, die Individuen zwangsläufig einhalten müssen (Peuckert 2006, S. 353). Es handelt sich demnach um „keine ewigen, unveränderlichen Tatsachen, sondern jeweils an einen bestimmten gesellschaftlichen Kontext“ (Peuckert 2006, S. 353) gebundene Wegweiser.

Während Wertorientierungen bei der Sozialisation von Individuen eine immense Rolle spielen, werden diese doch maßgeblich vor allem im Jugendalter ausgebildet (Welzel 2009, S. 109), können sich Einstellungen im weiteren Lebensverlauf auch immer wieder situativ verändern. Einstellungen fehlt im Gegensatz zu Werten und Wertorientierungen zudem eine gesellschaftliche Verbindlichkeit (Bürklin und Klein 1998, S. 139). Werte übernehmen vielmehr eine strukturierende Funktion, um politische Informationen in ihrer Komplexität zu reduzieren und Einstellungen auf dieser Basis abzuleiten (Lupton et al. 2017, S. 491; Abels 2007, S. 17). Wertorientierungen und vor allem Werte sind folglich umfassender von ihrem Bedeutungsgehalt als Einstellungen (Rattinger 2009, S. 183). Die konkrete Einstellung zu einem Sachverhalt hängt wiederum von den jeweiligen Wertorientierungen eines Individuums ab (Pappi 1977, S. 207). Dabei wirken nicht alle Wertorientierungen gleichermaßen auf das individuelle Handeln ein, sondern primär nur jene, die aus individueller Perspektive als Orientierungspunkte internalisiert sind.

Ähnlich wie bei der Unterscheidung von Werten und Wertorientierungen ist auch eine Unterscheidung zwischen Werten beziehungsweise Wertorientierungen und Einstellungen nicht unumstritten. So argumentieren einige Forscher, dass eine strikte Trennung von Einstellungen und Werten beziehungsweise Wertorientierungen nicht sinnvoll ist, da derartige latente Konstrukte erst über Einstellungen sichtbar gemacht werden können (Rattinger 2009, S. 183; Jagodzinski und Kühnel 2002, S. 206; Thome 1985a, S. 33). Dies ist aber im Rahmen einer größeren Auseinandersetzung zu bewerten, die sich mit der theoretischen und methodischen Erfassung von Werten und Wertorientierungen beschäftigt. Diese Diskussion wird in Abschnitt 3.2.1 ausführlicher beleuchtet. Eine Unterscheidung zwischen Einstellungen und Wertorientierungen wird in der vorliegenden Studie jedoch als zentral erachtet.

Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass Werte folglich keiner direkten Beobachtung zugänglich sind. Sichtbar werden sie erst durch die Gegenüberstellung von Zielkonflikten, die als individuelle und kollektive Orientierungspunkte dienen und fortan als Wertorientierungen verstanden werden müssen. Handelt es sich bei diesen Wertorientierungen um Determinanten, die das Wahlverhalten beeinflussen und somit zur Ausdifferenzierung und Prägung eines Parteiensystems beitragen oder beigetragen haben (Klein 2014; Pappi und Laumann 1974), so sind diese im Folgenden als gesellschaftliche Wertorientierungen zu bezeichnen, welche einem spezifischen Sonderfall von Wertorientierungen entsprechen. Wertorientierungen wie auch gesellschaftliche Wertorientierungen sind dabei Einstellungen vorgelagert. Letztere können aus ihnen abgeleitet werden und sind nicht durch die Konfrontation mit entsprechenden Zielvorstellungen, sondern einzig durch

eine individuelle Evaluation abzubilden. Abschließend lässt sich festhalten, dass gesellschaftliche Wertorientierungen „die vermittelnde Größe zwischen makropolitischen, makrosozialen und sozialstrukturellen Variablen auf der einen Seite und individuellen politischen Einstellungen und Verhaltensweisen auf der anderen Seite“ (Klein 2014, S. 565–566) darstellen. Für die singuläre Betrachtung einer einzigen Wahl sind Einstellungsvariablen als Determinante für das Wahlverhalten ausreichend. Sollen hingegen unterschiedliche Wahlen – wie in der vorliegenden Arbeit – zueinander in Bezug gesetzt und auch Entwicklungstendenzen an ihnen festgemacht werden, so ist ein Rückbezug zu gesellschaftlichen Wertorientierungen sachdienlich (Klein 2014, S. 566).

Nachdem erläutert wurde, was unter einem Wert, einer Wertorientierung oder einer Einstellung zu verstehen ist und wie diese voneinander abzugrenzen sind, soll nun im Folgenden jener Wertewandel beschrieben werden, der fast die gesamte westliche Welt erfasste und maßgebliche Veränderungen in der politischen Konfliktstruktur westlicher Gesellschaften nach sich zog.

2.3.2 Wertewandel

Ist die Rede von einem Wertewandel, so beschreibt dies zunächst einen Prozess, in dem „sich in einer Gesellschaft die Aggregatverteilung der Wertorientierungen ihrer Mitglieder bedeutsam verändert, einzelne Werte also einen Bedeutungsgewinn oder -verlust erfahren“ (Klein 2014, S. 565). Dabei gilt grundsätzlich für alle Gesellschaften, dass Kontinuität und Wandel einander immer wieder ablösen. Dies kann auf externe Faktoren ebenso zurückgeführt werden wie auf die Tatsache, dass es für die in Gesellschaften auftretenden Probleme keine Lösungsansätze gibt, die immer und fortwährend Gültigkeit haben (Eisenstadt 1971, S. 75). So ist in den 1970er Jahren zu beobachten, dass ein ökologisches Bewusstsein für die durch die Industrialisierung entstandenen Umweltzerstörungen heranwächst (Wiesendahl 2015, S. 170). Ihren Ursprung findet dieser Bewusstseinswandel in der Industrialisierung, welche erst Rationalisierungs- und Säkularisierungsprozesse begünstigt, die diesen Paradigmenwechsel langfristig ermöglichen (Inglehart und Welzel 2005, S. 1). Dieser hat schließlich „die Aufkündigung des lange Zeit unhinterfragten technischen Fortschritts- und Wachstumskonsens zur Folge“ (Wiesendahl 2015, S. 170). Ebenso kommt es zu einem steigenden Bildungslevel, höheren Einkommensniveaus, veränderten Geschlechterbildern, Einstellungsveränderungen gegenüber Autoritäten sowie veränderten sexuellen Normen. Gleichzeitig steigt auch der Grad politischer Partizipation an, durch den politische Autoritäten vermehrt hinterfragt werden (Inglehart und

Baker 2000, S. 21). Ganz grundsätzlich führt dieser Wertewandel zu umfassenden Protesten für einen stärkeren Umweltschutz, dem Kampf gegen die Kernenergie sowie einem Einsatz für mehr Menschenrechte und der sexuellen Entfaltung des Individuums (Dalton et al. 1984, S. 4).

Tatsächlich gestaltet sich die Natur des Wertewandels so, dass durch die postindustrielle Phase neue Werte an Bedeutung gewinnen, die vormals als nicht relevant wahrgenommen wurden oder zumindest keinen hohen Stellenwert in der Perzeption der gesellschaftlichen Wirklichkeit hatten. Die in postindustriellen Gesellschaften dominierenden Werte unterscheiden sich signifikant von denen des industriellen Zeitalters (Huntington 1974, S. 186–187). Damit gehen erhebliche Transformationsprozesse einher, die weitreichende Konsequenzen haben. Dabei sind einige strukturelle Merkmale zu bedenken, die Ausdruck beziehungsweise auch als Auslöser für diesen Wertewandel zu verstehen sind. Diese wurden hier bereits beispielhaft am Wandel der Wirtschaftssektoren beschrieben.

Individuen, welche sich im Rahmen der dadurch gesetzten strukturellen Veränderungen bewegen, werden sodann auch von diesem Wandel erfasst. So werden westliche Gesellschaften als Ganzes zwar nicht Zeugen der Entstehung vollends neuer Werte, jedoch der graduellen Ersetzung traditionalistischer Werte durch weniger traditionalistische oder weniger autoritäre (Denk-)Ansätze (van Deth 1995, S. 2). Dies begünstigt verhaltensrelevante Veränderungs- und Angleichungsprozesse, „durchziehen Werte [doch] in prägender, bestimmender Weise alle Bereiche der Gesellschaft und haben maßgeblich Anteil an der Steuerung des Verhaltens“ (Hillmann 1986, S. 1).

Dass sich Wertesysteme von Individuen und Kollektiven durchaus verschieben, ist in jedwedem gesellschaftlichen Kontexten zunächst normal. Wären Wertesysteme und die aus ihnen abgeleiteten Wertorientierungen vollends stabil, so wäre individueller und gesellschaftlicher Wandel schlicht unmöglich. Wären diese aber gänzlich instabil, könnte eine gesellschaftliche Struktur auch nie eine gewisse Stabilität und Kontinuität erreichen (Rokeach 1973, S. 5–6). Luhmann hält beispielhaft zurecht fest, dass heute keine Partei „gegen Recht und Gerechtigkeit, gegen Freiheit, Erziehung usw. als Wert zu Felde ziehen“ (Luhmann 2010, S. 297) würde. Demnach haben sich diese entsprechenden Werte innerhalb der Gesellschaft etabliert, was gleichermaßen zu ihrer Stabilisierung beigetragen hat. Dabei ist es jedoch von nicht unwesentlicher Bedeutung anzuführen, dass eben diese Werte auch erst bewusst erstritten oder erkämpft werden mussten. Insbesondere um die Frage dessen, was Gerechtigkeit oder Freiheit bedeuten mag, spannt sich noch heute der politische Diskurs. Gleiches ist festzustellen beim Kampf um die Deutungshoheit über das, was als Recht oder Unrecht definiert wird. Die festzustellenden Wandlungsprozesse unterliegen jedoch keiner linearen Logik (Inglehart

und Welzel 2005, S. 1). Vielmehr müssen solche gesellschaftlichen Prozesse der Modernisierung verstanden werden als das Ergebnis der Wertorientierungen von Individuen und Kollektiven, die in einem Konkurrenzkampf zueinander stehen. Dieser findet beispielhaft zwischen gesellschaftlichen Wertvorstellungen wie Modernisierung und Bewahrung (Zapf 2006, S. 229) statt, in denen zuvor geltende sittliche Normen und Regeln aufzuweichen versucht werden oder aber der bereits angeführte Wachstumskonsens durch einen ökologischen Bewusstseinswandel hinterfragt wird. Prozesse der Individualisierung, Säkularisierung und Globalisierung im Besonderen haben die Wertorientierungen und Wertprioritäten im politischen Raum nachhaltig verändert (Halman 2007, S. 318).

Aus dem Wertewandel ergeben sich eine Vielzahl an Konsequenzen. Vor allem durch eine fortschreitende Individualisierung sinkt die allgemeine Identifikation mit Parteien. Dadurch wird einerseits ein zunehmendes Wechselwahlverhalten begünstigt, andererseits bedingt dies auch die Loslösung von tradierten Milieus. In der Folge entsteht für Parteien das Risiko, ihre natürlichen Wählerressourcen zu verlieren. Für Individuen entsteht, sofern keine Anpassung an die sich gegebenen gesellschaftlichen Veränderungen erfolgt oder gar erfolgen kann, womöglich eine Art Ohnmachtsgefühl (Jun 2000, S. 214–215). Insbesondere gesellschaftlich-kulturelle Normen, die über lange Zeit hinweg Bestand hatten, erodieren nach und nach (Walter 2000, S. 228). Zusätzlich verlieren sozialstrukturelle Gruppen wie Arbeiter oder Katholiken, in denen über Jahrzehnte ein eigenes gesellschaftliches Leben organisiert wurde, an Bindekraft. Aus diesem Grund darf der Wertewandel nicht nur unter dem Gesichtspunkt verstanden werden, dass sich daraus ausschließlich Chancen ergeben, sondern durchaus auch individuelle Sorgen entstehen können (Klages 1984, S. 384). Rüschemeyer argumentiert vor diesem Hintergrund, dass gerade Modernisierungsprozesse zu einer Revitalisierung vormoderner Wertorientierungen führen können. Darunter zu verstehen sei

„die Entwicklung von ausdrücklich konservativen Ideologien als Reaktion auf moderne Herausforderungen, das verbreiterte Auftreten verklärter Bilder der glorreichen Vorzeit als Reaktion auf Spannungen; und die nationalistische Betonung der Einmaligkeit der sich wandelnden Gesellschaft und ihrer glorreichen Vergangenheit“ (Rüschemeyer 1969, S. 384).

Entwicklungen wie ein sich vollziehender Wertewandel müssen dabei von Parteien sehr aufmerksam verfolgt werden. Sofern eine Kompatibilität mit den eigenen Grundüberzeugungen festzustellen ist, kann dies einerseits zur Anpassung des eigenen Werteprofiles führen, andererseits muss aber auch erwogen

werden, ob und inwiefern Skeptiker eines solchen Wertewandels von Parteien eingebunden oder von eigenen Standpunkten überzeugt und womöglich integriert werden können. Nur dadurch kann die Anzahl der Wähler aufrecht erhalten bleiben oder vergrößert werden, da andernfalls Wählerabwanderungen zu erwarten sind (Hillmann 1986, S. 15). So können politische Eliten diesen Prozess eines gesellschaftlichen Wandels zwar ignorieren oder sich ihm widersetzen, jedoch ist dies langfristig in vielerlei Hinsicht sehr kostenintensiv (Inglehart und Baker 2000, S. 21). Gemeint ist damit beispielsweise, dass politisches Vertrauen innerhalb der eigenen Wählerschaft verspielt werden kann, wenn auf neue Problemlagen keine zufriedenstellenden Antworten formuliert oder Reformen entwickelt werden. Gleichzeitig hat die Verhinderung eines gesellschaftlichen, politischen oder kulturellen Wandels enorme Konsequenzen. Insbesondere die Negation einer sich verändernden sozialstrukturellen Zusammensetzung in der Bevölkerung und einer sich global verändernden Wirtschaftsordnung kann in letzter Konsequenz bedeuten, dass eine Gesellschaft den Anschluss an sich globalisierende Prozesse verliert. Wenn jedoch davon ausgegangen wird, dass Wertewandel lediglich bedeutet, dass zuvor autoritäre oder traditionalistische Wertvorstellung liberalisiert beziehungsweise weniger autoritär oder traditionalistisch werden, so greift dies zu kurz, denn dadurch wird eine lineare Entwicklung hin zu einer liberaleren und demokratischeren Gesellschaft postuliert. Dies ist jedoch keineswegs zwangsläufig der Fall.

Ingleharts Theorie der Silent Revolution „lieferte die wissenschaftliche Erklärung für die spektakulären Umwälzungen, die europäische Gesellschaften wie Deutschland in diesen turbulenten Jahrzehnten erfuhren“ (Roßteutscher und Scherer 2013a, S. 68). Seine Überlegungen beruhen im Wesentlichen auf dem Konzept der Bedürfnishierarchie nach Abraham Maslow. Demnach existieren mit physiologischen Bedürfnissen, Sicherheitsbedürfnissen, sozialen Bedürfnissen, dem Bedürfnis nach Wertschätzung und jenem nach Selbstverwirklichung (Maslow 1943, S. 372–382) insgesamt fünf zentrale Bedürfnisse, die in späteren Interpretationen – so auch Ingleharts – aufeinander aufbauen. Grundlegende Bedürfnisse wie die nach Sicherheit oder nach ausreichender physiologischer Versorgung müssen demnach priorisiert befriedigt werden, bevor sich Individuen anderen Bedürfnissen zuwenden können (Gabriel 1986, S. 90–91). Inglehart hält dazu fest: „In short, people are safe and they have enough to eat. These two basic facts have far-reaching implications“ (Inglehart 1977, S. 22). Darauf aufbauend entwickelt Inglehart sein Konzept eines neuen Konflikts beziehungsweise einer neuen Konfliktlinie, welche er zwischen einer materialistischen und einer postmaterialistischen Wertorientierungen verortet (Lachat 2017, S. 561). Die grundlegenden Werte einer physischen Sicherheit und ausreichenden Versorgung sind hier als

materialistisch zu verstehen, wohingegen alle darauffolgenden Bestrebungen und Werte eher *postmaterialistischer* Natur sind.

Gemäß dieses Konzepts wenden sich Individuen erst dann postmaterialistischen Werten zu, wenn grundlegende materielle Bedürfnisse befriedigt sind (Gabriel 1986, S. 85). Diese Gedanken fasst Inglehart in seiner *Mangelhypothese* zusammen. Demnach haben Generationen, die einen Krieg noch selbst erlebt haben, grundlegend andere Bedürfnisse und Wertpräferenzen als Generationen, die ohne diese Erfahrung aufgewachsen sind. So sind in Ingleharts Untersuchungen klare Unterschiede hinsichtlich der Bewertung ökonomischer und physischer Sicherheit nach Altersgruppe und dazugehöriger Involvierung in einen der Weltkriege zu identifizieren (Inglehart 1979, S. 280). Auch ist zu beobachten, dass in Ländern mit einem vergleichsweise niedrigen Lebensstandard besonders materialistische Werte dominierend sind, wohingegen in den Industrienationen der westlichen Welt ein deutlich höherer Anteil an Menschen mit postmaterialistischen Wertpräferenzen vorzufinden ist (Dalton 2003, S. 161). So kann, angelehnt an Inglehart, festgehalten werden, dass Gesellschaften, welche sich in einer wirtschaftlichen oder gar sicherheitspolitischen Schiefelage befinden, eher von materiellen Defiziten geprägt sind als Gesellschaften, in der die Wirtschaft prosperiert und die öffentliche Sicherheit gewährleistet ist (Lechleiter 2016, S. 32). Bedürfnisse wie die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder nach intellektuellen Herausforderungen werden demnach erst sichtbar, wenn materielle Bedürfnisse befriedigt sind (Dalton 1977, S. 459).

Bereits an anderer Stelle wurde ein Kerngedanke der von Inglehart beschriebenen zweiten Hypothese – der *Sozialisationshypothese* – skizziert. Wenn Werte „als in der frühen Sozialisation erworbene Grundorientierung[en verstanden werden], die im Lebensverlauf vergleichsweise stabil bleiben und damit zeitunabhängig sind“ (Anstötz und Westle 2019, S. 105), so hat dies weitreichende Konsequenzen. Demnach erklärt es die Beharrsamkeit älterer Menschen, an jenen Werten festzuhalten, die im Jugendalter erworben wurden, obgleich diese womöglich nicht mehr in der Lage sind, in einer sich modernisierenden Gesellschaft ausreichend Orientierung zu geben, vor allem nicht für Angehörige jüngerer Generationen (Welzel 2009, S. 111; Inglehart 1977, S. 23). Es kommt also hier explizit zu Unterschieden zwischen den Angehörigen verschiedener Altersgruppen, die Inglehart in seiner Hypothese beschreibt. Demnach werden Individuen insbesondere in den ersten 20 Jahren vor allem durch jene Werte geprägt, die ein Spiegel der Bedingungen sind, unter denen das Individuum aufwächst (Roßteutscher 2013, S. 939; Inglehart 1995, S. 77; Inglehart 1977, S. 22–23). Dazu gehört selbstredend auch die ökonomische Entwicklung eines Landes, die direkt auf das Individuum im Sinne von strukturellen Rahmenbedingungen wirkt. Demnach

sind Kohorteneffekte nachzuvollziehen bei den Wertausprägungen einer Gesellschaft, die den ökonomischen Status klar abbilden. Sofern junge Menschen in einer Phase wirtschaftlichen Aufschwungs sozialisiert wurden, hat dies, wenn man dieser Argumentation folgt, einen bedeutenden Effekt auf die Annahme beziehungsweise Bevorzugung postmaterialistischer Werte (Dalton 2003, S. 162; Inglehart 1983, S. 142).

Diese Kohorteneffekte sind wiederum auch nur Ausdruck eines schrittweisen Wandels. Unterschiedliche Erfahrungen im Jugendalter führen in einer sich modernisierenden Gesellschaft dazu, dass gewisse traditionalistische Wertvorstellungen und Normen innerhalb älterer Bevölkerungsschichten durchaus persistent bleiben, wohingegen jüngere Generationen strukturell liberaler werden (Inglehart 1995, S. 11). Nicht ohne Grund wurde die Jugend in westlichen Demokratien „zum Träger eines postmaterialistischen Wertewandels“ (Kaina und Deutsch 2006, S. 157). Werte müssen vor diesem Hintergrund als soziales Produkt verstanden werden, welches über Generationen hinweg in institutionalisierter Weise vermittelt wird (Meyer 1979, S. 46). Wird dabei

„die heranwachsende Generation an die allgemeinen Wertvorstellungen und Normen einer Gesellschaft herangeführt (...), so erwirbt sie auch bestimmte politische Orientierungen und wird dadurch in die Lage versetzt, ihre soziale Umwelt unter politischen Gesichtspunkten wahrzunehmen und zu bewerten“ (Gabriel 1986, S. 31).

Wenn also die Rede von generationalen Effekten ist, so wird klar, dass es sich hier nicht um einen abrupten Wandel, sondern vielmehr um einen langfristigen Wandlungsprozess handelt (Inglehart 1990, S. 247; Inglehart und Welzel 2005, S. 1), in dem der kulturelle und gesellschaftliche Wandel durch die Ablösung einer Generation durch eine darauffolgende erfolgt (Inglehart 1995, S. 14). Der Wertewandel ist aber explizit nur als Teilaspekt eines umfassenden kulturellen und auch strukturellen Wandels zu verstehen (Hoffmann-Nowotny 1979, S. 61). Die strukturellen und kulturellen Faktoren stehen selbstredend in einem interdependenten Verhältnis. Eine Veränderung der Sozialstruktur oder wirtschaftlichen Struktur verändert zwangsläufig auch die in einer Gesellschaft gelebten Werte und dadurch entstehen neue individuelle Bedürfnisse, Chancen und auch Risiken. Andererseits führt eine Veränderung von Wertpräferenzen auch zu einer Neuausrichtung gesellschaftlichen Zusammenlebens und Wirtschaftens. Wenn Werte nun also wie angeführt einen Einfluss auf die Wahrnehmung von Geschehnissen haben und auch entsprechend Handlungsentscheidungen aus ihnen abgeleitet

werden können, so können sich diese auch unter veränderten Rahmenbedingungen neu justieren, ohne dafür die Ablösung einer Generation zu bedürfen (Thome 2014, S. 43).

Eine breitere Erläuterung dessen, wie Wertorientierungen als solches zu messen sind, wird im Abschnitt 3.2.1 vertieft und ausführlicher erläutert. Nichtsdestotrotz ist an dieser Stelle ein Blick darauf notwendig, auf welche Art und Weise Inglehart versucht, den Wandel von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen zu erfassen. Dafür entwickelte er ein heute als Inglehart-Index bekanntes Messinstrument, welches im Rahmen von Bevölkerungsumfragen eingesetzt wird. Die erste Entwicklung des Index bestand zunächst aus vier Items, wovon je zwei als Ausdruck einer postmaterialistischen Wertorientierung und einer materialistischen Wertorientierung zu verstehen sind: Die *Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land* sowie der *Kampf gegen steigende Preise* sind hiernach als materialistische Wertorientierungen zu verstehen, wohingegen *Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidung der Regierung* sowie *Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung* als postmaterialistische Wertorientierungen verstanden werden (Inglehart 1977, S. 28; Dalton 1977, S. 462). Die Befragten sind angehalten, darauffolgend anzugeben, welches das für sie wichtigste, welches das für sie zweitwichtigste und welches schließlich das drittwichtigste Ziel ist. Ausgehend davon werden diese dann in vier Typen eingeteilt. Positioniert ein Individuum ausschließlich materialistische Werte an erster und zweiter Stelle, so gilt es als *reiner Materialist*. Positioniert es hingegen postmaterialistische Werte auf den beiden vorderen Prioritätenplätzen, so ist die Rede von einem *reinen Postmaterialisten*. Kommt es zu einer Kombination aus einem materialistischen und einem postmaterialistischen Wert, so entscheidet die Erstpräferenz über die Typisierung. Wurde als wichtigstes Ziel ein materialistischer Wert genannt, so ist das Individuum *eher Materialist*, wurde hingegen ein postmaterialistischer Wert zuerst genannt, so ist das Individuum *eher Postmaterialist* (Bauer-Kaase und Kaase 1998, S. 258–259).

Die neue Konfliktlinie zwischen einer materialistischen und einer postmaterialistischen Wertorientierung (Inglehart 1997, S. 4) ist – im weitesten Sinne gemäß Inglehart – vor allem durch ökonomische Fragen und eine ökonomische Sicherheit prädeterniert. So kann sehr eindeutig angenommen werden: „Ist der soziale Status einer Familie schwach, wird die Ausbildung von materialistischen Wertorientierungen begünstigt, ist der soziale Status hoch, so entwickeln sich postmaterialistische Wertorientierungen“ (Lechleiter 2016, S. 33). Insbesondere die sozio-ökonomische Wohlfahrtsentwicklung westlicher Gesellschaften wie der Bundesrepublik Deutschland (Lauth et al. 2014, S. 223) oder auch der Wirtschaftsboom nach dem Zweiten Weltkrieg (Inglehart 1977, S. 21–22) haben hier

sicherlich ihren Beitrag geleistet. So lässt sich aber durchaus auch erkennen, dass westeuropäische Gesellschaften in der Summe allesamt postmaterialistischer geworden sind, jedoch bedeutend langsamer als zunächst von Inglehart angenommen (Abramson und Inglehart 1987, S. 239). Während die Zahl der Materialisten in den 1980ern zunächst deutlich sinkt, ist eine klare Zunahme bei den Postmaterialisten zu verzeichnen (Hradil 2002, S. 36). Nichtsdestotrotz ist der Aufstieg des Postmaterialismus auch dadurch gekennzeichnet, dass sich dieser Effekt nach den 1980ern zu reduzieren beginnt (van Deth 2001, S. 25–26). Der Anteil *reiner Postmaterialisten* bleibt in Folge ungefähr gleich, wohingegen der Anteil derer, die sowohl postmaterialistische als auch materialistische Werte gleichermaßen präferierten, kontinuierlich steigt.

Ist die Rede von dem Konflikt zwischen Materialismus und Postmaterialismus, so ist damit auch immer die Debatte über *New Politics* und *Old Politics* gemeint. *Old Politics* meint im Wesentlichen die von Lipset und Rokkan beschriebenen Cleavages (Dalton 1988, S. 133; Knutsen 1995a, S. 2). *New Politics* wiederum ist im eigentlichen Sinne nichts anderes als eine Umschreibung des Postmaterialismus-Konzepts (Dalton 2008, S. 161). Die Werte und Themen, die darunter subsumiert werden, umfassen und tangieren beispielhaft die Erzeugung von Energie durch Kernkraft, alle Themenfelder der Umweltpolitik, emanzipative Werte wie eine liberale Abtreibungspolitik oder neue Formen unkonventioneller Partizipation (van Deth 1995, S. 10). Tatsächlich legen Materialisten vor allem Wert auf Ziele der so genannten *Old Politics*, also ökonomische und physische Sicherheit sowie politische Stabilität, wohingegen Postmaterialisten den Zielen der *New Politics* zugeneigt sind (Dalton 2008, S. 162; Kitschelt und Hellemans 1990, S. 211). Ferner sind postmaterialistische Werte und die *New Politics* dahingehend identisch, als dass sie die gleiche Gruppe von Menschen ansprechen, die sich durch die klassischen Cleavages nicht länger integrieren lassen. Gemeint sind junge Menschen, die neue Mittelklasse, die in Folge der wirtschaftlichen Expansion und der Bildungsexpansion entstand, formell höher gebildete sowie zunehmend auch nicht-religiöse Individuen. Aus diesem Grund wird der Begriff auch äquivalent verwendet (Dalton 2008, S. 161). Eine Annahme Ingleharts ist sodann, dass vormals zentrale und ideologisch aufgeladene Begriffe wie *links* und *rechts* ebenso wie die klassischen Cleavages an Bedeutung verlieren würden und alte Schemata, die vor allem auf einer sozialstrukturellen Basis beruhen, durch Wertekonflikte ersetzt werden.

Wertesysteme von Individuen und Kollektiven sind nie vollends fluide oder vollends stabil, werden diese doch immer wieder auch herausgefordert und setzen sich – zumindest in Teilen – neu zusammen. Zwar sind die Argumente von Inglehart im Hinblick auf die Sozialisation oder die Befriedigung materieller

Bedürfnisse durchaus schlüssig, jedoch können auch externe Effekte jederzeit ein vormals stabiles Wertesystem zum Einsturz bringen (Mays und Hambauer 2019, S. 346–347). Existenzielle Krisen haben beispielhaft durchaus das Potenzial, auch zutiefst postmaterialistisch geprägte Individuen ihre eigenen Wertorientierungen und Wertpräferenzen überdenken zu lassen. So kann in solchen Zeiten die Sicherung materieller Lebensstandards wieder mehr in den Fokus rücken, wohingegen immaterielle Dinge wie die Lebensqualität (Boehnke und Welzel 2006, S. 342) in den Hintergrund treten. Auch als legitim erachtete Herrschaftsordnungen können, beispielsweise ausgelöst durch ökonomische Krisen, immens an durch die Bevölkerung empfundener Legitimität einbüßen (Lipset 1959a).

Ein zentraler Kritikpunkt an Inglehart ist, dass dieser von einer rein sozialstrukturellen Verortung der klassischen Cleavages ausgeht und demnach mit der Auflösung der Strukturfaktoren auch eine Auflösung der Cleavages verbunden sein müsste. Dem widerspricht beispielsweise Knutsen sehr klar. Für ihn sind Cleavages bereits ein Ausdruck und Abbild spezifischer internalisierter Werte, mit anderen Worten: von Wertorientierungen. So bezeichnet er den klassischen Sozialstaatskonflikt als Wertekonflikt zwischen einem sozial- und wirtschaftspolitisch redistributiven Links-Materialismus und einem besitzstandswahrenden Rechts-Materialismus. Dieser und der Konflikt zwischen religiösen und säkularen Werten, die bereits ihren Ausdruck im Kirche-Staat-Cleavage gefunden haben, konstituieren für ihn die *Old Politics*. Dennoch stimmt auch Knutsen der Argumentation Ingleharts in dem Punkt zu, dass sich diese Wertekonflikte weniger über die sozialstrukturelle Zugehörigkeit, denn vielmehr über die Annahme spezifischer Wertorientierungen definieren (Knutsen 1995a, S. 2–4).

Der Religionskonflikt ist für Knutsen in erster Linie ein Konflikt über Werte und kulturelle Identitäten, obwohl er fest in institutionellen Kräften, wie der Zugehörigkeit zur Kirche und funktionalen Organisationen der Gläubigen, verwurzelt ist. Dazu gehören unter anderem auch, neben vielen weiteren, christliche oder christdemokratische Parteien (Knutsen 1995a, S. 16; Knutsen 1995b, S. 463). Durch die Entstehung einer neuen postmaterialistischen Wertorientierung wird das klassische Konfliktfeld der *Old Politics* stärker ausdifferenziert. Materialisten sind, so wie Inglehart sie auch versteht, sowohl auf der Seite der Links-Materialisten ebenso stark anzutreffen wie unter Rechts-Materialisten, wohingegen Postmaterialisten insbesondere unter Links-Materialisten anzutreffen sind (Knutsen 1995a, S. 52). Dennoch werden postmaterialistische Werte nicht ausschließlich von der links-materialistisch orientierten politischen Linken aufgegriffen (Kitschelt und Hellemans 1990, S. 214–215). Es zeigt sich, dass eine Einteilung im Sinne des Links-Rechts-Schemas im Hinblick auf diese postmaterialistische Wertorientierung nur bedingt Erklärungskraft hat. Tatsächlich ist

insbesondere das klassische linke Wählermilieu der Arbeiterklasse in dieser Frage eher als materialistisch einzuordnen, was enorme Fliehkräfte in der politischen Linken begünstigt. In Folge entsteht eine materialistische sowie eine postmaterialistische Linke, die in verschiedenen gesellschaftlichen Schichten beheimatet ist (Heath et al. 1990, S. 32). Postmaterialisten sind in allen Ländern aber grundsätzlich eher der politischen Linken zugeneigt, wohingegen Materialisten eher der politischen Rechten zugeneigt sind. Besonders in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland sind diese Effekte um die Jahrtausendwende stark zu beobachten (Dalton 2008, S. 162).

Allgemein wird der ideologische Raum, der den Parteienwettbewerb auffächert, weitaus komplexer. Durch weitere Konfliktdimensionen kommt es mitunter zu essenziellen Verschiebungen. Konnte ein Individuum mit einer säkularen Haltung und der Befürwortung staatlicher Umverteilungsmaßnahmen zuvor einer linken Grundorientierung zugeordnet werden, wird diese Zuschreibung durch die Entstehung der neuen Konfliktachse erschwert. Diese verläuft quer durch die alten Konfliktlinien. Wenn der Materialismus eigentlich eher der politischen Rechten zugeschrieben wird und der Postmaterialismus der politischen Linken, wird die individuelle Zuordnung erschwert, da somit links-materialistisch orientierte Säkulare, die über eine materialistische Wertorientierung verfügen, plötzlich nicht mehr als originär links einzuordnen sind (Roßteutscher und Scherer 2013a, S. 69). Die klare Verortung in einem politischen Lager, die auch identitätsstiftend wirken kann, wird so nachdrücklich erschwert. Die dadurch verursachte steigende Komplexität des Politischen führt zu einer erschwerten Übersichtlichkeit gesellschaftlicher und politischer Veränderungsprozesse.

Nun ist es aber so, dass Ingleharts Vorhersagen keineswegs allesamt eintreffen. Eine seiner Prognosen lautet beispielsweise, dass der neue Wertekonflikt zwischen Materialismus und Postmaterialismus zu einem Bedeutungsverlust der ursprünglichen Konfliktlinien führen werde. Bis in die 1990er Jahre zeigt sich jedoch, dass insbesondere der klassische Konflikt über die (Um-)Verteilung ökonomischer Güter auch weiterhin in vielen Ländern der bedeutendste Prädiktor im Wahlverhalten für Parteien ist (Knutsen 1995a, S. 51). Gerade in Ländern, in denen historisch über Jahrzehnte immense klassenbasierte Unterschiede die politischen Kräfteverhältnisse prägen, verliert dieser Faktor keineswegs an Erklärungskraft (Heath et al. 1990, S. 43). Gemäß der Pluralisierungstheorie müssen sich Wertorientierungen aber nicht zwangsläufig gegenseitig ablösen. Stattdessen werden neben der sozio-ökonomischen und einer konfessionell-religiösen Konfliktlinie zusätzlich weitere Dimensionen gesellschaftlicher Wertorientierungen relevant (Kitschelt und Hellemans 1990, S. 214–215). Nichtsdestotrotz muss anerkannt werden, dass der auf einen eindimensionalen, sozio-ökonomisch definierten

Konfliktraum reduzierte Parteienwettbewerb durch die Postmaterialismus-Debatte aufgebrochen (Inglehart und Flanagan 1987, S. 1307) und zu hinterfragen begonnen wurde, jedoch keineswegs an Bedeutung verloren hat. Die bloße Existenz einer neuen politischen Konfliktlinie bedeutet, wie schon angeführt, nicht zwangsläufig auch eine Übersetzung in den politischen Parteienwettbewerb. Insbesondere die Fähigkeit, sich zu organisieren, bleibt zentral, um sich entlang einer Konfliktlinie etablieren zu können. Dazu gehört unter anderem auch eine entsprechende notwendige parteipolitische Institutionalisierung.

Dies ist aber anhand der Postmaterialismus-Materialismus-Dimension zunächst schwierig, da gerade die Umwelt- und Frauenbewegung zu dieser Zeit sehr heterogen sind und keineswegs mit einer einzigen und gemeinsamen Stimme sprechen. Auch deshalb ist die Gruppenzugehörigkeit und -loyalität weitaus schwächer ausgeprägt als bei kirchlichen Gruppierungen oder Gewerkschaften, die sich über Jahrzehnte organisieren konnten (Dalton 2008, S. 161). Besonders postmaterialistische Werte sieht Lipset als sehr schwierig zu institutionalisieren an, obgleich dies den Grünen beispielhaft gelungen sei (Lipset 2001, S. 7). Wie dies geschah, soll im Folgenden ausführlicher erläutert werden. Dabei wird insbesondere Bezug genommen auf Prozesse des Wertewandels, die diese Entwicklung begünstigten, wenn nicht gar förderten.

2.3.3 Die Entstehung der Grünen als Produkt des Wertewandels

Die in Folge des Wertewandels ausgelösten gesellschaftlichen Transformationsprozesse haben sich auf weite Teile der Welt ausgebreitet. Diese haben dabei jedoch nicht eine einzige Zivilisation oder ein einziges beziehungsweise einzigartiges institutionelles Muster hervorgebracht, sondern die Entwicklung mehrerer moderner Zivilisationen oder zumindest von Zivilisationsmustern. Gemeint ist dabei, dass in vielen Gesellschaften zwar gemeinsame Merkmale und Veränderungsprozesse auftraten und dennoch keine einheitlichen Folgeprozesse ausgelöst wurden (Eisenstadt 1999, S. 285–286). Zwar entstanden in den meisten Staaten Westeuropas bedingt durch die Zuwendung zu einer postmaterialistischen Wertorientierung im Rahmen des Wertewandels der 1970er und 1980er Jahre vielerorts grün-alternative Parteien, jedoch keineswegs überall (Bukow und Switek 2017, S. 106).

Die bis dahin prägende zwei-dimensionale Konfliktstruktur aus einem sozioökonomischen und einem konfessionell-religiösen Wertekonflikt wurde überholt

und durch die Wertedimension zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten erweitert (Weßels 2014a, S. 189). Folgt man der Argumentation einer fortschreitenden Individualisierung und zunehmenden Autonomie dahingehend, dass parteipolitische und wertspezifische Orientierungen nicht länger in der Familie oder die Gemeinschaft, in die ein Individuum geboren wird, *erlernt* werden (Wassermann 1986, S. 107), so hat dies immense Konsequenzen. Die Loslösung von spezifischen Gruppenloyalitäten und -normen hat dann auch zur Folge, dass Individuen viel selbstbestimmter darüber entscheiden, welche Werte sie für sich als relevant und welche gesellschaftlichen Ziele sie für erstrebenswert erachten. Klein bezeichnet diese Auswahl zu adaptierender gesellschaftlicher Wertorientierungen als „gewissermaßen ‚à la carte‘“ (Klein 2014, S. 569). Dies führt schlussendlich zu einer Offenheit gegenüber neuen Wertvorstellungen, neuen gesellschaftlichen Wertorientierungen und auch Parteien, die diese im politischen Raum artikulieren und aggregieren. Es besteht hier aber kein Automatismus zur Entstehung neuer Parteien:

„Die Entstehung eines grün- und links-alternativen Wählerpotentials bildete zunächst nicht mehr als den möglichen Nährboden für eine neue Partei. Obwohl sich der beschriebene gesellschaftliche Wandel in allen westlichen Industriestaaten vollzog, gingen daraus nicht überall grüne Parteien hervor“ (Switek 2015, S. 94).

Wenn diese aber entstanden, so werden diese klar als Ausdruck eines Wertewandels verstanden (Bauer-Kaase und Kaase 1998, S. 262). So formierten sich daraus „vorwiegend postmaterialistisch ausgerichtete Parteien auf dem linken Flügel (...), wie beispielsweise die Grünen in der Bundesrepublik [Deutschland]“ (Inglehart 1995, S. 15). In Teilen wird auch argumentiert, dass diese entlang einer Konfliktlinie zwischen Ökologie einerseits und Ökonomie andererseits (Probst 2018a, S. 212) entstehen konnten.

So ist zwar zweifelsohne festzustellen, dass die sich verändernde gesellschaftliche Umwelt erst Transformationsprozesse ermöglicht (Poguntke 2000, S. 49), doch greift eine Reduzierung wie von Probst (2018a) vorgenommen zu kurz. Die von ihm entsprechend bezeichnete Konfliktlinie ist insofern problematisch, da „Ökologie (...) nicht der begriffliche Gegenpart zur Ökonomie [ist], sondern die Forderung der normativen Neuausrichtung ökonomischen Denkens“ (Stifel 2018, S. 34). Gemeint ist hier die schon mit Wiesendahl (2015, S. 170) angeführte Aufkündigung eines unhinterfragten Wachstumskonsenses. Es ist kaum zu bestreiten, dass die Grünen – zum Zeitpunkt ihrer Gründung – Interessen in der Umweltschutzpolitik und im Kampf gegen Atomkraftwerke in den politischen Raum einbringen, der von anderen Parteien nicht ausgefüllt wird (Pappi

et al. 2019a, S. 274). Dennoch ist die Reduzierung auf ein singuläres Thema nicht adäquat, handelt es sich doch bei der hierfür vorliegenden Wertorientierung um ein weitaus umfassenderes Konzept. Den Grünen in Deutschland sowie weiten Teilen Westeuropas ist es möglich „eine exklusive Reputation im Bereich der neuen Politik – Ökologie, Umwelt und Nachhaltigkeit, Feminismus und Gleichberechtigung sowie Bürgerrechte“ (Bukow und Switek 2017, S. 107) – zu generieren. Die Grünen werden sozusagen zu „neue[n] Agenten sozialer Mobilisierung“ (Alber 1985, S. 224), die entlang dieses umfassenden Konzepts der *New Politics* erfolgt. Sie werden darüber hinaus mit ihrer Gründung im Jahr 1980 zur ersten „Partei in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, die auf keine historischen Vorläufer zurückgeht und sich dauerhaft als neue politische Kraft im Parteiensystem etablieren konnte“ (Probst 2013, S. 509). Nachdem den Grünen im Jahr 1980 zunächst der Einzug in den Deutschen Bundestag nicht gelungen ist, etablieren sie sich vor allem auf lokaler und regionaler Ebene als politische Kraft (Probst 2018b, S. 17). In diesen Jahren ist, auch als Ausdruck des gesellschaftlichen Wertewandels und der Offenheit für neue politische Konzepte und Lösungsansätze, eine steigende Bereitschaft beobachtbar, für eine ökologische Partei zu stimmen (Inglehart 1990, S. 266).

Diese Offenheit für neue Parteien wird begünstigt durch ein so genanntes *Dealignment*, also die Loslösung von Parteibindungen beziehungsweise Parteiidentifikationen, die zuvor beispielsweise durch soziostrukturelle Kontexte determiniert wurden. Solche Dealignments können einerseits der Beginn eines Prozesses sein, indem dann neue Parteibindungen entstehen, sie können aber auch eine endgültige Loslösung jeglicher Parteibindungen bedeuten (Dalton et al. 1984, S. 14). Galt eine Parteiidentifikation über lange Zeit hinweg als ein klares Leitmotiv für eine spezifische Partei zu stimmen, so lässt sich zwischen 1972 und 2009 unter den Wählern deutscher Parteien eine klare und deutliche Abnahme von Parteiidentifikationen nachvollziehen (Dassonneville et al. 2014, S. 146). Mit der Erosion von Parteibindungen werden die Themen- und Kandidatenorientierung für das Wahlverhalten wichtiger. Dies ist insofern hoch relevant, als dass die Parteiidentifikation über einen langen Zeitraum hinweg eine strukturierende Funktion bei der Verarbeitung politischer Informationen hatte, insbesondere für weniger informierte Bürger (Dalton 2012, S. 35–36). Inwiefern diese Faktoren nicht außer Acht gelassen werden dürfen, wird im Folgekapitel näher aufgegriffen.

Dealignment-Prozesse werden durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, den Wandel der Wirtschaftssektoren hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft, die Individualisierung und den Wertewandel sowie die stattfindende Bildungsexpansion und das gestiegene Medienangebot gefördert. Wie schon angeführt, sind alle diese genannten Punkte aber auch interdependent zum Wertewandel. Eben dieser wurde

erst durch die Verbreitung massenmedialer Informationen und durch ein allgemein steigendes Bildungslevel möglich (Decker 2018a, S. 7–8; Elff 2007, S. 284). Zu jenen sozialstrukturellen Ursachen, die Dealignment-Prozesse erst ermöglichen, gehören zentrale Charakteristika, welche auch den Wertewandel ausmachen. Zu nennen sind

„die zunehmende Ausdehnung des Dienstleistungssektors, die die Arbeitsgesellschaft komplexer werden lässt und die Zugehörigkeit zu einer Gruppe von der Arbeitstätigkeit der Menschen entkoppelt, sowie die Säkularisierung, die konfessionelle Zuordnungen und alte Geschlechterrollen schwinden lässt“ (Stifel 2018, S. 139).

Diese Prozesse wurden bei der Beschreibung jener Veränderungen bereits skizziert, die zur Loslösung der Arbeiter und Katholiken von ihnen ehemals besonders nahestehenden Parteien führten.

Eine nicht zu vernachlässigende strukturelle Komponente ist die des modernen Sozialstaats. Übernimmt dieser mehr Aufgaben, die früher – gemäß dem Subsidiaritätsprinzip – von der Familie, dem Freundeskreis oder einer sozialen Gemeinschaft übernommen wurden, der sich ein Individuum zugehörig fühlte, sinkt die existenzielle Bedeutung eben dieser (Gluchowski et al. 2002, S. 184–185). Um dies argumentativ in die Gedankenstränge Ingleharts einzuordnen: Sofern existenzielle materialistische Bedürfnisse einer physischen Versorgung gesichert sind, wendet sich ein Individuum einer postmaterialistischen Wertorientierung zu. Wenn also diese existenziellen Grundbedingungen als Sicherheit bestehen und nicht notwendigerweise erst durch die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe beziehungsweise einem sozialen Gefüge wie der Familie geschaffen werden, sinkt auch zwangsläufig die Loyalität zu diesen. Durch diesen Prozess verlieren soziale Gefüge ihre prägende Wirkung. Ideologische Orientierungspunkte und gemeinschaftsbildende Momente werden dann eher nebensächlich. Dies begünstigt auch ein volatiles Wahlverhalten, bei dem womöglich von tradierten Mustern der Wahlentscheidungsfindung und -begründung abgewichen wird (Scherer 2011, S. 24). Besonders zu beobachten ist dies im Entstehungszeitraum der Grünen in der Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen des Wertewandels kommt es zu einem Paradigmenwechsel, der insbesondere die politische Sphäre immens beeinflusst. Die Grünen entstehen damals aus den so genannten *Neuen Sozialen Bewegungen*, zu denen vor allem die Studenten-, Frauen- und Ökologiebewegung zu zählen sind (Rucht 1987, S. 308–309).

„Der Begriff Neue Soziale Bewegungen (...) bezeichnet politische Protestgruppen und soziale Bewegungen, die im Gefolge der außerparlamentarischen Opposition und insbesondere der Studentenbewegung ab den späten 1960er Jahren aufkamen, deren

Wurzeln jedoch teilweise weiter zurückreichen. Das Adjektiv ‚neu‘ markiert eine zeitliche und qualitative Abgrenzung zur Arbeiterbewegung als die klassische ‚alte‘ soziale Bewegung“ (Rucht 2003, S. 421).

Diese *alte* soziale Bewegung ist – anders als die Neuen Sozialen Bewegungen – tief sozialstrukturell verankert, eben durch die hier angeführten Lebensrealitäten, die identitätsstiftend und gruppenbindend wirken. Leitend ist bei einem Teil dieser Neuen Sozialen Bewegungen die Angst vor bereits eingetretenen oder weiterhin drohenden Umweltbelastungen. Dadurch wird auch ein Wahlverhalten zu Gunsten der Grünen beeinflusst (Bürklin 1981, S. 359).

In den 1970er Jahren entstehen zunächst verschiedene Initiativen, die sich explizit für Umweltbelange einsetzen (Probst 2013, S. 512–513). Sind wie in der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Zeitpunkt Sozialdemokraten Teil einer Regierung, ist es für diese schwerer, responsiv auf ökologisch-postmaterialistische Reformwünsche zu reagieren. Hauptsächlich die Ölkrise der 1970er Jahre stellen die deutsche Bundesregierung vor eine ökonomische Herausforderung, in der sowohl der liberale Koalitionspartner, die FDP, als auch die Sozialdemokraten schlicht keine Spielräume für weitgehende Zugeständnisse gegenüber postmaterialistischen Reformwünschen sehen. Darauf aufbauend können die Grünen einen alleinigen Vertretungsanspruch für ihre Forderungen entwickeln (Switek 2015, S. 95) und werden fortwährend als Sprachrohr der Bewegung (Rucht 1987, S. 303) wahrgenommen. Dies ist auch deshalb möglich, weil seitens der oppositionellen CDU/CSU kein Versuch unternommen wird, entsprechende postmaterialistisch orientierte Individuen für sich zu gewinnen. Demnach ist hier eine politische Unfähigkeit oder gar der Unwille etablierter Parteien zu attestieren, auf die sich neu entfaltenden Entwicklungen innerhalb westlicher Gesellschaften zu reagieren (Müller-Rommel 1992, S. 191). Mit der Anti-Kernkraftbewegung bietet sich sodann eine außerparlamentarisch organisierte Interessengemeinschaft als natürliche Ressource zur Mobilisierung für grüne Parteien an (Müller-Rommel 1992, S. 205; Probst 2013, S. 528–529). Auch diese ist in sich keineswegs homogen, sondern äußerst heterogen in ihren Forderungen aufgestellt.

Zu fragen ist nun, ob der Konflikt zwischen postmaterialistischen und materialistischen Werten nicht vielmehr eine Weiterentwicklung des klassischen Cleavage-Konzeptes ist oder womöglich doch eine Neudefinition politischer Konfliktlinien zu Wertekonflikten darstellt. Dafür ist zunächst eine Einordnung entlang jener Kriterien notwendig, die für ein Cleavage als solches konstitutiv sind und welche in Abschnitt 2.1 definiert wurden.

Unter jenen Wählern, die die Grünen bereits in ihrer Gründungsphase unterstützen, sind zunächst rein strukturell vor allem Studenten und Arbeitslose

überrepräsentiert. Die Überrepräsentation von Studenten geht folglich mit einem höheren Bildungsniveau einher (Alber 1985, S. 219). So zeigen Untersuchungen aus diesem Zeitraum, dass ein „Drittel bis zur Hälfte der Grünen-Anhänger (...) die Bildungskarriere mit Abitur oder Studium abgeschlossen“ (Alber 1985, S. 219) hat. Tatsächlich nimmt dieser Trend nach Gründung der Grünen noch zu. So hat zwischen 1980 und 1983 „der Anteil junger Mittelschichtswähler mit höherer Bildung, die aus Universitätsstädten und Dienstleistungszentren stammen, überdurchschnittlich zugenommen“ (Fogt und Uttitz 1984, S. 225). Es lässt sich für das Bildungsniveau ein klarer Einfluss auf Interesse und Offenheit für die neue Politikform der Grünen attestieren, die gleichermaßen junge Menschen einschließt (Dalton 1984a, S. 112). Schon früh zeichnet sich ab, dass die Grünen insbesondere für jüngere Wähler attraktiv sind und sich das Alter zu einem wichtigen Prädiktor für die Wahl der Partei entwickelt (Fogt und Uttitz 1984, S. 215). Nichtsdestotrotz lässt sich die Konfliktdimension zwischen einer post-materialistischen und materialistischen Wertorientierung „kaum als dauerhafte sozialstrukturelle Opposition festmachen“ (Schmitt 1987, S. 13). Stattdessen ist das Gegenteil auszumachen:

„Die soziale Zusammensetzung der Grünen-Anhängerschaft demonstriert par excellence die völlige Ablösung von tradierten sozialstrukturellen Kontexten. Die Grünen-Anhängerschaft unterscheidet sich von den Anhängerschaften aller anderen Parteien durch den formal höchsten Bildungsgrad, den höchsten Konfessionslosenanteil, durch ihr sehr geringes Durchschnittsalter und damit durch den extrem hohen Anteil Nicht-berufstätiger“ (Veen und Gluchowski 1994, S. 184).

Dies ist aber auch darauf zurückzuführen, dass die Grünen als Sprachrohr der Neuen Sozialen Bewegungen entstanden, deren

„Trägergruppen (...) häufig nicht mehr als über ihre Interessenlage abgrenzbare sozialstrukturelle Gruppierungen angesehen [werden], sondern als Wertgemeinschaften, welche weniger Partikularinteressen vertreten, als vielmehr universelle Werte wie Frieden und öffentliche Güter wie eine saubere Umwelt“ (Hoffmann 1998, S. 52).

War die Entstehungsphase der Grünen vor allem durch eine „Bewegungs- und Protestpolitik“ (Offe 1986, S. 46) gekennzeichnet, so zeigt sich dies in ihren Anfängen auch anhand der Parteistruktur. Zwar entstand eine bundesdeutsche Grüne Partei, für deren Erfolg, anders als bei den etablierten Parteien, jedoch weniger die Anzahl und der Organisationsgrad der eigenen Mitglieder, sondern vielmehr das Engagement von Individuen, die in den Neuen Sozialen Bewegungen aktiv eingebunden waren, Relevanz besaß (Müller-Rommel 1992, S. 210).

Dies kann auch darauf zurückgeführt werden, dass die Entstehung der Grünen durch die Gründung lokaler Bürgerinitiativen begünstigt beziehungsweise erst durch diese möglich wurde. Mit der 1977 erfolgten Ankündigung der niedersächsischen Landesregierung, eine Atommülldeponie im eigenen Land entstehen lassen zu wollen, wurden erste Grundpfeiler für eine spätere parteipolitische Institutionalisierung der Grünen gesetzt (Müller-Rommel 1993, S. 54). Ihren Wurzeln und den damit angesprochenen Bevölkerungsteilen bleiben die Grünen zunächst sehr verbunden, wodurch in Folge die parteipolitische „Fundierung sozialstrukturell prekär“ (Raschke und Hohlfeld 1995, S. 38) bleibt. In diesem Sinne erfüllt der Konflikt zwischen einer postmaterialistischen und einer materialistischen Wertorientierung nicht das Kriterium, um von einem Cleavage sprechen zu können. Neben dieser fehlenden sozialstrukturellen Basis, die sich durch die heterogene soziale Herkunft der Postmaterialisten ausdrückt, fehlt zudem eine alle Anhänger verbindende Ideologie (Rattinger 2009, S. 81; Holtmann 2012, S. 98). Ein weiteres Problem entsteht dadurch, dass Lipset und Rokkan bereits in ihren Ausführungen darauf verweisen, dass eine Mobilisierung durch parteipolitische Eliten erfolgen muss, um von einem Cleavage sprechen zu können (Decker 2018b, S. 21). Diese Mobilisierung darf jedoch nicht einseitig erfolgen. Problematisch wird dies im Fall der Grünen, da Postmaterialisten zwar eher bei grünen oder eher links-alternativen Parteien zu verorten sind, Materialisten hingegen keine eindeutige singuläre politische Heimat haben (Knutsen und Scarbrough 1995, S. 497). Hinzu kommt, dass Inglehart schon in seinem Entwurf der Silent Revolution im Jahr 1977 von der Entstehung eines Mischtyps spricht, nachdem sich Werte durchaus komplementär zueinander verhalten können (Klages 1984, S. 165). Materialistische und postmaterialistische Werte stellen demnach, gemessen wie im Inglehart-Index vorgeschlagen, keinen Widerspruch dar (Klein 2014, S. 584). Tatsächlich wird an verschiedenen Punkten von jenen Wissenschaftlern, die sich mit Werten und deren Wandel beschäftigen, betont, postmaterialistische und materialistische Zielvorstellungen müssten nicht notwendigerweise in einem Gegensatz zueinander stehen (Roßteutscher 2004, S. 772). Stattdessen könne es auch zu einer Wertesynthese kommen (Klages 1984, S. 164–165). Produkt einer solchen Wertesynthese sind beispielsweise Individuen, welche sowohl materialistische als auch postmaterialistische Werte des Inglehart-Index‘ als wichtig einstufen.

Im Zeitlauf nimmt der Anteil der Menschen, die diesem Mischtyp entsprechen, immer weiter zu, während der Anteil der Materialisten deutlich sinkt. Bei den Postmaterialisten ist, wie schon angeführt, ein deutlicher Zuwachs in den 1980ern zu beobachten. Anschließend fällt der Anteil an Postmaterialisten wieder ungefähr auf den Wert zurück, der zuvor das gesellschaftliche Bild prägte (Klein 2014,

S. 581). Ingleharts grundsätzliche These besagt aber, dass der Anteil an Materialisten in westlichen Gesellschaften langfristig sinkt. Mit einem höheren Anteil von Menschen, die dem Mischtyp zuzuordnen sind, wird die These Ingleharts bestätigt, sofern die Anzahl der Materialisten gleichzeitig sinkt (Thome 2001, S. 486). Dieser neue Werte-Mischtyp nimmt also eine politisch bedeutende Rolle ein (Klein 1990, S. 61–62). Nichtsdestotrotz ist Ingleharts Annahme auch, dass es zur Entstehung von „einem eindimensionalen Konzept menschlicher Wertorientierungen mit den beiden Polen Materialismus und Postmaterialismus“ (Klein und Pötschke 2000, S. 203) kommen werde. Erst nach Kritik, angebracht von Forschern wie Klages (1984), die diese bipolare Beschreibung der Wandlungsprozesse gesellschaftlicher Wertorientierungen als unangemessen zurückweisen (Klein und Pötschke 2000, S. 204), erläutert Inglehart seinen Ansatz expliziter. So räumt er schließlich ein, dass auch materialistische Grundbedürfnisse und Werte bei Postmaterialisten vorliegen, diese dadurch aber nicht automatisch zu Materialisten oder einem Mischtypen werden. Um seine eigenen Worte anzuführen: „I never claimed that postmaterialists do not need to eat: they obviously do“ (Inglehart 2007, S. 235). Tatsächlich wurde in diesem Zusammenhang an verschiedenen Stellen argumentiert, dass ein Individuum selbst dann, wenn es in höchstem Maße von einer postmaterialistischen Wertorientierung durchdrungen ist, sich schlussendlich nie von grundsätzlichen physischen Bedürfnissen freisprechen kann (Klein und Pötschke 2000, S. 204).

Den Cleavages wiederum ist vom Grundansatz der Gedanke einer bipolaren Zuordnung inhärent, bei dem es nicht um den Konsum überlebensnotwendiger Grundgüter geht. Im Anbetracht des Umstands einer fortschreitenden Zunahme der Anteile jener, die als Mischtyp einzuordnen sind und der bipolaren Zuschreibung nicht entsprechen, aber auch der Tatsache, dass der Urheber des Konzepts eine derartige Beschreibung negiert, kann auch hier der grundsätzliche Anspruch der verwendeten Cleavage-Definition nicht erfüllt werden, da diese eine entsprechende Dichotomie vorsieht (Klein und Falter 2003, S. 29–30). In der Summe erfüllt die Konfliktlinie zwischen Postmaterialismus und Materialismus nur eine von fünf Bedingungen, die zuvor definiert worden sind, um hier von einem Cleavage sprechen zu können. Dabei handelt es sich um die grundsätzliche Parteibildung. Die anderen hier zuvor definierten Kriterien werden nicht eingehalten (vgl. Tabelle 2.3).

Dass „grüne Parteien [als] eigenständige Parteienfamilie“ (Müller-Rommel 1993, S. 18) entstehen, kann mit dem klassischen Cleavage-Modell nicht mehr hinreichend erklärt werden. Darüber hinaus ist Müller-Rommel schon zu Beginn der 1990er Jahre in der Lage zu belegen, dass die parlamentarische Etablierung der Grünen in westeuropäischen Parteiensystemen unabhängig von der Stärke

Tabelle 2.3 Die Grünen aus Sicht der Cleavage-Definition während ihrer Gründungsphase

Sozialstruktureller Basis im Sinne einer Zugehörigkeit zu einer spezifischen Gruppe	x
Aus der Sozialstruktur abgeleitete kollektive Identität	x
Parteibildung	✓
Keine einseitige parteipolitische Institutionalisierung	x
Gemeinsame Ideologie	x

Quelle: Eigene Darstellung

bisher existierender sozialer Konfliktlinien gelingt. Die Dimension zwischen Materialismus und Postmaterialismus entspricht demnach einem wertebasierten Konflikt, welcher nicht durch die klassischen Konfliktstrukturen absorbiert werden kann. Stattdessen tritt er in Form einer dritten, das Parteiensystem definierenden, Konfliktdimension zu Tage (Müller-Rommel 1993, S. 144–145).

Der sich in westlichen Gesellschaften vollziehende Wertewandel hat weitreichende politische und politisch-strukturelle Konsequenzen nach sich gezogen. Sind nach dem Zweiten Weltkrieg nur die sozio-ökonomische sowie die konfessionell-religiöse Konfliktlinie (Arzheimer und Schoen 2007, S. 90) als strukturierende Elemente des Parteienwettbewerbs relevant, so verändert sich dies schlussendlich mit der Entstehung der Grünen maßgeblich. Dadurch verändert sich aber auch die Anspruchshaltung an das politische System:

„Gegenüber den traditionellen Sicherheits- und Wachstumszielen engagieren sich die Postmaterialisten für neue Anliegen, wie die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, politische Partizipation und wirtschaftliche Mitbestimmung, den Kampf gegen die inhumanen Tendenzen der Industriegesellschaft, den Umweltschutz, die lokale Autonomie, die Gleichberechtigung der Frauen, die Neudefinition der öffentlichen Moral“ (Gabriel 1986, S. 85).

Die Loslösung von tradierten politischen Allianzen aus Parteien und Wählern hat für die Parteien jedoch nicht ausschließlich Nachteile, sondern auch durchaus Vorteile gebracht. Insbesondere die SPD kann sehr davon profitieren, dass soziostrukturelle Faktoren wie die Anzahl der Selbstständigen oder die Kirchengangshäufigkeit, die einen Einfluss auf das Wahlverhalten entfaltet haben, als solche an Bedeutung verlieren, gleichwohl sie keineswegs unbedeutend werden. Dadurch kann die Partei neue Wählerschichten erschließen, die ihr im Rahmen fester soziostruktureller Gruppenloyalitäten zuvor verwehrt blieben (Rudzio 2015, S. 115–118). Dennoch ist nicht außer Acht zu lassen, dass Parteien auch

„bei unveränderter Zuordnung zu spezifischen sozialen Gruppen über deren Interessenvermittlung und ihre motivationale Berücksichtigung ohne jede kritische Zuspitzung des Repräsentationsverhältnisses alleine deswegen an Stärke verlieren [können], weil sich die Größenverhältnisse der entsprechenden sozialen Gruppe ändern“ (Bürklin 1984, S. 28).

Für die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD hat dies immense Konsequenzen. 2009 sind nur noch 23 Prozent der SPD-Wähler Mitglieder einer Gewerkschaft, nur noch elf Prozent der Unionswähler gehen wöchentlich in die Kirche (Eith 2010, S. 122–123). Abhängig von der thematischen Konjunktur muss auch heute noch berücksichtigt werden, dass Kirchen und Gewerkschaften – je nach Wahl – unterschiedlich stark in der Mobilisierung ihrer Mitglieder sind (Weßels 2000, S. 139). Nichtsdestotrotz ist eine gesellschaftliche und politische Veränderung auch an diesen Determinanten deutlich ersichtlich.

Unumstritten ist, dass durch den Wandel der soziostrukturellen Grundlage von Cleavages eine enorme Transformation von Parteiensystemen begünstigt wird (Mair 2001, S. 29). Dieser Wandel wird auch dadurch immanent, dass CDU/CSU und SPD schon zur Jahrtausendwende 85 Prozent ihrer Wähler aus anderen Gruppen als ihrer tatsächlichen Kerngruppe rekrutieren. Damit zeigen und beweisen sie eine hohe Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an neue Gegebenheiten, die sie andernfalls zu Kleinparteien hätten werden lassen können (Weßels 2000, S. 153). Nichtsdestotrotz wählten noch bei der Bundestagswahl 2005 über 60 Prozent der regelmäßigen Kirchgänger die Unionsparteien, während annähernd die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder für die SPD votierten (Korte und Fröhlich 2009, S. 155). Gleichzeitig nimmt die Erklärungskraft solcher sozialstruktureller Variablen für das Wahlverhalten immer stärker ab (Schnell und Kohler 1995, S. 654; Debus und Müller 2020, S. 446). Ein Prozess, der sich nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch auf andere Staaten wie beispielsweise Großbritannien oder Norwegen² erstreckt (Schnell und Kohler 1997, S. 795; Nieuwebeerta 1995, S. 109). Nichtsdestotrotz ist es so, dass sowohl „Klassenlage als auch Kirchenbindung und Konfession (...) in Westdeutschland immer noch eine erkennbare Rolle für die Parteipräferenz [spielen] und in Bezug auf Ostdeutschland lässt sich dies zumindest für Kirchenbindung und Konfession bestätigen“ (Elff und Roßteutscher 2009, S. 317). Es kommt in Folge zu einer Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland auf dieser

² Nieuwebeerta (1995, S. 109) weist in diesem Kontext aber explizit darauf hin, dass in einigen Staaten wohl keine signifikanten Ergebnisse ermittelt werden konnten, da nur wenige für die Analyse nutzbare Datensätze vorlagen.

religiös-konfessionellen Konfliktlinie, was ihre Funktionalität für entsprechende Analysen nachdrücklich unterstreicht (Pokorny 2020, S. 163).

Die historisch gewachsenen klassischen Wähler-Parteien-Koalitionen bleiben folglich bestehen (Bürklin und Klein 1998, S. 76), sind jedoch gleichzeitig einem Wandel unterworfen. Aus diesem Grund ist es plausibel, dass es zu einem stärkeren Fokus bei der Wahlentscheidungsfindung auf Wertorientierungen denn auf soziostrukturelle Kontexte kommt.

Bereits Anfang der 1990er Jahre postulieren Kitschelt und Hellemans, dass das Zeitalter vorbei ist, in dem einfache Polaritäten kennzeichnend für den ideologisch-politischen Konfliktraum sind (Kitschelt und Hellemans 1990, S. 234). Das klassische Links-Rechts-Schema nach Downs ist somit nur noch in Teilen erklärungs wirksam. Politische Handlungsfelder wie beispielsweise die Energie- und Umweltpolitik und die dahinterliegenden Wertorientierungen lassen sich nur mit Willkür in dieses Schema pressen (Beyme 1982, S. 184). Das ist auch damit zu erklären, dass in der Gründungsphase grüner Parteien ihre politische Ausrichtung nicht von Beginn an vorbestimmt war. Tatsächlich waren viele der Vorfeldorganisationen, die zur Gründung der Grünen beigetragen haben, also Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen, im Kern politisch konservativ geprägt (Veen und Hoffmann 1992, S. 10).

Von besonderer Bedeutung wird dieser Themenkomplex vor allem durch die Entstehung grün-alternativer und links-ökologischer Parteien, die in Folge auch die Deutungshoheit über entsprechend postmaterialistisch geprägte Themenfelder und Werte nicht mehr aufgeben. Dabei werden die klassischen Cleavage-Strukturen durch die Ereignishaftigkeit neuer Problemlagen überlagert (Norris und Inglehart 2011, S. 200). Der durch den Wertewandel ausgelöste

„makro-soziale Wandel verursachte gleichzeitig aber auch Veränderungen in der Sozialstruktur. Es entstanden neuartige Berufsgruppen, die in den alten sozio-ökonomischen Cleavages nicht länger hineinvermittelt sind und folglich neuartige Muster von Wertorientierungen herausbilden“ (Klein 2014, S. 566–567).

Die Annahme bestimmter Werte, Einstellungen oder eines spezifischen Verhaltens wird so verstärkt zum Ausdruck einer persönlichen beziehungsweise eigenen Entscheidung, die weniger von traditionellen und sozialen Institutionen abhängig ist (Halman 2007, S. 314). Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass die Volatilität im Wahlverhalten erheblich steigen wird (Dalton et al. 1984, S. 9). Zurückzuführen ist dies darauf, dass gesellschaftliche Wertorientierungen von Individuen und das daraus abgeleitete politische Verhalten nicht länger durch ihre Stellung in der Sozialstruktur prädeterminiert werden (Klein 2014, S. 569).

Daraus entsteht jedoch kein neuer Determinismus. Stattdessen ist das Gegenteil der Fall: Im Konzept gesellschaftlicher Wertorientierungen wird auch der Sozialstruktur eine verhaltensstrukturierende Funktion zugesprochen, obgleich eine Verlagerung zu mehr Individualisierung zu konstatieren ist und berücksichtigt werden muss (Elff und Roßteutscher 2011, S. 124). Knutsen und Scarbrough argumentieren hingegen, dass es zu einer Ersetzung der Ordnung alter Cleavages kommt, bei denen fortan Wertorientierungen der Mittel- und Ausgangspunkt politischen Handelns sind (Knutsen und Scarbrough 1995, S. 492). Dabei weisen sie aber auch explizit darauf hin, dass bereits der Cleavage-Begriff von Lipset und Rokkan voraussetzt, dass eine spezifische Gruppe von Individuen ein bestimmtes *Set an Werten* teilt, die ihr Alltagsleben gleichermaßen beeinflusst. Zentral ist beispielsweise die zuvor schon besondere Rolle institutioneller Einbindungen in Kirchen oder Gewerkschaften (Knutsen und Scarbrough 1995, S. 494). Demnach galt der Wahlakt für eine spezifische Partei lange als Ausdruck der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe. Das Wahlverhalten wird aber durch die Erosion klassischer Milieus immer individualisierter. Es wird vielmehr zu einer Bestätigung und zu einem Ausdruck des eigenen Wertesystems (Ignazi 1992, S. 4). Mit der Ablösung von diesen klassischen institutionellen Einbettungen verschwinden dennoch nicht jene Werte und Wertorientierungen, die zuvor über und durch diese vermittelt wurden. Sie verlieren also keineswegs an Bedeutung. In diesem Kontext weisen verschiedene Autoren darauf hin, dass auch die ursprünglichen Cleavages einen Wertekonflikt abbildeten, der für ihre Konstitution ursächlich war. Niedermayer argumentiert beispielhaft am Sozialstaatskonflikt, dass es bei der (Um-)Verteilung von Gütern um das klassische Spannungsfeld zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktliberalität geht (Niedermayer 2010, S. 250; Niedermayer 2009, S. 33), das sich dann eben auch in der Sozialstruktur und dazugehörigen Verteilungskämpfen ausdrückt. Gleiches muss auch für kirchliche Einflüsse auf das gesellschaftliche Gemeinwohl attestiert werden (Niedermayer 2003, S. 266). Andere Autoren sehen in Wertorientierungen vor allem eine Vermittlerrolle zwischen der Sozialstruktur und politischem Verhalten (Görl 2007, S. 49).

Zwar ist in der Wissenschaft nicht unumstritten, ob Cleavages als in der Sozialstruktur verankert angesehen werden müssen (Niedermayer 2009, S. 32), doch wurden bereits ausführlich Gründe dafür dargelegt, dieser Argumentation zu folgen. Insbesondere der Bedeutungsverlust der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen wird unter Berücksichtigung der sozialstrukturellen Komponenten klarer. Nichtsdestotrotz ist gleichermaßen wichtig herauszustellen, dass auch die ursprüngliche sozialstrukturelle Verankerung der Cleavages schon auf Werten beruhte, welche von den darin involvierten Individuen geteilt wurden (Schultz

2017, S. 34). Für die Entstehung dieser sozialstrukturell definierten Gruppen war, beispielhaft skizziert an den Arbeitern, der wirtschaftliche Aufschwung und die Industrialisierung verantwortlich. „Die wirtschaftliche Entwicklung hat diese gesellschaftlichen Gruppen ursprünglich geschaffen, und es ist wieder die wirtschaftliche Entwicklung, die nun zu ihrer Dekomposition beiträgt“ (Mair et al. 1999, S. 13). Erst durch den Wertewandel und die wirtschaftliche Prosperität wird eine Loslösung von diesen sozialen Gruppen möglich. Insgesamt steigt dadurch die soziale Mobilität der Individuen.

Mit der Entstehung grün-alternativer Parteien im Rahmen des Wertewandels ist also eine Verschiebung zu beobachten, die auch im Wahlverhalten ihren Ausdruck findet. Das rein auf sozialstrukturellen Faktoren basierende *Cleavage Voting* wird transformiert zu einem *Value Voting* (Inglehart 2018, S. 188; Klein 2014, S. 569). Inglehart zeigt die auch noch heute bestehende Gültigkeit dieser Beobachtung dadurch auf, dass eine verzögerte Entwicklung inzwischen auch in den USA zu beobachten ist. Gerade am Beispiel der US-Präsidentschaftswahl von 2016 zeigt sich ihm zufolge, dass die einst auf Klassen basierende Polarisierung zu Gunsten einer auf Werten basierenden Polarisierung gewichen ist (Inglehart 2018, S. 191). Folglich war und ist der gesellschaftliche und soziale Bedeutungsaufstieg, inklusive Individualisierung und Bildungsexpansion, der zum Vorteil der Arbeiter gereichen sollte, letztlich zu einer Art *Totengräber* der politischen und sozialen Identität der klassischen Arbeiterschaft geworden. Dies führt dazu, dass Value Voting inzwischen weiter verbreitet als Cleavage Voting ist. Besonders in post-industriellen Staaten wie den skandinavischen Ländern oder Deutschland ist der Effekt hoch signifikant. Mit dem steigenden Einfluss von Value Voting sinkt gleichzeitig der Einfluss von Cleavage Voting. Aus Cleavage Voting wird demnach ein reines Value Voting (Knutsen und Scarbrough 1995, S. 519–520).

Insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland bleibt aber der Konflikt über die Umverteilung von Gütern in Form eines Wertekonflikts relevant, jedoch unter dem neuen Label des Links-Rechts-Materialismus. Demgegenüber hat sich das ehemalige Cleavage zwischen Kirche und Staat, welches seinen Ursprung auch in den Religionskonflikten der Reformation findet, in Richtung einer konfessionell-religiösen, religiös-laizistischen oder religiös-säkularen Konfliktlinie verschoben (Bornschieer 2012, S. 123; Weßels 2019, S. 190–191). Im Wesentlichen unterscheiden sich die Beschreibungen jenes Wertekonflikts nicht, die verwendeten Begrifflichkeiten unterliegen vielmehr den persönlichen Präferenzen der sie anwendenden Autoren. In der vorliegenden Untersuchung wird die Beschreibung als religiös-säkulare Konfliktlinie verwendet (vgl. Abschnitt 2.4.3), um mögliche Missverständnisse dahingehend zu vermeiden, dass mit dem Begriff

einer konfessionell-religiösen Konfliktlinie auch inter-konfessionelle Spaltungen verstanden werden könnten, die hier nicht Gegenstand der Untersuchung sind. Ebenso kein Gegenstand ist die Einstellung zu einer strikten Trennung von Religion und Staat, demnach also dem Laizismus, sondern ausschließlich individuelle Religiosität. Diese lässt sich mit der Beschreibung einer religiös-säkularen Konfliktlinie am besten beschreiben. Wenn im Folgenden noch von einer konfessionell-religiösen Konfliktlinie gesprochen wird, so geschieht dies entweder, um entsprechende Literatur nicht im Sachgehalt zu verfälschen oder aber deshalb, weil tatsächlich eine konfessionelle Komponente relevant und sachdienlich für die getroffene Aussage ist.

Mit dem Wertewandel wird sodann nicht nur die Entstehung einer dritten gesellschaftspolitischen Konfliktdimension zwischen einer materialistischen und einer postmaterialistischen Wertorientierung sichtbar, sondern gleichzeitig auch eine Verlagerung jener Faktoren salient, die ursächlich für Wahlverhalten sind. Ursprünglich primär soziale beziehungsweise sozialstrukturelle Konfliktlinien sind heute, ebenso wie die ökonomische Struktur oder historische Entwicklungen, bedeutsam für die Strukturierung von Parteiensystemen, jedoch weniger für das tatsächliche Wahlverhalten von Individuen (Dalton 1988, S. 177–179). Mit der Theorie des Wertewandels und vielen darauf aufbauenden Studien ist deutlicher geworden, dass Wertorientierungen heute die Rolle von Orientierungspunkten im politischen Wettbewerb übernehmen (Lupton et al. 2017, S. 500). Tatsächlich stellt Knutsen bereits Mitte der 90er Jahre fest, dass der Einfluss von Wertorientierungen auf die Parteiwahl zumeist stiefmütterlich behandelt wurde (Knutsen 1995b, S. 461). Daran hat sich bis heute nicht viel verändert. Stattdessen wird nach wie vor zumeist auf einzelne Aspekte des Trichters der Wahlentscheidung, auch bekannt als *Funnel of Causality* (Campbell et al. 1960, S. 24–37), zurückgegriffen, die räumlich näher an der tatsächlichen Wahlentscheidung verortet werden (vgl. Abbildung 2.5).

Die bisher dargestellten konzeptionellen Überlegungen nähern sich der tatsächlichen Wahl und der Wahlentscheidung für eine spezifische Partei immer weiter an. Angefangen mit den grundsätzlichen Überlegungen der Cleavage-Theorie, die die sozialen Rahmenbedingungen für die Entstehung von Parteien differenziert erklären können, bis das Phänomen eines kulturellen und politischen Wertewandels eintritt (Hoffmann 1998, S. 46). Mit der Entstehung grüner Parteien kommt das ursprüngliche Cleavage-Modell – je nach Auslegung des Cleavage-Begriffs – jedoch an seine Grenzen.

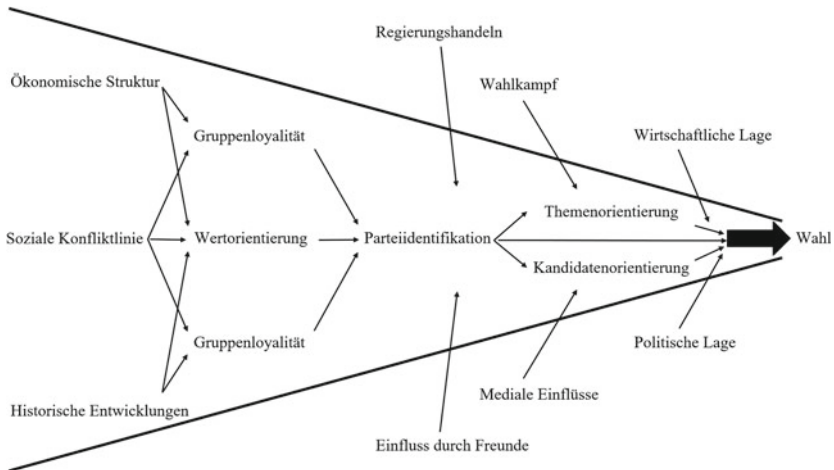


Abbildung 2.5 Trichter der Wahlentscheidung. (Quelle: Eigene Darstellung und Übersetzung, basierend auf Dalton 1988, S. 178)

In den vergangenen Jahrzehnten wurde eine Vielzahl von Ansätzen und Modellen entwickelt, die sich explizit mit der Erforschung der Wahlentscheidungsfindung befassen. Die im Cleavage-Modell angelegten sozialen Konfliktlinien sind im entsprechenden Trichter ebenso wie die ökonomische Struktur einer Gesellschaft oder dazugehörige historische Entwicklungen als langfristige Faktoren eingeordnet. Im Kausalitätstrichter liegen diese räumlich maximal weit von der Wahlentscheidung entfernt. Je näher Faktoren räumlich bei der Wahl eingeordnet werden, desto kurzfristiger sind sie in ihrer Wirkungsweise auch zu verstehen. Wie skizziert lassen sich aus sozialen Konfliktlinien, der ökonomischen Struktur und den historisch-gesellschaftlichen Entwicklungen entsprechend Gruppenloyalitäten und auch Wertorientierungen ableiten. Diese wiederum wirken dann auf die Parteiidentifikation von Individuen ein. Diese Parteiidentifikation wirkt dann ihrerseits zum einen direkt auf das Wahlverhalten ein, zum anderen aber auch indirekt über die individuelle Themen- und Kandidatenorientierung. Demnach liegt dem Kausalitätstrichter (Campbell et al. 1960) explizit die Annahme zu Grunde, dass seitens Wertorientierungen weder direkte Beziehungen auf die Wahlentscheidung noch auf die Kandidaten- oder Themenorientierung vorliegen.

Im Modell als solches spielen auch weitere Faktoren eine Rolle, so beispielsweise mediale Einflüsse, die aktuelle wirtschaftliche oder politische Lage, die Handlungen einer amtierenden Regierung, der Einfluss durch Freunde oder auch der Wahlkampf, welcher vor einer spezifischen Wahl geführt wird. Diese Faktoren werden hier jedoch eher als externe Einflussgrößen verortet. Besonders prominent werden im Modell zur Erklärung einer Wahlentscheidung aber kausale Mechanismen ausgemacht. Mit diesen kausalen Mechanismen sind explizite Pfadabhängigkeiten gemeint, in denen langfristig angelegte Einflussgrößen auf nachgelagerte Faktoren einseitig einwirken. Da insbesondere die Parteiidentifikation, die Kandidaten- und die Themenorientierung ebenso wie die an Bedeutung verlierende Einbettung in sozialstrukturelle Kontexte als beziehungsweise nachgelagerte Faktoren für Wertorientierungen im Kausalitätstrichter dienen, müssen diese Begrifflichkeiten näher erläutert werden. Im nun folgenden Abschnitt 2.3.4 soll aus diesem Grund ein besonderes Augenmerk auf die Parteiidentifikation sowie die Kandidaten- und Themenorientierung gelegt werden, wurden doch die sozialen Konfliktlinien und deren sozialstrukturelle Einbettung in den vorherigen Kapiteln bereits umfassender erläutert.

2.3.4 Das Michigan-Modell und die Wahlentscheidung

Bereits Mitte der 50er Jahre legen Campbell et al. in ihrer Studie *The Voter Decides* einen Annäherungsversuch vor, Faktoren zu erfassen, welche einen Einfluss auf das Wahlverhalten haben sollen. Im so genannten sozialpsychologischen Ansatz, auch Michigan-Modell oder Ann-Arbor-Modell bezeichnet, kommen insbesondere drei Faktoren zum Tragen. Zu nennen sind hier die Parteibindung beziehungsweise Parteiidentifikation, die Kandidatenorientierung und die dazugehörige Beurteilung der zur Wahl stehenden Personen sowie die Einstellung zu politischen Sachthemen, welche auch als Themenorientierung bezeichnet wird (Kühnel und Mays 2009, S. 313).

Die Parteiidentifikation beschreibt eine langfristige und stabile „emotionale Bindung des Wählers an seine Partei“ (Korte und Fröhlich 2009, S. 156), die als eine Art „psychologische Parteimitgliedschaft“ (Falter et al. 2000, S. 237) zu verstehen ist. Das Vorhandensein einer Parteibindung darf keineswegs als bedingungslose Treue zu dieser Partei verstanden werden, sie dient vielmehr als Kompass, an dem Wahlentscheidungen ausgerichtet werden (Schäfer und Staudt 2019, S. 207; Schäfer und Schmitt-Beck 2014, S. 203). Insbesondere aber färben „Parteibindungen (...) politische Einstellungen und beeinflussen das politische

Verhalten, ohne dieses indes vollständig zu determinieren“ (Falter et al. 2000, S. 265).

Während die Parteiidentifikation im sozialpsychologischen Kernmodell eine Rolle als langfristiger Faktor einnimmt, die schon im Elternhaus vermittelt werden kann (Campbell et al. 1960, S. 146–148), nehmen die Einstellung zu spezifischen Themen sowie die Kandidatenorientierung die Rollen von Determinanten ein, die eher kurzfristig auf die Wahlentscheidung einwirken (Pappi und Shikano 2007, S. 22–23). So wurden in der *The Voter Decides* Studie durch die Autoren sieben Themenfelder ausgemacht, die im Rahmen des untersuchten US-Wahlkampfes eine zentrale Rolle einnahmen (Campbell et al. 1954, S. 117–118). Um anhand von politischen Themen oder Sachfragen eine Wahlentscheidung zu treffen, müssen Individuen aber entweder einen hohen Wissensgrad über die politischen Programme von Kandidaten oder Parteien haben oder die Themen müssen derart prominent im Wahlkampf kommuniziert werden, dass eine Haltung je nach Partei eindeutig zu identifizieren ist (Kratz 2019, S. 229; Hutchings und Jefferson 2018, S. 21; Pappi und Shikano 2007, S. 23). Um einen Effekt auf das Wahlverhalten zu haben, muss entsprechenden Parteien auch eine Lösungskompetenz für als relevant empfundene Problemlagen zugetraut werden (Plischke 2014, S. 256). Der Prozess der individuellen Informationsgewinnung ist aber in hohem Maß kostenintensiv, da die dafür aufzuwendenden Ressourcen oder die zur Informationsbeschaffung aufgewendete Zeit sehr umfangreich ist (Weßels 2014b, S. 260). Es muss zudem zwischen *valence issues* und *position issues* unterschieden werden. Von *valence issues* spricht man dann, wenn mehr oder weniger ein parteipolitischer Konsens über die Wichtigkeit von Themen besteht, wohingegen die Rede von *position issues* ist, wenn es klar voneinander zu unterscheidende Parteipositionen gibt (Kratz 2019, S. 235; Klingemann 1973, S. 230; Stokes 1966, S. 21). Wenn die Einschätzung von allen Parteien zu spezifischen Problemen die gleiche ist, ist insbesondere die individuell und kollektiv zugeschriebene Problemlösungskompetenz für eine Partei relevant, um eine Wahlentscheidung aktiv beeinflussen zu können (Klingemann 1973, S. 231).

Die Kandidatenorientierung wiederum beschreibt die „Einstellungen zu Kandidaten für öffentliche Ämter“ (Gabriel und Westle 2012, S. 62). Allerdings wird der Begriff in den parlamentarischen Demokratien westeuropäischer Staaten dahingehend verwendet, als dass er „gleichbedeutend mit den Einstellungen zu den Kandidaten um das Amt des Regierungschefs“ (Gabriel und Westle 2012, S. 62) zu verstehen ist. Für das bundesdeutsche System bedeutet dies, dass die „Kanzlerkandidaten als funktionales Äquivalent angesehen werden“ (Schultze 2016, S. 63) müssen. Für eine entsprechende Einschätzung spielt neben dem Bekanntheitsgrad des Politikers vor allem eine Rolle, sofern eine detaillierte

Analyse der Kandidatenorientierung vorgenommen werden soll, als wie sympathisch oder durchsetzungsfähig ein Kandidat wahrgenommen wird oder wie sein Sachverstand und seine Führungsfähigkeiten eingeschätzt werden (Roth 2008, S. 51). Auch das individuelle Vertrauen in einen Politiker spielt eine zentrale Rolle (Schoen und Weins 2014, S. 294) wie weitere persönliche Qualitäten, die sich beispielhaft auf seine Integrität oder – zumindest im Ursprungsmodell – sein Familienleben beziehen (Campbell et al. 1960, S. 55). Eine entsprechend differenzierte Einschätzung wird durchaus seitens der Wähler vorgenommen (Ohr 2000, S. 299) und erfolgt gleichermaßen aus einem retrospektiven und prospektiven Blickwinkel (Miller und Shanks 1996, S. 389).

Die heute bekannte Anordnung, bei der die Kandidaten- und die Themenorientierung als kurzfristige Faktoren, die Parteiidentifikation hingegen als langfristiger Faktor eingeordnet werden, wurde von Campbell et al. jedoch nicht von Beginn an vorgenommen. So wurde im Konzept der *The Voter Decides* Studie (vgl. Abbildung 2.6) zunächst von einem interdependenten und primär gleichrangigen Verhältnis der drei Faktoren ausgegangen (Campbell et al. 1954, S. 112–115). Kernessenz dieses gleichrangigen Verhältnisses war, dass seitens der Parteiidentifikation und der Kandidatenorientierung, zwischen der Kandidatenorientierung und der Themenorientierung sowie zwischen der Parteiidentifikation und der Themenorientierung ein wechselseitiges Verhältnis besteht, in welchem die einzelnen Faktoren gleichberechtigt auf einer Ebene rangierend angesiedelt sind. Nichtsdestotrotz wurde die Parteiidentifikation bereits als langfristiger angelegt eingestuft, gleichwohl dies in der expliziten Modellierung nicht berücksichtigt wurde (Schultze 2016, S. 14; Schoen und Weins 2014, S. 47). Die tatsächliche Wahlentscheidung wurde von den Autoren demnach als wechselseitiges Zusammenspiel ohne explizite Stoßrichtung der drei von ihnen vorgestellten Faktoren definiert: „In other words, we assume that most citizens are acted upon by more than one of the factors we are considering“ (Campbell et al. 1954, S. 87).

Insbesondere die gleichrangige Behandlung, die Campbell et al. (1954) im Umgang mit der Parteiidentifikation sowie der Kandidaten- und Themenorientierung vorgenommen hatten, wurde in Folgestudien diskutiert und sah sich einer enormen konzeptionellen Kritik ausgesetzt. Diese Kritik wurde schließlich bei der Folgestudie *The American Voter* für eine Weiterentwicklung genutzt, nach der es sich bei der Parteiidentifikation um eine der Themen- und Kandidatenorientierung vorgelagerte Einflussgröße handelt (Schoen und Weins 2014, S. 249; Schoen 2009, S. 187). Demnach wirkt die Parteiidentifikation nicht nur direkt auf das Wahlverhalten ein, sondern gleichermaßen auch auf die Themen- und Kandidatenorientierung, die ihrerseits – als kurzfristig angelegte Prädiktoren – ebenfalls auf die Wahlentscheidung einwirken. Die dadurch beschriebene kausale

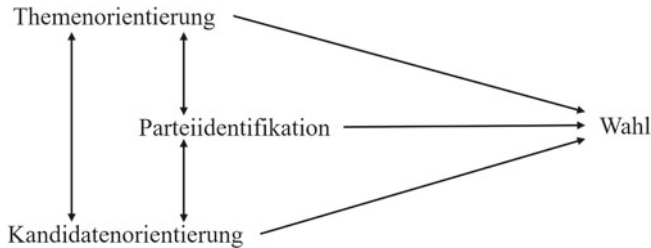


Abbildung 2.6 Ursprüngliches Michigan-Modell in *The Voter Decides*. (Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Schoen und Weins 2014, S. 248)

Pfadabhängigkeit, demnach sich die Themenorientierung ebenso wie Kandidatenorientierung einzig aus der Parteiidentifikation ableiten lassen (Schultze 2016, S. 18; Schoen und Weins 2014, S. 251), wird sodann auch in einer visuellen Überarbeitung des rezipierten Modells berücksichtigt (vgl. Abbildung 2.7).

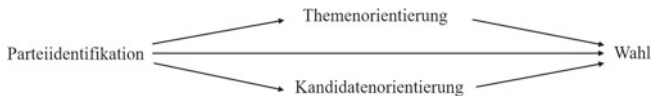


Abbildung 2.7 Rezipierte Darstellung des Michigan-Modells nach *The American Voter*. (Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Schoen und Weins 2014, S. 256)

Diese Modillardarstellung mit dem Kerngedanken kausaler Pfadabhängigkeiten wird in darauffolgenden Darstellungen der Wahlentscheidungsfindung weiterhin verwendet werden (Dalton 1988, S. 178).

Verbunden ist damit dennoch kein unabänderbarer Determinismus einer Parteiidentifikation gegenüber der Wahlentscheidung. Wenn von Individuen beispielsweise Personal- oder Sachfragen als entscheidende Faktoren für eine Wahlentscheidung herangezogen werden, so können diese, neben strategischen Aspekten, auch entgegen einer eigentlichen Parteiidentifikation Wirkung entfalten (Korte und Fröhlich 2009, S. 157). In der rezipierten Form ist das Michigan-Modell sodann auch ein Bestandteil des Trichters der Wahlentscheidung (vgl. Abbildung 2.5). Es liegt hier räumlich verortet zwischen Wertorientierungen und der tatsächlichen Wahl für eine spezifische Partei. Dies ist insofern relevant, als dass der Ansatz als solcher, wie er von Campbell und Kollegen erdacht wurde,

langfristigen Faktoren wie den aus Konfliktlinien abgeleiteten Wertorientierungen keinen unmittelbaren Einfluss auf das Wahlverhalten zuspricht (Roth 2008, S. 42–43). So wurden Wertorientierungen im klassischen Michigan-Modell zwar deskriptiv inkludiert (Arzheimer und Rudi 2007, S. 169), gleichermaßen aber auch wie soziologische Variablen bewusst nicht als Teil der Analyse aufgenommen (Arzheimer 2007, S. 69). Dadurch blenden die Autoren „die Genese von wahlverhaltensrelevanten Einstellungen nicht aus, machen sie allerdings nicht zum zentralen Gegenstand ihrer Untersuchung“ (Schoen und Weins 2014, S. 250). Diese Entscheidung ist aus verschiedenen Gründen legitim und nachvollziehbar. Dies hat einerseits mit der historischen Genese des Cleavage-Modells und den darin enthaltenen soziologischen Komponenten zu tun, welches erst 1967 erschien und somit keine Wirkung auf den Ansatz von Campbell et al. (1954, 1960) entfalten konnte. Andererseits war es, wie bereits angeführt, nicht die originäre Idee von Lipset und Rokkan (1967) ein Konzept zur Erklärung von Wahlverhalten zu entwickeln. Zudem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sozialwissenschaftliche Modelle nie den Anspruch verfolgen, jedwedes gesellschaftliches Phänomen vollumfänglich zu erklären.

Im Trichter der Wahlentscheidung nehmen Wertorientierungen und sozialstrukturelle Prädispositionen allerdings eine vorgelagerte Rolle ein, aus der diese vor allem auf die Parteidentifikation einwirken (Schultze 2016, S. 18). Ob es auch einen Effekt der Wertorientierungen auf die Kandidaten- oder Themenorientierung gibt, ist allerdings wiederum Teil wissenschaftlicher Diskurse und nicht abschließend geklärt. So vertritt Niedermayer die Auffassung, dass

„auf Wertekonflikten basierende Cleavages das Wahlverhalten [beeinflussen], weil die Wähler eine längerfristige affektive Bindung an diejenige Partei entwickeln, die ihre jeweiligen gesellschaftlichen Wertorientierungen in der politischen Arena vertritt. Darüber hinaus beeinflussen die Wertvorstellungen auch die beiden kurzfristigen Einflussfaktoren der Wahlentscheidung, die Kandidaten- und die Issueorientierung, wenn die Parteien und deren Spitzenkandidaten im Wahlkampf die dem Cleavage zugrunde liegenden Werte oder auch Themen mit erkennbarem Bezug zu diesen Werten in den Mittelpunkt stellen“ (Niedermayer 2009, S. 36–37).

Klein (2014) greift dies am Beispiel der Bundestagswahl 1998 auf, indem er das bei dieser Wahl kandidierende Spitzenpersonal und die durch sie repräsentierten Werte durchexerziert. So hat sich der SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder seinerzeit für neue Wähler dadurch als attraktive Wahloption etablieren können, da er mit Werten wie *Innovation* und *Leistung* identifiziert wurde, während der damals amtierende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine insbesondere mit den Werten der

sozialen Gerechtigkeit assoziiert worden ist und vor allem klassische Wählermilieus der Sozialdemokraten ansprechen konnte (Klein 2014, S. 571). Dass dieser Kurs erfolgreich war, wurde nicht nur am Wahlsieg der SPD ersichtlich, sondern in seinem Effekt auch in zahlreichen Studien analysiert (u. a. Kellermann von Schele 2009, S. 97–100; Schmitt-Beck 2001). Es zeichnet sich also auch hier in besonderer Weise ab, dass Werte und Wertorientierungen in ihrer Wirkung keineswegs zu unterschätzen sind und als viel ursächlichere Faktoren eine Wahlentscheidung durchdringen können als möglicherweise weithin angenommen wird.

Wenn vor diesem Hintergrund Dassonneville et al. darauf verweisen, dass die Parteiidentifikation als Leitmotiv für das Wahlverhalten an Einfluss eingebüßt hat und noch unklar ist, was an ihrer Stelle getreten ist oder treten wird (Dassonneville et al. 2014, S. 153), wirft dies Fragen auf, die eine konzeptionelle Überarbeitung beziehungsweise Erweiterung der Wahlforschung notwendig machen. Tatsächlich ist es so, dass Mitte der 1970er Jahre noch rund 80 Prozent aller Wahlberechtigten angeben, über eine Parteiidentifikation zu verfügen (Ohr und Quandt 2011, S. 185). Bis Anfang der 2000er Jahre ist eine sich abschwächende Parteiidentifikation nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in allen Demokratien Westeuropas zu konstatieren (Jun 2004, S. 97). Dies ist insofern relevant, als dass die Identifikation mit einer Partei eine mobilisierende Funktion hat. Sie dient der Komplexitätsreduktion für Individuen, da sie auf diese Art und Weise Informationen besser verarbeiten können und dies ihnen eine Wahlentscheidung erleichtert (Dalton 2000, S. 21). Die Annahme ist und war hier über eine lange Zeit hinweg, dass bei einem Bedeutungsverlust der Parteiidentifikation eine Bedeutungszunahme der Themen- und Kandidatenorientierung zu beobachten sein wird (Pickel et al. 2000, S. 7). Tatsächlich sind Parteibindungen auf Individualniveau rückläufig, verbleiben insgesamt aber einerseits auf einem weiterhin hohen Niveau (Schäfer und Staudt 2019, S. 215), andererseits hat sich der Prozess des Dealignments zumindest auf dieser Ebene auch verlangsamt (Schäfer und Staudt 2019, S. 209). Bei der Bundestagswahl 2017 gaben so ungefähr 75 Prozent der Befragten an, sie fühlten sich mit einer Partei verbunden (Schäfer und Staudt 2019, S. 215), während es bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 noch rund 66 Prozent der befragten Wähler waren (Schmitt-Beck 2011b, S. 162; Schäfer und Schmitt-Beck 2014, S. 210). Die Parteiidentifikation bleibt demnach ein zentraler Faktor bei Wahlentscheidungen, der tatsächliche Effekt variiert aber je nach Kontext (Ohr und Quandt 2011, S. 179–180). Dies geht auch einher mit der bereits beschriebenen Mobilisierungskraft sozialer Gruppen, die nicht immer einheitlich ist. In Relation zueinander gesetzt, zeigt sich auch, dass bei den Bundestagswahlen 2002 bis 2009 die Erklärungskraft durch

eine vorhandene Parteiidentifikation auf das Wahlverhalten deutlich höher ausfiel als ein an Themen orientiertes Wählen (Turner et al. 2011, S. 313). Auch für die Kandidatenorientierung ist festzustellen, dass deren Effekt bei den Bundestagswahlen 1998 bis 2009 abnimmt und zudem auch hier der Effekt einer Parteiidentifikation für das Wahlverhalten sogar eher größer wird (Wagner und Weißels 2011, S. 367). Die Orientierung an Spitzenkandidaten hat zwar auch bei den Folgewahlen zum Deutschen Bundestag bis 2017 auf das Wahlverhalten eine bedeutende Rolle eingenommen, steht aber in ihrer tatsächlichen Wirkungskraft anderen Faktoren nach (Glinitzer und Jungmann 2019, S. 260).

Ganz allgemein gibt es bei der Erfassung von Parteiidentifikationen jedoch einige Schwachstellen³ (Mayer 2017; Mayer und Schultze 2019). Essenziell erscheint aber der Verweis darauf, dass die Zugänglichkeit für eine Parteiidentifikation maßgeblich über vorhandene gesellschaftliche Wertorientierungen gesteuert wird (Turner et al. 1994, S. 455). Dies gilt insbesondere dann, wenn Werte als jene zentrale Währung des Politischen verstanden werden, die eine Strukturierung politischer Prioritäten sowie die Loyalität und Identifikation mit Parteien beeinflussen (Keele und Wolak 2006, S. 671–672). Nichtsdestotrotz wird auch fortwährend darauf verwiesen, dass kein vergleichbarer Ansatz wie der des Michigan-Modells existiert und somit konkurrenzfähig zu diesem wäre (Bowler 2018, S. 154).

Die vorliegende Ausarbeitung versucht an dieser Stelle anzuknüpfen und folgt der Logik des Trichters der Wahlentscheidung, wonach die „Wirkungsbeziehungen (...) tatsächlich so postuliert [sind], dass die vorgelagerten Einflüsse in Form von Wertorientierungen und sozialstrukturellen Prädispositionen alleine auf die Parteiidentifikation wirken“ (Schultze 2016, S. 19), nicht aber auf die Kandidaten- oder Themenorientierung. Eine Modifikation wird allerdings dahingehend vorgenommen, als dass ergänzend eine direkte Wirkungsbeziehung von gesellschaftlichen Wertorientierungen auf die tatsächliche Wahlentscheidung untersucht wird. Der grundsätzliche Kerngedanke des *funnel of causality*, demnach eine kausale Wirkungsfolge vorliegt, also keine wechselseitige Beziehung zwischen den vorgestellten Prädiktoren, soll hierbei allerdings nicht angetastet werden. Ein solches Vorhaben sollte im Kontext weiterer Forschung vertiefend untersucht werden, würde allerdings über den Rahmen der hier vorliegenden Studie hinausgehen. Dabei wird keineswegs die Erwartung postuliert, dass der hier vorliegende Ansatz des Einflusses von gesellschaftlichen Wertorientierungen eine höhere Erklärungskraft als das klassische Michigan-Modell haben

³ Diese werden hier nicht ausführlicher beschrieben und sind auch der weiteren Bearbeitung nicht sachdienlich.

muss. Nichtsdestoweniger scheint die Vernachlässigung einer Untersuchung von gesellschaftlichen Wertorientierungen auf das Wahlverhalten wenig plausibel. Insbesondere vor dem Hintergrund des Trichters der Wahlentscheidung, in dem seit Jahrzehnten immer wieder Wertorientierungen als eine Art Hintergrundfolie zwar wahrgenommen werden, in Analysen aber nicht ausreichend gewürdigt und einbezogen werden. Wertorientierungen und darin inbegriffene Wertvorstellungen können, ebenso wie die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen sozialen Schicht oder der Loyalität zu einer spezifischen sozialen Gruppe, die Wahlentscheidung eines Individuums beeinflussen (Stark und Smolka 2019, S. 86). Im Folgenden soll aus diesem Grund zunächst erläutert werden, welche verschiedenen Ansätze zur Beschreibung der Mehrdimensionalität von Parteiensystemen und des deutschen Parteiensystems im Speziellen existieren. Auf dieser Basis soll schlussendlich, auch vor dem Hintergrund aktuellerer Entwicklungen des deutschen Parteiensystems, nicht nur eine kritische Einordnung, sondern insbesondere eine konzeptionelle Erfassung und Diskussion jener Wertorientierungskonflikte erfolgen, die auf Individualniveau für die Ausdifferenzierung dieses Systems von 2009 bis 2017 von Bedeutung sein könnten. Dazu gehört auch die Frage, ob es sich um eine vollends neue Konfliktlinie handelt, die für eine Restrukturierung des deutschen Parteiensystems verantwortlich ist oder womöglich nur eine Reaktivierung einer schon länger bestehenden Konfliktstruktur.

2.4 Gesellschaftliche Wertorientierungen

Zwar ist festzuhalten, dass Werte das gesellschaftliche Leben prägen und als Leitlinien zu verstehen sind, in denen menschliche Interaktionen möglich sind und diese ermöglichen (Dalton 2003, S. 151), doch schaffen Werte noch keine Rahmenbedingungen für einen parteipolitischen Wettbewerb. Es ist grundsätzlich schwer zu bestreiten, dass in Gesellschaften immer verschiedene Werte existiert haben, die sich auch in Teilen konträr gegenüberstanden. Die gleichzeitige Existenz unterschiedlicher Wertvorstellungen wird so auch zu einem Kennzeichen menschlichen Miteinanders. Um wiederum eine für den Parteienwettbewerb entfaltende Wirkung zu haben, müssen diese jedoch zunächst von einzelnen Kollektiven, beispielsweise von und in Parteien, aufgegriffen und aggregiert werden (Reichardt 1979, S. 24). So sind Parteien nicht nur Träger von Werten, die sie reflektieren, sie können außerdem eine Modifikation von Werten und daraus abgeleiteten Wertorientierungen vornehmen beziehungsweise diese auch im Zeitverlauf in eine sich modernisierende Gesellschaft übersetzen (Namenswirth 1973, S. 651). Christliche und christdemokratische Parteien haben sich in den letzten

Jahrzehnten immer weiter von christlichen Dogmen und der päpstlichen Unfehlbarkeit distanziert, grundlegende christliche Glaubensmotive sind aber auch heute noch – zumindest offiziell – grundlegende Wegweiser für politische Entscheidungen. Christliche oder religiöse Werte werden demnach heute mehr im Zentrum der individuellen Entscheidungsfindung ausgehandelt und weniger in Form von Vorgaben durch kirchliche Institutionen übernommen.

Neben Werten können sich auch gesellschaftliche Konfliktlinien durch verändernde gesellschaftliche Rahmenbedingungen transformieren oder gar vollends auflösen. Ebenso ist es möglich, dass Parteien oder andere gesellschaftliche Gruppen die Deutungshoheit über spezifische Werte und Themenkomplexe aufgeben, wodurch eine Repräsentationslücke entstehen kann. Ein weiterer Punkt, der auch sehr stark mit der Entstehung von Repräsentationslücken verwoben ist, ist jener, dass Werte, wie in Abschnitt 2.3.1 dargestellt, zuallererst über gesellschaftliche Wertorientierungen sichtbar und greifbar gemacht werden können. Sind aus Werten zunächst keine konkreten Handlungsanweisungen ersichtlich, wird dies über die Komponente einer Wertorientierung möglich. Dafür ist zunächst eine tiefgehende Definition gesellschaftlicher Wertorientierungen notwendig:

„Gesellschaftliche Wertorientierungen, das heißt generalisierte Aussagen über die kulturelle und politische Entwicklung einer Gesellschaft, eines Kulturkreises oder gar der Menschheit stellen für die Teile der Bevölkerung, die sich diesen Werten verpflichtet fühlen, jeweils umfassende soziale Handlungsanweisungen bereit“ (Bürklin und Klein 1998, S. 135).

Erst über sich in alternativen gegenüberstehenden gesellschaftlichen Wertorientierungen werden jene Spannungen möglich, die den Rahmen für einen parteipolitischen Wettbewerb schaffen (Dalton 2003, S. 151). Welche Ansätze es gibt, um den parteipolitischen Wettbewerb zu erklären beziehungsweise auf welche Wertekonflikte zumeist rekurriert wird, ist dabei von immenser Bedeutung. Nichtsdestotrotz ist zunächst wichtig zu verstehen, was unter Repräsentation oder auch einer Repräsentationslücke zu verstehen ist, da diese die Ausdifferenzierung von Parteiensystemen, je nach Ausgangslage, verhindern oder gar begünstigen kann.

Wenn demnach Parteien als eine Art *Torwächter* (Puhle 2002, S. 76) verstanden werden, die als Mediatoren zwischen Bürgern und deren Interessen sowie politischen Institutionen fungieren und in denen kollektiv verbindliche Entscheidungen herbeigeführt werden sollen (Puhle 2002, S. 58), so nehmen sie in repräsentativen Demokratien eine zentrale Rolle ein. Der Erfolg eines politischen Systems hängt daher maßgeblich von der Integrationskraft der Parteien ab. Die Integrationskraft meint unter anderem

„die Vielfalt gesellschaftlicher Interessen und Wertvorstellungen politisch aufzunehmen, zu unterschiedlichen Gemeinwohltwürfen zu bündeln, im politischen System zur Geltung zu bringen und insoweit durch kompromissgetragene Entscheidungsfindung integrierend zur Schaffung und Erhaltung eines gesellschaftlichen Zusammenhalts und gemeinsamen Sinnes einer politischen Einheitsbildung (...) beizutragen“ (Schulze-Fielitz 2015, S. 106).

Demzufolge kommt Parteien in westlichen Demokratien vor allem jene zentrale Aufgabe zu, „soziale Konflikte (...) zu analysieren, artikulieren und zu aggregieren“ (Jun 2017, S. 89), um sie in politische Handlungsanweisungen übertragen zu können (Mair 2013, S. 89–90). Die Aggregation und Artikulation von Wertorientierungen, spezifischen Wertpräferenzen und Meinungen einerseits sowie die Form von politischer Führung andererseits, bilden dann auch gleichzeitig die zwei zentralen Charakteristika, um sich dem Begriff der Repräsentation zu nähern. Gemeint ist mit letzterem die Übernahme politischer Ämter und Verantwortung, in der Individuen beispielsweise als Repräsentanten eines Staates fungieren. Die dahinter liegende demokratische Logik ist, dass diese Repräsentanten in regulären Wahlen ausgetauscht werden können, sofern sie nicht ihre Repräsentationsfunktion erfüllen (Marschall 2018, S. 813). In jenen Zeiten, in denen Parteien mehr als Ausdruck klar definierter sozialstruktureller Gruppen galten, beispielsweise Katholiken oder Arbeiter, gestaltete sich die Aggregation jener Interessen einfacher, die die Parteien zu repräsentieren versuchten. In Zeiten gesellschaftlichen Wertewandels und einer dadurch fortschreitenden Individualisierung werden diese klassischen Allianzen wiederum, wie bereits angeführt, fragiler oder lösen sich immer weiter auf. Individuelle Wertvorstellungen geraten so mehr in den Fokus für Wahlentscheidungen. Neben der Informiertheit der Bürger über die spezifische Politik der Parteien wird es daher zunehmend relevanter, dass individuelle und kollektive Wertvorstellungen auch durch Parteien in den politischen Wettstreit übersetzt und durch diese vertreten werden. Diese Annahme gilt aber nur unter der Prämisse, dass die Bürger eine klare Vorstellung davon haben, was sie als eine wünschenswerte Gesellschaft erachten (Downs 1968, S. 45). Konzeptionen einer wünschenswerten Gesellschaft können von Parteien wiederum in Partei- oder Grundsatzprogrammen ebenso artikuliert werden wie in Meinungsäußerungen durch ihre Vertreter (Jun 2017, S. 90). Es bieten sich also, zumindest aus parteipolitisch institutionalisierter Sicht, verbale und non-verbale Optionen, um die Tragfähigkeit eigener konzeptioneller und wertgebundener Gesellschaftsentwürfe zu transportieren.

Die Erfolgchancen einer Partei im parteipolitischen Wettbewerb werden wahrscheinlicher, „je deutlicher sie sich innerhalb jener gesellschaftlicher Konflikte positionieren kann, die bei den WählerInnen [sic!] die höchste Dringlichkeit

besitzen oder zumindest noch für so wichtig gehalten werden, dass sie in der Lage sind, die Wahlentscheidung zu beeinflussen“ (Stifel 2018, S. 24). Damit verbunden ist in diesem Fall aber nicht nur eine zugeschriebene Lösungskompetenz, sondern insbesondere auch die Erwartungshaltung einer inhaltlich-programmatischen Verlässlichkeit. Gemeint ist hiermit, dass sich die Wähler auf eine Umsetzung von spezifischen politischen Inhalten verlassen können müssen, wenn diese zuvor durch Parteien zugesagt wurden (Debus 2017, S. 93). Das gilt vor allem deshalb, da nicht alle Parteien und die durch sie vertretenen Wertvorstellungen und Interessen eine Chance darauf haben, im Parlament artikuliert zu werden, geschweige denn an einer Regierungsbildung beteiligt zu sein (Niedermayer 2013a, S. 65). Ein Grund dafür sind systemische Merkmale wie eine Sperrklausel oder die fehlende Kompatibilität mit bestehenden Programmen oder Gesellschaftskonzeptionen, die eine Adaption durch die bereits existierenden Parteien erschweren. Gleichwohl ist es unumgänglich, dass Parteien eine Antwort auf saliente Problemlagen finden und die Wünsche und Forderungen der Bürger aufgreifen, um ihre Repräsentationsfunktion zu erfüllen. Wenn dies nicht gelingt „sind Repräsentation und politische Gleichheit nicht gewährleistet“ (Roßteutscher und Schäfer 2016, S. 457). Wenn in einer Vorwahlbefragung zur Bundestagswahl 2013 knapp 90 Prozent der Befragten artikulieren, die etablierten Parteien interessierten sich nicht mehr für die Ansichten der Bürger (Pickel 2017, S. 99), so darf dies unmissverständlich als Warnsignal verstanden werden, da damit einer der wesentlichen Bestandteile politischer Repräsentation ins Wanken gerät. Gemeint ist damit der Umstand, dass die politischen Repräsentanten die Interessen und Wertvorstellungen ihres Volkes widerspiegeln müssen (Lembcke 2016, S. 30). Die doch sehr alarmierenden Zahlen von 2013 lassen Grund zur Annahme, dass zu diesem Zeitpunkt eine Kluft zwischen den etablierten Parteien und den Bürgern besteht.

Dieses Gefühl kann dann zu der Empfindung einer fehlenden politischen Effektivität erwachsen, welches dann das Legitimitätsempfinden einer politischen Ordnung beziehungsweise eines politischen Systems zu bedrohen vermag (Lipset 1959a). Dies wird insbesondere dann zu einem Problem, wenn weder die Regierung noch die Opposition auf entsprechende Erwartungen der Bevölkerung reagieren und es zudem keine andere Partei gibt, der eine Problemlösung zugehört wird oder die sich berufen fühlt, einen entsprechenden Vertretungsanspruch zu formulieren (Bürklin 1984, S. 24). Auf lange Sicht kann ein solches Legitimitätsdefizit auch zu Umsturzbestrebungen führen. Auf dem Weg dorthin wird aber zunächst eine Repräsentationslücke ersichtlich. Unter so einer Repräsentationslücke ist zu verstehen, dass es im politischen Spektrum der Bevölkerung einen Bereich gibt, der sich nicht durch die etablierten Parteien vertreten fühlt und

diesen auch nicht hinreichend vertraut (Patzelt 2018a, S. 29–30). Bevor also revolutionäre oder systemfeindliche Bestrebungen sichtbar werden, ist der zunächst logische Schritt die Gründung von Parteien, die jene Wertvorstellungen und Themen übernehmen, die im politischen Raum unbesetzt sind oder nur unzureichend vertreten werden (Patzelt 2018a, S. 26).

Für die Entstehung und Etablierung der Alternative für Deutschland oder der Grünen ist eine solche Repräsentationslücke ursächlich verantwortlich (Pappi et al. 2019a, S. 295; Patzelt 2018b, S. 886). Mit dem sich vollziehenden Wertewandel stehen die etablierten Parteien vor Entstehung der Grünen vor einer Herausforderung, auf die sie nicht in der Lage sind oder auch möglicherweise nicht gewillt sind, responsiv zu reagieren (Dalton et al. 1984, S. 8). Dies wurde schon im Abschnitt 2.3.3 am Beispiel der sozialliberalen Bundesregierung aus SPD und FDP skizziert, bezieht sicher aber auch auf die zu dieser Zeit oppositionellen Christdemokraten. Für die Gründung der Alternative für Deutschland im Jahr 2013 wird insbesondere die damalige Eurorettungspolitik der christlich-liberalen Bundesregierung unter Angela Merkel angeführt. Die vorübergehende Etablierung wird schlussendlich auf die Migrations- und Flüchtlingspolitik der Großen Koalition unter derselben Bundeskanzlerin beginnend im Jahr 2015 zurückgeführt (Patzelt 2018a, S. 26).

So ähnlich die beiden Fälle zunächst scheinen, so unterschiedlich sind sie doch zu bewerten. Die Entstehung der Grünen wurde durch einen allgemeinen gesellschaftlichen Wertewandel begünstigt. Dies ist insofern relevant als dadurch eine mögliche Bedingung für Parteineugründungen erfüllt ist. Die Veränderung von Werten, die den politischen Konflikt definieren, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entstehung neuer Parteien (Downs 1968, S. 125). Eine andere Möglichkeit liegt in der Vernachlässigung von Themen und Werten, die die Bevölkerung bewegen (Zons 2016, S. 9). Über lange Zeit wird bereits beobachtet, dass eine zu ausgeprägte Inkongruenz zwischen Wählern und Parteien hinsichtlich der Politikgestaltung zu Parteineugründungen führt. Demnach ist der Parteienwettbewerb maßgeblich vom inhaltlichen und ideellen Politikangebot einerseits und den spezifischen Bedürfnissen des Elektorats andererseits geprägt (Wuttke 2020, S. 24). Insbesondere dann, wenn das Bedürfnis durch Repräsentation neuer Parteien salient wird (Bürklin 1984, S. 19–20). Diese neuen Parteien müssen sich aber nicht nur inhaltlich so aufstellen, dass sie als Repräsentanten bestimmter Werte oder Themenspektren wahrgenommen werden (Kitschelt und McGann 1997, S. 14–15), sondern sich auch „fast zwangsläufig [als] Anti-Parteien-Parteien“ (Bieber et al. 2018, S. 435) gerieren, um ihr Dasein zu rechtfertigen. So gilt doch festzuhalten, dass wenn „sie sich nur als Varianten des Bestehenden präsentieren, (...) ihr Wählerreservoir gering“ (Bieber

et al. 2018, S. 435) wäre. Notwendigerweise müssen Parteien demnach in vielerlei Gesichtspunkten einen oppositionellen Gegenentwurf zu bestehenden politischen Strukturen bilden.

Begünstigt wird dies dadurch, dass sich demokratische Parteiensysteme im Allgemeinen durch ihre Offenheit für Veränderungen auszeichnen. Diese Veränderungen werden, anders als in autoritären systemischen Kontexten, nicht unterdrückt. Mit der Entstehung neuer gesellschaftlicher Anforderungen und Herausforderungen entstehen so auch nicht selten neue Parteien (Jahn 2013, S. 95), deren langfristiger Erfolg jedoch maßgeblich von der Reaktion etablierter politischer Parteien abhängig ist. Die Entstehung dieser neuen Herausforderungen kann aber auch Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels beziehungsweise gesellschaftlicher Veränderungsprozesse sein, wodurch die Nachfrageseite der Wähler strukturell verändert wird (Katz und Mair 2002, S. 113). In solchen Situationen ist es für etablierte Parteien womöglich schwer, auf diese responsiv zu sein, wenn sie denn diese Veränderungen aufmerksam zur Kenntnis nehmen oder ihnen diese gewahr werden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn durch eine gesellschaftliche Veränderung die Nachfrageseite der Wähler verändert wird. Aus Sicht der Parteien bleibt dann als einzige Alternative ein programmatischer Wandel oder eine Veränderung der strategischen Kommunikation (Katz und Mair 2002, S. 113).

Wenn Patzelt (2018a) beispielhaft davon spricht, dass die Entstehung der AfD durch eine programmatische Repräsentationslücke begünstigt wurde, ist gleichwohl zu konstatieren, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien auf den für das Parteiensystem relevanten Konfliktdimensionen nach links gerückt sind (Scherer 2011, S. 33). Demnach könnte die Annahme formuliert werden, dass sich eine nicht unwesentlich relevante Repräsentationslücke auf Ebene der Elektorate ergibt, da entsprechende Wähler diesen strukturellen Wandel nicht mitzugehen gewillt sind. Ob diese Entwicklung, die womöglich die Entstehung dieser vergleichweisen neuen Partei begünstigte, auf die Ebene der deutschen Wähler zutrifft, insbesondere in der Zeit vor der Gründung der Partei und im darauffolgenden Zeitverlauf, gilt es zu untersuchen. Insbesondere dann, wenn Parteien als Rezipienten gesellschaftlicher Konfliktlinie verstanden werden müssen, die diese Konfliktlinien abzubilden versuchen (Decker 2018a, S. 3–4).

Hoch interessant ist vor diesem Hintergrund ein Beitrag Hans-Joachim Veens, der Anfang des Jahrtausends in einem Beitrag über die Zukunft des deutschen Parteiensystems festhielt, inwiefern die Etablierung einer neuen Partei links der Mitte schwerwiegende Veränderungen mit sich bringen könne. Dadurch werde zum einen ein stärkerer Kampf um Wählerstimmen in der politischen Linken stattfinden, was zwangsläufig dazu führen müsse, dass die SPD sich von der Mitte

abwende, um diese Wähler abzufangen. Dies wiederum führe in der Konsequenz dazu, dass die Christdemokraten inhaltlich nach links rücken müssten, um die so genannte *politische Mitte* für sich zu reklamieren. Als Konsequenz entstehe aber daraus die Gefahr, nicht länger bis zum rechten Rand des demokratischen Spektrums integrieren zu können. Darauf basierend bestehe die Möglichkeit der Entstehung nationalistischer oder rechtsextremer Parteien, die versuchen würden, diesen Raum für sich zu vereinnahmen (Veen 2000, S. 29).

Es erscheint vor dem Hintergrund einer derartigen Prognose als relevant, eine entsprechende Untersuchung auf Ebene der Elektorate deutscher Parteien ebenso vorzunehmen wie für die gesamtdeutsche Bevölkerung. So kann schlussendlich auch überprüft werden, inwiefern Veen (2000) und Patzelt (2018b) mit ihren Analysen Recht behalten, ob es diese Repräsentationslücke wirklich gibt und in welchem Ausmaß diese, sofern vorhanden, sie dann auch zu einer Restrukturierung des deutschen Parteiensystems beigetragen hat.

Der Versuch der analytischen Erfassung derartiger Wandlungsprozesse ist keineswegs neu. So wird seit Jahrzehnten der Wandel von gesellschaftlichen Wertorientierungen, der direkte Einfluss auf die Entwicklung von Parteiensystemen und auch in Teilen mit Blick auf das Wahlverhalten auf Individualniveau untersucht. Wie in Abschnitt 2.1 beschrieben, müssen diese aber nicht zwangsweise zum Parteiensystemwandel führen, da nicht jede Konfliktlinie ausreichend gesellschaftspolitische Relevanz für eine solche Veränderung birgt. Im Folgenden wird eine Übersicht über entsprechende Ansätze zur Erfassung gesellschaftlicher Wertorientierungen und dazugehöriger Konfliktlinien gegeben. Auf dieser Basis wird schließlich ein konzeptioneller Vorschlag gemacht, welche dieser gesellschaftlichen Wertorientierungen für Veränderungen und die Stabilität des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland hinreichende Bedeutung haben.

2.4.1 Gesellschaftliche Wertorientierungen: Eine analytische Annäherung

Konzepte zur Beschreibung und Erfassung von Wertorientierungen sind schon seit Jahrzehnten nicht nur durch den Ansatz Ingleharts bekannt und auch vielfältig verwendet worden. Die besondere Herausforderung für die vorliegende Ausarbeitung besteht aber darin, dass Pappi und Laumann schon 1974 festhalten, dass insbesondere der Effekt gesellschaftlicher Wertorientierungen auf das Wahlverhalten in der Wahlsoziologie vernachlässigt worden ist (Pappi und Laumann 1974, S. 157). Stattdessen werden primär Wertorientierungen allgemein untersucht, die dann schlussendlich aber nicht als Teilbereich der politischen

Soziologie zu verorten versucht werden, auch weil dafür aufgrund divergierender Forschungsinteressen zumeist keine Notwendigkeit besteht. Die Forschungsarbeiten von Shalom Schwartz versuchen beispielsweise, auch weil sie Ausdruck einer eher sozial-psychologischen Herangehensweise sind, „das vollständige Universum menschlicher Werthaltungen zu erfassen“ (Scherer und Roßteutscher 2020, S. 215). So formuliert Schwartz selber den Anspruch, eine Theorie der potenziell universellen menschlichen Grundwerte und Werthaltungen zu formulieren (Schwartz 1992, S. 2–3; Schwartz 1994, S. 19; Schwartz und Bilsky 1987, S. 550; Schwartz und Boehnke 2004, S. 231). Dies wird exemplarisch an Konzepten wie Macht, Leistung, Hedonismus, der Anregung durch neue Aufgaben oder Erlebnisse, Selbstbestimmung, Universalismus, Wohlwollen, Tradition, Konformität und Sicherheit untersucht (Schwartz 1994, S. 22). Diese sind als Ausdruck der Priorisierung individueller Werte wie beispielsweise sozialer Überlegenheit und Wertschätzung, einem intrinsischen Interesse an neuen Erfahrungen sowie einer Unterordnung des Individuums zu Gunsten gesellschaftlich auferlegter Erwartungen zu verstehen (Schwartz 1994, S. 24–25). Auch die messtheoretische Herangehensweise entspricht der Abfragung individueller Leitprinzipien, nicht jedoch gesellschaftlicher Wertorientierungen als solche, was jedoch auch nicht intendiert ist (Schwartz 1994, S. 26). Schwartz verfolgt in seinen Arbeiten vor allem das honorige Ziel, über Ländergrenzen und Kulturräume hinweg bestimmte Wertetypen zu identifizieren. Dies gelingt ihm zwar, findet für die vorliegende Arbeit aber keine Anwendung. Dies ist darin begründet, dass der hier dargelegte Fokus vielmehr auf kollektiv verbindlichen gesellschaftlichen Zielen, also keinen individuell-persönlichen Orientierungen, innerhalb einer territorial abgegrenzten Gesellschaft, in dem Fall der Bundesrepublik Deutschland, beruht. Auch die Speyerer Wertetypen sind vor diesem Hintergrund zwar ein sehr verdientes Konzept zur Erfassung von Werten, identifizieren aber explizit ebenso keine gesellschaftlichen Wertorientierungen, sondern bemühen sich vielmehr an einer Wertetypenbildung (Lechleiter 2016, S. 47–55). So haben Klages und Kollegen mit ihren Beiträgen zwar einen enormen Beitrag zum Verständnis von individuellen Wertorientierungen geleistet, diese sind aber aufgrund fehlender inhaltlich-politischer Komponenten (Scherer und Roßteutscher 2020, S. 215) für die weitere Analyse gesellschaftlicher Wertorientierungen nicht sachdienlich. Dies gilt vor dem Hintergrund, dass das Kernanliegen der politischen Soziologie darin besteht, „die zentralen Werte gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung zu beschreiben und Veränderungsprozesse innerhalb des relevanten Wertepertoires nachzuzeichnen“ (Scherer und Roßteutscher 2020, S. 215). Hierbei geht es „um die spezifische Gewichtung, die Gesellschaften und politische Ordnungen bei der Umsetzung einzelnen Werten im Vergleich zu anderen zubilligen

(...). Bis heute lassen sich die politischen Parteien Deutschlands hinsichtlich ihrer jeweiligen Priorisierung dieser Grundwerte einordnen“ (Roßteutscher und Scherer 2013a, S. 67). Kernessenz der hier vorliegenden Ausarbeitung ist es deshalb, diese entsprechenden Grundwerte insofern abzubilden, als dass der Versuch unternommen wird, eben jene Orientierungen an Werten zu identifizieren, die für die jeweiligen Elektorate eine handlungsleitende Funktion im Sinne des Wahlakts für entsprechende Parteien entfalten können. Gesellschaftliche Wertorientierungen werden als jene Wertorientierungen verstanden, entlang derer sich Konfliktlinien im Parteiensystem aufzeigen lassen und anhand derer sich eine Differenzierung des Parteiensystems vollzieht.

Vermutlich liegt es in der Natur von Werten, dass diese Ansätze nie voll ausschöpfend sämtliche Konfliktdimensionen beschreiben können, die es tatsächlich gibt. Ein weiterer unstrittiger Punkt bezieht sich auf die Anwendbarkeit über verschiedene politische Systeme hinweg. Dabei kann es selbst auf der subnationalen Ebene zu immensen Differenzen bei der Herausbildung von Parteiensystemen kommen, wie Bräuninger et al. (2020) in ihren Analysen zum Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern überzeugend darlegen. Dasselbe ist auch auf Ebene der Nationalstaaten, beispielsweise in West- und Osteuropa zu beobachten, die aufgrund ihrer kulturell-historischen Entwicklung ganz unterschiedliche Parteiensysteme herausgebildet haben. In Teilen wird dabei von politischen Orientierungen gesprochen, die in verschiedenen Staaten unterschiedlich ausgeprägt seien. Der Begriff der politischen Orientierung hat dabei eine strukturelle Komponente. Demnach beziehen sich politische Orientierungen entweder auf die eigene Rolle als (un-)politisches Individuum, das politische Führungspersonal, die politische Gemeinschaft – gemeint ist hiermit eine territoriale Dimension – oder der allgemeinen politischen Ordnung. Mit letzterer ist die Form des Staatswesens, die sich darin befindenden Institutionen, Normengefüge oder eben Werte gemeint (Niedermayer 2013b, S. 47). Letzteres, also die politische Orientierung gegenüber Werten, kann auch als gesellschaftliche Wertorientierung verstanden werden, da diese Begriffe von zahlreichen Autoren gleichbedeutend oder kombiniert als gesellschaftspolitische Wertorientierungen verwendet werden und eine Differenzierung deswegen nicht zielführend ist (Bauer 1993, S. 136; Bürklin und Klein 1998, S. 139; Arzheimer und Klein 2000, S. 363). Unbestritten ist aber die Koexistenz verschiedener Wertorientierungen (Klages 1984), die zur Ausdifferenzierung von Parteiensystemen beitragen. Besonders die Forschungsarbeiten Helmut Klages sind hier als wegweisend einzuordnen, konnte er doch nicht nur die Koexistenz von spezifischen Wertorientierungen belegen, sondern auch, wie schon erwähnt, eine Wertesynthese feststellen (Klages 1984, S. 164–165).

Eine immense Herausforderung bei der Identifikation zentraler Konfliktdimensionen besteht darin, dass diese einerseits nur als Ausdruck ihrer Entstehungszeit verstanden werden dürfen, andererseits sprachliche Unfeinheiten zu konzeptionellen Schwierigkeiten führen können. Dass Modelle und Theorien immer wieder einer kritischen Analyse unterzogen werden müssen, um Annäherungsweise gesellschaftliche Ist-Zustände zu erfassen (Popper 2018, S. 43), versteht sich vor diesem Hintergrund von selbst. So geschehen ist dies bereits an vielen Stellen, wenn es um das Modell der Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967) oder Ingleharts Konzept der Silent Revolution (1977) geht. Weitaus komplexer ist dies bei Diskussionen um den Bedeutungsgehalt bestimmter Werte oder Konzepte. Das gilt umso mehr, wenn keine hinreichende wissenschaftliche Debatte zur Differenzierung bestimmter Konzepte geführt wurde.

Die Typologie von Konfliktdimensionen in westeuropäischen Parteiensystemen von Arend Lijphart verdeutlicht dies. Er macht für die 1970er und 1980er Jahre insgesamt sieben Konfliktlinien aus, die in vielen demokratischen Parteiensystemen eine Rolle gespielt haben: (1) eine sozio-ökonomische, (2) eine religiöse, (3) eine ethnische, (4) eine städtisch-ländliche, (5) eine systemstützende beziehungsweise systemfeindliche, (6) eine außenpolitische sowie eine (7) postmaterialistische Konfliktlinie (Lijphart 1990, S. 254). Lijphart greift dort mit den Punkten eins bis vier im Wesentlichen die grundlegenden Konfliktmuster der Cleavage-Theorie auf, wenngleich er ihnen in Teilen ein neues Label gibt. Es handelt sich hierbei um die bereits beschriebenen Wertekonflikte. Dass es sich bei dem Inglehart'schen Konzept, also Lijpharts siebter Dimension, ebenso um einen Wertekonflikt handelt, wurde bis zu diesem Punkt schon hinreichend dargelegt. Während es bei seiner fünften Konfliktlinie, der zwischen einer systemstützenden und systemfeindlichen Grundhaltung, durchaus Diskussionsbedarf gibt, ob damit nun Einstellungen oder wirklich demokratische Werte erfasst werden sollen, so kann es sich bei der außenpolitischen Konfliktlinie, die ein einziges Themenfeld erfasst, nicht um mehr als Einstellungen handeln. Problematisch ist dies deshalb, da Einstellungen, wie in Abschnitt 2.3.1 angeführt, viel kurzfristiger angelegt sind als Wertorientierungen. So kann es durchaus sein, dass Außenpolitik zu dieser Zeit eine immense Rolle spielt, jedoch können außenpolitische Einstellungen zu konkreteren Sachfragen nicht gleichwertig zu Wertorientierungen angesehen werden – so zumindest die Theorie. In der Tat steht Lijphart mit seiner Diagnose der Außenpolitik als zentrales Konfliktfeld für diese Jahrzehnte nicht allein da. Auch Rudzio kommt ein Jahrzehnt später zu der Diagnose, dass neben einer sozio-ökonomischen und einer sozio-kulturellen Achse vor allem auch eine außenpolitische Konfliktdimension die Struktur des Parteiensystems und die darauf basierende Koalitionsbildung prägte (Rudzio 2002, S. 48). Eine

solche Konfliktdimension ist als solche zwar selbstredend für die Struktur von Parteiensystemen relevant, hat aber bisweilen in der Bundesrepublik Deutschland nicht zur Entstehung von Parteien geführt, gibt es doch keine dezidiert über ihre Außenpolitik definierte (erfolgreiche) Partei(neu-)gründung.

Einig sind sich die Autoren verschiedener Forschungsarbeiten über die Bedeutung von insbesondere zwei Dimensionen, die hier bereits mannigfaltig im Kontext der Bundesrepublik Deutschland angeführt wurden: dem Konflikt zwischen einer religiösen und einer säkularen Wertorientierung sowie dem zwischen einer links-materialistischen und einer rechts-materialistischen Wertorientierung (Rattinger 2009, S. 209–210; van Deth 2001, S. 27; van Deth und Scarbrough 1995, S. 45; Bauer-Kaase und Kaase 1998, S. 256–257). Ergänzt werden diese beispielhaft, auch zur Berücksichtigung der Entstehung grüner oder grün-alternativer Parteien, um eine Konfliktdimension zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten (van Deth 2001, S. 27; van Deth und Scarbrough 1995, S. 45; Bauer-Kaase und Kaase 1998, S. 256–257; Thome 2014, S. 49), obgleich insbesondere van Deth und Scarbrough darauf verweisen, dass nicht alle existierenden Dimensionen gesellschaftlicher Wertorientierungen über diese drei Konfliktträume trennscharf abgedeckt werden können (van Deth und Scarbrough 1995, S. 45). Andere Autoren sprechen von einer ergänzenden Konfliktdimension zwischen libertären und autoritären Werten (Inglehart und Flanagan 1987; Kitschelt 1997; Kitschelt 2001; Rattinger 2009, S. 209–210). Auch hier besteht nicht in allen Fällen immer eine klare Trennschärfe, da die Konzepte in den jeweiligen Fällen zwar einleuchtend theoretisch operationalisiert werden, es jedoch zu deutlichen Abweichungen in den Konzeptualisierungen kommt. Während Sartori beispielsweise ergänzend zu einer konfessionell-säkularen und einer links-rechts-materialistischen Konfliktlinie die Existenz einer autoritär-demokratischen Konfliktlinie sowie einer zwischen Ethnizität und Integration anführt (Sartori 2016, S. 299–300), ist dies in anderen Ansätzen nicht der Fall. Dort wird beispielsweise auf eine zwei-dimensionale Konfliktstruktur zwischen sozio-ökonomischen Wertorientierungen einerseits und einem sozio-kulturellen Konflikt andererseits verwiesen. Gemeint ist mit diesem sozio-kulturellen Konflikt dezidiert eine Fokussierung auf gesellschaftspolitisch libertäre und autoritäre Wertvorstellungen (Niedermayer 2010, S. 248). Während in letzteren auch sehr religiöse Individuen mit jenen Individuen, die in Teilen demokratiefeindliche Wertvorstellungen haben oder gar migrationsfeindlich gesinnt sind, gleichermaßen an einem Pol verortet werden, erscheint Sartori (2016) eine solche Zusammenfassung fallweise als problematisch. Insbesondere die explizite, ergänzende Herausstellung einer Konfliktdimension, die sich dem Umgang mit der Frage nach einer nationalen Identität und der Frage nach Zuwanderung oder Integration widmet, wird von

verschiedenen Autoren immer wieder betont. Diese wird dann, je nach Präferenzen der Autoren, entweder mit den beispielhaften Begriffspaaren *Integration vs. Abgrenzung* (Kriesi 2007, S. 256) oder auch *Kosmopolitismus vs. Kommunitarismus* (Korte 2019, S. 6–7) versehen. Anders gehen Autoren wie Dalton vor, der in seinen Ausführungen zwar von Cleavages spricht, ganz explizit damit aber Wertekonflikte meint und diese auch so benennt. Er skizziert hier aber explizit nicht auf der Sozialstruktur beruhende Konfliktlinien. Dabei unterteilt Dalton in zwei grundlegende Konfliktstrukturen, die Parteiensysteme seiner Auffassung nach hinreichend definieren: das *economic cleavage* sowie das *cultural cleavage*. Unter dem letztgenannten subsumiert er zum einen Werte, die klassischerweise im postmaterialistischen Sinne Ingleharts zu verstehen sind, also beispielhaft Geschlechtergerechtigkeit oder die Gleichstellung von Homosexuellen, aber auch Werte, die von vielen Autoren – je nach Länderspezifika – eher als vierte Konfliktlinie identifiziert werden, nämlich Wertorientierungen gegenüber Migration oder der Europäischen Union als supranationale Organisation (Dalton 2018, S. 52–53).

Dass sich politische Konflikträume im Zeitverlauf neu konfigurieren (Lewandowsky et al. 2016, S. 252–253) oder ihren Bedeutungsgehalt verändern, ist keine neue Entwicklung, sondern Ausdruck des stetigen Wandels von Politik und daraus resultierenden Anforderungen an politische Systeme. Wenn also die These aufgestellt wird, dass auch der parteipolitische Wettbewerb in Deutschland bis heute durch eine ökonomische und eine kulturelle Konfliktlinie geprägt ist (Niedermayer 2015a, S. 176–177), so können und müssen solche Thesen aufgrund neuerer Entwicklungen stetig überprüft und im Zweifel auch verworfen werden. Dies nimmt Knutsen beispielsweise zum Anlass, um in einer ländervergleichenden Analyse eine Konfliktdimension zwischen Ökologie und Ökonomie sowie jener Dimension des klassischen Inglehart-Index, also zwischen einer materialistischen und einer postmaterialistischen Wertorientierung, den Einfluss auf Wahlverhalten zu untersuchen (Knutsen 1996, S. 248–253). Im Ergebnis zeigt sich, dass die Erklärungskraft der Konfliktdimension zwischen Ökologie und Ökonomie höher ist als die des ursprünglichen Inglehart-Index (Knutsen 1996, S. 297).

Tatsächlich gibt es bis heute nicht viele Untersuchungen, die sich mit dem direkten Einfluss von Wertorientierungen auf Wahlentscheidungen beschäftigen haben. Die Untersuchungen von Knutsen (1995a) stellen dabei eine Ausnahme dar und fokussieren sich insbesondere auf jene Konfliktlinien, die zur Entstehung und Ausdifferenzierung von Parteiensystemen Westeuropas bis dahin eine dominierende Rolle eingenommen haben: Der konfessionell-religiöse Konflikt, der Konflikt zwischen Links-Materialismus und Rechts-Materialismus sowie die

Konfliktachse zwischen Materialismus und Postmaterialismus (Fuchs und Rohr-schneider 2001, S. 259). Niedermayer (2009, S. 45) gelingt es, viele dieser verschiedenen Ansatzpunkte für die Staaten (West-)Europas und die sich darin potenziell entfaltenden Konfliktlinien zu erfassen. Er unterteilt diese in drei Bereiche: einen sozio-ökonomischen, einen sozio-kulturellen und einen politisch-konstitutionellen Bereich. Der sozio-ökonomische Bereich erfasst jenen Komplex, der die Rolle des Staates in der Ökonomie und daraus resultierende Konflikte beschreibt. Dazu gehört der Sozialstaatskonflikt, die Frage nach Eigentum und der Konflikt zwischen Stadt und Land. In diesen Bereich fallen im Wesentlichen also zwei der klassischen Cleavages von Lipset und Rokkan (1967). Der Stadt-Land-Konflikt geht hier im alten Konflikt zwischen Kapital und Arbeit auf, der nun etwas breiter gefasst wird. Im sozio-kulturellen Bereich werden all jene Konflikte abgebildet, die Niedermayer als Beschreibung zur Gestaltung menschlichen Lebens heranzieht. Dazu gehört der von Lipset und Rokkan angeführte Konflikt zwischen Kirche und Staat, gleichermaßen aber auch konzeptionelle Weiterentwicklungen, die der Konflikt zwischen religiösen und säkularen Wertorientierungen abbildet. Zusätzlich wird jene Konfliktlinie zwischen liber-tären und autoritären Wertvorstellungen genannt, die von allen angeführten Konfliktdimensionen auch durch Niedermayer am wenigsten differenziert erläu-tert wird. Mit dem politisch-konstitutionellen Bereich kommt schließlich der Systemkonflikt hinzu, der den Gegensatz zwischen demokratiefeindlichen und demokratiekonformen Parteien abzubilden versucht. Zudem nennt Niedermayer mit dem Ökologie-Ökonomie-Konflikt eine Dimension, welche zentrale Elemente zusammenfasst, die zur Entstehung grüner Parteien (vgl. Abschnitt 2.3.3) bei-trugen. Es geht dabei um die konkrete Abwägung wirtschaftlicher Interessen gegenüber einer ökologischen Wertorientierung, die auch ein Kernelement der Inglehart'schen Postmaterialismus-Konzeption sind. Verhandelt werden auf dieser Konfliktdimension sozio-ökonomische sowie sozio-kulturelle Fragen. Schlussend-lich führt Niedermayer mit dem Zentrum-Peripherie-Konflikt ein letztes Element an, welches auch Lipset und Rokkan schon in ihrer ursprünglichen Cleavage-Theorie beschrieben haben (Niedermayer 2009, S. 45). Dieser hat eine sozio-ökonomische, eine sozio-kulturelle sowie auch eine politisch-konstitutionelle Dimension (vgl. Tabelle 2.4).

Tabelle 2.4 Potenzielle Konfliktlinien im Parteienwettbewerb nach Niedermayer

<p>Sozio-ökonomischer Bereich: Konflikt um die Rolle des Staates in der Ökonomie</p>	<p>Sozio-kultureller Bereich: Konflikte um die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens</p>	<p>Politisch-konstitutioneller Bereich: Konflikte um die Gestaltung der politischen Ordnung</p>
<p>Sozialstaatskonflikt (soziale Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit), Konflikt um die Rolle des Staates bei der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen</p>	<p>Kirche-Staat-Konflikt (Konflikt zwischen katholischer Kirche und Staat)</p>	<p>Systemkonflikt (Konflikt zwischen demokratischen und undemokratischen Wertorientierungen)</p>
<p>Eigentumskonflikt (Staatseigentum vs. Privateigentum an Produktionsmitteln), Konflikt um die Rolle des Staates bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen</p>	<p>Religionskonflikt (Konflikt zwischen religiösen und säkularen Wertorientierungen)</p>	
<p>Stadt-Land-Konflikt (Konflikt zwischen sekundären/terziärem und primärem Sektor)</p>	<p>Libertarismus-Autoritarismus-Konflikt (Konflikt zwischen libertären und autoritären Wertorientierungen)</p>	
<p>Ökonomie-Ökologie-Konflikt (Konflikt um die Ausrichtung der Politik an ökonomischen oder ökologischen Notwendigkeiten)</p>	<p>(Konflikt an ökonomischen oder ökologischen Notwendigkeiten)</p>	
<p>Zentrum-Peripherie-Konflikt (Konflikt zwischen Mehrheit und ethnischen, sprachlichen, konfessionellen oder sonstigen kulturellen Minderheiten)</p>	<p>(Konflikt zwischen Mehrheit und ethnischen, sprachlichen, konfessionellen oder sonstigen kulturellen Minderheiten)</p>	

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Niedermayer 2009, S. 45

Eine klare Abgrenzung mit Blick auf diese Konfliktlinie beeinflussende Faktoren ist nur schwerlich möglich. Niedermayer selbst beschreibt all diese Konfliktmuster als „primäre Wertkonflikte mit unterschiedlich starker Verankerung in der Sozialstruktur“ (Niedermayer 2009, S. 45). Es zeigt sich hier erneut, dass je nach länderspezifischer Konfliktlage eine Verankerung in der Sozialstruktur zwar noch als ein prädestinierender Faktor herangezogen werden kann, der ausschließliche Determinismus, der in der ursprünglichen Cleavage-Theorie angelegt war, aber entfallen ist.

Der Parteienwettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland wurde nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere durch einen sozio-ökonomischen Konflikt dominiert und hat auch das Wahlverhalten über Jahrzehnte geprägt (Jagodzinski und Kühnel 2002, S. 225). Sozialdemokraten, Liberale und Christdemokraten konnten sich, wie bereits dargelegt, erfolgreich etablieren. Besonders für diese Gruppen diente eine konfessionell-religiöse beziehungsweise religiös-säkulare Konfliktlinie, um sich im Wettbewerb zu den anderen Parteien abzugrenzen und dann – je nach aktueller Problemlage – Koalitionen zu bilden, in denen bestimmte inhaltliche Schnittmengen, auf Basis der eigenen Wertvorstellungen, gesucht und gefunden wurden. Diese Konfiguration veränderte sich mit der Gründung der Grünen – eine postmaterialistisch-materialistische Konfliktlinie trägt zu einer stärkeren Differenzierung des Parteiensystems bei. Klein führt in diesem Kontext eine Unterscheidung in die Dimensionen eines Links-Rechts-Materialismus, einer religiös-säkularen Konfliktlinie sowie eines Wertekonflikts zwischen Postmaterialismus und Materialismus an, ergänzt diese explizit aber auch um einen Wertekonflikt zwischen autoritären und libertären Werten (Klein 2014, S. 575–576). In Anlehnung an Kitschelt und McGann (1997, S. 4) legt er dar, dass die Frage danach, ob und in welchem Umfang allen Bürgern spezifische Bürgerrechte zu- oder aberkannt werden sollen, für die Konstitution dieser Dimension zentral sei (Klein 2014, S. 577–578). Für gewöhnlich wird unter dieser Dimension oft nicht nur die Frage nach der Inklusion von Minderheiten, sondern insbesondere auch der Umgang mit Migration und Migrant*innen thematisiert.

Die vorliegende Arbeit sieht Werte und Wertorientierungen als grundlegende Merkmale von Individuen, welche individuelles Wahlverhalten und die Entstehung von Parteien, eben wenn entsprechende Wertorientierungen als nicht repräsentiert angesehen werden, wesentlich beeinflussen. Insbesondere die Entstehung der AfD im Jahr 2013 ist vor diesem Hintergrund hoch relevant, auch aufgrund deren Einzug als drittstärkste Fraktion in den Deutschen Bundestag im Jahr 2017. Interessant ist vor diesem Hintergrund, inwiefern sich die Wähler der AfD entlang der bereits bestehenden Konfliktlinien positionieren und wie diese Konfliktlinien ihr Wahlverhalten beeinflussen. Ferner gilt es

zu ergründen, ob eine vierte Konfliktlinie, die womöglich schon vor der AfD-Gründung eine Rolle spielte, an Einfluss auf das Wahlverhalten gewonnen hat oder sich hier Teile der Bevölkerung entlang dieser Konfliktachse womöglich nicht länger repräsentiert fühlten. Im Folgenden sollen aus diesem Grund vier Konfliktdimensionen vorgestellt werden, die sich zur Erfassung von Wertorientierungen der bundesrepublikanischen Parteiwählerschaften eignen. Diese lehnen sich in der Grundkonzeption an Klein (2014) an, mit dem Unterschied, dass jene vierte Dimension, die dieser als libertär-autoritär kennzeichnet, als Wertekonflikt zwischen einer kosmopolitischen und einer nationalistischen Wertorientierung geführt wird. Die zu dieser Entscheidung führende Begründung, der auch eine ausführlichere Diskussion vorgestellt ist, ist dem Abschnitt 2.4.5 zu entnehmen.

Ziel ist es, auf dieser theoretischen Basis, Hypothesen zu formulieren, die eine wertorientierte Abgrenzung der Wählerschaften deutscher Parteien ermöglichen, da sich zwischen den Anhängern verschiedener Parteien zum Teil frappierende Unterschiede feststellen lassen (Jagodzinski und Kühnel 2002, S. 216). Sich unterscheidende Wertorientierungen können hier ein möglicher Ansatzpunkt sein, um diese Unterschiede und deren Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten besser nachvollziehen zu können.

2.4.2 Links-Rechts-Materialismus

Die Konfliktdimension zwischen Links-Materialismus und Rechts-Materialismus entstammt noch der Zeit der industriellen Revolution, bezeichnet diese doch den Klassenkonflikt industrialisierter Gesellschaften (Knutsen 2018b, S. 75). Waren hier vormals zentrale Themen die ökonomische Ungleichheit oder der Besitz von Produktionsstätten sowie die Ausbeutung der Arbeiterschaft (Knutsen 1995c, S. 160), so hat sich der Klassenkonflikt zu einer modernisierten Form seiner selbst verändert, dem Sozialstaatskonflikt (Niedermayer 2013c, S. 91; van Deth 1995, S. 10). Nicht zuletzt der schon wiederholt angeführte Bedeutungsverlust sozialstruktureller Einbettung für das gesellschaftliche Zusammenleben hat diesen Wandel begünstigt. Dennoch bleiben die Kategorien, die schon Lipset und Rokkan (1967) in ihrem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital angelegt sehen, auch im Links-Rechts-Materialismus konsistent.

Unter einer rechts-materialistischen Wertorientierung wird eine Präferenz für einen relativ schwachen Staat verstanden, in dem sich auch Widerstand gegen staatliche Regulierung akkumuliert und als legitim angesehen wird. Stattdessen soll ein Wettbewerb zwischen Unternehmen begünstigt werden. Ferner soll die Unantastbarkeit des Privateigentums gewahrt bleiben. Der freie Markt wird hier

als positiv eingeschätzt und es wird davon ausgegangen, dass er einen Beitrag zur Erfüllung kollektiver Interessen leistet (Knutsen 1995c, S. 160–161; van Deth 1995, S. 10). Auch die Frage nach der Verteilung gesellschaftlichen Wohlstands wird davon stark berührt. Rechts-materialistisch orientierte Individuen sehen den Beitrag des Einzelnen als zentrales Kriterium. Gemeint sind damit klar definierte Leistungskriterien, welche explizit keinen egalitären Charakter haben (Klein 2014, S. 576).

Unter einer links-materialistischen Wertorientierung wiederum wird die Vorstellung verstanden, dass der Staat eine aktive Rolle einnehmen muss, um gesellschaftliche Ziele wie ökonomische Sicherheit, Solidarität, Einkommensgleichheit und gleiche Lebensbedingungen zu erreichen. Dafür ist demnach eine Regulation durch den Staat ebenso wichtig wie wohlfahrtsstaatliche Reformen und eine progressive Steuerpolitik, die finanziell schwächer gestellte Bürger schützt. Links-Materialisten sehen den Markt vor allem als Erzeuger sozialer und ökonomischer Ungleichheit, die durch einen starken Staat bekämpft werden können und auch müssen. Aufgabe des Staates ist hier die Sicherstellung ökonomischer Sicherheit sowie die Herstellung der Gleichheit von Einkommen und Lebensbedingungen (Knutsen 1995c, S. 161; Knutsen 2018b, S. 75–76; van Deth 1995, S. 10). Diese Dimension bildet folglich den „Konflikt zwischen den Grundwerten Marktfreiheit und Interventionismus“ (Niedermayer 2003, S. 266) ab, also jene ideologische Konfliktlinie, welche die (Un-)Gleichheit des Individuums zum Gegenstand macht. Mit anderen Worten stehen sich hier ursächliche Philosophien wie der Sozialismus und der Liberalismus konfliktär gegenüber (Knutsen 1995c, S. 169; Middendorp 1991, S. 111).

Über Jahrzehnte hinweg hat sich dabei das Verständnis entwickelt, dass mit einer *linken* Verortung gemeinhin die Unterstützung für sozialpolitische Programme, Interessenvertretung für die Arbeiterschaft sowie einem Einbezug von Gewerkschaften in politische Entscheidungsfindungen verstanden wird. Als Kontrast dient dazu die Unterstützung für Interessen der Mittelschicht sowie wirtschaftsnahe beziehungsweise wirtschaftsfreundliche Beschlüsse, welche gemeinhin als *rechts* verstanden werden (Dalton 1988, S. 121). In europäischen Parteiensystemen hat sich bis Ende der 1990er Jahre eine Tendenz abgezeichnet, dass mit einer sozialpolitischen Umverteilungspolitik zumeist liberale Gesellschaftsbilder einhergehen, wohingegen eine besitzstandswahrende Politik oftmals mit eher autoritären Gesellschaftskonzeption verbunden ist (Kitschelt und McGann 1997, S. 139). Dies hat sich mit dem Aufkeimen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien jedoch verändert, was in Abschnitt 2.4.5 dezidiert aufgegriffen wird.

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland, aber auch schon zuvor, gelten die Sozialdemokraten gemeinhin als Interessenvertreter einer links-materialistischen und damit arbeitnehmerfreundlichen und gewerkschaftsorientierten Politik. Dies gilt insbesondere dann, wenn die historischen Wurzeln der Sozialdemokratie als Grundlage für diese Einordnung herangezogen werden. Herausgefordert wird dieses Narrativ jedoch nicht zuletzt durch das wirtschafts- und sozialpolitische Reformprogramm, die Agenda 2010, welches die SPD-geführte Bundesregierung unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammen mit den Grünen ab 2003 umzusetzen begann. Vor allem aus der Sicht der Gewerkschaften stellte das Programm einen Bruch im Verhältnis zur SPD dar. Die Kritik bezog sich dabei insbesondere auf „die Reduzierung der Geltungsdauer und der Höhe der Arbeitslosenunterstützung sowie die Abschaffung der Zumutbarkeitsbedingungen bei der Wiederaufnahme der Arbeit (...), die Einführung der Praxisgebühr, die Absenkung des Rentenniveaus“ (Meyer 2004, S. 182). Zentral bei der formulierten Kritik war, dass sich „alle [sozialpolitischen] Kürzungen (...) ausschließlich auf die sozial Schwachen“ (Meyer 2004, S. 182) beziehen würden. In Folge der Reformagenda von SPD und Grünen würden immer mehr Bevölkerungsgruppen „gegeneinander ausgespielt, sozioökonomische Interessengegensätze, die im Antagonismus von Kapital und Arbeit wurzeln, auf diese Weise relativiert“ (Butterwegge 2006, S. 117).

In Folge entstand mit der *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative* (WASG) eine linke Abspaltung von der SPD, die „2004 als Folge des 2003 eingeleiteten Kurswechsels der Sozialdemokraten in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik unter Kanzler Gerhard Schröder gegründet“ (Moreau 2018, S. 177) wurde. Insbesondere enttäuschte SPD-Mitglieder und Gewerkschafter waren in diesem Prozess von Beginn an involviert (Schoen und Falter 2005, S. 33–34). Die WASG trat schließlich bei der Bundestagswahl 2005 mit der bis dato nicht mehr im Bundestag in Fraktionsstärke vertretenen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) auf einer gemeinsamen Liste als Linkspartei.PDS an und fusionierte zwei Jahre später zur Gesamtpartei *Die Linke* (Nachtwey und Spier 2007, S. 69). Bei den Wählern der Linkspartei beziehungsweise der Linken handelt es sich zu diesem Zeitpunkt bei vielen Unterstützern um Individuen, die ihren eigenen Wertvorstellungen treu geblieben sind, diese aber nicht länger in der SPD vertreten sehen (Nachtwey und Spier 2007, S. 14). Dieser Prozess, welcher auch als *Repräsentanzwechsel* bezeichnet wird, kennzeichnet einen Zustand, in dem Individuen an ihren Wertorientierungen, Einstellungen, Ritualen und Beziehungen zu spezifischen Organisationen, beispielsweise in diesem Fall Gewerkschaften, festhalten, lediglich die politische Interessenvertretung in Form der Partei ausgetauscht wird. Insbesondere im Elektorat der Linkspartei schlägt sich dies schlussendlich darin

nieder, dass über ein Viertel ihrer Wähler bei der vorangegangenen Bundestagswahl 2002 noch für die Sozialdemokraten stimmte (Walter 2007a, S. 331–332). An dem linken Selbstverständnis der Wähler hat sich durch die Fusion nichts verändert, die ideologische Selbsteinstufung bleibt konsistent (Jesse und Lang 2012, S. 206). Stattdessen wird die Kritik, die Sozialdemokraten entfernten sich zu weit von ihren ursprünglichen Werten, nicht gehört und sie verhielten sich auf entsprechende Wortmeldungen nicht hinreichend responsiv. Es handelt sich hier demnach explizit nicht um die Entstehung einer neuen Konfliktlinie (Decker 2014, S. 148), sondern vielmehr um eine elektorale Umschichtung.

Tatsächlich liegen die Wurzeln dieser schleichenden Entfremdung bereits in der mit dem Jahr 1999 einsetzenden Reformpolitik unter dem damaligen Kanzler Schröder (SPD), die von Beginn an einen Umbau des deutschen Wohlfahrtsstaates beinhaltet. Die sich vom inhaltlichen Markenkern der sozialen Gerechtigkeit entfernende Sozialdemokratie schafft so bald eine Repräsentationslücke in Teilen ihrer Wählerschaft (Oberndörfer et al. 2009, S. 261). In Folge der Parteifusion aus PDS und WASG ist die neue Linke im Westen vor allem bei jenen Wählern sehr erfolgreich, die durch die rot-grünen Sozialreformen desillusioniert wurden. Insbesondere Arbeitslose sind davon betroffen. In Ostdeutschland hingegen ist das Wahlverhalten zu Gunsten der neuen Wahlallianz durch andere strukturelle Faktoren zu erklären (Schoen und Falter 2005, S. 36). Ein möglicher Grund kann die geringe Verankerung der damals schon etablierten Parteien in Ostdeutschland sein (Pollack und Pickel 2000, S. 80), die fortwährend den politischen Wettbewerb strukturiert – mit Ausnahme der PDS beziehungsweise Linkspartei.

Durch die Fusion mit der WASG wird die Wählerschaft der dadurch entstehenden Linkspartei weitaus stärker durch die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft und durch die Einbindungen in Gewerkschaften geprägt als dies bei der PDS zuvor der Fall war. Auch sind Arbeitslose nun deutlich überrepräsentiert in der Linken-Wählerschaft (Zettl 2014, S. 41; Jesse und Lang 2012, S. 206). „Die Linkspartei gilt infolgedessen, besonders im Westen, als Formation eines bärtigen Sozial- und Gewerkschaftsstaats“ (Walter 2007b, S. 341). Obgleich der Linken zum damaligen Zeitpunkt eine gewisse Zukunftsunfähigkeit attestiert wurde (Walter 2007a, S. 325), so hat sie sich im Zeitverlauf als recht beständig erwiesen. Heute kommt ihr die Rolle als Partei der sozialen Gerechtigkeit und Umverteilung zu (Oppelland und Träger 2014, S. 202–204), die „am sozialstaatlichen Pol der sozio-ökonomischen Konfliktlinie“ (Jesse und Lang 2012, S. 206) verortet ist. Von dort aus begrenzt sie auf der linken Seite den Raum des sozio-ökonomischen Konflikts und fordert nicht nur eine Abkehr von der Agenda 2010, sondern auch einen umfassenden Ausbau des Sozialstaats (Jun 2018, S. 40). Dazu gehört der Einsatz für einen starken Staat, der auch regulativ in das Marktgeschehen eingreift

und eine umfassende Umverteilungspolitik organisiert (Jun 2017, S. 103). Aus diesem Grund profitiert die Linke auch heute noch immer wieder von Stimmen, die zuvor sicher den Sozialdemokraten zugerechnet werden konnten, und sie wird von vielen ehemaligen SPD-Wählern deshalb auch „als bessere Sozialdemokratie“ (Lang 2018, S. 16) wahrgenommen.

Auch bei der Bundestagswahl 2009 wechseln vormalige Wähler der SPD zur Partei Die Linke, eben weil diese in Fragen der sozialen Gerechtigkeit als entsprechende Repräsentantin – zumindest von Teilen früherer SPD-Wähler – wahrgenommen wird. Gleichzeitig wird bei der Wahl 2009 ein folgenschweres Problem der SPD ersichtlich, denn aus wirtschaftspolitischen Gründen läuft auch eine nicht unwesentliche Anzahl an Wählern zur Union und der FDP über (Merz und Hofrichter 2013, S. 108). Die SPD wird hier mit verschiedenen Erwartungen und Wertvorstellungen der eigenen Wähler konfrontiert, die sich bis heute in nicht unwesentlichem Umfang auch um die Reformpolitik der Agenda 2010 drehen. So gilt, falls

„für einen Wähler beispielsweise der Wert der sozialen Gerechtigkeit sehr wichtig [ist], so wird er die von der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Kürzung von Sozialleistungen im Rahmen der Reformagenda 2010 eher negativ beurteilen, selbst wenn er eine langfristige affektive Bindung an die SPD aufweist“ (Klein 2014, S. 571).

Folgt daraufhin keine Distanzierung von der vormaligen Politik, kann es zu dem bereits angeführten Repräsentanzwechsel kommen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Wähler, welche die SPD genau aufgrund jener wirtschaftspolitischen Akzente und Reformen gewählt haben. Wenn der Eindruck entsteht, die Partei wende sich von deren Zielen ab, kann dies ebenso zu Stimmverlusten führen. Auch dadurch, dass beispielsweise die CDU auf der Konfliktachse zwischen Links-Materialismus und Rechts-Materialismus bis 2013 weiter nach links gerückt ist (Jakobs und Jun 2018, S. 266), hat sich die Situation für die Sozialdemokraten nicht verbessert.

Die CDU wiederum versteht sich seit ihrer Gründung als Sammlungsbewegung, in der es zu schichtübergreifenden Abwägung sozialer Interessen und wirtschaftlicher Freiheiten kommt. Dabei bestand das primäre Ziel zunächst darin – als Bindeglied fungierend – Brücken zu bauen, über den sozio-ökonomischen Konflikt zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft (Zolleis und Schmid 2013, S. 430; Zolleis und Schmid 2011, S. 41). Die CDU ist demnach seit jeher eine in sich sozio-ökonomisch heterogene Partei, was sich auch in ihren parteilichen Gliederungen und ihrem Repräsentationsanspruch für entsprechende Bevölkerungsteile niederschlägt (Schmid 2021, S. 156–157). Seit 1949 versteht sich die CDU deshalb auch

„als Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Ausgehend von ihrem Personalitäts-, Subsidiaritäts- und Mediationsverständnis entwickelte sie ihr Wirtschaftsverständnis, das genügend Interpretationsspielraum ließ, um alle heterogenen Gruppen innerparteilich zu integrieren. Das Bekenntnis zum Privateigentum, zu Wettbewerb in einem gesetzten Ordnungsrahmen – damit auch kleinere und mittlere Betriebe eine Chance haben würden –, zu einem starken Staat, der diese Prinzipien auch gewährleisten konnte, und zur Entfaltung der Person in der Wirtschaft waren diesem Konzept zugrunde gelegt“ (Zolleis 2008, S. 263–264).

Bestrebungen dahingehend, einem liberalen Wirtschaftsverständnis zu folgen, wurde nicht nur seitens des Arbeitnehmerflügels widersprochen, sondern ebenso von konservativen Unternehmern oder auch Landwirten, welche zur Kernwählerschaft der Partei zählten und zählen (Zolleis und Schmid 2011, S. 41–42). Neben den Interessen von Mittelstand und Industrie unternahm die CDU dabei den Versuch, „die sozial-politischen Begehrlichkeiten der katholischen Arbeiterbewegung“ (Walter et al. 2014, S. 18) im Blick zu behalten, wenngleich „Arbeitnehmervertreter stets in einer Minderheitenposition“ (Zolleis 2008, S. 265) innerhalb der Partei blieben.

Dabei spielten die schon angeführten cross-pressures eine nicht unwichtige Rolle. Während Arbeiter so überdurchschnittlich stark eher den Sozialdemokraten zugeneigt waren und Katholiken der CDU/CSU, gestaltete sich diese Situation bei katholischen Arbeitern nicht als ebenso eindeutig oder vergleichsweise prä-determiniert. Dem „mit der Industrialisierung aufbrechenden Konflikt zwischen Arbeitern und Arbeitgebern wirkte der Katholizismus durch schichtübergreifende Betonung der gemeinsamen katholischen Werte entgegen“ (Gerngroß 2010, S. 81), was in Folge sowohl von der CDU, vor allem aber von der CSU aktiv genutzt wurde.

Neben „eines [in Bayern] schon weitgehend etablierten Sozialstaates mit wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierungsmaßnahmen“ (Friedel 2010, S. 124) ist vor allem die Konfessionsbindung ein Grund, weshalb es der CSU beispielhaft sehr erfolgreich gelang, Arbeiter in einem erheblichen Umfang in die eigene Wählerschaft zu integrieren (Friedel 2010, S. 124). Im Schnitt ist die CSU in Bayern deshalb auch bei Arbeitern erfolgreicher als etwa die SPD (Kießling 2004, S. 89), erreichte sie dort oftmals einen Anteil von 50 Prozent der Stimmen innerhalb der Arbeiterschaft (Hirscher 2020, S. 151). Stärker noch als etwa die CDU versteht sich die CSU deshalb auch heute noch als wirtschaftspolitisch moderate Partei, die sich ihrem Selbstverständnis entsprechend für einen Kurs „zwischen zügellosem Liberalismus einerseits und sozialistischer Planwirtschaft andererseits“ (Sebaldt 2021, S. 167) einsetzt.

Der über die vergangenen Jahrzehnte erfolgte Bedeutungsverlust sozialstruktureller Faktoren hat dem keinen Abbruch getan. Dennoch wurde unter der CDU-Vorsitzenden und späteren Kanzlerin Angela Merkel mit dem Kurs der *Neuen Sozialen Marktwirtschaft* das wirtschafts- und sozialpolitische Profil der CDU neu zu schärfen versucht (Schmid und Steffen 2003, S. 76). Die diesem Kurs zugrunde liegende Idee beruhte im Wesentlichen auf dem Ansatz, weniger „Staat in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber mehr Verantwortung des Staates in der Innen- und Außenpolitik“ (Schmid und Steffen 2003, S. 77) zu forcieren. Der von der CDU eingeschlagene Kurs muss allerdings auch im Kontext jener gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen betrachtet werden, die sich zu diesem Zeitpunkt vollzogen: Auch die SPD wendet sich in dieser Phase stärker marktwirtschaftlich liberalen Positionen zu (Hemmelmann 2017, S. 157). Die SPD befindet sich dabei im Einklang mit anderen europäischen Partnern wie beispielsweise der britischen *Labour Party* (Busch und Manow 2001). Bedeutsam ist dies deshalb, da die zuvor klare Abgrenzbarkeit entlang dieser sozio-ökonomischen Konfliktlinie zwischen CDU und FDP einerseits sowie SPD und Grünen andererseits somit aufgeweicht wird (Zolleis und Schmid 2011, S. 44).

Interessant ist dabei ferner, dass während das CDU-Bundestagswahlprogramm von 2002 „im Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik eine deutliche Annäherung an (wirtschafts-)liberale Konzepte“ (Schmid und Steffen 2003, S. 81) aufweist, die CDU-Landesverbände sowie die bayerische CSU eine eher moderatere Position einnehmen (Debus 2007, S. 50).

Mit dem Eintritt der CDU/CSU in eine Große Koalition nach der Bundestagswahl 2005 werden sodann die wirtschaftlichen Reformbeschlüsse des Leipziger CDU-Parteitags von 2003 verworfen (Zolleis und Schmid 2011, S. 43). Dies mag sicherlich auch durch die Koalition mit der SPD bedingt sein. Es darf jedoch nicht ausgeblendet werden, dass die CSU seit jeher ein klares Sozialprofil aufweist, welches sich der katholischen Soziallehre verpflichtet fühlt und im Widerspruch zu vielen wirtschaftsliberalen Forderungen steht (Weigl 2011, S. 84–85). Die bayerische CSU ist hierbei in ihrer wohlfahrtsstaatlichen Akzentuierung bedeutend „weniger marktwirtschaftlich-liberal ausgerichtet (...) als andere CDU-Landesverbände (Bräuninger et al. 2020, S. 87). Gleichwohl die Christdemokraten bis 2005 noch als „wirtschaftspolitisch moderat-liberal“ (Debus 2007, S. 49) einzuordnen sind, erwachsen daraus nicht notwendigerweise wahlverhaltensrelevante Implikationen: „Statt der sozioökonomischen spielte (...) die konfessionelle Konfliktlinie lange Zeit eine wichtigere Rolle, und es wirkte sich primär weniger die Zugehörigkeit zu einem Sozialmilieu als die Art des Bekenntnisses wahlentscheidend aus“ (Friedel 2010, S. 124).

Darüber hinaus haben seit 2005 weitreichende Veränderungen der christdemokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die der Partei den Vorwurf einer *Sozialdemokratisierung* einbrachten (Eith 2010, S. 124–125), ihren Teil dazu beigetragen, dass auch die CDU nicht mehr als zweifelsfrei wirtschaftsliberal einzuordnen ist. Gemeint ist mit dieser Sozialdemokratisierung etwa, dass die Unionsparteien im Rahmen der Großen Koalition von 2005 bis 2009 arbeitsmarkt- und sozialpolitische Reformen zurücknahmen, die erst Jahre vorher den Sozialdemokraten mühsam abgerungen wurden (Zohlnhöfer und Egle 2010, S. 584). In Folge wird konstatiert, dass sich die CDU „unter Merkels Führung (...) wirtschaftspolitisch »sozialdemokratisiert«“ (Decker 2016b, S. 15). Auch lässt sich dann bis 2017 „während der gemeinsamen Regierungszeit der Großen Koalition eine Linksverschiebung Richtung mehr Staatsinterventionismus sowohl der SPD wie den Unionsparteien“ (Jun 2018, S. 39) attestieren. Dies ist insofern für die Christdemokraten wiederum problematisch, da deren Anhänger insbesondere gegen Verstaatlichungen eintreten und stattdessen eine Liberalisierung der Märkte befürworten (Roßteutscher und Scherer 2013b, S. 400–401). Während die CDU/CSU heute eher in Richtung einer links-materialistischen Wertorientierung zu verorten ist (Jun 2019, S. 48), ist die FDP hingegen auch heute noch als Partei marktwirtschaftlicher Prinzipien (Jun 2017, S. 103) einzuordnen, obgleich die Partei zuletzt von der AfD am liberalen Pol der sozio-ökonomischen Konfliktachse abgelöst wurde (Niedermayer 2015a, S. 193; Niedermayer 2018a, S. 5).

Historisch gesehen muss die FDP als Vertreterin einer mittelstandsorientierten Politik verstanden werden, deren Wurzeln in einer Interessenvertretung des Kapitals liegen, wenngleich ihr seit jeher eine dazugehörige sozialstrukturelle Verankerung fehlte. Nichtsdestotrotz hat die FDP im Zeitverlauf auf der sozio-ökonomischen Konfliktachse stets eine erkennbar rechts-materialistisch definierte Rolle eingenommen, die sich im Zeitverlauf nur geringfügig verändert hat. Waren die Anfangsjahre der Bundesrepublik aus liberaler Sicht vor allem auch durch Konflikte zwischen Wirtschaftsliberalen, Nationalliberalen und Sozialliberalen innerhalb der Partei geprägt (Anan 2019, S. 55), werden zumindest die Nationalliberalen bis Anfang der 1970er Jahre schließlich aus der Partei gedrängt, nachdem diese bereits zuvor immer mehr marginalisiert worden waren (Treibel 2014, S. 59). Getrieben durch primär gesellschaftspolitisch motivierte Veränderungswünsche, treten die Liberalen 1969 in eine Koalition mit der SPD ein, wirtschaftspolitische Forderungen geraten zu dieser Zeit in den Hintergrund, werden aber nicht aufgegeben, sondern allenfalls modifiziert (Dittberner 2010, S. 45–48).

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kommt es dann zu weitreichenden Veränderungen, positionieren sich hierbei insbesondere die Wirtschaftsliberalen innerhalb der Partei um Otto Graf Lambsdorff eindeutiger für eine freie Marktwirtschaft und fordern einen inhaltlichen Kurswechsel der Partei und im Land (Treibel 2014, S. 61). Das nach dem gleichnamigen FDP-Politiker benannten und bekannt gewordenen *Lambsdorff-Papier* legte schließlich die Grundlage für eine Neuausrichtung der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, was letztendlich zum Bruch der sozialliberalen Koalition aus SPD und FDP führen sollte (Bökenkamp und Frölich 2012, S. 7). Grundlage dafür war das 1977 neu veröffentlichte Grundsatzprogramm, die so genannten Kieler Thesen, mit seiner wirtschaftsliberalen Ausrichtung. Mit diesem wurde nicht nur das wirtschaftspolitische Credo *Privat vor Staat* beschlossen, sondern darüber hinaus auch eine Verschiebung der innerparteilichen Agenda zur sozio-ökonomischen Achse vollzogen, nachdem in der Regierung mit der SPD primär gesellschaftspolitische Reformen angestoßen worden waren (Treibel 2014, S. 61). Der seitens der FDP marktwirtschaftlich motivierte Regierungswechsel führt in Folge dazu, dass nun auch die Sozialliberalen mehr oder weniger aus der Partei gedrängt werden (Vorländer 2013b, S. 499). Es folgen 16 Jahre christlich-liberale Koalition aus CDU/CSU und FDP, bei der die Liberalen allerdings immer stärker in die Defensive geraten und wenige der wirtschaftspolitischen Erneuerungen umsetzen können, die sie zunächst versprochen hatten. Mitte der 1990er Jahre versucht die Partei einen Aufbruch und verengt ihr inhaltliches Profil auf die Forderung nach Steuersenkungen und einen weitreichenden Umbau des Sozialstaats (Treibel 2018, S. 321). Entsprechende Reformbemühungen führen jedoch nicht zu einem Trendwechsel für die Partei, die immer mehr Anhänger verliert. Erstmals kommt es dann 1998 zu einer vollständigen Abwahl einer amtierenden Bundesregierung.

Nachdem 1998 die christlich-liberale Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP abgewählt wurde, wird die FDP einige Jahre aus der Opposition heraus wirken und sich bis zur Bundestagswahl 2005 neu aufstellen „als seriöse, wirtschaftsliberale Reformpartei mit dem Fokus auf Steuervereinfachung und Steuersenkungen“ (Treibel 2018, S. 322). Als auch bei dieser Bundestagswahl kein Regierungswechsel mit FDP-Beteiligung vollziehbar scheint, setzt sie ihre „programmatische Verengung auf ein ökonomisches Liberalismusverständnis und innerhalb dessen auf den Themenbereich Steuerpolitik“ (Butzlaff 2017, S. 184) fort. Nicht umsonst werden der FDP dann hohe Kompetenzwerte von den Wählern in diesem Bereich zugesprochen, die „Profilierung als marktliberale Partei im Sozialstaatskonflikt“ (Niedermayer 2015b, S. 105) verläuft weiterhin erfolgreich.

Nachdem die FDP dann 2009 Teil einer Neuauflage der christlich-liberalen Koalition – dieses Mal unter der CDU/CSU-Kanzlerin Angela Merkel – wird, sind die Erwartungen entsprechend hoch, werden seitens der FDP allerdings bitter enttäuscht. Inhaltliche Akzente werden nicht gesetzt, Wahlversprechen nicht gehalten, was in Folge zur Bundestagswahl 2013 dazu führt, dass die Partei nicht nur aus der Regierung abgewählt, sondern auch aus dem Bundestag gewählt wird. Unter ihrem neuen Vorsitzenden Christian Lindner versucht die FDP sich dann an der Loslösung ihrer einseitigen Fokussierung auf wirtschaftsliberale Themen (Höhne und Jun 2020, S. 137; Vorländer 2013b, S. 391). Dass sich die FDP als wirtschaftlich rechts beziehungsweise rechts-materialistisch orientierte Partei (Thomeczek et al. 2019, S. 270) jedoch nicht von ihrer inhaltlichen Domäne verabschiedet, sondern auch gleichzeitig eine Profilschärfung in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik vornimmt (Höhne und Jun 2019, S. 226), erscheint nur folgerichtig. Das inhaltlich wirtschaftsliberal geprägte Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 (Anan 2019, S. 71) lässt die FDP dann als „in Wirtschaftsfragen marktliberalste Partei“ (Thomeczek et al. 2019, S. 274) erkennbar werden⁴. Die von der FDP aufgestellte Forderung nach „einer möglichst wenig staatlich regulierten Marktwirtschaft“ (Höhne und Jun 2020, S. 138) hat bei den Liberalen inhaltlich gewissermaßen Tradition und führt in Folge auch zu einer entsprechenden Unterstützung durch die Wähler. Sie wurde und wird deshalb auch als „Partei der oberen Mittelschicht“ (Pappi und Brandenburg 2010, S. 477) beschrieben, die zu einer starken Profilierung bei Selbstständigen geführt hat (Pappi und Brandenburg 2010, S. 459), weswegen die FDP als ihre Interessenvertretung und expliziter „Gegenpart zu den Sozialdemokraten“ (Bräuninger et al. 2020, S. 10) wahrgenommen wird. Dieser eindeutige Gegensatz im deutschen Parteiensystem ist auch darin zu erkennen, „dass sich insbesondere [die] SPD und [die] FDP in ihren politischen Antworten auf ökonomische Krisensituationen deutlich unterscheiden“ (Bukow und Jun 2017, S. 7–8). Es zeigen sich hier also klare Unterschiede, die auf der Konfliktlinie des Links-Rechts-Materialismus auszumachen sind. Dabei wird von der FDP dezidiert eine rechts-materialistische Wertorientierung aufgegriffen, die exemplarisch für diese Konfliktlinie steht: Wirtschaftliche Freiheiten, verbunden mit einem umfassenden Umbau des Sozialstaats, dessen Ziel eine Reduktion sozialpolitischer Maßnahmen ist, sowie der grundsätzlichen Forderung nach Steuersenkungen.

⁴ An dieser Stelle sei daran erinnert, dass auf der sozio-ökonomischen Achse auch finanz-, steuer- und sozialpolitische Konflikte verhandelt werden, weshalb die AfD in der Summe rechts-materialistischer orientiert ist als die FDP.

Zusammenfassend ist es so, dass die Bedeutung einer links-rechts-materialistischen Wertorientierung seit den 1970ern bis zu den 1990er Jahren für die Parteiwahl von Individuen wichtiger geworden ist (Knutsen 1995b, S. 488) und sich auch im weiteren Zeitverlauf als strukturell wichtige Konfliktachse herausgestellt hat. Nicht nur die Gründung der Linken erfolgte entlang dieser Achse, sondern auch die Gründungsgeschichte der AfD wird unter anderem auf deren zunächst marktliberale Positionen zurückgeführt (Niedermayer 2018b, S. 117). Im Hinblick auf die AfD muss aber eine Einschränkung dahingehend gemacht werden, dass diese von Beginn an eher euroskeptische Positionen bediente (Rosenfelder 2017, S. 124; Schärdel 2017, S. 77; Schmitt-Beck 2014b, S. 97), die nicht trennscharf als ausschließlich wirtschaftspolitisch motiviert gelten können, wird doch Euroskeptizismus vielmehr als Symptom einer Konfliktlinie zwischen Kosmopolitismus und Nationalismus angesehen (Franzmann 2018, S. 366). Dies wird jedoch im weiteren Verlauf (vgl. Abschnitt 2.4.5) detaillierter aufgegriffen und an dieser Stelle vorerst ausgeklammert. Aufgrund der historischen Entwicklung und der parteipolitischen Positionierung ergeben sich drei Wählergruppen, die einer näheren Analyse unterzogen werden sollten, erscheint diese Konfliktlinie für diese doch als besonders relevant. Zu nennen ist hier zunächst die FDP, die sich historisch als Vertreterin einer marktliberalen und rechts-materialistischen Klientel erwiesen hat. Zu ergründen ist aber, ob diese gesellschaftliche Wertorientierung auch für die eigenen Wähler weiterhin eine ausschlaggebende Rolle im Wahlverhalten einnimmt. Es ist aus diesem Grund die folgende Hypothese aufzustellen:

H1: Je stärker ein Individuum rechts-materialistisch orientiert ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass es die FDP wählt.

Eine links-materialistische Orientierung hat sich historisch über langen Zeitverlauf als essenzielles Charakteristikum für die Sozialdemokratische Partei und ihre Wähler erwiesen. Angefangen als Vertreterin der Arbeiter und gewerkschaftsorientiert aufgestellt, hat sich die SPD im Zeitverlauf immer wieder auch strukturellen Veränderungen ihrer Wählerschaft stellen müssen. Auch die Agenda 2010 hat die Lage der SPD in ihrem klassischen Wählermilieu nicht vereinfacht. Heute befindet sich die SPD demnach in einem Konkurrenzkampf mit anderen Parteien um Wähler mit einer links-materialistischen Orientierung. Da die SPD seitens der Bevölkerung allerdings als – zumindest durchschnittlich – links-materialistisch orientierte Partei eingeschätzt wird (Pappi et al. 2019b, S. 15), sind entsprechende Effekte für Wähler mit einer analogen Orientierung ebenso zu erwarten. Demnach unterstützen heutige Wähler der SPD diese auch wegen

ihrem in der Ausrichtung linken sozio-ökonomischen Profil, welches zu den klassischen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie gehört. Daraus leitet sich die folgende Hypothese ab:

H2: Je stärker ein Individuum links-materialistisch orientiert ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass es die SPD wählt.

Als dritte Gruppe fügt sich die Wählerschaft der Linken in diese Reihe ein. Entstand die Linke aus Anhängern der ehemaligen PDS und durch die Agenda 2010 entfremdeten Anhängern der Sozialdemokraten, so repräsentiert sie heute den links-materialistischen Pol der sozio-ökonomischen Konfliktdimension und prägt auch aus dieser Perspektive den politischen Diskurs. Galt die Zukunft der ostdeutsch geprägten PDS nach der Bundestagswahl 2002, bei der ihr nur noch mit zwei Direktmandaten den Sprung in den deutschen Bundestag gelang, als ungewiss und auch „ernsthaft gefährdet“ (Neu 2004, S. 254), so konnte sich die Linke als politische Kraft durch die Fusion aus PDS und WASG erst wirklich bundesweit etablieren. An dieser Stelle wurde skizziert, dass einige der heutigen Linken-Wähler nicht ihre ursprünglichen Werte, sondern vielmehr ihre politische Repräsentanz gewechselt haben und in der Linken heute eine bessere Sozialdemokratie (Lang 2018, S. 16) sehen. Vor diesem Hintergrund wird die folgende Hypothese aufgestellt:

H3: Je stärker ein Individuum links-materialistisch orientiert ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass es die Linke wählt.

Zwar hat die CDU/CSU seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine moderat bis dezidiert wirtschaftsliberale Grundhaltung vertreten, die Aufstellung einer entsprechenden Hypothese für die Union auf dieser Konfliktlinie erscheint hier aber aus verschiedenen Gründen problematisch. Dafür sind zum einen die Unterschiede relevant, anhand derer sich die CDU und die CSU auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie des Links-Rechts-Materialismus unterscheiden lassen. Letztere Partei ist dabei tendenziell links-materialistischer orientiert als die erstgenannte, in der Summe sind aber beide Parteien spätestens seit 2005 politisch in Richtung des Links-Materialismus gerückt. Auch zeigt sich, dass insbesondere das konfessionsgebundene beziehungsweise religiös motivierte Wahlverhalten mehr Bedeutung für eine Wahlentscheidung zu Gunsten der CDU/CSU hat als etwa eine links- oder rechts-materialistische Wertorientierung – dies trifft mehr noch für die CSU denn für die CDU zu. Im Fall der CSU kann gar eine Überlagerung dieser Konfliktlinie durch eine religiöse Wertorientierung konstatiert werden.

Darüber hinaus ist eine getrennte Untersuchung von CDU und CSU im Fall der vorliegenden Studie nicht möglich, da eine Wahlabsicht für die Unionsparteien bei Bundestagswahlen in der Regel nicht getrennt abgefragt wird. Dies wäre allerdings notwendig, um mögliche Unterschiede adäquat abzubilden, welche sich aus Differenzen zwischen der CDU und der CSU sowie ihren Elektoraten ergeben könnten. Vor allem ist es jedoch so, dass Ausgangsgedanke der vorliegenden Untersuchung ist, jene gesellschaftlichen Wertorientierungen und von ihnen ausgehenden Effekte auf das Wahlverhalten zu untersuchen, die für Gründung und Etablierung entsprechender Parteien von identitätsstiftender Relevanz waren. Für die Unionsparteien war dies der ursprüngliche Konflikt zwischen Kirche und Staat, der heute vielmehr als Konflikt zwischen einer religiösen und einer säkularen Wertorientierung angesehen wird, entsprechend konstitutiv. Um dieser Gegebenheit Rechnung zu tragen, wird diese Konfliktlinie und ihre parteipolitische Bedeutung nun im Folgekapitel noch einmal detaillierter aufgegriffen.

2.4.3 Religiös-Säkular

Die religiöse Konfliktdimension ist primär ein Konflikt über Werte und kulturelle Identitäten, der seinen Ursprung auch im Institutionellen dahingehend findet, als dass er sich in der Mitgliedschaft bei Kirchen und kirchennahen Organisationen ausdrückt. Der Konflikt über Religion hat insbesondere im späten 19. Jahrhundert die Struktur zwischen politischen Eliten und dazugehörigen gesellschaftlichen Allianzen definiert. Dies wird vor allem dann klar, wenn Parteien sich selbst im Kontext zu religiösen Interessen positionierten, also als Vertretung von Katholiken oder Protestanten, Religiösen oder Säkularen (Knutsen 1995b, S. 463). Wie schon angeführt, entbrennt dieser Konflikt schon im deutschen Kontext im Rahmen des Kulturkampfes, in dem es zu einer Unterdrückung der Katholiken kommt, letztlich aber nur die Mobilisierung und Selbstorganisation des katholischen Milieus begünstigt wird (Klein 2014, S. 576).

Mitglied einer religiösen Gruppierung zu sein, bedeutet demnach mehr als die bloße Identifikation mit dieser. Oft werden im Rahmen einer Mitgliedschaft beziehungsweise Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft nicht nur religiöse Institutionen für Gottesdienste besucht, sondern zudem weitere Aktivitäten in der religiösen Institution betrieben (Elff und Roßteutscher 2017b, S. 202). Sartori (1968) versucht am Beispiel einer Vierfelder-Typologie das Verhältnis zu beschreiben, in dem bestimmte Elemente einer Klassengesellschaft auf

Individuen und deren politisches Verhalten einwirken. Dieses soll im Folgenden auf die Einbindung von religiösen Individuen übertragen werden, um die Bedeutung einer aktiven Teilnahme an Gottesdiensten und weiterem Engagement in religiösen Gruppen zu erläutern. Durch diese Vorgehensweise wird die institutionell-religiöse Einbettung noch einmal deutlicher.

Sartori spricht in seinem Ansatz von den so genannten *Class Conditions*, der *Status Awareness*, der *Class Consciousness* und der *Class Action* (Sartori 1968, S. 13). Mit *Class Conditions* und *Status Awareness* sind die objektive Zugehörigkeit zu einer spezifischen Klasse und mit *Status Awareness* auch das Verständnis, dass ein Individuum einer bestimmten Kategorie zuzuordnen ist, gemeint (S. Pickel 2018, S. 30). Davon klar abzugrenzen ist dann mit der *Class Consciousness* nicht nur das subjektive Verständnis, sondern auch die bewusste Annahme eines Bewusstseins und damit das Zugehörigkeitsgefühl von Menschen, die sich in spezifischen sozialen Gruppen bewegen, die Ausdruck eines Teils ihrer Lebensrealität sind (Sartori 1968, S. 12). *Status Awareness* hingegen ist für Sartori eher eine Beschreibung des Umstands, dass die Existenz von einer Klasse wahrgenommen wird (Sartori 1968, S. 12). Dabei hat aber die Wahrnehmung einer Existenz von einer Klasse, wenn überhaupt, nur sehr wenig mit dem eigenen Bewusstsein zu tun, sondern ist vielmehr der Ausdruck einer Außensicht, zu welcher Kategorie ein Individuum zugeordnet wird (Sartori 1968, S. 14). Erst mit der aktiven Annahme dieser Zuordnung, einer von außen definierten Zuschreibung, entsteht ein Bewusstsein und auch eine ideologische Eingebundenheit (S. Pickel 2018, S. 30). Die vierte Kategorie bildet schließlich *Class Action*, womit aber explizit nicht ein der sozialen Gruppe kohärentes Wahlverhalten gemeint ist. Klassenbasiertes Wahlverhalten ist, so Sartori, zwar Ausdruck eines Klassenbewusstseins, muss aber vielmehr als ein *act* denn als eine *action* verstanden werden. Dies begründet er damit, dass unter *Class Action* eine konkrete Aktivität verstanden wird, die noch ein weitaus höheres Ausmaß an Aktivierung bedarf. Klassenbasiertes Wählen ist demnach zwischen dem konkreten Klassenbewusstsein und einer spezifischen Klassenaktivität zu verorten (Sartori 1968, S. 13).

Angewandt auf Religiosität ist demnach das Modell folgendermaßen zu modifizieren: Die objektive Gruppenzugehörigkeit entsteht formell durch die Aufnahme in eine der Religionsgemeinschaften, wohingegen das subjektive Zugehörigkeitsverständnis erst dadurch erreicht wird, dass ein Individuum sich selbst als einer Glaubensgemeinschaft zugehörig versteht. Auf dieser Basis kann dann ein religiöses Gruppenbewusstsein entstehen, was jedoch kein zwangsläufig linearer Prozess ist. So können Individuen eine bewusste Involvierung auch ablehnen. Wenn diese jedoch angenommen wird, sind Individuen durch den Kirchengang beispielsweise ideologisch eingebunden und identifizieren sich auch mit ihrer

Gemeinde oder Religionsgemeinschaft. Ein aktiver Gruppeneinsatz würde dann wiederum bedeuten, dass man sich über den Kirchgang hinaus auch in der eigenen Gemeinde oder Religionsgemeinschaft engagiert und nicht nur passiver Konsument bleibt (vgl. Abbildung 2.8).

I	II
Objektive Gruppenzugehörigkeit	Subjektives Zugehörigkeitsverständnis
III	IV
Religiöses Gruppenbewusstsein	Aktiver Gruppeneinsatz

Abbildung 2.8 Religiöse Zugehörigkeit und religiöses Gruppenbewusstsein. (Quelle: Eigene Darstellung mit Ergänzungen, auf Basis von Sartori 1968, S. 13; S. Pickel 2018, S. 30)

Ähnlich wie bei Sartoris Gedanken gilt auch in der vorliegenden Ausarbeitung die Annahme, dass auf Religiosität basierendes Wahlverhalten zwischen der Anteilnahme religiöser Praktiken und dem aktiven Gruppeneinsatz für kirchlich-religiöse Interessen zu verorten ist.

Wenn die Rede von der Teilnahme an religiösen Praktiken ist, so liegt dem zugleich die Annahme zu Grunde, dass Individuen, die regelmäßig in Gotteshäuser gehen, auch weiterhin gut integriert in religiöse Netzwerke sind. Diese finden im Rahmen (kirchlich-)religiöser Einrichtungen Raum und bieten dort, neben einer Gemeinschaft, auch Platz für einen Austausch. Dadurch entfaltet sich dann schlussendlich eine Wirkung auf das Wahlverhalten, wenngleich die Zahl regelmäßiger Kirchgänger stetig abnimmt und somit auch religiöse Gemeinschaften schrumpfen (Dalton 2002, S. 196). Der Zugewinn an physischer und materieller Sicherheit, der durch einen steigenden gesellschaftlichen Wohlstand begünstigt wird, drängt religiöse und traditionalistisch-religiöse Werte immer weiter zurück (Roßteutscher 2011, S. 113). Glaube und Religiosität werden so zu einer individuelleren Frage, die nicht mehr zwangsläufig im Rahmen kirchlicher Institutionen praktiziert wird (Pollack und Pickel 1999, S. 465).

Selbstredend ist die Bedeutung der Religion für das heutige politische Handeln in den meisten westlichen Staaten wenig vergleichbar mit jener, die diese im 16. und 17. Jahrhundert einnahm. Sie bestimmte und dominierte sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens: als Legitimationsgrundlage für politische Herrschaft oder gar als Grundlage für Rechtsprechung (Pollack 2018, S. 313). Trotz alledem zeigen auch heute Untersuchungen immer wieder, dass der Bann des Religiösen fortbesteht und

„belegen die Sehnsucht des modernen Menschen nach Spiritualität und religiöser Gemeinschaft, die Attraktivität des Glaubens als moralisches und weltanschauliches Orientierungsangebot, die Religion als zentrale Ressource des Sozialkapitals sowie den Einfluss der Kirchen als zivilgesellschaftlicher Akteur“ (Hidalgo 2013, S. 165).

Die Daten zeigen so zwei kontrastierende Trends: Die Teilnahme an religiösen Praktiken wie dem Kirchengang sinkt in fortgeschrittenen Industriegesellschaften, während grundsätzliche religiöse Überzeugungen stabil bleiben und eine allgemeine Spiritualität zunimmt (Inglehart und Baker 2000, S. 46). In den Fokus der gesellschaftlichen Debatte rückt hier aber immer wieder der Umstand eines allgemeinen Bedeutungsverlusts von Religion und Kirche, welche – so vielmals die Auffassung – keinen politischen Einfluss ausüben sollen (Pickel 2013, S. 75). Hinzu kommt eine „Erosion der Mitgliedschaften religiöser Gemeinschaften. Die christlichen Kirchen leiden unter Abwanderung (Kirchenaustritte) und Überalterung ihrer Mitglieder“ (Pickel 2013, S. 75). Kirche und Religion drohen dadurch nicht nur ihre gemeinschaftsstiftende, sondern gleichzeitig ihre identitätsstiftende Funktion zu verlieren.

Eine grundsätzlich abnehmende Tendenz in der Religiosität der in Westeuropa wohnenden Menschen ist schon länger zu beobachten. Kirchenmitgliedschaften und die Kirchengangshäufigkeit der Gläubigen sinken gleichermaßen, sodass eine Loslösung von tradierten religiösen Werten stattfindet, wovon beispielsweise in den christlichen Glaubensgemeinden der Niederlande insbesondere Katholiken betroffen sind (Graaf und Grotenhuis 2008, S. 595). Dabei handelt es sich aber nicht um ein originär niederländisches Phänomen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland sinkt die Anzahl regelmäßiger Kirchgänger weiterhin kontinuierlich, obgleich zumindest das westdeutsche Elektorat auch fortan weit davon entfernt ist, vollends säkular zu sein (Elff und Roßteutscher 2011, S. 114). Stattdessen wird allerorts Religiosität vielmals eher pluraler und dementsprechend auch heterogener als früher ausgelebt (Minkenberg 2010, S. 408). Doch was bedeutet Religiosität oder Säkularität eigentlich genau, in welchem Verhältnis stehen diese beiden Werte zueinander und inwiefern haben sie heute den ursprünglichen Konflikt zwischen Kirche und Staat ersetzt?

Dass die Rolle der Religion über lange Zeit eine sehr wichtige im politischen Raum war, fasst Tocqueville in seinem 1835 erschienen Werk *Über die Demokratie in Amerika* treffend mit folgender Aussage zusammen: „Die religiös gebundenen Menschen bekämpfen die Freiheit, und die Freunde der Freiheit greifen die Religion an“ (Tocqueville 1985, S. 29). Knapp 200 Jahre nach dieser Feststellung hat sich unsere Gesellschaft verändert, gleichwohl auch heute noch

religiöse und säkulare Wertorientierungen das politische Konfliktfeld mitdefinieren. Tocqueville führt aber auch damals schon Zweifel an, dass „der Mensch jemals eine völlige religiöse Unabhängigkeit und eine vollkommene politische Freiheit ertragen“ (Tocqueville 1985, S. 227–228) könne. Klar wird durch diese Ausführungen in jedem Fall, dass ein sich gegenseitig bedingender Dualismus zwischen Säkularismus und Religiosität besteht.

Wenn die Rede von Säkularisierung ist, so meint dies zunächst „eine substantielle Emanzipation des Politischen von der Religion“ (Hidalgo 2013, S. 171). Die zu der Zeit von Tocqueville und bis weit in das 20. Jahrhundert reichenden Einflüsse religiöser Institutionen auf das politische Geschehen Westeuropas werden durch Säkularisierungsprozesse zurückgedrängt. Möglich wird diese Emanzipation vom Religiösen aber auch erst dadurch, dass weniger Wähler allgemein in religiöse Netzwerke eingebunden werden beziehungsweise eingebunden sind (Dalton und Wattenberg 1993, S. 200). Säkularisierung beschreibt demnach die Emanzipation des Politischen vom Religiösen eher als eine Folge individueller Abwendungen von religiösen Netzwerken.

Dies ist insofern von essenzieller Bedeutung, da Ende der 1970er Jahre rund 95 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung in den christlichen Glaubensgemeinschaften, also der katholischen oder evangelischen Kirche, organisiert waren (Schmitt 1989, S. 18; Nellessen-Schumacher 1978, S. 155). Zwar hat diese kirchliche Einbettung immens nachgelassen, jedoch ist die Abnahme religiöser Bindungen keineswegs mit einem kompletten Bedeutungsverlust von Religiosität gleichzusetzen oder einem Verschwinden der Konfliktlinie. Dennoch bleibt in Ländern, in denen diese Konfliktlinie salient ist, eine an religiösen Grundsätzen ausgerichtete Politik zunächst existent. Die Säkularisierung stellt jedoch eine Herausforderung dar, da durch sie die Relevanz religiöser Konflikte verringert wird (Kriesi et al. 2018, S. 44), welche auch auf parteipolitischer Ebene ausgetragen werden. Gemeint sind dabei aber auch insbesondere die Konflikte zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften. Religiöse Einflüsse werden vor allem dadurch erkennbar, dass sie, „sofern es mehr als eine im Land wichtige Religion gibt bzw. ein Konflikt zwischen Religiösen und Säkularen besteht, einen Einfluss auf die spezifische Unterstützung von Parteien haben“ (Lipset 1960, S. 221).

Inwiefern religiöse Moralvorstellungen einen gesellschaftlichen Richtwert bilden sollten, ist einer der Punkte, an denen sich folglich der Konflikt zwischen einer religiösen und einer säkularen Wertorientierung entzündet (Klein 2014, S. 576). Die aus der Säkularisierung entstehenden Konsequenzen können jedoch weitreichende Folgen haben: „From one point of view, if churches close their monopoly to define religious and moral norms, the whole system of a society, of generally accepted norms and fundamental values, might break down“ (van

Deth 1995, S. 11). Religiosität kann demnach auch eine stabilisierende Funktion für das alltägliche politische Geschehen und die strukturelle Einbindung von Individuen haben. Wenn Religion jedoch ihren Einfluss auf das alltägliche und politische Leben verliert, nähern sich die Wertorientierungen von nominell Religiösen und Säkularen immer weiter an (Evans und Northmore-Ball 2018, S. 129). Auf lange Sicht kann es gar dazu kommen, dass eine säkulare Wertorientierung eine religiöse Wertorientierung ersetzt (G. Pickel 2018, S. 959).

Gesellschaftliche Modernisierung und Individualisierungsprozesse haben in der Vergangenheit Säkularisierungsprozesse begünstigt, die in Folge zu einer Erosion von Religiosität und einer gleichzeitigen Verbreitung von areligiöser Rationalität geführt haben (van Deth 1995, S. 11). Nichtsdestotrotz bleibt auch trotz sinkender Kirchenmitgliedschaften ein religiöser Einfluss auf das politische Geschehen oder zumindest das aktive Wahlverhalten weiterhin bestehen. Insbesondere jene Individuen, die eine hohe Kirchenbindung aufweisen, auch als *Kirchlichkeit* bezeichnet, sind davon in besonderem Maße tangiert. Die Kirchlichkeit ist höher, je öfter kirchliche Dienste in Anspruch genommen werden. So kann die Kirchengangshäufigkeit als relevanter Indikator identifiziert werden, der besonderer Ausdruck von Religiosität und Kirchlichkeit ist (Pappi 1985, S. 271) und auch schon im klassischen Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan (1967) Berücksichtigung fand.

Im klassischen Konflikt zwischen Kirche und Staat müsste aber, um dessen Bedeutungsgehalt konkret zu erfassen, vielmehr von einem Konflikt zwischen katholischer Kirche und dem Staat gesprochen werden, fungierten hier doch vor allem „Katholiken als sozialstrukturelle (...) Trägergruppe“ (Niedermayer 2003, S. 266). Protestanten hingegen standen vielmehr auf der Seite des Staats, der katholische Einflüsse zurückzuweisen versuchte. Aus dieser Konfliktlinie zwischen Protestanten und Katholiken, die vielmehr auch eine konfessionell-religiöse war, erwächst schließlich eine religiöse Konfliktlinie (Roth 2008, S. 35; Pappi 1985, S. 269), in der religiöse Überzeugungen gegen eine säkularisierte Wertorientierung gestellt werden (Pappi 1985, S. 270). Ausgelöst wird diese Transformation vor allem durch Säkularisierungsprozesse, die religiöse Werte in ihrem gesellschaftlichen und politischen Bedeutungsgehalt bedrohen (Niedermayer 2003, S. 266–267). Dadurch wird die konfessionelle Konfliktdimension fortan durch eine religiöse Spaltungslinie beschrieben (Roßteutscher 2011, S. 111), in der sich nun religiöse und nicht-religiöse Bevölkerungsteile gegenüberstehen (Gluchowski et al. 2002, S. 191). „Kirchentreue und religiös aktive Katholiken und Protestanten stehen nun gemeinsam auf einer Seite im Konflikt mit säkularen, areligiösen und kirchlich nicht gebundenen Wählern auf der anderen Seite“ (Roßteutscher 2011, S. 111). Folglich wird der konfessionell-religiöse

Konflikt „nicht vollends obsolet, sondern von einer neueren religiös-säkularen Konfliktlinie überlagert“ (Roßteutscher 2011, S. 130–131).

In ihrer gesellschaftlichen Bedeutung haben beide Kirchen heute den größten Teil ihres Einflusses verloren. Glaube und Religion werden nicht länger als Ganzes, wie von den Kirchen vermittelt, angenommen. An ihre Stelle ist eine Praktik getreten, in der bestimmte Werte wie eine Art Flickenteppich zu einem neuen Konzept zusammengesetzt werden (Jagodzinski und Dobbelaere 1995, S. 115). Die Rede ist dabei auch von einer Transformation des Religiösen (Pickel 2013, S. 69). Während sich die ursprünglich konfessionelle Konfliktlinie insbesondere auf die bloße Zugehörigkeit zu einer religiösen Glaubensgemeinschaft stützte, deckt die religiös-säkulare Konfliktlinie die tatsächliche Religiosität ab. Diese wiederum wird durch religiöse Praktiken wie eine Kirchengangshäufigkeit (Ackermann und Traummüller 2015, S. 285) und die dazugehörige ideologische Einbindung beschrieben.

Gerade Deutschland nimmt allerdings aufgrund der historischen Erfahrung einer Teilung in die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) sowie einer 1990 vollzogenen Wiedervereinigung eine besondere Rolle in dieser Frage ein, da dadurch zwei Länder vereinigt wurden, die religiös höchst unterschiedlich geprägt waren (Pickel 2013, S. 79). Staatliche Repression religiöser Praktiken in der DDR-Diktatur blieben nicht folgenlos. Waren 1950 auf dem Staatsgebiet der damaligen DDR von 18,3 Millionen Einwohnern rund 14,8 Millionen evangelischen und ungefähr 1,4 Millionen katholischen Glaubens, so sank diese Zahl auf 5,1 Millionen Evangelen und 1,1 Millionen Katholiken im Jahr 1990 (Gabriel 2001, S. 385). Dies ist auf zweierlei Art und Weise von politischer Bedeutung. Zum einen haben es demnach Parteien mit einer religiösen Ausrichtung in Ostdeutschland schwerer, Wähler für sich zu rekrutieren, da es dort für sie, anders als in Westdeutschland, keine *natürliche Ressource* in der Gesamtwählerschaft gibt beziehungsweise diese nur geringfügig vorhanden ist. Zum anderen sind es bis heute, wenngleich es zu einer Transformation hin zu einer religiös-säkularen Konfliktlinie gekommen ist, insbesondere Katholiken, die überproportional stark für die Christdemokraten votieren (Minkenbergh 2010, S. 393–395). Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt sind Katholiken in Ostdeutschland aber seit jeher deutlich unterrepräsentiert. In Theorie und Geschichte zeigt sich aber, dass religiöse Wertorientierungen eine hohe Widerstandsfähigkeit aufweisen. Religiöse Wertorientierungen bleiben selbst unter starken gesellschaftlichen Wandlungsprozessen sehr stabil (Rüschemeyer 1969, S. 383). Insbesondere an den Zahlen zur Entwicklung der Kirchmitgliedschaften auf dem Staatsgebiet der DDR zwischen 1950 und 1990 ist zu beobachten, dass die religiöse Erosion insbesondere die

evangelische Kirche stark getroffen hat, wohingegen sich die Mitgliederverluste bei der katholischen Kirche in Grenzen halten.

Es zeigt sich, dass Rüschemeyer mit der Diagnose einer hohen Widerstandsfähigkeit religiöser Wertorientierungen durchaus Recht hat, wird zuletzt doch auch immer wieder von einer Wiederbelebung der religiös-säkularen Konfliktlinie in Deutschland und in Ostdeutschland im Speziellen (Elff und Roßteutscher 2016, S. 47) gesprochen. Der Begriff der Wiederbelebung erscheint vor diesem Hintergrund aber unpassend, da Religiosität und Religion auf dem alten Staatsgebiet der DDR nie vollends zerstört oder verdrängt wurden. Stattdessen könnte man eher von einer *möglichen* Revitalisierung der Religiosität sprechen. Dann müssten aber auch langfristig entsprechende Effekte zu beobachten sein, die verschiedene gesellschaftspolitische Teilbereiche erfassen und auch dann einen Effekt auf das Wahlverhalten haben. Eine Unterscheidung in Ost- und Westdeutschland wird an dieser Stelle jedoch nicht vorgenommen, kann aber Bestandteil weiterer Untersuchungen sein. Denn dass es zu einer solchen Revitalisierung gekommen ist, wird allerdings von verschiedenen Wissenschaftlern auf Basis empirischer Daten vehement in Zweifel gezogen (Pickel 2020; Großbölting 2013, S. 230–231; Pickel 2013, S. 80).

Viel wichtiger erscheint daher zunächst zu ergründen, ob und inwiefern eine religiöse oder eine säkulare Wertorientierung denn tatsächlich das Wahlverhalten grundsätzlich beeinflusst. Ganz allgemein gesprochen hat Rüschemeyer mit seiner Diagnose Recht behalten. Zum einen hat sich beispielhaft der Effekt religiös-säkularer Wertorientierungen auf das Wahlverhalten zwischen 1970 und 1990 in der Bundesrepublik Deutschland nur marginal verändert (Knutsen 1995b, S. 488). Zum anderen ist es in der Tat so, dass auch heute religiöse Wähler weiterhin öfter religiöse Kandidaten oder Parteien wählen (Elff und Roßteutscher 2017b, S. 200). Der zunehmende gesamtgesellschaftliche Bedeutungsverlust von Religion und Religiosität darf keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass auch weiterhin das Handeln von Individuen durch diese beeinflusst wird. So gilt die Religion auch heute noch als ein Leitbild individueller Handlungen (Hidalgo 2013, S. 169). Immer wieder zeigen empirische Untersuchungen auch, dass zumindest in Westdeutschland das Wahlverhalten bei Bundestagswahlen erheblich durch individuelle Religiosität beeinflusst wird (Arzheimer und Schoen 2007, S. 105). Insbesondere die Kirchgänger beider christlicher Konfessionen wählen überproportional stark die Christdemokraten (Pappi 2015, S. 279). Dies erscheint nicht als abwegig, da Parteien der Christlichen Demokratie vor allem dort entstehen

„wo sich die Absicht des politischen und sozialen Katholizismus mit einer geschichtsphilosophischen Konzeption trifft, die in der Demokratie nicht nur die providentielle Staats- und Gesellschaftsform des christlichen Zeitalters, sondern auch die sicherste Bürgerschaft für die Freiheiten der Kirche sieht“ (Maier 1975, S. 26–27).

Christlich-Demokratische Parteien erscheinen demnach als eine Art Garant oder Konservator für die Freiheit religiöser Praktiken. Da diese aber insbesondere auf die Initiative des politischen Katholizismus zurückgehen, ist es nicht verwunderlich, dass vor allem Katholiken mit Kirchbindung eine besonders starke Affinität zur Union vorweisen (Hunsicker et al. 2013, S. 40). Insbesondere wenn sie regelmäßig in die Kirche gehen, gelten sie weiterhin als eine Art natürlicher Verbündeter der Union (Völkl und Langer 2011, S. 66).

Empirisch ist festzustellen, „dass die Katholiken ähnlich wie in den fünfziger Jahren auch heute noch erkennbar häufiger für die Unionsparteien stimmen als für ein alternatives Angebot“ (Schoen und Zettl 2012, S. 163). Zwar werden Kirchgänger allgemein weniger, gläubige Kirchgänger sind aber weiterhin klare Kernklientel der Union. Die CDU und insbesondere die CSU pflegen deswegen bis heute einen intensiven Austausch mit den Kirchen und messen dem auch einen hohen Stellenwert bei (Weigl 2013, S. 482). Dies erscheint nur als allzu sinnig, wenn das Absinken der allgemeinen Anzahl an Kirchgängern zu schmerzhaften Stimmverlusten im einst loyalen Stammwählermilieu der Christdemokraten geführt hat und führt (Walter et al. 2014, S. 178). Nichtsdestotrotz ist auch weiterhin der „Anteil der Unionswähler unter den katholischen Kirchgängern fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Bevölkerung“ (Weßels 2014a, S. 193). Die Unionsparteien haben so bei Katholiken mit starker Kirchbindung traditionellerweise ihre höchsten Zustimmungswerte (Jung und Wolf 2005, S. 4) und diese Kirchbindung wirkt sogar stärker zugunsten der Unionsparteien als eine Gewerkschaftsbindung zugunsten der SPD (Arzheimer und Schoen 2007, S. 107).

Es zeichnet sich demnach ab, dass die Auswirkungen des Kulturkampfes unter Bismarck in Teilen bis heute spürbar sind. Anhänger anderer Parteien werden nicht in dem Maß von religiös orientierten Wählern unterstützt wie CDU und CSU. So sind die Anhänger der heutigen Linken, ehemals PDS, besonders säkular orientiert. Ende der 90er Jahre gaben rund 80 Prozent der PDS-Anhänger an, sie verfügten über keine Kirchenbindung (Neu 2004, S. 114). Bis heute setzt sich dieser Trend fort. Die Linke und auch die Grünen erzielen bei Wählern ohne konfessionelle Bindung die besten Wahlergebnisse. Besondere konfessionelle Unterstützung erhalten einzig die Sozialdemokraten von Protestanten, jedoch keineswegs in einem vergleichbaren Ausmaß wie die Christdemokraten

heute noch von Katholiken unterstützt werden. Keine Rolle für das Wahlverhalten spielen Konfessionszugehörigkeit und Religiosität wiederum bei Wählern von FDP und AfD (Eith und Meier 2018, S. 18), womöglich aber etwaige säkulare Wertorientierungen.

In der Summe zeigt sich, dass anhaltende Säkularisierungsprozesse zwar die religiös gebundene Kernwählerschaft von CDU und CSU schrumpfen lassen (Roßteutscher 2011, S. 111), eine religiöse Wertorientierung als strukturierendes Element aber nicht an Wirkungskraft eingebüßt hat. Dies gilt insbesondere dann, wenn beispielhaft die Rede von Katholiken und tiefreligiösen Menschen ist, die über einen sehr langen Zeitverlauf hinweg CDU und CSU bei Bundestagswahlen präferiert haben (Dalton und Jou 2010, S. 41). Ganz allgemein gestaltet sich die Messung der Effekte von Religiosität auf Wahlverhalten im internationalen Vergleich schwieriger als der von Klassenunterschieden. Begründet ist dies darin, dass in manchen Nationen beispielsweise die Katholiken eine Allianz mit konservativen Parteien eingingen, in anderen Ländern hingegen Teil einer linken politischen Allianz geworden sind (Dalton 1996, S. 326–327). In Deutschland wiederum hat sich gezeigt, dass es durchaus klare Zusammenhänge gibt, die auch messbar sein sollten⁵. Daraus folgt die folgende Hypothese:

H4: Je religiöser ein Individuum ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass es CDU/CSU wählt.

Mit der Darstellung der religiös-säkularen Konfliktdimension werden aber nur jene Konflikte abgebildet, die schon nach dem Zweiten Weltkrieg eine gesellschaftspolitische Bedeutung hatten. Um den tiefgreifenden Veränderungen der 1960er und 1970er Jahre, die schon beschrieben wurden und die zur Gründung grüner oder grün-alternativer Parteien führten, Rechnung zu tragen, wird im Folgenden die dazugehörige Konfliktdimension zwischen einer materialistischen und einer postmaterialistischen Wertorientierung noch einmal klarer in den Fokus genommen und sodann auch eingeordnet.

⁵ Eine Untersuchung, die zwischen unterschiedlichen Religionsgemeinschaften unterscheidet, ist auf Grundlage der herangezogenen Datensätze nicht möglich, da sie bei diesen nur zusammengefasst als eine Gruppe zu analysieren sind (vgl. Abschnitt 3.3). Demnach sei hier bereits darauf hingewiesen, dass keine solche Differenzierung umzusetzen ist.

2.4.4 Postmaterialismus-Materialismus

Im Folgenden sollen die wesentlichen Punkte, die bereits im vorangegangenen Abschnitt 2.3.2 ausführlich diskutiert wurden, noch einmal aufgegriffen werden, welche den Konflikt zwischen einer materialistischen und einer postmaterialistischen Wertorientierung skizzieren.

Der klassische Materialismus zeichnet sich durch Bedürfnisse und Wertpräferenzen aus, die vor allem physischer Natur und für das rein physische Wohlergehen zentral sind (Klein und Pötschke 2000, S. 203). Dies wird im Inglehart-Index, wie beschrieben, durch die zwei Items (1) Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit und (2) Kampf gegen steigende Preise ausgedrückt. Nicht verwunderlich ist vor dem Hintergrund, dass Materialisten im direkten Vergleich zu Postmaterialisten „mehr als doppelt so sehr (...) strengere Verteidigungsmaßnahmen und fast zweimal so sehr eine Entwicklung von Kernenergie oder strengere Maßnahmen gegen Terrorismus“ (Inglehart 1983, S. 158) befürworten. Für Materialisten stehen also Sicherheit von Versorgung und leiblicher Existenz sowie ökonomisches Wachstum im Fokus. Demgegenüber stehen Postmaterialisten, welche „Forderungen nach einer ökologisch ausgerichteten Politik, nach konsequenter Abrüstung, nach friedlicher statt militärischer Lösung von Konflikten, nach dem Ausbau demokratischer Teilhaberechte und nach dem Ausstieg aus der Kernenergie“ (Dalton 2003, S. 164–165) stellen. Für Postmaterialisten steht insbesondere eine nicht-materielle Lebensqualität im Fokus (Inglehart 1984, S. 27), die sich explizit von einem begrenzten und möglicherweise unökologischen ökonomischen Wachstum abgrenzt (Dalton 2003, S. 165). Im klassischen Inglehart-Index werden postmaterialistische Werte durch die Items (3) mehr Einflussnahme auf politische Entscheidungen durch die Bürger sowie (4) das Recht auf Meinungsfreiheit ausgedrückt.

Wie schon angeführt entstanden durch eine Repräsentationslücke, die sich in den Feldern der Sicherheitspolitik und Kernenergie auftat, vielerorts in Westeuropa grüne oder grün-alternative Parteien – so auch in der Bundesrepublik Deutschland (Patzelt 2018a, S. 30). Besondere Bedeutung erlangt der postmaterialistische Wertewandel, der diese Entwicklung erst möglich machte, für die politische Soziologie und hier vor allem die Wahlforschung, da Postmaterialisten keine in sich geschlossene homogene Gruppe bilden (Terwey 1989, S. 41). Aus diesem Grund erlaubt auch der makro-soziologische Ansatz von Lipset und Rokkan (1967) nicht länger, diese Veränderungen im Detail abzubilden, auch weil dort von einem gewissermaßen sozialstrukturellen Determinismus ausgegangen wird.

Seit Entstehung des Ansatzes wurde und wird immer wieder der Versuch unternommen, ein möglichst allumfassendes Bild der Konfliktstruktur zu geben, die die Konfliktdimension zwischen einer postmaterialistischen und einer materialistischen Wertorientierung zu erklären vermag. So zeigt sich auch, dass eine postmaterialistische Wertorientierung einhergeht „mit einer relativen Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Ideen, während Materialismus sich mit Anliegen wie Aufrechterhaltung der Tradition und der Moral verbindet“ (Inglehart 1979, S. 292). Um diese Verknüpfung auch konzeptuell zu berücksichtigen, wurde das Inglehart'sche Postmaterialismus-Konzept immer wieder erweitert. Dabei wurde eine Unterscheidung zwischen dem Wandel von traditionalistischen zu säkularen Werten einerseits sowie der klassischen Annahme von Überlebens- zu Selbstverwirklichungswerten andererseits vorgenommen. Zu ersterem werden Wertvorstellungen bezüglich Scheidungen oder Homosexualität subsumiert, während zur zweiten der Umweltschutz oder politische Partizipation zugeordnet werden können (Willems 2016, S. 106). Selbstredend ist es immer im wissenschaftlichen Interesse, wenn mit möglichst wenigen Variablen möglichst viel Varianz erklärt wird. Bereits an diesem Punkt wird es konzeptuell deshalb problematisch, weil Postmaterialisten in sich als Gruppe sehr heterogen sind und, im Gegensatz zu Materialisten, eine klar verortbare politische Heimat haben (Knutsen und Scarbrough 1995, S. 497). Eine Vermischung verschiedener Dimensionen birgt demnach die Gefahr, dass durch eine zu starke Reduktion schlussendlich Messergebnisse erzielt werden, die keine theoretische Trennschärfe gewährleisten können. So sehr der Wunsch nachvollziehbar ist, möglichst auch eine autoritär-traditionalistische Wertorientierung durch das Postmaterialismus-Konzept erklären zu können, so lohnend ist ein Verweis auf Inglehart selbst, der in einer Analyse den Schluss nahelegt, eine autoritäre Wertorientierung habe nur eine schwache empirische Passgenauigkeit zu seinem Postmaterialismus-Materialismus-Konzept. Es darf hier jedoch nicht von einer grundsätzlichen Inkompatibilität ausgegangen werden. Stattdessen muss diese Erkenntnis vor dem Hintergrund kritisch reflektiert werden, was der damalige Stand der Autoritarismus-Forschung war. Demnach gingen autoritäre Wertvorstellungen primär auf elterliche Erziehung zurück. Gemein haben Ingleharts Ansatz und jener des damaligen Autoritarismus-Forschungsstands, dass sie einer frühkindlichen Sozialisation gleichermaßen einen hohen Stellenwert bei der Herausbildung einer autoritären Wertorientierung einräumen. Der wesentliche Unterschied besteht jedoch darin, dass Inglehart vor allem ökonomische Determinanten in dieser Phase für die Herausbildung spezifischer Wertorientierungen als Erklärungsfaktor heranzieht. Autoritäre Wertorientierungen werden demgegenüber, so der damalige Stand, familiär anerzogen (Inglehart 1977, S. 68).

Gerade an dieser Stelle setzt die Kritik an Ingleharts Postmaterialismus-Konzept an, vertreten verschiedene Autoren doch den Standpunkt, im Konzept würden zwei Ebenen miteinander vermischt, die jedoch differenzierter betrachtet werden sollten (Inglehart und Flanagan 1987, S. 1317–1318). Zum einen werden dort „(1) postökonomisch-idealistische Orientierungen, die Sinnstiftung und Lebensqualität gegenüber materiellen Lebensstandards betonen; sowie (2) postautoritär-libertäre Wertorientierungen, die Selbst- und Mitbestimmung gegenüber Folgsamkeit betonen“ (Welzel 2009, S. 124) vermischt. Sollten diese beiden Dimensionen in hohem Ausmaß miteinander korrelieren und Bestandteil desselben zu erklärenden Konzepts sein, wäre dies nicht allzu problematisch. Dies wird es jedoch in dem Moment, in welchem Inglehart entsprechende Hypothesen formuliert, die auch weitere gesellschaftliche Wandlungsprozesse erwarten lassen. Wenn also Inglehart in seiner Sozialisationshypothese postuliert, dass ein generationaler Wandel einen postmaterialistischen Wertewandel nachhaltig fördert, zeigt sich, dass generationale Effekte zwar einen Einfluss auf die Wahrnehmung des Individuums als politisches Subjekt haben, infolgedessen dieses mehr Mitbestimmungsrechte haben will, es jedoch keine nachweisbaren Effekte auf klassisch materialistische Präferenzen gibt (Knutsen 1995a, S. 6). Demnach wollen nachwachsende Generationen zwar im Sinne des Postmaterialismus mehr Einfluss auf politische Prozesse nehmen können, jedoch nicht notwendigerweise eine Abwendung von materieller Lebensqualität oder von der Aufrechterhaltung einer außen- oder innenpolitischen Sicherheit.

Dies ist aus zweierlei Gründen nachvollziehbar und offenbart eine gewissermaßen inkonsequente Argumentation Ingleharts. Ein Kritikpunkt ist am Ansatz Ingleharts bei der Bedürfnishierarchie nach Maslow anzusetzen, die er nutzt, um seine Mangelhypothese aufzustellen. Postmaterialistische Werte entfalten sich demnach nur dann, wenn materialistische Bedürfnisse erfüllt worden sind. Maslow selber versteht aber „Selbstverwirklichungsbedürfnisse nicht als Defizit-, sondern als Wachstumsbedürfnisse. Diese Bedürfnisse können nie endgültig befriedigt werden“ (Klein und Pötschke 2000, S. 204). Diese Kritik hat Inglehart, wie schon angeführt, damit zurückgewiesen, dass er nie davon ausging, grundsätzliche physische Bedürfnisse würden endlich sein. Im Gegenteil würden sich diese immer wieder neu stellen und müssten erneut befriedigt werden (Inglehart 2007, S. 235).

Eine eher grundsätzlichere Kritik wiederum richtet sich gegen das allgemeine Verständnis eines Wertewandels, welches Inglehart darlegt. Demnach sei wichtig zu betonen, dass „Wertorientierungen (...) einer generationalen, einer lebenszyklischen und einer periodenbezogenen Dynamik [folgen]. Theorien, die sich

bei der Erklärung der Ursachen des Wertewandels auf nur eine dieser Quellen beziehen, greifen daher zu kurz“ (Klein 2016, S. 273). Inglehart wiederum blendet in seiner Postmaterialismus-Theorie eben diese lebenszyklischen Dynamiken aus, da diese auch „im unmittelbaren Widerspruch zur Sozialisationsthese“ (Klein 2016, S. 274) stehen. Auch andere Forscher wie Herbert Kitschelt vertreten den Standpunkt, dass materielle Wertpräferenzen im Rahmen eines allgemeinen gesellschaftlichen Wertewandels nicht notwendigerweise an Bedeutung verlieren (Klein und Falter 2003, S. 30–31). Damit werden insbesondere die ökonomischen beziehungsweise post-ökonomischen Aspekte gesellschaftlichen Wertewandels für die weitere Betrachtung relevant. So wurde das Konzept Ingleharts zwar seit seinem Erscheinen hinreichend ausführlich diskutiert und kritisiert, obgleich nie dem spezifischen Befund widersprochen wurde, dass Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung an Bedeutung gewonnen haben (Hradil 2002, S. 32). Dies reiht sich auch in die gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozesse und Loslösung von sozialstrukturell gefestigten Gruppierungen ein.

Wenn aber Decker beispielsweise Ende der 90er Jahre kritisiert, die Theorie des Wertewandels gehe davon aus, dass „sich die kulturellen Konflikte von heute als reine Wertkonflikte ohne soziale oder Interessenbasis darstellen“ (Decker 1999, S. 349), so wird in diesem Fall Inglehart auch ein Stück weit Unrecht getan. Inglehart hat in seinen Ausführungen nie den grundsätzlichen Bedeutungsverlust ökonomischer Faktoren für die Gesellschaft oder auch das Wahlverhalten postuliert, sondern ausschließlich zu beschreiben versucht, unter welchen ökonomischen Bedingungen sich spezifische kulturelle Werte oder gesellschaftliche Wertorientierungen überhaupt erst entfalten können. Auch führt Decker als Kritikpunkt an, die Träger bestimmter Werte sollten die Bedingung erfüllen als (soziale) Gruppe abgrenzbar zu sein (Decker 1999, S. 349). Dieser Ansatz entspricht dem sehr klassischen Verständnis des makro-soziologischen Ansatzes in der Wahlforschung und berücksichtigt keineswegs, dass gesellschaftliche Veränderungsprozesse derartig umfassende Konsequenzen hatten, die dann eben auch eine Heterogenisierung von individuellen Wertprofilen nach sich zogen. Mit anderen Worten: Sozial definierte Kategorien können heute zwar durchaus noch eine Pfadabhängigkeit haben, die sich aber insbesondere über in diesen Gruppen geteilten gesellschaftlichen Werte definiert, nicht über die bloße Zugehörigkeit zu einer sozialen (Sub-)Gruppe. Keineswegs sollte auch der Eindruck entstehen, dass Inglehart je behauptet hätte, er könne mit seinem Ansatz jedwede Konstellation von Werten sowie deren Entstehung erklären. Stattdessen ist sogar das Gegenteil der Fall. Inglehart unternahm den Versuch der Beschreibung gesellschaftlicher Umbrüche in den 1960er und 1970er Jahren, erhob dabei aber nie den expliziten Anspruch, mit seinem Konzept des Wertekonflikts zwischen materialistischen

und postmaterialistischen Wertorientierungen weitere Ansätze obsolet zu machen (Roßteutscher 2004, S. 771).

In der Tat zeigt sich für Westdeutschland, dass dort die Annahmen Ingleharts über gesellschaftliche Wandlungsprozesse und einen sich vollziehenden Wertewandel durchaus zutreffend sind, wohingegen dies für Ostdeutschland nicht bestätigt werden kann. Eine Erklärung für diesen Unterschied findet sich darin, dass dort durch eine länger andauernde Diktatur eine von Westdeutschland divergierende politische Kultur entstanden ist (Dalton 2003, S. 155). Dass es tatsächlich einen Wertewandel gegeben hat, der zu einer höheren gesellschaftlichen Bedeutung postmaterialistischer Werte führte, „wird außerhalb der engeren Wertewandelsforschung selten in Frage gestellt“ (Klein und Pötschke 2000, S. 202).

Im deutschsprachigen Raum werden kritische Einwände vor allem durch Decker formuliert, der dem Konzept Ingleharts als solches sehr skeptisch gegenüber eingestellt ist. So argumentiert er, dass auch rechtspopulistische Parteien ab den 1980er Jahren als Vertreter des Postmaterialismus verstanden werden müssten. Dies begründet er mit deren Fokussierung auf einen wertbezogenen Konservatismus oder Autoritarismus, welcher sich im klassischen Sinne nicht mehr ausschließlich mit für den Materialismus kennzeichnenden ökonomischen Verteilungskämpfen beschäftige (Decker 2019a, S. 452). Inglehart wiederum würde dem entgegen, dass dies kein Argument gegen sein Konzept, sondern als Beleg dafür zu verstehen ist, da eine materialistische oder postmaterialistische Wertorientierung „in keiner eindeutigen Beziehung zu den Streitfragen [steht], die mit der konventionellen ökonomischen Links-Rechts-Dimension verknüpft sind“ (Inglehart 1983, S. 157). In der Tat ist es gar so, dass durch den Wertewandel erst neue Konfliktlinien entstehen, die zur Herausbildung der bereits angeführten *Old Politics* und *New Politics*, also der alten Linken und der neuen Linken führen. Dies führt dazu, dass sich vormalig „vorherrschende Klassenkonflikte (...) von Life-Style und Umweltschutz-Themen überlagert oder sogar verdrängt“ (Gallus 2007, S. 192) sehen. Zudem kann Deckers Argument auch als weiterer Beleg dafür angeführt werden, dass eine mehrdimensionale Analyse von gesellschaftlichen Wertorientierungen in der Heterogenität einzelner Konfliktlinien begründet ist.

Ganz allgemein stieg der Anteil von Postmaterialisten in Westdeutschland von 1980 bis 2002 von 14 Prozent auf 28 Prozent. Der Anteil der Materialisten sank in diesem Zeitraum von 37 Prozent auf 17 Prozent. Gleichzeitig ist jedoch zu konstatieren, dass der größte Teil der Bevölkerung sich eher als Mischtyp sieht, der sowohl materialistische als auch postmaterialistische Werte als wichtig betont (Kaina und Deutsch 2006, S. 165).

„Eine breite Palette empirischer, oft auch international vergleichend angelegter Arbeiten konnte trotz anhaltender Kritik an Ingleharts Theorie des postmaterialistischen Wertewandels den empirisch gestützten Nachweis erbringen, dass sich die Wertprioritäten der Bürgerinnen und Bürger westlicher Demokratien in den 1970er und 1980er Jahren tatsächlich und zunehmend von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werthaltungen entwickelten und die Jugend dabei die von Inglehart unterstellte Vorreiterrolle übernahm“ (Kaina und Deutsch 2006, S. 157).

Tatsächlich sind zwischen 1970 und 2008 jüngere Alterskohorten stetig postmaterialistischer geworden (Inglehart und Norris 2017, S. 446), wenngleich sich die heutige Jugend auch in Teilen mit einer höheren Arbeitslosigkeit, geringerem Wirtschaftswachstum sowie mit Problemen bei der Ausfinanzierung wohlfahrtsstaatlicher Programme konfrontiert sieht (Kaina und Deutsch 2006, S. 158). Gerade die letzten drei Phänomene führen dann aber eher dazu, dass ökologische Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum gesellschaftlich neu verhandelt werden, nicht jedoch liberal-demokratische Institutionen wie der Schutz auf Meinungsfreiheit. Wie bereits dargelegt, führt ein höherer Bildungsstand auch zu einer höheren Wahrscheinlichkeit der Annahme einer postmaterialistischen Wertorientierung. Im Rahmen der gesellschaftlichen Bildungsexpansion in der Bundesrepublik Deutschland seit den 1950ern wäre also auch zu erwarten, dass die Jugend zu einer postmaterialistischen Avantgarde wird. Dies betrifft vor allem auch die Annahme und Verteidigung liberal-demokratischer Ideale, da auch für diese bekannt ist, dass ihre Adaption eben dieser mit einem zunehmenden Bildungsstand wahrscheinlicher wird (Lipset 1959a, S. 79). Für ökonomisch-ökologische Konfliktfragen sind hier aber keine derartigen Effekte zu beschreiben.

Als viel entscheidender erscheint aber die Frage, ob und in welchem Ausmaß individuelles Wahlverhalten womöglich durch eine postmaterialistische oder materialistische Wertorientierung geprägt wird. Ganz allgemein zeigt sich, dass der Einfluss eben dieser Wertorientierungen auf das Wahlverhalten zwischen 1970 und 1990 deutlich gestiegen ist (Knutsen 1995b, S. 488). Entstanden die Grünen als Vertreter einer postmaterialistischen Wertorientierung, ist es folglich nicht verwunderlich, dass sie gerade unter Postmaterialisten als natürliche Repräsentanten angesehen werden, wohingegen Materialisten Ende der 1980er besonders unter den Anhängern der Unionsparteien überrepräsentiert sind (Terwey 1989, S. 37). Zumindest für Westdeutschland und die dortige Wählerschaft der Union kann auch heute noch konstatiert werden, dass diese ein Wirtschaftswachstum einer ökologischen Politik gegenüber vorzieht (Roßteutscher und Scherer 2013b, S. 400–401). Insbesondere ökologische und energiepolitische Akzente wie eine

Einstellung zur Nuklearenergie haben „einen signifikanten Effekt auf die Wahlentscheidung zu Gunsten von CDU/CSU, FDP und Grünen“ (Wagner 2014a, S. 52). Die Grünen besetzen dabei den postmaterialistischen Pol der Konfliktachse und genießen gerade in Klima- und Umweltpolitik Vertrauen, entsprechende Probleme in diesen Themenfeldern auch lösen zu können. So ist es nicht verwunderlich, dass der Einsatz für Umweltschutz „zwischen 1990 und 2013 mit einer linken Position assoziiert“ (Däubler 2017, S. 84) wird. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, sehen doch sowohl Mitglieder als auch Anhänger der Partei die Grünen auf einer ein-dimensionalen Beschreibung des politischen Konfliktraums, die in der vorliegenden Arbeit abgelehnt wird, klar als links der politischen Mitte verortet. Es zeigt sich zwischen 1998 und 2009 der Trend dahingehend, dass die Bevölkerung sich inzwischen näher der Mitte auf einer Links-Rechts-Skala einordnet als früher (Spier 2011, S. 129–130). Sich selbst auf einem Links-Rechts-Kontinuum verorten zu können, erklärt zwar die Identifikation mit einer Partei, ist jedoch für eine Orientierung an bestimmten Werten nur dürftig erklärungsstark (Knutsen 1998, S. 6). So zeigt sich, dass bei den Wählern der PDS von 1994 und 2002 durchweg positive Zusammenhänge zwischen einer materialistischen Wertvorstellung und dem Wahlverhalten zu Gunsten dieser Partei bestanden, diese sich aber als nicht signifikant erwiesen (Zettl 2014, S. 160).

Scherer und Roßteutscher ordnen anhand des klassischen Inglehart-Index⁴ für das Jahr 2014 die Anhängerschaften der großen deutschen Parteien ein. Dabei bleiben sie bei der ursprünglichen Einteilung, die einen materialistischen und einen postmaterialistischen Mischtyp vorsieht, entgegen der heute verbreiteten Vorgehensweise, diese beiden Typen zu kumulieren. Dabei stellen sie fest, dass Materialisten unter Nichtwählern am stärksten verbreitet sind. Wenn man den Anteil der Postmaterialisten addiert um den Anteil derer, die dem postmaterialistischen Mischtyp entsprechen, so sind knapp 80 Prozent der Grünen-Anhänger Postmaterialisten. Unweit dahinter liegt der Anteil der Linken-Wähler, die ebenfalls so zu kategorisieren sind. Auch unter den Anhängern von FDP und AfD ist ein Anteil von 70 Prozent postmaterialistisch gesinnt. Selbst unter den Anhängern der CDU/CSU und der SPD wäre demnach eine Mehrheit der Anhänger als Postmaterialisten zu verstehen (Scherer und Roßteutscher 2020, S. 221). Diese rein deskriptive Beschreibung ist jedoch nicht aussagekräftig dahingehend, ob heute eine postmaterialistische Wertorientierung tatsächlich für die Wahl aller Parteien gleichermaßen eine Wirkung entfaltet. Nichtsdestotrotz ist dieses Ergebnis doch deswegen von besonderer Brisanz, da Inglehart selbst davon ausgeht, dass der Postmaterialismus sein eigener *Totengräber* sein werde, da durch radikale kulturelle Umschwünge eine gesellschaftliche Gegenreaktion provoziert wird, die sich in der Betonung materialistischer Werte ausdrücke (Inglehart 2018,

S. 175). Der Erfolg rechtsgerichteter Parteien wird demnach gemeinhin auch als Gegenreaktion auf eine emanzipative Gesellschaftspolitik interpretiert (Alexander und Welzel 2017, S. 12), gelten doch die „Repräsentanten der AfD [als] Anti-68er“ (Jesse 2018, S. 828). Die durch sie ausgedrückte Rückkehr materialistischer Wertpräferenzen gilt demnach als „eine Reaktion auf gesellschaftliche Umbruchprozesse“ (Kaina und Deutsch 2006, S. 159). Schon in den 70ern und 80ern wird eine solche materialistische beziehungsweise antiliberale Gegenreaktion oder Abwehrreaktion ersichtlich (Betz 2001, S. 168), da sich „große Teile der Arbeiterschaft mit den ‚Rechten‘ verbünden, um die traditionellen materialistischen Werte (wie z. B. Betonung des ökonomischen Wachstums, militärische Sicherheit oder Recht und Ordnung im Staat) zu unterstützen“ (Inglehart 1983, S. 142). Auch Deutschland erlebt in dieser Zeit eine konservative Renaissance als Reaktion auf die Studentenbewegung von 1968 (Bornschiefer 2012, S. 136).

Die Ergebnisse von Roßteutscher und Scherer (2020) zeigen in der Tat, dass der klassische Inglehart-Index womöglich nicht mehr in der Lage ist, essenzielle Unterschiede zwischen den Anhängerschaften der großen deutschen Parteien ersichtlich zu machen. Demnach könnte Welzel (2009) Recht behalten, dass im Index Dimensionen vermischt werden, die eine analytische Trennschärfe nicht länger gewährleisten. Gerade jene Werte, die auf die Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft abzielen, also der Schutz der Meinungsfreiheit oder den Möglichkeiten zur Einflussnahme auf das Regierungsgeschehen, werden heute von Anhängern aller Parteien mehrheitlich geteilt. Unterschiede sind deswegen möglicherweise in einem der klassischsten Kernfelder einer postmaterialistischen Wertorientierung zu suchen: Der Umwelt- und Klimapolitik (Inglehart und Flanagan 1987, S. 1297), die in Abgrenzung zu einem ökonomischen Wachstum betrachtet werden muss. Damit wird gerade eines der zentralen Themen in den Fokus genommen, die eng verwoben mit der Gründungsgeschichte grüner und grün-alternativer Parteien sind, engagierten diese sich doch für die Aufhebung eines nicht hinterfragten Wachstumskonsenses. Wenn die Rede von einer postmaterialistischen Wertorientierung ist, soll in Folge aus diesem Grund damit die Bevorzugung einer ökologisch ausgerichteten Politik gegenüber einer rein ökonomisch ausgerichteten Politik gemeint sein. Es ist hier zu erwarten, dass es einen signifikanten Effekt geben sollte zwischen einer postmaterialistischen Wertorientierung und einem Wahlverhalten zu Gunsten der Grünen. Daraus leitet sich die folgende Hypothese ab:

H5: Je stärker ein Individuum postmaterialistisch orientiert ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass es die Grünen wählt.

Über eine lange Zeit hinweg wurde zur Vorsicht angeraten, den Konflikt zwischen einer postmaterialistischen und einer materialistischen Wertorientierung als den Parteienwettbewerb definierenden Konfliktlinie zu erklären. Im Zeitverlauf hat sich schlussendlich herausgestellt, dass das Konzept heute durchaus noch ein Erklärungspotential hat und gleichzeitig auch neue Fragen aufwirft. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn mit gleicher Vorsicht bei der Bewertung einer möglichen Konfliktlinie vorgegangen wird, die die Entstehung und (vorläufige) Etablierung der AfD erklären könnte (Weßels 2019, S. 191). Nichtsdestotrotz gibt es für beide Seiten durchaus Argumente, die im Folgenden dargelegt werden und welche Anlass dafür geben, dass auch dieser elektorale Siegeszug unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Wertorientierungen betrachtet werden sollte.

2.4.5 Kosmopolitismus-Nationalismus

Um die Entstehung und Etablierung der Alternative für Deutschland zu verstehen und diese auch ansatzweise mit einer möglicherweise neuen, vierten Konfliktlinie gesellschaftlicher Wertorientierungen erklären zu können, bedarf es zunächst eines etwas grundsätzlicheren Überblicks über bisherige Erklärungsansätze. Gemeinsam haben diese Ansätze, dass Nationalismus und Globalisierungsängste für sie konstitutiv sind. Selbstredend gibt es aber auch weitere Faktoren, die inkludiert werden, um das Phänomen zu beschreiben.

Zentral bleibt in vielen analytischen Ansätzen zunächst die Feststellung, dass wir in einer Zeit leben, in der „the social order of the national state, class, ethnicity and the traditional family“ (Beck und Beck-Gernsheim 2002, S. 22) im Niedergang begriffen sind. Tatsächlich handelt es sich bei all diesen Merkmalen um strukturelle Komponenten, die in den vorherigen Kapiteln schon ausführlich dargestellt wurden. Familien- und Rollenverständnisse sind einem Wandel unterzogen, die Rolle von Nationalstaaten wird neu diskutiert und vormals prägende Faktoren wie die Zugehörigkeit zu spezifischen sozialstrukturellen Gruppen nehmen ab. Nicht vergessen werden darf dabei, dass „jeder gesamtgesellschaftliche Wandel (...) für bestimmte Segmente der Bevölkerung schwerwiegende Frustrationen mit sich“ (Rüchemeyer 1969, S. 385) bringt. Wenn die Rede von einem solchen gesamtgesellschaftlichen Wandel ist, werden damit insbesondere die Globalisierungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte angesprochen. Gemeint sind damit nicht nur die „zunehmende weltweite Verflechtung der Ökonomien“ (Nohlen 2002, S. 293), sondern vielmehr „besitzt es neben der ökonomischen zumindest auch eine politische, gesellschaftliche und kulturelle Dimension und

tangiert auf vielfältige Weise die unterschiedlichsten Bereiche der menschlichen Lebenswelt“ (Kessler und Steiner 2009, S. 19). Dabei kommt es zu einer Erosion der „Kongruenz von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsmacht, von Territorialität und Souveränität, die den Nationalstaat kennzeichnet“ (Varwick 2015, S. 148). Mit anderen Worten: Bedingt durch die Globalisierung werden Menschen mobiler und Nationalstaaten werden dadurch, ob gewollt oder ungewollt, zu Einwanderungsländern (Grande 2014, S. 47). Auf diese Weise treffen Menschen aus verschiedenen Gesellschaften aufeinander, in denen auch unterschiedliche Traditionen den gesellschaftlichen und politischen Alltag prägen. Dabei kann es jedoch sein, dass manche kulturellen Traditionen oder Praktiken als befremdlich empfunden werden. Das gilt insbesondere dann, wenn in Teilbereichen der Gesellschaft nur noch wenige der vormals bestehenden Traditionen Gegenstand des alltäglichen Lebens sind (Beck und Beck-Gernsheim 2002, S. 26). Daraus entsteht ein gesellschaftlicher Veränderungs- und Anpassungsdruck, der bei einigen Menschen Wandlungseuphorie, aber bei anderen auch Wandlungsängste auslöst (Steinmann et al. 1979, S. 115). Wenn sich vertraute Strukturen auflösen, führt dies zunächst zu einer steigenden Beunruhigung in der Bevölkerung (Dahrendorf 2007, S. 37–38) und darauffolgend teilweise zu einer „Sehnsucht nach Begrenzung, nach Grenzen, nach territorialer und normativer Übersichtlichkeit“ (Korte 2017, S. 9). Zurückzuführen ist dies auf ein rational nicht erklärbares Gefühl in Teilen der Wählerschaft, sie seien *Fremde* im eigenen Land. Hinzu kommt das Gefühl der Überforderung durch eine fortschreitende Beschleunigung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse (Korte 2019, S. 7; Korte 2017, S. 13; Korte 2016a, S. 15). Dabei ist zu bedenken, dass dieses

„Gefühl von Hilflosigkeit und Ausgeliefertsein, das Zurücksehnen der Sicherheit schützender nationaler Grenzen und schützender Sozialsysteme (...) eine große Anziehungskraft auf Personen aus[üben], die von Globalisierung oder anderer Internationalisierung negativ betroffen sind oder die befürchten, irgendwann vielleicht betroffen zu sein“ (Panreck und Brinkmann 2019, S. 8).

Ressentiments gegenüber Zuwanderung und Migranten haben in ihrer Ursache somit nicht nur eine rein kulturelle Komponente, die sich durch einen subjektiv empfundenen Bedeutungsverlust nationaler und kultureller Normen ausdrücken könnte, sondern ferner auch die Sorge darum, sich in einem Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze zu befinden (Jesse 2019, S. 112), zugrunde liegend. So wird die Globalisierung als solche auch nicht selten „mit der Auslagerung industrieller Arbeitsplätze in Billiglohnländer in Verbindung gebracht“ (Bergmann et al. 2018, S. 254). In Folge haben kulturelle Öffnungen und Globalisierungsprozesse stets

Reaktionen provoziert, die sich im Versuch der politischen Zurückdrängung eben dieser Veränderungen kanalisieren, denn sie werden als materielle Bedrohung wahrgenommen (Norris und Inglehart 2017, S. 5). Wenn Migrationsströme zunehmen, steigen gleichzeitig auch Ängste und Sorgen über mögliche Konsequenzen, die aus ihnen erwachsen können. Dies betrifft vor allem jene Gesellschaften, die dann entsprechende Migranten aufnehmen (Ceobanu und Escandell 2010, S. 320). Diese Ängste und Sorgen beziehen sich wiederum ganz konkret auf das Gefühl einer möglichen sozio-ökonomischen Bedrohung. Verlustängste können hier eine eigene Wirkung entfalten, die sich dann gegen Unterprivilegierte richtet und zu einer kollektiven Ausgrenzung dieser führen kann (Habermas 1985, S. 150).

Aufgrund dessen, dass sie keine Konzepte zur Einhegung von Veränderungsprozessen im Rahmen der Globalisierung entwickelt haben, unterliegen eher links orientierte Parteien in Deutschland bei dieser Problematik einem politischen Wettbewerbsnachteil. Die Globalisierung als solche kann den Wandel ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Strukturen begünstigen. Die dadurch entstehende Unsicherheit führt zu einer Rückbesinnung auf nationale Traditionen und dem verstärkten Bedürfnis einer nationalen Identität in einer sich wandelnden Gesellschaft (Stöss 2017, S. 172). Nicht umsonst formuliert der Soziologe Zygmunt Bauman in *Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache*: „Wenn die Gesellschaft zerfällt, erscheint die Nation als letzte Garantie“ (Bauman 2016, S. 64–65). So kann ein plötzlicher Zustrom von Einwanderern aus verschiedenen Kulturen in relativ homogene Gesellschaften dazu führen, dass manche, vor allem ältere Individuen, das Gefühl haben, sie seien ihrem eigenen Land fremd geworden: Die Welt, in der sie leben, ist nicht mehr die, in der sie aufgewachsen sind. Dies wiederum kann zu einer politischen Orientierungslosigkeit führen (Norris und Inglehart 2019, S. 191).

Das wird insbesondere von Parteien der extremen Rechten genutzt, die einen Kulturkonflikt herbeizuführen versuchen (Bornschiefer 2012, S. 122). Zudem sind diese in Form radikal rechtspopulistischer oder euroskeptischer Parteien auch erst als Ausdruck dieser Orientierungslosigkeit entstanden und bilden nun den Pol einer neuen Konfliktlinie (Grande 2014, S. 45). Viele dieser Parteien entstehen zunächst als eine direkte Gegenreaktion auf einen postmaterialistischen Wandel in der Gesellschaft (Ignazi 1992, S. 25). Erkennbar ist dies beispielhaft in den 1980ern und frühen 1990ern daran, dass vielerorts in Westeuropa rechtsextreme Parteien gegründet werden, die zunächst mit einer Kombination aus wirtschaftlich sehr liberalen Standpunkten und kulturell verankertem Nationalismus in den politischen Wettbewerb einsteigen (Taggart 1995, S. 34–35). Die Bundesrepublik Deutschland bleibt von dem Phänomen einer langfristig erfolgreichen rechtsextremen beziehungsweise rechtspopulistischen Partei über langen Zeitraum hinweg

verschont – zwar konnten die Republikaner (REP) in den 1990ern einige Erfolge erzielen, spielten dann aber schon bald keine Rolle mehr. Mit der AfD entsteht 2013 schlussendlich eine Partei, die wirtschaftspolitisch ähnlich liberale bis libertäre Standpunkte wie auch die FDP zu diesem Zeitpunkt vertritt, in ihrer gesellschaftspolitischen Haltung wiederum „deutlich rechts von der CDU und etwas weniger deutlich rechts von der CSU“ (Decker und Best 2015, S. 222) zu verorten ist.

Am Beispiel der britischen United Kingdom Independence Party (UKIP) oder eben der AfD lässt sich wiederum sehr gut nachzeichnen, dass manche dieser rechtspopulistischen Parteien erst dann elektorale Erfolge erzielen, sobald sie ihre anfänglich euroskeptische Themenorientierung und -fokussierung, die auch Ausdruck einer nationalistischen Wertorientierung sein kann, um migrations- und islamfeindliche Positionen ergänzen (Crouch 2016, S. 45). So ist es nicht weiter verwunderlich, dass der AfD-Politiker und Parteimitbegründer Alexander Gauland die seit 2015 beginnende Krisensituation wie folgt beschrieb: „Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise. (...) Man kann diese Krise ein Geschenk für uns nennen. Sie war sehr hilfreich“ (Amann et al. 2015, S. 24).

Während Globalisierungsprozesse als solche eher schleichend verlaufen, mussten in der von Gauland als *Geschenk* bezeichneten Flüchtlingskrise zügig politische Entscheidungen getroffen werden, wofür auch eine zeitnahe Positionierung der Parteien vonnöten war (Mader und Schoen 2019, S. 70). Bundeskanzlerin Angela Merkels (CDU) Entscheidung, 2015 Kriegsflüchtlinge aus Syrien aufzunehmen, erfolgte in einer solchen Situation und setzte einige politische Konsequenzen in Bewegung (Clay 2018, S. 58). CDU-Wähler, die bereits 2013 eine migrationskritische Haltung aufwiesen, rückten durch diese Entscheidung politisch näher an die CSU, die diese Vorgehensweise ablehnte, gleichermaßen jedoch auch an die AfD (Mader und Schoen 2019, S. 80). Insbesondere für die Alternative für Deutschland wurde dies zum entscheidenden Moment, der ihr zum Erfolg verhelfen und zu ihrer vorläufigen Etablierung beitragen sollte (Decker und Adorf 2018, S. 11–12). Tatsächlich sind die Wähler der AfD viel mehr als die Wähler anderer Parteien migrationskritisch eingestellt und erwarten von Einwanderern eine stärkere kulturelle Assimilation (Bieber et al. 2018, S. 450). Auf diese Art und Weise gelingt es der AfD, die Entstehung eines neuen Repräsentationsdefizits für derartig gesinnte Individuen zu verhindern. Ähnlich wie im Fall der Entstehung der Linken, wechseln Individuen mit migrationskritischer oder -feindlicher Haltung lediglich ihre Repräsentation aus. Ein Repräsentationsdefizit wäre entstanden, wenn ein bestimmtes politisches Konfliktfeld geräumt worden oder neu entstanden wäre, wofür keine politische Partei den Anspruch auf Repräsentation

nicht nur formal erhebt, sondern diesen Rahmen auch ausfüllt. Ausländerhass und Einwanderungsfeindlichkeit waren innerhalb der Gesellschaft aber nie verschwunden (Decker und Brähler 2016, S. 15–17), werden zuletzt aber wieder offener – nicht nur in Deutschland – wieder verstärkt von (rechtspopulistischen) Parteien in den politischen Diskurs eingebracht. Ursächlich dafür ist ein Konflikt zwischen nationalistischen und liberal-kosmopolitischen Werten, welche im Angesicht globaler Migrationsströme wieder mehr in den Vordergrund rücken (Crouch 2016, S. 41).

Die hohe Emotionalisierung, die sich hinter dieser Konfliktlinie verbirgt, wird am Beispiel eines Gastbeitrags des Historikers David Engels für das konservative Magazin *Cicero* ersichtlich. Engels beschreibt in sehr emotionalisierten und dramatisierenden Worten die Veränderungen seiner Heimatstadt in Zeiten der Globalisierung. So vertritt er die Auffassung, dass sich zwangsläufig eine „als Multikulturalismus missverstandene orientalische Gesellschaftsform des Gettos, das weniger ein Mit- als vielmehr ein Neben- oder Gegeneinander ist, aus dem sich früher oder später ein Wettbewerb der verschiedenen Bevölkerungsgruppen um die Dominanz über die anderen entwickeln muss“ (Engels 2016, S. 26). Diese Beschreibung Engels‘ entspricht einer Spielart des Rechtspopulismus und dazugehöriger Argumentationsmuster, bei der die Nation als in einem kulturellen Wettbewerb um Dominanz stehend beschrieben wird (Lengfeld und Dilger 2018, S. 183–184; Mudde und Kaltwasser 2017, S. 14). Gemeint ist hiermit der Ethnopluralismus oder Ethnozentrismus, welcher sich darüber definiert, dass er – anders als klassischer Rassismus – nicht notwendigerweise per se von einer eigenen kulturellen Überlegenheit ausgeht, sondern seine Aufgabe im Kampf „gegen die Gefahr eines Verlustes der Identität der Gruppe im Zeitalter von Nivellierung und Globalisierung“ (Beyme 2018, S. 102) sieht. Die Angst vor dem Verlust der eigenen nationalen Identität wird in dieser Denkweise vor allem durch die Unterstellung genährt, dass mit Zuwanderung eigene Bräuche und kulturelle Traditionen verschwinden, während diese durch neue kulturelle Elemente ersetzt werden. Gleichwohl zeigt sich aber auch, dass Engels hier ein Bild beschreibt, welches eher dem von Huntingtons These des Kampfes der Kulturen (Huntington 1996) entspricht, also einem unabwendbaren Konflikt um kulturelle Deutungshoheit, in dem eine Kultur nicht in Koexistenz zu einer anderen bestehen werde. Die dadurch entstehenden Ängste sind real, unabhängig von ihrer objektiven Widerlegbarkeit. Habermas sieht deshalb in diesen „phobischen Gefühlslagen des breiter gestreuten Ethnozentrismus (...) eher defensive Reaktionen“ (Habermas 2020, S. 8), die aus dem Gefühl einer politischen Ohnmacht erwachsen.

Zwar bedeutet eine fortschreitende Globalisierung nicht, dass es zu einem automatischen Verschwinden kultureller Traditionen kommt (Inglehart und Welzel 2005, S. 4), nichtsdestotrotz werden Ängste vor dieser Entwicklung zu einem Katalysator und Verstärker wieder vermehrt auftretender Nationalismen gemacht. Im Zuge dessen rücken Konfliktlinien in den Hintergrund, die noch das gesellschaftliche Bild des 20. Jahrhundert prägten (Crouch 2018, S. 61). Zumindest für die Bundesrepublik Deutschland scheint eine solche Diagnose noch verfrüht, da dies auch implizieren würde, dass der Konflikt um sozialstaatliche Maßnahmen und Programme auch hinter dieser kulturellen Konfliktdimension zurückfallen würde. Eine andere Möglichkeit könnte sein, dass

„an die Stelle des religiös-konfessionellen jetzt ein allgemeines kulturelles Cleavage [tritt], bei dem libertäre Haltungen wie Toleranz, nonkonformistisches Denken und Multikulturalität autoritären Haltungen wie Ordnungsdenken, Festhalten an konventionellen Lebensformen und Nationalstolz gegenüberstehen“ (Decker 2019a, S. 449).

Wenngleich einige Autoren die grundsätzlich reduktionistische Herangehensweise der Unterteilung in eine ökonomische sowie eine kulturelle Konfliktlinie durchaus teilen, so warnen sie gleichermaßen davor, dass „es noch zu früh für eine fundierte Einschätzung [ist], ob sich diese Konfliktlinie tatsächlich konsolidiert, womöglich die anderen sogar überlagert oder schon in naher Zukunft wieder in den Hintergrund tritt“ (Biebricher 2018, S. 277). Dabei ist aber, insbesondere bei wissenschaftlicher Herangehensweise, zur Vorsicht angeraten, da vor allem seitens von Rechtspopulisten und Rechtsextremen der Versuch unternommen wird, gesellschaftliche Umverteilungskämpfe über eine nationalistische Deutung neu zu definieren (Crouch 2016, S. 45).

Bei der nun folgenden Darstellung wird der Versuch unternommen, die relevantesten Ansätze zur Erfassung jener kulturellen Konfliktlinie zu beschreiben, in die an dieser Stelle thematisch eingeführt wurde. Hinsichtlich der dafür zitierten Autoren gibt es in Teilen große Varianzen, ob im Allgemeinen von einem zwei-, drei- oder vier-dimensionalen politischen Konfliktraum ausgegangen werden kann. In der vorliegenden Ausarbeitung wird der Ansatz verfolgt, dass eine politische Konfliktlinie sich dadurch kennzeichnet, dass eine Partei sich entlang eines spezifischen Wertekonflikts etabliert, weswegen auch weiterhin von einer vier-dimensionalen politischen Wertekonfliktstruktur ausgegangen wird. Am Ende dieser Systematisierung wird dann auch die Festlegung erläutert, weshalb die entsprechende Konfliktlinie in der vorliegenden Untersuchung als Konfliktraum zwischen einer kosmopolitischen und einer nationalistischen Wertorientierung beschrieben wird.

2.4.5.1 GAL-TAN, libertär-autoritär oder Integration-Abgrenzung – viele Ansätze, ein Ziel?

Dass rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien als Reaktion auf einen post-materialistischen Wandel neu entstanden, ist lange Zeit Gegenstand politischer und politikwissenschaftlicher Diskussionen gewesen – die Debatte wird auch heute noch teilweise geführt. In diesem Kontext wurde darauf verwiesen, dass neue rechte Parteien gar auf derselben Konfliktlinie entstanden seien, die auch grün-alternative Parteien hervorgebracht habe (Taggart 1995, S. 39). Es wird in diesem Zusammenhang von einer so genannten GAL-TAN-Konfliktdimension gesprochen, die grün-alternativ-libertäre (GAL) Parteien an einem Pol und traditionalistisch-autoritär-nationalistische (TAN) Parteien (Hooghe et al. 2002, S. 966) am anderen Pol verortet. Parteien des GAL-Pols sind als Agenten individueller Freiheit zu verstehen, die das Recht auf freie Meinungsäußerung, die gleichgeschlechtliche Ehe oder das Recht auf Abtreibung inkludieren (van der Brug und van Spanje 2009, S. 313). Für die Parteien des TAN-Pols gilt, dass diese besonders eine euroskeptische inhaltliche Ausrichtung verbindet, welche sie als Ausdruck einer nationalistischen Wertorientierung verstanden wissen wollen. Entsprechende Parteien gerieren und sehen sich als Verteidiger einer homogenen nationalen Gemeinschaft, die vor ausländischen kulturellen Einflüssen geschützt werden müsse (Hooghe et al. 2002, S. 979). Dass es sich bei Parteien der jeweiligen Pole um Antipoden handelt, wird dadurch ersichtlich, dass diese neuen Rechten letztlich Migranten, ausländisch-kulturelle Einflüsse und kosmopolitische Eliten zum zentralen Eckpfeiler ihres politischen Feindbildes machen, wohingegen grün-alternative Parteien weniger mit Feindbildern, sondern gesellschaftspolitischen Gesamtwürfen im politischen Wettbewerb agieren (Hooghe et al. 2002, S. 977).

Der GAL-TAN-Ansatz ist zur Beschreibung von Parteiensystemen auch weiterhin sehr beliebt, ist jedoch für die Bundesrepublik Deutschland und somit die vorliegende Arbeit nur bedingt erklärungsstark. Dafür sind verschiedene Gründe anzuführen. Zunächst hat der GAL-TAN-Ansatz insbesondere die Parteien als Akteure sowie deren tatsächliches Verhalten im politischen Wettbewerb im Blick. Kernessenz der vorliegenden Ausarbeitung ist aber, dass Parteien primär auf Wünsche und Wertvorstellungen ihrer Elektorate und Anhänger reagieren. Dieser Aspekt wird im klassischen Ansatz der GAL-TAN-Konfliktdimension nicht aufgegriffen. Ferner ist eine Kernaussage des GAL-TAN-Ansatzes, dass sich neue rechte Parteien auf derselben Konfliktlinie formieren, die auch schon zur Entstehung grüner Parteien beitrug. Zumindest für die Entstehung der AfD wäre dies jedoch eine mit 30 Jahren vergleichsweise verspätete Parteigründung, entstanden erste grün-alternativen Parteien doch Ende der 1970er bis Anfang der 1980er

Jahre. Viel besser erklärt dieser Ansatz in der Tat die Entstehung der *Republikaner* (REP) und weiterer radikaler rechter Parteien in den 1980ern (Dalton 2009, S. 163–164). Vor allem die Republikaner sind hier zu benennen, die in der Literatur als autoritärer Gegenpol zu grünen und grün-alternativen Parteien verortet werden (Ruß und Schmidt 1998, S. 278–279).

Das Erklärungspotenzial dieser Konfliktdimension stößt bei der AfD aber vor allem deshalb an seine Grenzen, da im GAL-TAN-Konzept libertäre Werte eine sehr zentrale Rolle spielen. Insbesondere in Verbindung mit der Europäischen Integration, die im Konzept eine exponierte Position einnimmt, ist dieser Begriff durchaus aus zwei Perspektiven zu betrachten. So ist die Europäische Union und die Europäische Integration allgemein aus nationalistischen Gesichtspunkten aufgrund der Freizügigkeit und liberalisierten Einwanderungspolitik ein Reizpunkt für rechte Parteien. Hinzu kommt aber, dass eine fortschreitende europäische Integration auch aus wirtschaftspolitischen Gründen abgelehnt werden kann. So umfasst und überschneidet sich der thematische Komplex der Europäischen Integration mit einer Vielzahl an politischen Themenbereichen und hat demnach nicht nur eine einwanderungspolitische Komponente (Hooghe et al. 2002, S. 982). Als besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang herauszustellen, dass der Begriff des Libertarismus zwar begrifflich in das Konzept aufgenommen wird, letztlich aber nicht trennscharf definiert wird. So zeigt sich, dass der Libertarismus, der primär als Umschreibung eines ökonomischen Gedankenkonstrukts zu verstehen ist, durchaus eine gesellschaftspolitische und auch eine ökonomische Dimension hat. Im Falle der AfD ist es so, dass ökonomisch-libertäre Werte durchaus eine Rolle bei der Gründung der Partei spielen, insbesondere da einige der bekannteren Gründungsmitglieder in dieser ideologischen Strömung oder zumindest in deren Nähe zu verorten sind (Bebnowski 2015, S. 24–25). Dies ist insofern von hoher Relevanz, als dass die Partei bis zur Bundestagswahl 2017 noch starke inhaltliche Akzente in Richtung einer (neo-)liberal ausgerichteten Wirtschaftspolitik setzt, die sie im Wesenskern von vielen weiteren rechtspopulistischen Parteien Europas unterscheidet. Diese haben sich inhaltlich zumeist einer sozialprotektionistischen linken Position in wirtschaftspolitischen Fragen zugewandt (Decker 2016b, S. 11).

Die AfD wurde 2017 auch wegen ihrer euroskeptischen und ihrer marktliberalen Politik gewählt (Niedermayer 2018a, S. 5–6). Wähler der AfD lehnen eine sozio-ökonomische Umverteilung, beispielsweise in Form von Steuererhöhungen, klar ab (Goerres et al. 2018, S. 259). Auch an den Untersuchungen von Scherer und Roßteutscher (2020) zeichnet sich ab, dass Anhänger der AfD, gemessen am klassischen Inglehart-Index, durch ihre Präferenz für direktdemokratische und partizipative Forderungen sowie der Forderung nach freier

Meinungsäußerung nicht in die Anhängerschaften klassischer traditionalistisch-autoritär-nationalistischer Parteien einzureihen sind – zumindest unter der Bedingung, dass libertäre Auffassungen Teil eines zu dem im Kontrast stehenden Konzepts sind. So vertritt die AfD „durchaus libertäre Auffassungen, aber keine alternativen oder grünen Vorstellungen, sondern traditionelle und nationalstaatsorientierte“ (Franzmann 2014, S. 119) und steht somit durchaus im Einklang mit sonstigen Parteien der radikalen Rechten. Diese Gründe führen letztlich dazu, dass eine Anwendung des GAL-TAN-Ansatzes an dieser Stelle als nicht praktikabel erscheint, eben weil keine notwendige Trennschärfe analytischer wie sprachlicher Natur hergestellt werden kann.

Angeführt wird auch, dass die für die Bundesrepublik Deutschland bedeutende sozio-ökonomische Konfliktlinie „in der 18. Wahlperiode in der Wählerwahrnehmung in einen Dornröschenschlaf gefallen ist, während Fragen nach Migration, Integration und der Entwicklung der Europäischen Union im Zentrum standen, und damit Fragen, die eher auf einer libertär-autoritären Achse verhandelt werden“ (Bauer-Blaschkowski et al. 2019, S. 115). Mit der Beschreibung als libertär-autoritärer Wertekonflikt wird eine zweite Herangehensweise skizziert, die ebenso als relevanter Ansatz zu diskutieren ist.

Auch hier ist die Verwendung des Libertarianismus-Begriffs als durchaus problematisch anzusehen, „denn mit diesem wird zugleich eine radikale Spielart des Marktliberalismus assoziiert, die systematisch eher der ökonomischen Konfliktlinie zuzuordnen ist“ (Decker 2019a, S. 450). Ganz allgemein unterscheidet sich der Ansatz einer Konfliktlinie zwischen libertären und autoritären Werten nicht wesentlich von dem des GAL-TAN-Ansatzes, obgleich hier sprachlich nur ein Element des vorherigen Konzepts übernommen wird. Auch hier stehen sich libertäre und autoritäre Werte auf einer kulturell-politischen Achse antagonistisch gegenüber. Kitschelt definiert libertäre Werte unter dem Gesichtspunkt, dass sich diese durch individuelle Selbstbestimmung, die Toleranz für kulturelle Vielfalt und dem Wunsch nach mehr Inklusion in politische Entscheidungsprozesse kennzeichnen. Als relevante Bezugs- beziehungsweise Trägergruppe dieser Werte macht er vor allem Menschen mit formell hoher Bildung aus. Demgegenüber stehen Individuen, die autoritäre Werte annehmen und eine formell niedrige Bildung vorweisen. Autoritäre Werte versteht er als konstituiert durch den Wunsch nach einer gesellschaftlichen kulturellen Homogenität, einer hohen Konformität mit bestehenden gesellschaftlichen Normen sowie einem Elitenzentrismus, der sich durch eine erhöhte Folgebereitschaft gegenüber politischen Entscheidungsträgern definiert (Kitschelt 2001, S. 427). Stöss et al. (2006, S. 30) vertreten den Standpunkt, dass Kitschelts These der Konfliktlinie zwischen autoritären

und libertären Werten durch die Formierung und den zunehmenden Bedeutungsgewinn grüner und rechtsextremer Parteien gestützt wird. Die Argumentation stellt sich hier in einem weiteren Punkt wie beim GAL-TAN-Ansatz dar, was jedoch ähnliche Kritikpunkte hervorruft. Aus diesem Grund ist es lohnend, den Blick von Kitschelt (2001) hin zu Flanagan und Lee (2003) zu wenden. Diese definieren die zentralen Begriffe, mit denen Kitschelt arbeitet, nuanciert anders. Diese feinen Nuancen machen wiederum einen essenziellen Unterschied aus. Unter autoritären Werten verstehen sie den Respekt vor Autoritäten, der Bedeutung von Pflichterfüllung, die Aufrechterhaltung von Ordnung innerhalb einer Gesellschaft oder auch Patriotismus. Demgegenüber stehen libertäre Werte wie Individualismus und Unabhängigkeit, Gleichheit und Freiheit des Individuums sowie die Ablehnung kollektiv verbindlicher sozialer Normen (Flanagan und Lee 2003, S. 238). Libertäre sind demnach Menschen, die einer von der Mehrheitsgesellschaft abweichenden Ethnie zugehörig sind, gegenüber offen eingestellt – Autoritäre lehnen diese ab. Stattdessen haben letztere einen starken Hang zu Patriotismus oder Nationalismus (Flanagan und Lee 2003, S. 245–246). Die von Flanagan und Lee dezidiert als nationalistisch bezeichneten Wertvorstellungen werden von Kitschelt (2001) verklausuliert als Wunsch nach einer heterogenen Gesellschaft ausgedrückt. Eine wesentliche Kritik an Flanagan und Lee ist jedoch, dass die von ihnen erfassten Werte viel stärker auf Individuen und ihre entsprechende Lebensweise zugeschnitten sind, diese allerdings nicht als Abbild eines gesellschaftlichen Gesamtentwurfs verstanden werden können (Willems 2016, S. 111). Dies ist insofern problematisch, da, um von einer Wertorientierung sprechen zu können, dies als konstitutiver Moment immens wichtig ist. Abzuzeichnen scheint sich aber ein Phänomen, welches der liberale Soziologe Dahrendorf bereits Mitte der 1980er Jahre wie folgt beschrieb:

„Heute scheint ein Kernproblem moderner Gesellschaften darin zu liegen, daß in ihnen der Gesellschaftsvertrag selbst zum Thema wird. Die Gesellschaft (...) hat begonnen, nicht unbeträchtliche Mengen, vielleicht auch Gruppen, herauszudefinieren, auszugrenzen“ (Dahrendorf 1985, S. 240).

In der Tat haben Kitschelt sowie Flanagan und Lee (2003) mit ihrer Diagnose eines Konflikts zwischen libertären und autoritären Wertvorstellungen gemein, dass sich dieser explizit auf gesellschaftspolitische Fragestellungen und Entwürfe bezieht. Dabei ist die zentrale Frage, ob und wer in einer Gesellschaft volle Bürgerrechte zugesprochen bekommen soll. Das Spannungsfeld entbrennt hier zwischen Libertären einerseits, die diese nicht einem exklusiven Personenkreis

zusprechen wollen und damit auch ganz explizit Migranten und Ausländer einschließen sowie Individuen mit autoritären Wertvorstellungen andererseits, die dies explizit ablehnen (Klein 2014, S. 577). Es wird dabei argumentiert, dass dieser Konflikt als unmittelbare Reaktion auf eine sich globalisierende Welt entstanden ist, in welcher der politische Wettbewerb vollends neu konfiguriert ist und die Gesellschaft in zwei relativ klar definierte Gruppen, die Gewinner und die Verlierer eben dieser Globalisierung, unterteilt wird (Bornschieer 2010, S. 420–421; Kriesi 2007). Durch Grenzöffnungen, die durch die Globalisierung herbeigeführt werden, steigen die Handlungsspielräume der Mittelklasse, die zunehmend mehr Mobilität erfährt. Bedingt wird dies unter anderem durch ein hohes Bildungsniveau. Verlierer der Globalisierung entstehen hingegen dadurch, dass jene soziale Gruppen, welche zuvor durch nationale Grenzen geschützt wurden, nun in einem Wettbewerb um Arbeitsplätze mit Arbeitskräften aus dem Ausland stehen. Dies betrifft vor allem den Niedriglohnsektor. Die entsprechende Konfliktdimension wird dann beispielsweise von Kriesi auch als jene zwischen *Integration* und *Abgrenzung* bezeichnet (Kriesi 2007, S. 256; Kriesi et al. 2006, S. 922).

Die Existenz eines Konflikts, der sich um diese Thematik spannt, ist relativ unstrittig. Dass das Gefühl einer subjektiv empfundenen Entgrenzung der Welt erst durch Veränderungen entstehen konnte, die sich im Rahmen eines makro-sozialen Wandels vollzogen haben, deutet weniger auf kurzfristige Entwicklungen, sondern vielmehr auf einen längerfristigen gesellschaftlichen Wandel hin (Klein 2014, S. 578). Demnach erfahren „in konzentrierter Form (...) insbesondere junge Arbeiter mit wenig Qualifikationen, die in einer postindustriellen Wirtschaft nachfrageträchtig sind, die negativen Seiten der wirtschaftlichen Strukturveränderungen“ (Kitschelt 2001, S. 432). Diese machen in Konsequenz „Einwanderung und globale Liberalisierung des Wirtschaftsgeschehens für zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit und stagnierende Löhne verantwortlich“ (Kitschelt 2001, S. 429). Nichtsdestotrotz müssen zugewanderte Arbeitskräfte nicht zwangsläufig durch einheimische Arbeiter als Bedrohung empfunden werden, wenngleich solche negativen Erfahrungen durch und mit der Globalisierung durchaus bekannt sind (Lacewell und Merkel 2013, S. 73).

Während der Libertarianismus-Begriff in den beiden zuerst vorgestellten Konzepten als problematisch erscheint und dementsprechend schon umfangreicher diskutiert wurde, ist die Kennzeichnung für einen Pol als *autoritär* ebenfalls nicht unkritisch zu übernehmen. So gibt es durchaus Argumente, dass autoritäre Positionen in dieser Debatte viel eher für „eine Extremform (...), die man deshalb allgemeiner und weniger pejorativ als »konservativ« bezeichnen sollte“ (Decker 2019a, S. 450), stehen. An diesem Punkt wird allerdings übersehen,

dass Individualrechte bei extremen Rechten, anders als bei Konservativen, keine Rolle spielen. Konservative nehmen in Migrationsfragen zwar eine klare und zumeist kritische Position ein, sowohl in der Tendenz als Individuen als auch in institutionalisierter parteipolitischer Form, verlieren dabei aber individuelle Menschenrechte nicht aus dem Blick (Ignazi 1997, S. 301). Nichtsdestotrotz darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass es „nicht das Bestehende [ist], um dessen Inhalt der Konservatismus kämpft, sondern das Vergehende. Er regt sich typischerweise erst in dem Moment, in dem Traditionsbestände gefährdet und vermeintlich gewachsene Gesellschaftsstrukturen in Auflösung begriffen sind“ (Biebricher 2018, S. 42). Migration als solche kann hier zwar jene Rolle einnehmen, die eine Auflösung tradierter Gesellschaftsstrukturen zur Folge haben kann, weshalb sie von Konservativen kritisch beäugt wird, jedoch sind in ihrer Façon auch die in einer Gesellschaft gewachsenen demokratischen Garantien wie Menschenrechte zu vordererst zu verteidigen. Eine ideologische Grundrichtung wie der Konservatismus hat nichtsdestotrotz viele Facetten und kann in Teilen gar autoritäre Züge annehmen. Im Rahmen eines fortschreitenden gesellschaftlichen Wandels hat „ein generell autoritärer Konservatismus [heute] in Westeuropa kaum noch Stützen und verengt sich zu einer Verteidigung der nationalen Identität gegen vermeintlich feindliche Kräfte“ (Crouch 2016, S. 42). Diese Imagination einer feindlichen Kraft, die eine Bedrohung für eine nationale Identität sein könnte, wurde am Beispiel Engels (2016) bereits skizziert. Dieser ängstlichen Vorstellung gegenüber steht „die liberale Überzeugung, der zufolge Globalisierung und Multikulturalismus Chancen für ein vielfältigeres Leben eröffnen, für reichere kulturelle Erfahrungen und auch für die Aussichten der Einzelnen“ (Crouch 2016, S. 42). Zwar zeigen empirische Befunde, dass konservative und autoritäre Wertorientierungen teilweise durchaus hoch korrelieren, jedoch keineswegs deckungsgleich sind (Schenk 1980, S. 394–395). Demnach ist der Vorschlag der Bezeichnung eines Achsenpols als *konservativ* wenig zielführend. Gleichzeitig erscheint auch die Beschriftung der zwei Pole dieser Konfliktdimension als *libertär* und *autoritär* problematisch. Dies begründet sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich mehr und mehr herausstellt, dass der relevante Konflikt über die Ausdeutung und die Art der Rolle geführt wird, welche eine Gemeinschaft in gesellschaftlichen Wertorientierungen einnimmt (Bornschieer 2010, S. 422–423; Bornschieer 2012, S. 128). So stehen auf der einen Seite Globalisierungsskeptiker, die in Teilen als Kommunitaristen oder wahlweise als Nationalisten bezeichnet werden, während auf der anderen Seite Kosmopoliten stehen, die eine Chance in einer sich globalisierenden Welt erkennen wollen. Als fraglich gilt die Annahme, dass diese „neue gesellschafts- und parteipolitische Konfliktlinie (...) mit den alten Links-Rechts-Antagonismen praktisch

keine Überschneidungen [hat]“ (Korte 2019, S. 5). Es handelt sich hier um eine sehr essenzielle Frage und Diskussion darüber, welche Implikationen sich aus einer allgemeinen Globalisierungsskepsis oder aus einer kosmopolitischen Wertorientierung ergeben. Staatsbürgerrechte und die rechtliche Gleichstellung von Migranten sind politisch eindeutig in einem Links-Rechts-Kontinuum zu verorten, indem sich eine linke parteipolitische Grundhaltung durch eine zuwanderungsfreundliche, eine rechte Haltung hingegen durch eine zuwanderungsskeptische oder -feindliche Gesinnung ausdrückt (Decker 2019a, S. 450). Diesen Aspekt gilt es im weiteren Verlauf genauer zu untersuchen.

Entscheidend ist nun die Feststellung, dass sich die Kennzeichnung einer Konfliktdimension zwischen autoritären und libertären Werten als nicht unproblematisch herausstellt. Daher soll im Folgenden erörtert werden, inwiefern und aus welchen Gründen eine Bezeichnung der Achsenpole auf welche Art und Weise vorgenommen wird. Herauszukristallisieren scheint sich dabei aber ohne Zweifel, dass die Rolle einer spezifischen nationalen Gemeinschaft und die Frage danach, ob und in welchem Ausmaß Migration in diese geschehen soll und wie diese wahrgenommen wird, dafür von großer Bedeutung ist.

2.4.5.2 Kosmopolitismus – Kommunitarismus – Nationalismus

Korte sieht in dieser zentralen Frage die Kriterien erfüllt, um von einer vierten Konfliktdimension im bundesdeutschen Parteiensystem zu sprechen. Im Zentrum steht demnach die Frage, ob und wie strikt mit einer Grenzpolitik gegenüber Migranten zu verfahren ist (Korte 2018a, S. 7–8). Korte selber bezeichnet dies als „Spannungsfeld zwischen globalisierten Weltbürgern und nationalkonservativen Gemeinschaften“ (Korte 2018a, S. 8).

Tatsächlich greift Wolfgang Merkel auf sehr interessante Art und Weise den Grundgedanken von Kriesi et al. (2006) nochmal auf, wenn er sagt, dass in „Europa und den USA (...) fast unbemerkt eine neue Konfliktlinie entstanden [ist]. Sie trennt die kosmopolitischen Gewinner von den kommunitaristischen Verlierern der wirtschaftlichen Globalisierung und der kulturellen Modernisierung“ (Merkel 2016a, S. 52). Es ist noch Bestandteil von Diskussionen, ob es sich hierbei um eine Konfliktlinie zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen oder um eine zwischen Kosmopoliten und Nationalisten handelt. Zunächst erscheint es deshalb angemessen, den Kosmopolitismus differenzierter zu betrachten.

Diesem werden drei Kernprinzipien zugesprochen, die ihn auszeichnen: „Individualismus, Universalismus und Offenheit“ (Merkel 2017b, S. 53). Daraus leiten Kosmopoliten den Einsatz für universell gültige Menschenrechte und den Schutz des Individuums, eine offene und liberale Grenz- und Einwanderungspolitik sowie einen kulturellen Pluralismus ab (Merkel 2016a, S. 53; Merkel 2017a,

S. 9; Merkel 2017b, S. 53). Merkel skizziert hierbei „das ideologische Konfliktpotenzial zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Werten“ (Korte 2017, S. 13). Kommunitaristen bilden dabei den Konterpart zu Kosmopoliten. Kommunitaristen

„bevorzugen überschaubare Gemeinschaften und kontrollierte Grenzen. Sie befürworten eine Beschränkung der Zuwanderung, optieren für kulturelle Identität und heben den Wert des sozialen Zusammenhalts hervor. Dieser sei leichter in kleinen abgrenzbaren Gemeinschaften herzustellen als in unbegrenzten supranationalen Räumen“ (Merkel 2016a, S. 53).

Kosmopoliten sehen in der Zuwanderung eine gesamtgesellschaftliche Chance, während Kommunitaristen darin eine potenzielle Gefahr sehen (Merkel 2016a, S. 53; Merkel 2017b, S. 53). Der von Merkel beschriebene Konflikt ist demnach „als Auseinandersetzung von Kosmopoliten (...) und dem verunsicherten unteren Drittel der Gesellschaft, das sich abgehängt fühlt und dem jede Zukunftszuversicht fehlt“ (Meyer 2016, S. 43) zu beschreiben. Bezeichnend ist, dass eine kosmopolitische Wertorientierung insbesondere bei Menschen mit hoher formeller Bildung und jüngeren Menschen anzutreffen ist, wohingegen kommunitaristische Wertmuster vor allem von Individuen mit einer formell niedrigen Bildung getragen werden, die überproportional in der unteren Mittelschicht und Unterschicht anzutreffen sind (Jesse 2019, S. 112). Gleichzeitig darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Zuwendung zu kosmopolitischen Werten durchaus eine, ähnlich wie beim Postmaterialismus-Konzept Ingleharts, ökonomische Dimension haben kann. Letztere zeigt sich implizit auch in der Beschreibung des Kommunitarismus-Verständnisses Merkels. Er erfasst als Kommunitaristen primär Individuen, „die weniger mobil sind, deutlich weniger Wahlmöglichkeiten hinsichtlich ihres Wohn-, Arbeits- oder Urlaubsortes haben und deren Identität auf Zugehörigkeit zu einem spezifischen Territorium, sei es eine Region, eine Nation oder ein spezifischer Ort, beruht“ (Koppetsch 2018, S. 19). Mobilität, der Besitz kulturellen Kapitals und auch der individuelle Bildungsstand müssen grundsätzlich immer im Bewusstsein essenzieller Unterschiede betrachtet werden, die eine Reproduktion sozio-ökonomischer Statusunterschiede darstellen (Bourdieu 1973, S. 73; Bourdieu 1986, S. 241). Gleichzeitig verliert mit einer Inklusion solcher Faktoren, die klar auch sozialstrukturell bedingt sind, der Kommunitarismus-Begriff an Trennschärfe. Eine Überlagerung zu einem ökonomischen Wertekonflikt wird so schon rein theoretisch-konzeptionell erzwungen.

Es wurde bereits mehrfach dargelegt, dass eine ökonomische Komponente besonders von Beschäftigten im Niedriglohnsektor als relevant wahrgenommen

wird. Diese sehen sich selbst in Teilen „als Verlierer der kulturellen Moderne“ (Merkel 2016b, S. 12) und betrachten deshalb die Globalisierung als eine Bedrohung für ihre Lebensverhältnisse, die neben kulturellen Dimensionen auch die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes umfasst (Bergmann et al. 2017, S. 58–59). Vor diesem Hintergrund gelingt es vor allem rechtspopulistischen Parteien, sich als Ausdruck und Repräsentant globalisierungsskeptischer und migrationsfeindlicher Wertorientierungen zu positionieren (Merkel 2015, S. 492; Merkel 2016b, S. 11; Grande 2014, S. 44; Grande und Kriesi 2013, S. 85). Verschiedene Autoren vertreten in diesem Kontext die Position, auch der parteipolitische Erfolg der AfD könne durch die Konfliktlinie zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus erklärt werden (Jesse 2019, S. 112; Merkel 2017a, S. 15). Die von Kriesi et al. (2006) und Merkel (2016) formulierte These, bei dieser Konfliktlinie stünden sich Verlierer und Gewinner der Globalisierung in einem antagonistischen Verhältnis gegenüber, kann im Hinblick auf die AfD und deren Erfolg jedoch nicht einwandfrei bestätigt werden. Ein Gros der Wähler und Anhänger der AfD ist eben nicht sozial abgehängt, gleichwohl diese in Teilen empfinden eben dies zu sein. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass daraus nicht auch eine politische Konsequenz entstehen kann (Bergmann et al. 2017, S. 63–64; Lengfeld 2017, S. 219). Das gilt insbesondere dann, wenn zunehmende Migration als wirtschaftliche Belastung empfunden wird (Bergmann et al. 2017, S. 65–66).

Fraglich ist aber, ob in diesem Zusammenhang mit der begrifflichen Erfassung als Kommunitarismus beziehungsweise einer kommunitaristischen Wertorientierung nicht davon abgelenkt wird, worum es auch hier, ähnlich wie in anderen Definitionsversuchen, ursächlich geht: eine migrationskritische oder gar migrationsfeindliche Haltung, in der Zuwanderung als Problem oder Bedrohung definiert wird.

Der Kommunitarismus als solcher versteht sich als Gegenentwurf zu Individualisierungs- und Modernisierungsprozessen, die durch die Globalisierung ausgelöst wurden (Reese-Schäfer 2001, S. 10). Er ist als Ausdruck einer spezifischen Gemeinschaftlichkeit zu verstehen, in welcher die Gemeinschaft als solche im Mittelpunkt aller Aktivitäten zu verstehen ist (Bohmann und Rosa 2012, S. 127). Davon sollen Linksliberale und Konservative gleichermaßen angesprochen werden, weswegen Kommunitaristen als philosophische Strömung auch eine Einordnung in ein Links-Rechts-Schema ablehnen und sich aus diesem zu befreien versuchen (Reese-Schäfer 2001, S. 11–12). Gleichwohl ist es dennoch so, dass der Kommunitarismus als dezidierte Kritik am Liberalismus, insbesondere einem wirtschaftlichen Liberalismus, zu verstehen ist (Bohmann und Rosa 2012, S. 143). Kommunitaristen sehen für Entscheidungen, die die Zusammensetzung einer Gesellschaft durch Migration verändern können, die Notwendigkeit

einer gesellschaftlichen Verankerung und breiten Unterstützung (Reese-Schäfer 1999, S. 68). Der Ansatz einer gesellschaftlich-demokratischen Legitimation ist demnach keineswegs zu verwechseln mit einer per se grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber Migration. Ferner ist der Kommunitarismus nicht als Antipode zur Globalisierung zu verstehen, sieht sich dieser doch „als ein Modell der Balance zwischen der Logik von Wettbewerb und Globalisierung auf der einen Seite und der Erzeugung von Sinn, Solidarität und Zugehörigkeit (...) auf der anderen Seite“ (Vorländer 2001, S. 21). Zudem ist nie klar zu definieren, welche Art von Gemeinschaft eigentlich gemeint ist, wenn Merkel und weitere Autoren über *den Kommunitarismus* schreiben. Gemeinschaftlichkeit ist ein vielschichtiger Begriff, der viele Dimensionen hat und haben kann. Begonnen mit der Gemeinschaft der eigenen Familie, der eigenen Nachbarschaft, der eigenen Stadt, dem eigenen Bundesland oder schlussendlich der eigenen Nation.

Folgerichtig kann festgehalten werden, dass der Gemeinschaftsbegriff nicht mit der Zugehörigkeit zu einer Nation gleichzusetzen ist (Zanetti 2004, S. 193). Genau diese Referenzkategorie sprechen aber nahezu alle jener Autoren an, die hier zu dieser Thematik angeführt wurden. Aus diesem Grund erscheint es angemessen, nach Abwägung eben jener Argumente, die gegen die Begriffsverwendung des Kommunitarismus sprechen, jene verbindende Komponente anzuwenden, um die es ursächlich bei der Beschreibung der Konfliktlinie geht: um Nationalismus, der in einem Konfliktverhältnis zu einem liberalen Kosmopolitismus steht. Kosmopoliten sind allgemein gegenüber kultureller Diversität offener eingestellt (Helbing und Teney 2015, S. 449) und fühlen sich weniger einer lokalen oder nationalen Einheit zugehörig als andere Bevölkerungsgruppen (Roudometof 2005, S. 125–126). Dem Kosmopolitismus wohnen demnach Werte inne, die denen seines Gegenstücks, dem Nationalismus, diametral entgegenstehen (Popper 2003, S. 60; Rüschemeyer 1969, S. 385). Der Nationalismus als solcher negiert, anders als der Kosmopolitismus, die Gleichheit aller Menschen (Kronenberg 2005, S. 44). Er „wendet sich an unsere Stammesinstinkte, er wendet sich an Leidenschaft und Vorurteil, an unseren nostalgischen Wunsch, von der Last individueller Verantwortung befreit zu werden, die er durch eine kollektive oder Gruppenverantwortung zu ersetzen sucht“ (Popper 2003, S. 60). Demnach ist Nationalismus auch als eine Referenzkategorie zu verstehen, die immer wieder als Ausgangspunkt einer Selbstvergewisserung herangezogen werden kann, wenn unvorhergesehene Ereignisse eintreten, die zu einer gesellschaftlichen und individuellen Verunsicherung führen (Crouch 2016, S. 44). Als mögliche Beispiele können unvorhergesehene Migrationsbewegungen wie die so genannte europäische Flüchtlingskrise von 2015 angeführt werden. Dadurch können „kulturelle Entfremdungsgefühle“ (Decker 2017, S. 58) entstehen, die zu einer Polarisierung

in „Fragen der Multikulturalität und der Immigration bzw. der Aufnahme von Flüchtlingen“ (Merkel 2017a, S. 13) führen und auch als solche empirisch zu beobachten sind. Die Empfindung, man erleide gerade einen „Verlust vertrauter Ordnungsvorstellungen und Bindungen“ (Decker 2017, S. 58) hat weitreichende Folgen. Auch in jenen Gesellschaften, in denen die gesellschaftliche Individualisierung und der Rückzug des Individuums in die Privatheit weit fortgeschritten ist, „wird die Notwendigkeit kollektiver Identifikation nie verschwinden, da sie für die Seinsweise des Menschen konstitutiv ist“ (Mouffe 2016, S. 40). Insbesondere in Krisensituationen wird die Nation so als Garant gesellschaftlicher Stabilität angesehen. Dabei ist unerheblich, ob eine Gesellschaft tatsächlich in einer krisenhaften Situation ist, sondern vielmehr von Relevanz, ob dies aus individueller Perspektive so empfunden wird. Eine Nation ist zweifelsohne angewiesen „auf einen grundlegenden Konsens in ihrer politischen Kultur und stets auf ein bestimmtes Territorium orientiert, ihr Vaterland“ (Kronenberg 2005, S. 37). Nichtsdestotrotz hat der Begriff der Nation und die daraus abgeleitete Wertorientierung auch eine emotionale Komponente. Für Patrioten und Nationalisten steht der Wert der eigenen Nation im Vordergrund und nimmt eine wichtige Rolle in ihrem Wertesystem ein, die auch symbolischen Ausdruck durch beispielsweise eine Nationalflagge finden kann (Thome 2019, S. 49).

Insbesondere die territoriale Begrenzung wird durch fortschreitende Globalisierungsprozesse jedoch in Frage gestellt, kommt es doch durch sie zu einer Relativierung nationaler Grenzen (Grande und Kriesi 2013, S. 86). Die dadurch entstehende Zunahme von Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland bezeichnete so beispielhaft der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sehr treffend als ein „Rendezvous unserer Gesellschaft mit der Globalisierung“ (Zacharakis 2016). Von zentraler Bedeutung ist, dass bei weitem nicht alle Menschen innerhalb einer Gesellschaft, in diesem Fall der deutschen, dieses Rendezvous für einen wünschenswerten Zustand halten.

Im Gegenteil ruft so ein

„Prozess der kulturellen Öffnung (...) auch starke Abwehrreaktionen hervor und bedingt eine Konfliktlinie ‚Nationalisten vs. Kosmopoliten‘, nämlich zwischen Menschen mit einer universalistischen, multikulturellen kosmopolitischen Position und jenen, die die ‚nationale Kultur‘ beschützen wollen“ (Schmidt 2015, S. 372).

Diese sehen die Kosmopoliten als bedroht an. Der Kosmopolitismus tritt also vielmehr in Form eines gesellschaftsliberalen Gegenentwurfs zu einem nationalistischen Protektionismus auf (Lacwell und Merkel 2013, S. 72). Aus letzterem

wird dann eine Forderung nach einer sehr restriktiven Migrationspolitik abgeleitet. Dies trifft insbesondere für jene Individuen zu, die ein sehr starkes nationales Identifikationsgefühl vorweisen. Dies gilt umso mehr, wenn das individuelle Nationalbewusstsein durch ethnische Kategorien definiert wird (Knutsen 2018b, S. 80). Objekt migrationsfeindlicher Haltungen sind aber sowohl die Migration als solche, aber auch Migranten an sich. Diese Einstellungen korrelieren zwar durchaus stark miteinander, sind aber empirisch nur schwerlich trennscharf zu erfassen (Ceobanu und Escandell 2010, S. 313).

Verschiedene Autoren sprechen schon seit Jahrzehnten davon, dass die Entstehung einer Konfliktlinie als Reaktion auf einen allgemeinen gesellschaftlich-kulturellen Wandel absehbar ist (Inglehart et al. 2001, S. 13). Manche Autoren sprechen von dem Konflikt zwischen einer kosmopolitischen und einer nationalistischen Wertorientierung als wahlweise einem neuen (Eith und Maier 2018, S. 19; Grande und Kriesi 2013, S. 91) oder alternativ der Wiederbelebung eines schon länger schwelenden Wertekonflikts (Crouch 2018, S. 72). Für die Bundesrepublik kann in der Tat eher von einem schon länger existierenden Wertekonflikt gesprochen werden. So galten rechte und rechtsradikale Parteien in Deutschland lange als eher marginalisiert, war doch seit der Bundestagswahl 1961 keine Partei rechts der Union im Parlament vertreten (Dilling 2018, S. 84). Das Wahlergebnis von 12,6 Prozent für die Alternative für Deutschland bei der Bundestagswahl 2017 wird aus diesem Grund auch als „Ausdruck einer rechten Konsensverschiebung in Deutschland“ (Korte 2019, S. 2) interpretiert. Anders stellt sich die Lage jedoch dar, wenn man einen Blick in die Bundesländer wagt, in denen immer wieder rechtsradikale oder rechtsextreme Parteien erfolgreich waren. Gemeinsam haben diese seit jeher, dass „Immigranten (...) das bevorzugte Agitationsthema bisher marginaler rechtsradikaler Gruppen [sind], die restriktive oder exklusive Immigrationspolitiken propagieren“ (Leggewie 2001, S. 47).

Das klassische Feindbild bildet dabei über Jahre die vermeintliche Abwicklung von Nationalstaaten, die durch die europäische Integration herbeigeführt werde (Rhodes et al. 1997, S. 2). Gleichwohl hat die europäische Integration auch Themen auf die Agenda gesetzt, die weitreichende Konsequenzen für das politische und gesellschaftliche Zusammenleben haben. Dazu gehören neben der Verteidigung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte insbesondere auch kulturelle Einflüsse auf die lokale oder nationale Kultur eines Landes oder einer Region (Hooghe und Marks 2018, S. 114). Die Manifestation einer Konfliktlinie zwischen kosmopolitischen und nationalistischen Wertmustern verläuft zuvorderst entlang der individuellen Haltung zu „einer vertieften europäischen Integration und zudem zu Migration im Allgemeinen (Kneuer und Lauth 2016, S. 457).

Zentral ist die Anmerkung, dass es sich hierbei um zwei Themenbereiche handelt, die inhaltlich nur schwer trennscharf zu erfassen sind, bedingen sie sich in Teilen gewissermaßen auch gegenseitig, wenngleich mit der europäischen Integration weitaus mehr Felder in Verbindung gebracht werden müssen (Börzel 2005, S. 222–223).

Migrationskritische oder gar migrationsfeindliche Haltungen werden oft maßgeblich von der Annahme beeinflusst, durch eine liberalere Grenz- und Migrationspolitik entstünden höhere Kosten für eine nationale Gemeinschaft, kulturelle Werte verlören an Bedeutung oder Arbeitsplätze würden an Migranten verloren gehen (Berg 2015, S. 26). Vielfach wird im Angesicht weltweit stattfindender politischer Transformationsprozesse argumentiert, dass die bisher existierenden Parteien nicht in der Lage sind oder waren, aktiv auf Veränderungswünsche in Teilen der Elektorate der jeweiligen Länder zu reagieren. Teile der Gesellschaft fühlen sich, auch bedingt durch steigende Zuwanderungszahlen und dadurch entstehenden Multikulturalismus, als Verlierer der Globalisierung. Unter diesen Bedingungen sind rechtsextreme Parteien, die Ressentiments gegen Einwanderer fördern, gestärkt worden (Norris 2013, S. 132–133). Hinsichtlich der inhaltlichen Besetzung gilt gleichwohl festzuhalten:

„Obwohl der Widerstand gegen die Globalisierung von allen erkennbaren Teilen des politischen Spektrums ausgeht und zugleich von keinem bestimmten, lag seine Führung von jeher fest in den Händen der Rechten. Das ergibt durchaus Sinn, wenn der Träger eines bisher großen Teils dieses Protests der Nationalismus ist, der historisch hauptsächlich, wenn auch keineswegs ausschließlich, mit der politischen Rechten in Verbindung gebracht wird“ (Crouch 2018, S. 10).

Nicht weiter verwunderlich ist daher, dass in Europa eine subjektiv geschätzte Rechtspositionierung nicht selten sehr stark mit einwanderungsfeindlichen Positionen einhergeht (Berg 2015, S. 24). Diese ergänzende kulturelle Konfliktlinie hat an Bedeutung gewonnen und in Folge in einigen Ländern, beispielsweise den Niederlanden oder Großbritannien, den Platz der prägendsten Variable im parteipolitischen Wettbewerb eingenommen – zumindest zeitweise (Grande und Kriesi 2013, S. 95). Dass mit Hanspeter Kriesi und Edgar Grande heute zwei Autoren, die die viel rezitierte Beschreibung der Konfliktdimension als einen Konflikt zwischen *Abgrenzung* und *Integration* bezeichneten, inzwischen auch von einem Wertekonflikt zwischen *Kosmopolitismus* und *Nationalismus* sprechen, zeigt die Sinnhaftigkeit einer solchen Beschreibung für diese Konfliktlinie (Grande 2014, S. 49). Parteipolitisch institutionalisiert entzündet sich der Konflikt um den Schutz nationaler Traditionen vor der vermeintlichen Bedrohung durch eine kulturelle

Öffnung (Schmidt 2015, S. 375). Doch wie gestaltet sich dies auf Ebene der Elektorate deutscher Parteien?

Über Jahrzehnte setzte sich das Erfolgsrezept der CDU/CSU bei Bundestagswahlen aus der Synthese von kulturellem und nationalem Konservatismus, einem katholisch geprägten Wohlfahrtsstaatsbild sowie einem gleichzeitigen Wirtschaftsliberalismus zusammen (Clemens 2018, S. 56). Dabei hatte die Union stets einen Spagat zu machen zwischen einem Teil der Wählerschaft, der in Migration und Integration vor allem kulturelle Herausforderungen sieht sowie einem weiteren Teil der Wählerschaft, der aufgrund christlich-sozialer Pflichtverbundenheit ein Engagement und beispielsweise die Aufnahme von Flüchtlingen für gut und richtig befindet und sich deshalb gegen vollends geschlossene Grenzen positioniert (Hess und Green 2016, S. 322). Im Zuge der in Deutschland auf Bundesebene zum zweiten Mal gebildeten Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD wird eine sich schleichend liberalisierende Gesellschaftspolitik der Christdemokraten diagnostiziert. Verbunden wird dies mit der vorsichtigen Warnung, dass diese Entwicklung bei traditionalistischen Wählerschichten in Zukunft zu einer Entfremdung führen kann, weshalb diese bei der Union nicht länger ihre politische Heimat sehen würden. Auf dieser Basis könne sodann eine Repräsentationslücke entstehen, welche vor allem mit Blick auf klassische Stammwähler langfristig problematisch werde (Korte 2008, S. 7–8). Bei der Bundestagswahl 2009 war die Migrationspolitik zwar kein zentrales Wahlkampfthema, nichtsdestotrotz hatte die individuelle Haltung zu integrations- und migrationspolitischen Fragestellungen einen signifikanten Einfluss auf eine Wahlentscheidung zu Gunsten von CDU und CSU (Wagner 2014a, S. 51–52). Zu diesem Zeitpunkt haben Wähler der Unionsparteien eine dezidiert einwanderungskritische Haltung (Roßteutscher und Scherer 2013b, S. 400–401).

Bei der Bundestagswahl 2013 nimmt die AfD eine wirtschaftspolitisch libertäre Haltung ein, welche sie mit einer gesellschaftspolitisch nationalkonservativen Position kombiniert (Niedermayer und Hofrichter 2016, S. 267). Die eurokritische Positionierung der Partei, die Ausdruck einer marktliberal-euroskeptischen sowie einer nationalistischen Haltung ist, führt insbesondere unter Anhängern von der Linken und der FDP dazu, sich der neuen Partei zuzuwenden (Niedermayer und Hofrichter 2016, S. 275). Ein nicht unwesentlicher Anteil der AfD-Wähler von 2013 kam jedoch auch aus der vormaligen Anhängerschaft der Union. Es zeigt sich ferner, dass migrationspolitische Einstellungen bei dieser Wahl keinen wahrnehmbaren Effekt auf ein Wahlverhalten zu Gunsten der AfD hatten (Arzheimer und Berning 2019, S. 7). Nichtsdestotrotz scheint sich zumindest Kortess Diagnose einer Abwanderung konservativ orientierter CDU/CSU-Wähler zunächst zu bestätigen. Schon bald nach ihrer Gründung

steht die AfD in Verdacht, Positionen zu vertreten, die inhaltlich klar rechts der Unionsparteien verortet werden. Stellvertretend stehen dafür bald Forderungen in der Migrations- und Integrationspolitik – das Verbot von Moscheen und die Forderung strikter Grenzkontrollen und Grenzsicherungen. Diese wurden seitens der zu diesem Zeitpunkt im Bundestag vertretenen Parteien alsbald zurückgewiesen (Goerres et al. 2018, S. 246). Gleichwohl wird sie so für dezidiert konservativ orientierte Wähler attraktiv.

Seit ihrer Gründung stellt die AfD deshalb „Identitätsfragen auch an die politische Mitte (...) und nutzt nicht nur einen antipluralistischen Impuls, sie definiert auch, wer drinnen und wer draußen sein sollte, wer dazugehört und wer nicht“ (Korte 2016b, S. 20). Von Beginn an werden so die bereits etablierten Parteien unter Druck gesetzt, die zunächst keine Umgangsform mit dieser neuen Entwicklung finden. Dessen ungeachtet kann sich die AfD nach ihrem doch erstaunlichen Erfolg bei der Europawahl 2014 (Schwander und Manow 2017, S. 14) zunächst nicht dauerhaft in Umfragen über der Fünf-Prozent-Hürde etablieren. Zu Beginn der so genannten Flüchtlingskrise, Mitte Juli 2015, steht die Partei bundesweit nur noch bei rund drei Prozent in den Umfragen (Zeit Online 2015).

Im weiteren Verlauf der Krisensituation entsteht in Teilen der bundesdeutschen Wählerschaft der Eindruck, die zu diesem Zeitpunkt im Bundestag vertretenen Parteien, CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke, verträten allesamt politisch sehr ähnliche Standpunkte. Darauf aufbauend „konnte sich die AfD in einer kommunikativen und responsiven Lücke einnisten und die Themen ‚Zuwanderung‘, ‚Anpassung‘ und ‚Integration‘ besetzen“ (Pickel 2017, S. 100). Erst möglich wurde dies dadurch, dass die CDU ihre Position auf der Konfliktlinie zwischen kosmopolitischen und nationalistischen Werten deutlich verschoben hat. Vor allem ihre ansonsten sehr restriktive Migrationspolitik wurde sukzessive aufgeweicht (Jun 2019, S. 48), obgleich die CSU hingegen versuchte, eine dadurch möglicherweise entstehende Repräsentationslücke zu schließen. Auf diese Motivation sind der politische Einsatz der Christdemokraten gegen einen *Doppelpass* oder auch eine Zuzugsobergrenze für Flüchtlinge zurückzuführen (Oppelland 2018, S. 18–19). Aufgrund einer inhaltlich nicht klar erkennbaren Linie der Unionsparteien und einer Abwendung von den Wertvorstellungen jener Wähler, die die CDU/CSU lange als Repräsentantin einer eher national-protektionistischen Politik gesehen haben, wird erst jene Repräsentationslücke geschaffen, welche die AfD für sich politisch nutzen kann (Patzelt 2018b, S. 895). Nach der Kölner Silvesternacht 2015/2016, in der es zu zahlreichen Übergriffen auf Frauen durch Menschen mit Migrationshintergrund kam, „erkannte die AfD die Gunst der Stunde: Sie präsentierte sich als einzig wahre Alternative zur Politik der

etablierten Parteien. Mit islamkritischen, national-konservativen und rechtspopulistischen Äußerungen sprach die AfD die zentralen Ängste vieler Menschen an“ (Bieber und Roßteutscher 2019, S. 16). Dass die so genannte Flüchtlingskrise als thematische „Mixtur aus Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen, aus Identität und Sicherheit“ (Korte 2018b, S. 413) für die Bundestagswahl 2017 ein wahlentscheidendes Thema werden würde, war früh ersichtlich (Korte 2018b, S. 413; Weigl 2017, S. 70). Die Wahl wurde „ein für Schlüsselentscheidungen typisch nachgelagertes Plebiszit“ (Korte 2019, S. 4) über die Entscheidung der damals amtierenden Bundesregierung, 2015 keine Zurückweisungen von Flüchtlingen an der Grenze vorzunehmen.

Auf dem Höhepunkt der Krisensituation im Jahr 2015 waren vor allem Politiker der Grünen in ihrer Haltung zu Flüchtlingen am liberalsten positioniert, wohingegen insbesondere aus der CSU eher ein restriktiverer Kurs gefordert wurde (König 2017, S. 348). Am Ende folgen diese dann in letzter Instanz aber auch dem Kurs der Bundeskanzlerin. Schlussendlich gelingt es der AfD, sich in die „Vertretungslücke von politisch heimatlos gewordenen rechtskonservativen Wählerinnen und Wählern [hineinzudrängen und] (...) damit das in der Nachkriegszeit bisher unangefochtene Vertretungsmonopol des bürgerlich-konservativen Lagers durch die Union [zu zerstören]“ (Wiesendahl 2017, S. 8).

Relevant wird dies unter der Vergegenwärtigung, dass im Verlauf der Legislaturperiode 2013 bis 2017 die individuellen Haltungen und Vorstellungen der Bevölkerung zu Einwanderungsfragen an Bedeutung gewonnen haben. Waren Bürger bereits 2013 migrationsskeptisch gesinnt, bewerteten diese die Große Koalition aus Union und SPD in Folge signifikant negativer. Die Migrations- und Flüchtlingspolitik wurde demnach von manchen Wählern zum Maßstab erklärt, an dem die Regierungsarbeit der betreffenden Parteien gemessen wurde (Schoen und Gavras 2019, S. 28–29). Korte geht sogar so weit, dass er den Sommer 2015 und die damals getroffenen Entscheidungen zur Aufnahme von Flüchtlingen als drastischen Einschnitt, gar als einen von mehreren „Kipp-Punkten des Regierens, der die Bundestagswahl entschieden“ (Korte 2019, S. 3) hat, erklärt. So hält er fest:

„Der Globalisierungsschub für die deutsche Einwanderungsgesellschaft wirkte als externer Schock nach. Kaum ein Thema ist so lebensnah und emotional im Alltag der Bürgerinnen und Bürger verankert wie der Umgang mit den neuen Fremden. (...) Es ist die Übersetzung des sperrigen Begriffs der Globalisierung in den familiären Alltag“ (Korte 2019, S. 3).

Baumann beschreibt eine derartige Lage als „eine Chance, die immer mehr Politiker sich nicht entgehen lassen wollen. Kapital zu schlagen aus den Ängsten, die der Zustrom der Fremden auslöst, (...) ist eine Versuchung, der nur wenige amtierende oder auf Ämter hoffende Politiker zu widerstehen vermögen“ (Baumann 2016, S. 22). Dies gilt besonders dann, wenn die eigenen Anhänger oder mögliche künftige Unterstützer für einen derartigen politischen Kurs empfänglich sind. Am Beispiel der Bundestagswahl 2017 zeigt sich klar, dass die Wähler der AfD nicht nur eine sehr klare und negative Einstellung gegenüber den Entscheidungen der Bundesregierung in der so genannten Flüchtlingskrise und darüber hinaus verbindet. Ferner sind sie vor allem gegenüber muslimischen Migranten deutlich ablehnender eingestellt als die Wähler anderer Parteien (Goerres et al. 2018, S. 252–253).

Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die aus der Krisensituation und den Folgejahren entstandenen „Migrationsbewegungen (...) der Katalysator einer Diskussion [sind], die schon länger schlummerte[n]“ (Korte 2018a, S. 7). Im Gegenteil ist es so, dass die Ablehnung von Zuwanderung, kombiniert mit einer latenten Fremdenfeindlichkeit, in der deutschen Gesellschaft nichts Neues ist. Tatsächlich war diese schon immer Bestandteil eines Wertekansons, der zwar nicht von allen Individuen einer Gesellschaft geteilt wurde, er aber auch nie vollends verschwunden war. In der so genannten Flüchtlingskrise wurde lediglich eine konkrete sowie politisch institutionalisierte Manifestation dieser Wertorientierung sichtbar (Pickel und Pickel 2019, S. 288). Dies geht mit der Forderung von 70 Prozent der Teilnehmer einer Befragung im Jahr 2016 einher, dass Zuwanderer sich kulturell assimilieren müssten (Pickel und Pickel 2019, S. 308–309). Tatsächlich ist die AfD

„deshalb kein plötzliches Krisenphänomen der deutschen Politik, kein plötzlich unerklärliches Fieber. Das Problem ist schon lange in der deutschen Entwicklung latent und wird jetzt (wieder) virulent: Denn seit Jahrzehnten wird von den Demoskopern um die 15 Prozent Ausländerfeindlichkeit und autoritäres Denken in den politischen Einstellungen der Bürger konstatiert“ (Alemann 2017, S. 64).

Aus diesem Grund hat die Entstehung und Etablierung der AfD nicht zwangsläufig entlang einer sich vollends neuformierenden Konfliktdimension stattgefunden. Vielmehr handelt es sich hierbei eher um „die Aktivierung einer ohnehin schon schlummernden neuen Kosmopolitismus-Konfliktlinie“ (Franzmann 2018, S. 371). Demnach waren die dafür notwendigen Prädispositionen wohl schon länger vorhanden. Sie wurden jedoch erst mit der Entstehung einer dafür notwendigen Repräsentationslücke salient. Dies unterstützt den argumentativen

Standpunkt, dass eine gesellschaftliche Konfliktlinie im Hinblick auf Wertorientierungen erst dann wirklich in den Vordergrund tritt, wenn zum einen jene Themenfelder relevant werden, die Bestandteil dieser Wertvorstellungen sind, zum anderen aber auch keine natürliche Repräsentation von spezifischen Werten im politischen Raum vorhanden ist.

Die AfD wird demnach als Vertreterin eines Pols der Konfliktlinie zwischen einer kosmopolitischen und einer nationalistischen Wertorientierung wahrgenommen (Grande 2014, S. 55), bedingt durch die inhaltliche Fokussierung auf Zuwanderung und Flucht sowie die gesellschaftliche Nachfrage, die durch die Fluchtkrise im Jahr 2015 entstanden ist (Pappi et al. 2019a, S. 287). So gaben vor der Bundestagswahl 2017 60 Prozent der Befragten an, Zuwanderung sei in ihrer Wahrnehmung das wichtigste oder zweitwichtigste Problem, vor dem das Land stehe (Kratz 2019, S. 231–232). Dies gilt insbesondere für einen überwältigenden Anteil der AfD-Anhänger, die ihre Unzufriedenheit mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung artikulieren (Bukow 2017, S. 11). Hinzukommend plädieren vor allem Anhänger der AfD für die Ein- und Beibehaltung nationaler Grenzen, die sie durch Globalisierungsprozesse und Migrationsbewegungen gefährdet sehen (Grabow und Pokorny 2018, S. 23). Erklärt werden kann dies damit, dass keine Partei derartig klar Position gegen die Migrations- und Fluchtspolitik der Bundesregierung ab 2017 bezog wie die Alternative für Deutschland (Pappi et al. 2019a, S. 274). Die Favorisierung und die Wahl der AfD ist Ausdruck einer autoritär-nationalistischen Reaktion jener Wähler, die das Gefühl haben, für sie zentrale Werte fänden im politischen Raum keine Berücksichtigung mehr (Norris und Inglehart 2019, S. 43). Der Erfolg der AfD basiert folglich nicht nur auf den durch sie artikulierten migrationskritischen Einstellungen und nationalistischen Grundwerten (Panreck und Brinkmann 2019, S. 4; Franzmann 2018, S. 388), vor allem bei jenen Wählern, die vormals die Volksparteien SPD und CDU/CSU gewählt haben (Wurthmann et al. 2020, S. 9).

Parteien der radikalen Rechten, zu denen auch die AfD heute zu zählen ist, verbindet als gemeinsamer inhaltlicher Nenner eine Melange aus Rassismus, Ethnozentrismus und Migrationsfeindlichkeit (Arzheimer 2015, S. 536–537). Schon früh gelingt es der AfD, die Abwehrhaltung der eigenen Anhängerschaft gegenüber der europäischen Integration und einer weiteren Vertiefung zu aggregieren (Lengfeld 2017, S. 214–215; Decker 2017, S. 55–56), sind diese ihr doch seit Parteigründung sehr ablehnend gegenüber eingestellt (Abou-Chadi 2015, S. 91–92). Während 65 Prozent der AfD-Anhänger bei der Bundestagswahl 2017 über eine nationalistische Wertorientierung verfügen, bilden die Wähler der Grünen den Gegenpol, insbesondere da 72 Prozent ihrer Anhänger kosmopolitisch orientiert

sind (Eith und Maier 2018, S. 32). Die Grünen sind als Vertretung einer kosmopolitischen Wertorientierung einzuordnen (Lacewell und Merkel 2013, S. 73) und bilden auch in parteipolitisch institutionalisierter Form den Gegenpol zu der AfD (Franzmann 2018, S. 384; Merkel 2017b, S. 54). Wertorientierungen der Wähler und deren Vertretung durch die entsprechenden Parteien sind folglich an dieser Stelle kongruent.

Merkel geht bei seinen Ausführungen grundsätzlich von der Annahme aus, dass „auf der nach wie vor relevanten Links-Rechts-Achse die kosmopolitischen Positionen von links nach rechts ab[nehmen]“ (Merkel 2017b, S. 54). Allerdings ist damit kein Automatismus verbunden, dass eine sozio-ökonomisch links orientierte Partei wie die Linke auch als kosmopolitischste Partei zu verorten ist (Lacewell und Merkel 2013, S. 73). Auch hier wird ein ums andere Mal die Heterogenität nicht nur der Parteien, sondern auch deren Anhängerschaften deutlich, auch aufgrund dessen, dass die Wähler der Linken weit weniger kosmopolitisch orientiert sind als die von ihnen unterstützte Partei (Zettl 2014, S. 167).

Diese Inkongruenz zwischen den Wertorientierungen der Wähler und denen der Partei wird auch im Fall der SPD deutlich. Der Konflikt zwischen einer kosmopolitischen und einer nationalistischen Wertvorstellung geht hier „mitten durch ihre Wählerschaft hindurch“ (Wiesendahl 2017, S. 13). Dies ist aber keine singuläre Beobachtung, die ausschließlich für die deutsche Sozialdemokratie zutrifft. Die oft von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen eingenommene autoritäre und nationalistische Ausrichtung in der Gesellschaftspolitik wirkt auch auf klassisch linke Wähler attraktiv (Decker 2016b, S. 11–12). Dies entspricht „dem kulturellen Traditionalismus der Arbeiterklasse, den der amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset schon vor über fünfzig Jahren diagnostiziert hat“ (Decker 2015, S. 112–113). Die Wähler sind in sozialpolitischen Fragen zwar durchaus einverstanden mit der sozio-ökonomischen Ausrichtung sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien, lehnen aber deren kosmopolitische und liberale Gesellschaftspolitik ab (Decker 2018b, S. 25), weswegen auch von einem Autoritarismus der Arbeiterklasse (Lipset 1959b) gesprochen wird. In skandinavischen Ländern zeigt sich auf gesellschaftlicher Ebene genau dies: Angehörige der Arbeiterschaft fühlen sich in klassischen Themen der Sozialdemokratie und Sozialisten – also Sozial- und Gesundheitspolitik – hinreichend vertreten, lehnen aber Ausgaben und Investitionen in der Migrationspolitik klar ab (Walter 2013, S. 67–68).

Für den Fall der Alternative für Deutschland ist nach der Bundestagswahl 2017 eine merkliche inhaltliche Positionsverschiebung erkennbar, die eine stärkere sozial-protektionistische linke Ausrichtung in ökonomischen Fragen inkludiert,

was langfristig zu einem Problem für die deutsche Sozialdemokratie werden kann (Decker 2019b, S. 222).

Bei der Bundestagswahl 2017 positionierte sich die SPD inhaltlich eher in der Nähe des kosmopolitischen Pols (Jun 2018, S. 11–12), woraufhin globalisierungs- und migrationsskeptische Wähler in großen Teilen zur AfD übergelaufen sind (Jun 2019, S. 50). Für ehemalige Anhänger der Unionsparteien lässt sich eine ähnliche Beobachtung machen: Auch hier ist die inhaltliche Nähe zur AfD in Fragen der Migrations- und Flüchtlingspolitik ein wichtiger Grund, um diese Partei zu wählen (Wurthmann et al. 2020, S. 9). Inhaltlich positioniert sich die CDU zwischen beiden Polen verstärkt eher mittig (Jakobs und Jun 2018, S. 266). Hatte wiederum bei der Bundestagswahl 2013 die Ausrichtung der AfD in der Migrationspolitik keine signifikante Rolle gespielt, ist sie bei der Bundestagswahl 2017 zum wichtigsten Grund geworden, um die Partei zu unterstützen (Arzheimer und Berning 2019, S. 7–8).

Die FDP als liberale Partei wiederum ist eher als pro-europäische und gesellschaftlich kosmopolitisch orientierte Partei zu verstehen, was im Wesentlichen auch für deren Anhängerschaft gilt (Birsl und Lösche 2001, S. 373; Dittberner 2012, S. 103). Einzige Zweifel kommen in der kritischen und zum Teil ablehnenden Haltung gegenüber der eigenen Eurorettungspolitik im Jahr 2011 auf, als die Partei selbst Teil der Bundesregierung ist. Diese wurde in Folge jedoch primär als Ausdruck einer wirtschaftspolitisch libertären und weniger einer gesellschaftspolitisch nationalistisch ausgerichteten Grundhaltung gedeutet (Decker 2015, S. 213–215; Niedermayer 2015b, S. 117).

Die Grünen wiederum können als eine Art Partei des Kosmopolitismus verstanden werden, treten sie doch für eine weitreichende kulturelle Toleranz ein, nach der keine gesellschaftliche Exklusion von Migranten stattfinden darf. Im Kontrast dazu positioniert sich die AfD, die für ein eher traditionalistisches und durch Nationalismus geprägtes Gesellschaftsbild eintritt. Beide Parteien sind unter ihren Anhängern auf dieser Konfliktlinie in immensum Umfang erfolgreich und so werden diese als legitime Repräsentanten eben dieser Wertorientierungen wahrgenommen (Jun 2017, S. 103). Vor allem der AfD ist es aber gelungen, den Repräsentationsanspruch für nationalistisch orientierte Wähler in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur zu erheben, sondern auch für einen sehr klaren Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2017 nutzen zu können. Die von den Unionsparteien aufgegebenen restriktive Migrationspolitik im Rahmen der so genannten Flüchtlingskrise hat offenbar Teile der eigenen Wählerschaft derartig verunsichert, dass sie, ähnlich wie ehemalige Wähler der SPD, aufgrund sozio-ökonomischer

Unsicherheiten zur Linken abwanderten und sich eine neue politische Repräsentation gesucht haben. Vor diesem Hintergrund scheint es in hohem Maße interessant herauszufinden, in welchem Ausmaß in der Vergangenheit eine nationalistische Wertorientierung bei den vorangegangenen Bundestagswahlen eine Rolle gespielt hat. Es wird hier davon ausgegangen, dass der Repräsentationsanspruch von CDU und CSU für nationalistisch orientierte Wähler bis zur so genannten Flüchtlingskrise von 2015 durchaus Geltung hatte und sich demnach auch im Wahlverhalten der eigenen Anhänger niedergeschlagen hat, sich nach 2015 allerdings verflüchtigt hat. Daraus folgt die folgende Hypothese:

H6: Je nationalistischer die Wertorientierung eines Individuums bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 ist, desto wahrscheinlicher ist die Wahl von CDU und CSU.

Gleichzeitig gilt es zu untersuchen, ob die AfD tatsächlich erst bei der Bundestagswahl 2017 unter jenen Wählern innerhalb der Bevölkerung reüssieren konnte, die eine nationalistische Wertorientierung vorweisen oder ob dies auch bereits im Jahr ihrer Gründung, dem Bundestagswahljahr 2013, der Fall war. Da auch für 2013 von einem solchen Effekt ausgegangen wird, wird sodann die folgende Hypothese hergeleitet:

H7: Je nationalistischer die Wertorientierung eines Individuums ist, desto wahrscheinlicher ist die Wahl der AfD.

Inwiefern die hier formulierten theoretischen Überlegungen und die aus ihnen abgeleiteten Hypothesen einer empirischen Überprüfung standhalten können, wird nun einleitend mit dem Forschungsdesign im Folgekapitel begonnen darzustellen.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

